+ Beilage Europa Kultur Stadt

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 06/04 • November - Dezember 2004 www.kulturrat.de 3,00 € • ISSN 1619-4217 • B 58 662

Brand in Weimar
Der Brand in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek hat einen verheerenden Schaden am kulturellen Erbe hinterlassen. Michael Knoche und Joachim Menge setzen sich mit der Frage auseinander, welche Auswirkungen die Einsparungen im Kulturbereich auf die Sicherung der kulturellen Bestände haben.
Seite 1 bis 4

Föderalismus
Stimmen aus den Ländern zur Föderalismusreform: Für eine Hauptstadtklausel im Grundgesetz spricht sich der Berliner Bürgermeister, Klaus Wowereit, aus. Jürgen Rüttgers stellt fest, dass Kultur kein Kompetenzgerangel brauche. Thomas Goppel, Norbert Lammert und Olaf Zimmermann diskutieren taktlos über die Zukunft des Föderalismus.
Seiten 4 bis 7

Kulturpolitik Niedersachsen
Welche Akzente das Land Niedersachsen trotz Sparpolitik setzen will, skizziert Kulturminister Lutz Stratmann. Vertreter von Landeskulturverbänden Niedersachsens setzen sich in verschiedenen Beiträgen mit der Sparpolitik und den Auswirkungen auf die kulturelle Infrastruktur im Flächenstaat Niedersachsen auseinander.
Seiten 7 bis 10

Bildungsreform
Max Fuchs resümiert die Tagung des Deutschen Kulturrates „Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion“ und benennt Handlungsanforderungen an die Politik und die Verbände. Birgit Mandel setzt sich mit dem Phänomen der MoMa-Ausstellung auseinander. Raimund Bartella benennt Handlungsfelder der Städte in der kulturellen Bildung.
Seiten 21 bis 24

Beilage: Europa Kultur Stadt
Das neue Supplement Europa Kultur Stadt wird von Alexander Farenholtz und Olaf Zimmermann vorgestellt. Ján Figel’ stellt die Anforderungen an das Projekt Kulturhauptstadt Europas dar. Harald Martenstein glossiert die deutschen Bewerberstädte. Max Fuchs setzt das Ereignis Kulturhauptstadt in Beziehung zur Kommunalpolitik.
Seiten I bis VIII

Editorial

Schuld

Die Schäden sind bekannt, die das Feuer und das Löschwasser vor wenigen Wochen in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar anrichteten. Eine große Welle der Hilfsbereitschaft für die Instandsetzung des Gebäudes und für die Restaurierung der mehr als 60.000 stark beschädigten Bücher, Noten und Handschriften ist angelaufen. Selbstverständlich beteiligt sich auch der Deutsche Kulturrat an den Unterstützungsmaßnahmen und ruft wie viele andere zu Spenden für die Herzogin Anna Amalia Bibliothek auf. Doch wie konnte es gerade in Weimar, der Kulturhauptstadt Europas 1999, zu diesem Desaster kommen? Und das obwohl die Stadt mit sehr viel Bundesmitteln proper herausgeputzt wurde? Wer ist Schuld daran, dass die notwendige Sanierung der Bibliothek nicht früher angegangen wurde?

Man hatte es nicht wissen können, ist eindeutig falsch. Michael Knoche, der Direktor der Herzogin Anna Amalia Bibliothek und der Bausachverständige Joachim Menge bestätigen in dieser Ausgabe von *„politik und kultur“*, dass die Gefahren schon vor Jahren erkannt wurden.

Der Brand in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek war kein schicksalhafter Unfall, sondern eine durch Unterlassung verursachte Katastrophe. Die Schuld an der Unterlassung ist aber nicht einfach festzustellen. Der Direktor der Bibliothek, wie auch der Präsident der Weimarer Klassik haben immer vor der herannahenden Katastrophe gewarnt. Die öffentlichen und privaten Kulturförderer die Stadt Weimar, das Land, der Bund, die EU und der Freundeskreis der Bibliothek haben sich redlich bemüht. Aber zu spät. Wenige Wochen haben nur gefehlt, dann wären zumindest die Bücher, Noten und Handschriften ausgelagert gewesen. Zu spät auch deshalb, weil von Bund und Ländern keine abgestimmte Gefahrenanalyse bedrohter Kulturschätze in Deutschland erstellt wurde und wird. Und weil in Deutschland der Föderalismus, der Unfähigkeit sich zwischen Bund und Ländern abstimmen zu wollen, immer ein gutes Argument liefert.

Wir brauchen ein bundesweites Gefahrenkataster für Kulturgüter. Die Mittel des Bundes und der Länder müssen konzentriert werden können, um akute Gefahren schneller als bisher abwenden zu können. Und dort wo die Hilfe am Notwendigsten ist, sollte nicht nur der Bund, sondern auch die Länder solidarisch Hilfe leisten.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kultur-Mensch

Birgit Walter

Foto: Herbert Schulze

Kulturpolitik fristet in den Feuilletons oftmals ein Schattendasein. Debatten zur Gentechnik, zur Zukunft der Arbeit und anderes mehr haben das Feuilleton erobert. Das Politikfeld, das am meisten die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur setzt, wird jedoch oftmals vernachlässigt. Eine der wenigen Ausnahmen stellen die Arbeiten von Birgit Walter dar. Sie hat mit ihren Artikeln Kulturpolitik als ständige Rubrik in der Berliner-Zeitung etabliert. Ihre Beiträge sind allgemeinverständlich geschrieben und bringen Kulturpolitik, die kulturpolitischen Entscheidungswege und Winkelzüge sowie die kulturpolitische Akteure einem breiten Publikum nahe.
politik und kultur zeichnet daher am 16. Dezember in Berlin Birgit Walter mit dem diesjährigen puk-Preis aus.

Angriff auf den Kulturetat

Staatliche Kulturausgaben sind keine Subventionen • Von Christina Weiss

Es mutet schon ein wenig merkwürdig an, wenn in einer Zeitschrift für Kultur und Kulturpolitik die Vokabel Subvention bemüht wird. Entstammt dieses Wort nicht dem Sprachschatz der Wirtschafts- oder der Energiepolitik? Diese Fragen könnte sich eine unbefangene Leserin, ein unbefangener Leser der Zeitung des Deutschen Kulturrates durchaus stellen, und auch die Kulturstaatsministerin der Bundesregierung hätte sich über einen strapazierten Zusammenhang von Kultur und Subventionen stark gewundert – bis vor einigen Monaten.

Was war geschehen? Ende September 2003 hatten die Ministerpräsidenten Roland Koch und Peer Steinbrück ihren gemeinsamen Vorschlag „Subventionsabbau im Konsens“ verbreitet. Darin wurden zahlreiche Steuervergünstigungen und staatliche Finanzhilfen aufgelistet, die man, beginnend mit dem Jahr 2004, schrittweise zurückzufahren gedachte. Über die Maßen erstaunte und erzürnte allerdings die Vorstellung, dass auch der größte Teil der Kulturausgaben des Bundes usurpiert wurde. Eine Reduzierung mit steigender Tendenz bis zu einer Rate von 12 Prozent war vorgesehen. Bei Lichte betrachtet, stellte sich heraus, dass die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück sich, um möglichst hohe Einspareffekte im Bereich der staatlichen Finanzhilfen erzielen zu können, einen möglichst weitschweifigen Subventionsbegriff zu eigen gemacht hatten. Bei der Definitionssuche wurden sie beim Kieler Institut für Weltwirtschaft fündig. Dieses renommierte wirtschaftswissenschaftliche Institut bezieht nicht nur die klassischen Förderungs-, Anpassungs- und Erhaltungssubventionen an Unternehmen oder ganze Wirtschaftszweige ein, mit denen der Strukturwandel abgefedert wird, hier zählt auch zur Subvention, was Einrichtungen erhalten, die nicht-wirtschaftliche Güter oder Dienstleistungen erstellen.

Mit derart wirtschaftswissenschaftlichem Sachverstand und Effizienzdenken im Rücken haben Koch und Steinbrück unter der Überschrift „Subventionen lähmen Wirtschaft und Staat“ die Ausgaben des Bundes für die Kulturförderung als Finanzhilfen „an (halb-)staatliche Dienstleister“ eingestuft und vorgeschlagen, sie schrittweise abzubauen. Das war aber nur die erste Phase des Überraschungsangriffs auf den BKM-Etat. Die Verblüffung steigerte sich noch, denn bislang schienen die Subventionsberichte des Bundes und der Länder ebenso wie die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von einem engeren, klugerweise nur die Wirtschaftsförderung umfassenden Subventionsbegriff auszugehen. Davon war nun nicht mehr die Rede. Stattdessen hatte die Bundeskulturpolitik den Ministerpräsidenten zu antworten: Wer Kultur, und damit ein elementares Bedürfnis der Menschen, fördert, „lähmt“ mitnichten Staat und Gesellschaft!

In der zweiten Phase des Angriffs, die sich jenseits aller volkswirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Logik schon bald nach der Veröffentlichung des Koch-Steinbrück-Vorschlags entspann, wurde die Kulturförderung des Bundes massiv bedroht. Um den Bundeshaushalt konsolidieren zu können, sollte das Koch-Steinbrück-Papier ohne Abstriche umgesetzt werden. So wollten es Bundestag und Bundesrat, als sie am 19. Dezember 2003 zu wichtigen Leitlinien der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik fanden. Die Kulturpolitik befand sich damit in dem klassisch zu nennenden Dilemma, einerseits die unstrittigen Bemühungen um Steuer- und Arbeitsmarktreformen nicht konterkarieren zu wollen, andererseits aber ein Schwinden der ohnehin knapp bemessenen Ausgaben für die Kultur nicht verantworten zu können.

Auf der schwierigen Suche nach einem Ausweg habe ich mich vehement gegen eine rein wirtschaftswissenschaftliche Exegese der Kulturförderung gewehrt und immer wieder ausgemalt, welche gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen das Einsparen an dieser Stelle nach sich zöge. Zum Glück stand ich nicht allein mit der Meinung, dass sich eine ökonomische Bewertung verbietet, wenn es sich nicht um ein Wirtschaftsgut handelt. Und genau dies trifft auf die Kultur zu. Kultur als Lebensgrundlage einer Gesellschaft ist nicht nach Effizienz zu beurteilen. Hier geht es schließlich um die Werte einer Nation. Ich möchte in keinem Land leben, in dem die Kulturausgaben als Subventionen zu gelten haben. Würde ich mich darauf einlassen, hätte ich als Kulturpolitikerin schon verloren. Ganz in diesem Sinne hatte sich auch Bundespräsident a.D. Johannes Rau eingesetzt. Für diesen Dienst an der Kultur gebührt dem ehemaligen Staatsoberhaupt viel Dank.

Wenn der Staat die Kultur fördert, wenn er ihre Entfaltung ermöglicht, sichert er damit den Kanon des Zusammenlebens. Glücklicherweise hat es in Deutschland immer den Konsens gegeben, dass wir als Gesellschaft ohne Kultur nicht überlebensfähig sind und dass eben dieses Lebensmittel nicht verderben darf. Und noch einmal: Soweit dafür staatliche Unterstützung notwendig ist, wäre es falsch, diese ausschließlich als wirtschaftliches oder finanzielles Phänomen zu begreifen.

Beim Abwenden der auf die Kultur zielenden Koch-Steinbrück-Vorschläge konnte ich dazu beitragen, dass sich letztlich diese Erkenntnis durchgesetzt hat. Ohne die Unterstützung von vielen wäre dies nicht möglich gewesen. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass Kulturpolitik doch nicht so machtlos ist, wie manchmal behauptet wird und wie sie sich auch gelegentlich darstellt. Konsequentes und beharrliches Eintreten für ihre Ziele und Überzeugungen wird auch in Zukunft immer wieder notwendig sein, um Schaden von der kulturellen Entwicklung unseres Landes abzuwenden. Letztlich, so glaube ich, konnte ich diesen Kampf nur gewinnen, weil das Ganze für mich eine so existenzielle Frage war, existenziell im Blick auf das Amt, welches ich innehabe.

Die Förderung der Kultur in Deutschland blieb also von der Sense des Subventionsabbaus verschont. Nun ist aber die Pflege der Kultur kein innenpolitisches Phänomen, sondern von grenzüberschreitender Bedeutung. Gerade das im Herzen Europas gelegene Deutschland muss die auswärtigen kulturellen Beziehungen intensiv pflegen. Die auswärtige Kulturpolitik hat daher einen ebenso hohen Stellenwert. Dennoch wurde sie, wiederum mit Bezug auf das Koch-Steinbrück-Papier, in wesentlichen Teilen für verzichtbar gehalten. Tatsächlich sollten die Mittel für die Kulturarbeit des Auswärtigen Amtes als unsinnige Subvention behandelt werden. Zu Recht widersetzte sich Außenminister Fischer diesem Ansinnen, konnte jedoch zunächst nicht verhindern, dass sich der Kürzungsstreit zu einer Zitterpartie entwickelte. Nachdem sich aber in der Debatte des Deutschen Bundestages über die auswärtige Kulturpolitik am 14. März 2004 eine weitgehend ablehnende Haltung abzuzeichnen be-

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Angriff auf den Kulturetat

gann, wurden die vorgeschlagenen Kürzungen letztendlich zu weiten Teilen zurückgenommen. Auch wenn damit die Gefahr nicht für alle Zeiten gebannt sein dürfte, kann doch – auch hier mit großer Erleichterung – festgestellt werden, dass die Vernunft einen Sieg errungen hat: Die Mittel für die auswärtige Kulturarbeit sind keine verzichtbaren und zum Abbau erkorenen Subventionen, sondern Ausdruck des Selbstverständnisses dieses Staates im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn und den Partnern in aller Welt.

Der einstweilige Sieg der Vernunft wirkt, und auch das ist erfreulich, weit über die Bundesebene hinaus. Das Koch-Steinbrück-Papier behandelt zwar in erster Linie die Finanzhilfen des Bundes, enthält aber den allgemeinen und unmissverständlichen Appell an die Länder, in ihrem Verantwortungsbereich „im Gleichklang mit den Kürzungen auf Bundesebene“ zu verfahren und darauf hinzuwirken, dass die Kommunen ebenfalls nachziehen. Ich möchte an dieser Stelle meinen Kollegen, den Kulturministern der Länder, jede mir mögliche Unterstützung zusichern, wenn sie sich vergleichbaren Gefechten mit ihren Finanzressorts und Haushaltspolitikern stellen müssen; die Bundeskulturpolitik hat erfolgreich ein Präjudiz für Kürzungen der Länderkulturhaushalte verhindern können.

Wie bedrohlich die Situation in den Ländern allerdings auch ohne Bezug zu Koch-Steinbrück ist, dokumentiert der Beschluss der Länder-Finanzminister-Konferenz vom 4. Dezember 2003. Dort steht geschrieben, dass die Sachausgaben der von den Ländern überregional finanzierten Einrichtungen möglichst um zehn Prozent zu kürzen wären. Davon werden auch Kultureinrichtungen betroffen sein. Derartige Rasenmäher-Attacken lassen sich gemeinsam besser abwehren.

In völlig neuem Licht erscheint vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen das üblicherweise kritisch beleumundete Instrument der Mischfinanzierung. Gerade in Zeiten schwindender Haushalte kann es sich als durchaus segensreich erweisen: Wenn der Bund die Mittel für eine gemeinsam finanzierte Kultureinrichtung nicht kürzt, gestaltet es sich doch etwas schwieriger, eine Absenkung des Länderanteils durchzusetzen. Auch für derartige Fälle biete ich gerne meine Unterstützung an.

Ich glaube daran, dass sich eine starke und feste Allianz der Kulturpolitiker des Bundes und der Länder erfolgreich gegen Versuche wehren kann, die Kultur auszutrocknen. Ich glaube daran, dass wir als Allianz stark genug sind, um beweisen zu können, dass die Kulturpolitik kein weiches, allzu weiches Ressort ist, von dem man sich in sonnigen Tagen beglänzen lässt, das man aber in schwierigen Zeiten für nachrangig hält. Meine Zusage, für den Bund in einer solchen konzertierten Kultur-Aktion mitzuwirken, steht. Ich werde sie erst dann – und nur dann – zurücknehmen, wenn sich herausstellt, dass finanzielle Auseinandersetzungen als Vehikel zur Schmälerung der Bundeskompetenzen in der Kultur herhalten müssen.

Die Verfasserin ist Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ■

Grab der deutschen Klassik

War der Brand in der Herzogin Anna Amalia Bibliothek vermeidbar? • Von Michael Knoche

Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek ist am Abend des 2. September 2004 von einem verheerenden Feuer heimgesucht worden. Das historische Stammhaus der Herzogin Anna Amalia Bibliothek sowie große Teile des in diesem Bereich aufbewahrten historischen Buchbestandes sind zerstört oder beschädigt worden. Mehr als fünfhundert Helfer haben in den Tagen und Nächten nach dem Brand wertvolle Kunstwerke und zehntausende Bücher evakuiert.

Vom Brand zerstörte Bücher — Foto: Maik Schuck

Das Dachgeschoss und die zweite Galerie des Rokokosaales sind zerstört. Der Rokokosaal aus dem Jahr 1766, Herzstück der zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Bibliothek, muss nun nach einer aufwendigen Trockenlegung des Gebäudes noch tiefgreifender als bisher geplant saniert werden. Von den im Rokokosaal vorhandenen Kunstwerken, Skulpturen, Bildern und Zeichnungen sind viele vom Löschwasser stark in Mitleidenschaft gezogen worden. 37 Ölgemälde, vorwiegend Porträts aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, sind auf der zweiten Galerie verbrannt.

Der Buchbestand, der auf dem Dachgeschoss und der zweiten Galerie gelagert war, ist entweder stark brandgeschädigt oder ganz verloren gegangen. 62.000 Bände sind teils leicht wassergeschädigt, teils schwer brand- und wasserbeschädigt. Der Totalverlust beträgt voraussichtlich 50.000 Bände. Mit 112.000 Bänden sind mehr als zwei Fünftel des historischen Buchbestands bis Erscheinungsjahr 1850 betroffen. Insgesamt besaß die Bibliothek vor dem Brand 1 Million Bände.

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienen zwischen 1998 und 2000 immer wieder ganzseitige Anzeigen unter dem von manchen als reißerisch kritisierten Motto „Die Wiege der deutschen Klassik wird zum Grab für 900.000 Bücher – wenn Sie nicht helfen.“ Allen Experten war seit 1991 klar, dass das historische Bibliotheksgebäude und mit ihm die hier aufbewahrten wertvollen Bestände in ihrer Erhaltung gefährdet waren. Die Bibliothek litt auch unter gravierenden Kapazitätsproblemen in dem seit Mitte des 19. Jahrhunderts räumlich kaum erweiterten oder sanierten Bau. Nur 20 Prozent des Gesamtbestandes konnten im Hauptgebäude untergebracht werden. Jährlich mussten mehr als 100 000 Bücher per Auto aus den Ausweichmagazinen durch die Stadt Weimar hin- und hergefahren werden, um die Lektürewünsche der Leser zu erfüllen. Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek war Denkmal und aktive Bibliothek zugleich.

Absicht der damaligen Spendenkampagne war es, private Mittel einzuwerben, um die grundlegende Sanierung des historischen Bibliotheksgebäudes der Herzogin Anna Amalia Bibliothek voranzutreiben. Das Ergebnis bestand in 400.000 Euro Einzelspenden von Lesern der Zeitung sowie in der Einrichtung eines zweckgebundenen Fonds in Höhe von 5 Millionen Euro dank einer Großspende. Die staatlichen Zuwendungsgeber haben 1999 die grundlegende bauliche Neuordnung der Bibliothek beschlossen und mitten in der allgemeinen Haushaltskrise einen Finanzplan aufgestellt.

Die Tragik besteht darin, dass die Befürchtung von 1998 eingetreten und die Wiege der deutschen Klassik nun tatsächlich zum Grab für einige zehntausend Bücher geworden ist. Ab Oktober 2004 war die Auslagerung des Buchbestandes aus dem Stammgebäude der Bibliothek geplant, um das Haus für die bevorstehende Sanierung freizumachen. Voraussetzung für die Sanierung war die Errichtung eines Tiefmagazins unter dem Platz vor der Bibliothek und die Fertigstellung des Erweiterungsbaus im Gebäudekomplex des Roten und Gelben Schlosses schräg gegenüber dem Stammhaus, wo die Benutzung der Bibliothek stattfinden kann. Eine Forschungsbibliothek mit derart wichtigen historischen Beständen hätte man nicht jahrelang schließen können – daher die Reihenfolge der Maßnahmen.

Nun musste das gerade fertiggestellte Tiefmagazin in der Brandnacht am 2. September die aus dem Rokokosaal evakuierten Bücher aufnehmen. Die Eröffnung des Erweiterungsbaus mit dem neuen Studienzentrum der Bibliothek war für den 4. Februar 2005 geplant. An diesem Termin soll trotz des Brandes festgehalten werden, damit die Leser wieder bedient werden können. Die Sanierung des historischen Gebäudes geschieht jetzt unter ganz anderen Vorzeichen und mit einem erheblichen Mehraufwand wegen des Feuers bis 2007, dem 200. Todesjahr der Herzogin Anna Amalia.

Aus dem Gesagten wird deutlich, dass es durchaus ein Konzept zur baulichen Neuordnung der Bibliothek gab. Niemand hätte die Forderung ernstgenommen, die Buchbestände aus dem historischen Bibliotheksgebäude, in dem sie 238 Jahre verwahrt worden waren, so kurz vor der Realisierung des Konzepts noch auszulagern. Die Bibliothekare haben dies nicht gefordert, weil sie wissen, dass jeder Umzug des fragilen Materials neue Schäden verursacht. Hätten sie wenigstens auf besseren Brandschutz dringen sollen? Das haben sie getan, und seit 1992/93 ist alles geschehen, was ohne Freiziehen und Schließen des Gebäudes zu erreichen ist: Es wurde eine Brandmeldeanlage eingebaut, die direkt auf die Feuerwehr aufgeschaltet war, Feuerlöscher wurden angebracht und regelmäßig gewartet, Alarm- und Notfallpläne wurden ausgearbeitet und in den vorgeschriebenen Abständen durchgespielt. Diese Vorsorgemaßnahmen waren für die gelungene Rettung eines großen Teils der Bestände ausschlaggebend. Den Einbau einer Wassersprinkler- oder Gaslöschanlage haben Ingenieure und Brandschutzexperten ohne tiefe Eingriffe in die Bausubstanz für unmöglich gehalten, ganz abgesehen von den sich bei Fehlalarm ergebenden Problemen.

Wäre die Katastrophe mit mehr Verantwortungsbewusstsein vermeidbar gewesen, fragen kritische Stimmen nach dem Unglück. Sicher wäre der Brand vermeidbar gewesen, wenn die Sanierungsbeschlüsse wenigstens einige Wochen früher gefasst worden wären. Jedermann weiß aber, wie die Lage der öffentlichen Haushalte heute aussieht und wie schwer finanzielle Mittel für bewahrende Kultureinrichtungen zu akquirieren sind. Das ist keine Frage des guten oder bösen Willens der Beteiligten, sondern eine Frage des derzeitigen gesellschaftlich-politischen Klimas. Ein Echo auf die verzweifelte Anzeigenserie der Bibliothek in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war nicht einmal in *„politik und kultur“* zu spüren. (Anmerkung der Redaktion: *politik und kultur* erscheint erst seit dem Jahr 2002)

Die Katastrophe wäre aber auch nicht mit einer halben Million Euro für neue Provisorien zu vermeiden

Weiter auf Seite 3

Der Rokokosaal vor und nach dem Brand — Foto: li. Sigrid Geske, re. Maik Schuck

Fortsetzung von Seite 2

gewesen, selbst wenn der Haushalt der Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen dies erlaubt hätte. Er erlaubt es aber schon lange nicht mehr, „Prioritäten“ zu setzen, weil mangels Masse gar nicht mehr disponiert werden kann. Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek verfügt in diesem Jahr – erstmals in ihrer dreihundertjährigen Geschichte – nicht mehr über Haushaltsmittel für die Erwerbung von neuen Büchern. Sie hat keinen regulären Etat mehr. Was geschieht, wird mit Sondermitteln und Spenden finanziert. Für unvermeidbare Dienstreisen, Fortbildungsveranstaltungen, Reparaturen an Geräten, Material für die Restaurierungswerkstatt, selbst für Lohnkostenzuschüsse für vom Arbeitsamt mitfinanzierte Stellen etc. werden Spendenmittel eingeworben. Das ist die Realität des Jahres 2004 in unseren alten Bibliotheken. Gilt dies schon für Weimar, um wie viel dramatischer mag es dann in Dessau, Görlitz oder Zwickau aussehen?

Der Verfasser ist Direktor der Herzogin Anna Amalia Bibliothek ■

Gefahr im Wandel – strukturelle Bedingungen der Katastrophe

Im Lebenszyklus eines Gebäudes sind Umbauphasen besonders gefährlich • Von Joachim Menge

Nach dem so verlustreichen Brand der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek (HAAB) in Weimar wird der Ruf nach besseren Sicherheitsvorkehrungen in Bibliotheken lauter. Dieser Ruf ist sicherlich berechtigt. Jedoch stellt bereits die Vorbereitung organisatorischer und baulicher Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit eine oft nicht erkannte und deshalb umso kritischere Gefahrenquelle dar. Gerade am Beispiel der HAAB sollte diese Gefahr in den Blickpunkt rücken. Wir haben während unserer Arbeit an zwei Gutachten zur Klärung der Planungsgrundlagen in den Jahren 2001 bis 2003 fast jeden ihrer Winkel kennen gelernt.

Dass der Brandschutz unzureichend und die Elektroinstallation „marode“ war, wie Hellmut Seemann nach dem Brand begründete, wusste jeder. Entsprechende Vorsicht und Vorsorge wäre angesagt gewesen. 200 Jahre lang hat der Rokokosaal nahezu unverändert seine Bibliotheksfunktion ohne großen Wandel erfüllt. Jetzt änderte sich die Nutzung: es wird im großen Stil geräumt. Und prompt passiert etwas. Dies Unglück war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermeidbar gewesen. Bei einem solchen Verlust ist es vielleicht nicht ganz unberechtigt, zu fragen, welche strukturelle Bedingungen zu einer solchen Katastrophe führen können.

Gefährlich sind im Lebenszyklus eines Gebäudes die Umbruchphasen. Hier sind die Phasen vor den eigentlichen Bau- und Umrüstmaßnahmen gemeint, die Phasen, in der in der Regel noch die Trägerinstitution allein das Heft in der Hand hat. Jetzt wird der Blick über „das Bewährte“ hinaus notwendig. Eine in Erfahrungswissen und Selbstgewissheit verharrende Verwaltung tut sich damit oft schwer und neigt dazu, auf Gefahrenhinweise mit narzisstischen Kränkungen zu reagieren. So ist es der HAAB wahrscheinlich zum Verhängnis geworden, dass die Routine einer jahrzehntelangen Bewahrung auch über schlechte Zeiten hinweg den Blick für neu auftauchende Gefahren getrübt hat. Will man aus diesem Unglück lernen, sollten drei Gefahrenbereiche bewusst sein:

Die erste Gefahr ist die Unübersichtlichkeit während der Umbruchphase. Diese Gefahr entwickelt sich, wenn sich die eingefahrenen Routinen ändern und zudem mit den Verhältnissen weniger vertraute Menschen beteiligt werden. Hier sind Verwaltungen oft erstaunlich blind. Jetzt kommt es auf Phantasie an für die Konsequenzen aus sich verändernden Nutzungen sowie auf Verantwortungsgefühl, Sorge, Aufmerksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit.

Die zweite Gefahr entwickelt sich, wenn die überkommene Bausubstanz aus Unachtsamkeit überfordert wird. Wenn dann etwas passiert, sind schnell die „Verhältnisse“ Schuld. Dass ältere Elektroinstallationen nicht auf die heute üblichen Leistungsaufnahmen von zum Beispiel Lampen oder elektrischen Geräten ausgelegt sind, wird nicht selten übersehen. Werden Gebäude ausgeräumt, so sind auch die Entlastungssituationen zu bedenken. Manches Vorhaben bekommt schon den Zug des Absurden, wenn etwa ein Renaissancebau mit einer sowieso schon überlasteten labilen Gewölbedecke unbedingt noch in seiner Längsachse untertunnelt werden soll.

Die dritte Gefahr entwickelt sich, wenn als Defizite erlebte Eigenheiten eines historischen Gebäudes durch die Bereitstellung von Geldern „endlich“ überwunden werden könnten. Es bedarf dann nicht unbedingt eines Brandes, um in die Gefahrenzone großer Verluste zu geraten. Ein häufiges Planungsziel ist, ein Gebäude und seine Einbindung in sein Umfeld ohne sichtbare Veränderungen zu erhalten. Alle Maßnahmen für Nutzungsanpassungen werden „unsichtbar“ eingefügt. Das Gebäude erscheint dann unverändert, unter der Oberfläche aber sind nicht selten massive und irreversible Eingriffe erfolgt. Der Einbau von auch sonst eher problematischen Klimaanlagen ist so ein Beispiel. Was bleibt dann noch von der so oft beschworenen Authentizität übrig außer einem „schönen“ Schein?

Warum fällt Respekt vor der Geschichte so vielen Bauverantwortlichen so schwer? Ist die Anmahnung von Bescheidenheit so unvermessen, ein Gebäude als Zeitzeugnis in seinem möglichst authentischen Zustand für kommende Generationen zu bewahren? Warum bekommt ein Umbau so oft Vorrang vor der substanzerhaltenden Reparatur? Nutzungsanpassungen auf intelligenten Wegen sind dennoch möglich, wenn man sie nur finden wollte. Zudem ließen sich auf diesem Wege erhebliche Gelder sparen.

Es fallen nicht oft die eigentlich vermeidbaren Verluste an historischem Zeugniswert im Zuge von Wandlungsprozessen so deutlich ins Auge, wie bei dem Brand der HAAB. Möglicherweise wird der Umgang mit derartigen Kleinodien für manchen Eigentümer derartig zur „Normalität“, dass der Maßstab für den Umgang mit ihnen verloren geht. Nicht selten obsiegt im Zweifel der Techniker in einem Bauverantwortlichen und er strebt das technisch Machbare an, nicht das aus Verantwortung Gebotene. Oder man ist „hausintern“ so in Kompetenzkonkurrenzen verfangen, dass die Sorge um das Objekt leidet.

Hier ist nicht der Raum, über einzelne Maßnahmen zum Schutz während der unübersichtlicheren Verhältnisse in der Umbruchphase oder vor einem Maßnahmen „overkill“ zu schreiben. Mit wachem Interesse und der Bereitschaft, sich des unvoreingenommenen Blickes eines externen Beraters zu stellen, können kurzfristig selbst unauffällige Gefahrensituationen entschärft werden. Dann ist Zeit, um in aller Ruhe eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheitslage anzugehen. Kompetente Bescheidenheit würde nicht nur der historischen Substanz zu Gute kommen, sondern auch den derzeit knappen Haushaltslagen.

Der Verfasser ist Inhaber von Menge. Die Baurunde und hat zwei bauliche Gutachten zur Herzogin Anna Amalia Bibliothek erstellt ■

Berlin geht alle an

Bei der Hauptstadtklausel im Grundgesetz geht es nicht allein ums Geld • Von Klaus Wowereit

Die Festschreibung der Hauptstadt im Grundgesetz wäre ein Novum in der bundesdeutschen Verfassungsgeschichte. Aber auch der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 markierte ein Novum: Nicht nur, dass der Sitz von Bundestag, Bundesregierung, Länderkammer an die Spree verlagert wurde: Deutschland bekam mit Berlin nach fast einem halben Jahrhundert wieder seine „richtige" Hauptstadt zurück.

Bonn dagegen war ein Provisorium. Sein Status als Regierungssitz – den Hauptstadt-Titel hatte Berlin nominell weitergeführt – hing an dem im Grundgesetz festgeschriebenen Wiedervereinigungsgebot. Mit dem 3. Oktober 1990, dem Tag, an dem die deutsche Einheit vollzogen wurde, hatte sich die Geschäftsgrundlage in der Hauptstadtfrage geändert. Der Bundestag trug dieser Situation ein dreiviertel Jahr nach der Wiedervereinigung Rechnung.

Aber kaum, dass Berlin wieder Hauptstadt war, da setzt eine Hauptstadt-Diskussion an, die bis heute unvermindert anhält. Woran liegt das? Nun, der Hauptgrund besteht darin, dass wir uns an Bonn gewöhnt hatten. Bonn war nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Herrschaft der Ort, der wie kein anderer den Willen der Westdeutschen zum Neubeginn symbolisierte. Die Stadt am Rhein stand für die Lehren, welche die (West-) Deutschen aus ihrer unheilvollen Geschichte gezogen hatten:

- für Westbindung statt machtstaatlicher Sonderwege,
- für Freiheit, Toleranz und Demokratie statt eines Obrigkeitsstaates, der eine ständige Bedrohung für seine Nachbarn darstellte,
- für Transparenz und Effizienz statt nationaler Repräsentation,
- für einen historischen Neubeginn in Europa statt Fortführung nationalstaatlicher Traditionen,
- für Bescheidenheit im Stil statt Macht demonstrierendem Gepränge.

Berlin ist nicht Bonn

Die Bonner Republik sollte nicht wie die von Weimar werden. Deshalb musste Bonn in der föderalen Bundesrepublik eine andere Rolle spielen als zuvor Berlin im preußisch dominierten Deutschen Reich. Bonn füllte diese Rolle perfekt aus.

Und Berlin? Der Ostteil der geteilten Stadt war Hauptstadt der DDR und Aushängeschild des sozialistischen Staates. Dafür wurden Mittel aufgewendet, die in anderen DDR-Regionen schmerzlich vermisst wurden. Das diskreditiert Berlin in den Augen vieler Ostdeutscher bis heute als Hauptstadt. Der Westteil wurde ebenfalls durch großzügige finanzielle Unterstützung am Leben erhalten. Nicht ganz zu Unrecht sagt man den Berlinern deshalb eine gewisse Subventionsmentalität nach.

Aber Berlin ist auch die Stadt, die wie keine andere die Probleme der deutschen Einheit zu meistern hatte und gemeistert hat. Als die Mauer fiel, stand die Wiedervereinigung beider Stadthälften auf der Tagesordnung. Mit einem Kraftakt wurde die Infrastruktur modernisiert. Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser, Theater und Museen, der Nahverkehr, das Telefonnetz und ganze Stadtquartiere: Das sind einige der wichtigsten Bereiche, die seit 1990 grundlegend erneuert wurden. Möglich wurde dieser Kraftakt dank Fördermittel der EU sowie des Bundes.

Berliner Strukturwandel

Denn Berlin hatte im selben Zeitraum zehntausende Arbeitsplätze verloren und steckt seither in einem wirtschaftlichen Strukturwandel, der zwar einige sehr positive Signale zeitigt, etwa im Bereich der Medizin- und Biotechnologie, bei Film und Medien sowie in der Musikbranche, Mode und Design und auch Tourismus. Aber diese sehr ermutigende Entwicklung hat es noch nicht vermocht, den gewaltigen Verlust an Arbeitsplätzen seit den 90er Jahren zu kompensieren.

Die Arbeitsplatzverluste belasten die Stadt mit massiven sozialen Folgekosten. So sind in Berlin mehr als 400.000 Menschen von Hartz IV betroffen – so viel wie in keiner anderen Stadt. Die Berliner Haushaltspolitik hat auf die dramatischen Veränderungen seit 1990 zu spät reagiert – mit der Folge, dass die Stadt von einem gewaltigen Haushaltsdefizit gedrückt wird.

Der aktuelle Senat verfolgt einen drastischen Sparkurs – der Erfolge zeitigt. Doch während die Hauptstadtfinanzierung Bonns nie zur Debatte stand, ist sie für Berlin zum Dauerthema geworden.

Regierender Bürgermeister Berlins: Klaus Wowereit Foto: Senatskanzlei Berlin

Das führt mitunter zu einer seltsamen Schieflage der Argumente: Berlins ungeheure kulturelle Vielfalt mit seinen zahlreichen Museen, Theatern, Opernhäusern, aber auch einer jungen, kreativen Kunstszene wird mancherorts nur als Kostenfaktor angesehen. Dass der Glanz der Kulturmetropole Berlin auf die ganze Republik zurückfällt, dass Berlin das deutsche Aushängeschild in der Welt ist, wird in Deutschland noch viel zu wenig verstanden.

Schaut man auf andere westliche Nationen, auf Frankreich, Großbritannien oder die USA, dann drängt sich ein Verdacht auf: Die Deutschen haben ein Hauptstadt-Problem. Es scheint, als sei in Vergessenheit geraten, was es bedeutet, eine Metropole als Hauptstadt zu haben. In Berlin wird ja nicht nur regiert und verwaltet. Berlins kultureller Reichtum ist der Reichtum der gesamten Nation. Sein Glanz und Flair fällt nicht nur auf die Bewohner dieser Stadt zurück, sondern auf alle Deutschen. Berlin prägt mehr als jede andere Stadt das Ansehen Deutschlands in der Welt. Darin liegt eine große Chance – nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland.

Deshalb müssen wir mehr dafür tun, dass sich die Deutschen stärker mit ihrer Hauptstadt identifizieren. Wir müssen mehr Verständnis für die Hauptstadt wecken. Das bedeutet auch: Wir müssen das Gefeilsche um die Hauptstadtfinanzierung beenden, indem wir im Grundgesetz für klare Verhältnisse sorgen. Deshalb habe ich vorgeschlagen, Artikel 22 des Grundgesetzes um eine Hauptstadtklausel zu erweitern, in der auch die Übernahme hauptstadtbedingter Kosten durch den Bund geregelt ist.

Bewusstsein für Berlin

Ich bin froh, dass die Föderalismuskommission von Bundesrat und Bundestag den Vorschlag, eine Hauptstadt-Klausel in die Verfassung aufzunehmen, grundsätzlich unterstützt. Die Projektgruppe der Föderalismuskommission ist sich einig: Berlin als Hauptstadt gehört ins Grundgesetz.

An einer klaren Lösung müssen alle Beteiligten interessiert sein. Eine permanente Diskussion der Hauptstadtfinanzierung liegt weder im Interesse des Bundes noch der Länder. Denn eins ist sicher: Unsere Forderungen einer Übernahme der Hauptstadtkosten durch den Bund sind berechtigt. Darüber besteht in der Projektgruppe Einigkeit. Die Formulierung, auf die sich dieses Gremium geeinigt hat, unterstützt unser Anliegen: Unser Grundgesetz erhält eine Hauptstadtklausel. Das ist ein großer Erfolg für Berlin.

Natürlich wollen wir erreichen, dass der Bund für Verpflichtungen, die er dem Land Berlin überträgt, auch bezahlt. Aber bei der Hauptstadt-Klausel geht es keineswegs nur ums Geld. Wir wollen damit auch stärker im Bewusstsein der deutschen Nation verankern, dass Berlin Deutschlands Hauptstadt ist.

Wir brauchen einen neuen Hauptstadt-Geist. Und über allem steht das Motto: „Berlin geht alle an!"

Der Verfasser ist Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied der Föderalismuskommission ■

Zeitschriften bei ConBrio

politik und kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
nmz neue musikzeitung
Jazz Zeitung
Oper & Tanz – Zeitschrift der VdO für Opernchor und Bühnentanz
Zeitschrift für KulturAustausch

ConBrio Verlagsgesellschaft
Brunnstr. 23
93053 Regensburg
Fax 0941/945 93-50
Tel. 0941/945 93-0
E-Mail: info@conbrio.de
www.conbrio.de

ConBrio

Kultur braucht Klarheit, kein Kompetenzgerangel

Zur Arbeit der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesdeutschen Ordnung • Von Jürgen Rüttgers

Seit dem 7. November 2003 tagt die Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung in ihren zahlreichen Runden und Gremien. Die Kommission steht unter einem erheblichen Druck. Noch in diesem Jahr sollen ausgearbeitete Vorschläge für eine Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung vorgelegt werden. Dies ist ein sehr ehrgeiziges Ziel.

Allen ist klar, wie schwierig die Überwindung der Interessengegensätze zwischen großen und kleinen Ländern, Ost und West, Nord und Süd sind. Denn es geht nicht nur um Kompetenzen, es geht um Geld. Und es geht um Macht. Jeder kämpft dabei für seine Interessen.

Die jüngsten Auseinandersetzungen zeigen die Brisanz dieser Streitigkeiten. Bei der Juniorprofessur will der Bund zusammen mit den SPD-regierten Ländern noch eine weitere Novelle des Hochschulrahmengesetzes, während die CDU-regierten Länder die notwendigen Regelungen für die Personalstrukturen an den Hochschulen den jeweiligen Landesregierungen überlassen wollen. Niedersachsen hat den Ausstieg aus der Kultusministerkonferenz angekündigt. Denn das Einstimmigkeitsprinzip der Kultusministerkonferenz hat eindeutig als Bremse, nicht als Impulsgeber für notwendige Bildungsreformen gewirkt. Die misslungene Rechtschreibreform ist nur ein Beispiel für Fehlentwicklungen des föderalen Systems in Deutschland.

Wenn es nicht gelingt, zu substantiellen Veränderungen im Bund-Länder-Verhältnis zu kommen, ist eine große Chance verspielt. Wir brauchen einen Durchbruch zu mehr Selbstverantwortung und zu mehr Selbstverwaltung. Notwendig ist mehr Mut. Notwendig ist aber auch öffentlicher Druck, damit die Politik sich gegenüber den Besitzstandswahrern durchsetzt.

Die Föderalismusreform wird auf lange Zeit die letzte Chance sein, einen entscheidenden Schritt nach vorne zu kommen. Wir müssen sie nutzen, um Deutschland fit zu machen für das 21. Jahrhundert.

Am Kulturföderalismus werden die unterschiedlichen Interessenlagen, Machtfragen und Finanzierungsstreitigkeiten sehr deutlich. Die Kulturhoheit liegt nach dem Grundgesetz bei den Ländern.

Der Bund übt jedoch mittelbaren Einfluss auf die Kulturpolitik der Länder aus. Denn er hat die Gesetzgebungskompetenz im Bereich Urheberrecht, Recht der Wirtschaft und in der Steuer- und Sozialgesetzgebung. Das heißt: In Bereichen, die die Kultur existentiell berühren, wird der Bund mittelbar über seine Gesetzgebungskompetenz kulturpolitisch tätig. Eine unmittelbare Zuständigkeit für den Kulturbereich hat der Bund hinsichtlich der auswärtigen Kulturpolitik, des Schutzes deutschen Kulturgutes gegen die Abwanderung ins Ausland, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Beteiligung an der Finanzierung von Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft. Die Einrichtung einer Stelle des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und auch die Gründung der Bundeskulturstiftung im Januar 2002 haben erkennen lassen, dass der Bund stärkere Akzente bei der Gestaltung der Kulturförderung setzen will. Seit der 14. Legislaturperiode hat der Bundestag einen eigenen Ausschuss für Kultur und Medien. Von der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ erwarten die Länder wichtige Impulse für ihre eigene Kulturpolitik.

Inzwischen hat der Bund zahlreiche Aktivitäten und Fördermaßnahmen auf dem Gebiet der Kultur entwickelt, die über den hier aufgezeigten Rahmen deutlich hinausgehen. Er hat dabei auf eine nationale Verantwortung für die Kulturentwicklung in Deutschland hingewiesen. Wo der Bund eine eigene Zuständigkeit für kulturelle Aufgaben von nationaler oder internationaler Bedeutung sieht, spürt er allerdings keinen Bedarf, sich mit den Ländern abzustimmen. Die Länder verlangen für solche ungeschriebenen Kompetenzen mit Recht eine Ausnahmeregelung.

Dass die Vereinigung der Kulturstiftung des Bundes und der Länder bisher scheiterte, ist Symptom für solche Kompetenzstreitigkeiten, macht die Kultur aber zum Verlierer.

Wir brauchen eine klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern.

Wichtig ist, eine pragmatische Lösung im Sinne einer objektbezogenen Zuordnung der Einzelfälle der bisherigen Bundesförderung zu erzielen. Bei den größeren institutionellen Förderungen soll auch zukünftig eine Förderung des Bundes möglich sein. Bei Projektförderungen oder kleineren institutionellen Förderungen wird eine einvernehmliche Entflechtung angezielt, ohne dass insgesamt eine finanzielle Mehrbelastung für die eine oder die andere Seite entsteht. Es ist ein Fortschritt, dass mittlerweile schon einmal gesichtet wurde, bei welchen der bestehenden Kulturförderungen Einigkeit über eine Kompetenz des Bundes besteht und bei welchen nicht. Dabei muss ein eigenes transparentes Konsultationsverfahren entwickelt werden, das die Förderung im strittigen Kompetenzbereich auf der Basis des föderalen Gleichbehandlungsgebotes regelt.

Deutsche und europäische Identität gibt es nicht ohne Kultur

Folgende Punkte halte ich für das Gelingen der Kulturförderung im Kulturföderalismus unabdingbar:

- Wir brauchen Verlässlichkeit in der Kulturförderung. Kunst und Kultur können sich am besten entfalten, wenn die Künstler nicht ständig auf neue Förderbedingungen reagieren müssen. Dabei dürfen weder der Eitelkeiten des Bundes noch jene der Länder eine Rolle spielen.
- Wo der Bund eine unstreitige Förderkompetenz hat, sollten die Länder zukünftig stärker profitieren können. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz wird von allen Bundesländern mitgefördert. Daher müssen die Länder stärker von ihrem finanziellen Engagement profitieren können. Die zu der Stiftung gehörenden Museen sollten ihre Schätze häufiger in den beteiligten Bundesländern ausstellen. Zu begrüßen ist, dass in Dortmund eine Filialgalerie der Berliner Nationalgalerie geplant wird und damit Kunstwerke aus dem Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz dauerhaft für Kunstinteressierte in Nordrhein-Westfalen zugänglich werden.
- Das derzeitige Arbeits- und Sozialversicherungsrecht wirkt sich sehr nachteilig für Schauspieler aus, die das kulturelle Leben auf Landes- und Kommunalebene mitgestalten. Es geht von einem Bild des Schauspielers aus, das längst überholt ist. Der heutige Schauspieler ist nicht mehr ein fest Angestellter, sondern selbständiger Unternehmer, der seine Dienste unterschiedlichen Auftraggebern anbietet. Das sieht das Arbeitsrecht nicht vor. Daher haben die freien Schauspieler kaum eine Chance, sich in der Künstlersozialkasse versichern zu lassen – das brächte ihnen und den Theatern erhebliche Vorteile. Das ist um so wichtiger, als der durchschnittliche Jahresverdienst eines Schauspielers bei rund 11.000 Euro liegt.
- Die Institute der Leibnizgemeinschaft werden bislang über die Mischfinanzierungstatbestände von Bund und Ländern jeweils hälftig finanziert. Zunächst plädiere ich für eine Abschaffung der Mischfinanzierung und eine Überführung in eine Finanzierung allein durch die Länder. Man muss sich nur vor Augen führen, dass sich die Zuständigkeiten auf Bundesseite auf insgesamt 10 Ministerien verteilen. Für das kommende Jahr ist den Instituten der Leibniz-Gemeinschaft zwar eine Erhöhung der Fördermittel um 3 Prozent zugesagt worden. Das trifft jedoch nur für jene Institute zu, die über das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert werden. Bei den Museen zum Beispiel, die ja auch hervorragende wissenschaftliche Arbeit leisten, werden die Mittel sogar um ein Prozent gekürzt, da für sie die Bundeskulturbeauftragte zuständig ist. Auch sie müssen an den versprochenen Steigerungen der Fördermittel teilhaben, auch sie treiben Wissenschaft.
- Eine offene Flanke im Kulturföderalismus stellt die bislang gescheiterte Vereinigung von Bundeskulturstiftung und Kulturstiftung der Länder dar. Vor allem muss überprüft werden, was wirklich zu den Aufgaben einer Kulturförderung mit nationalen Dimensionen gehört. Zur Zeit aber werden aus Bundesmitteln eher regionale Projekte mit hohen Beträgen gefördert, während die Länderstiftung Museumsankäufe von nationaler Bedeutung mit eher bescheidenen Mitteln ermöglicht. Wenn die beiden Stiftungen vereinigt werden, kann das nur mit einer neuen inhaltlichen Ausrichtung geschehen. Für dieses ehrgeizige Ziel ist es wichtig, in den kommenden Jahren einen Kapitalstock aufzubauen, mit dessen Hilfe sich die Stiftung in Zukunft selber tragen kann. Bei Offenheit für Sonderfonds und Zustiftungen kann eine Deutsche Kulturstiftung auch als Dach für unselbständige Stiftungen fungieren, die eine ähnliche Ausrichtung haben. Von vorneherein sollte geklärt werden, ob Bund oder Länder jeweils federführend Institutionen oder Projekte fördern. Das wäre dann Vorbild für den Kulturföderalismus insgesamt.

Kultur braucht also klare Zuständigkeiten. Dazu müssen wir eine Politik der Entflechtung konsequent weiterführen. Wo die Verantwortlichkeiten klar geregelt sind, geht es um die Sache selbst und nicht um endlose Verfahrensfragen. Deshalb müssen die zukünftigen Strukturen im Kulturföderalismus darauf angelegt sein, Kompetenzstreitigkeiten von vorneherein zu vermeiden.

Warum eigentlich verdient die Kultur bei der Reform des Föderalismus besondere Aufmerksamkeit? Weil unser Staat ein höchstes Interesse an der Lebendigkeit der Kultur haben muss, in der er sein Fundament hat. Deutsche und europäische Identität gibt es nicht ohne diese Kultur. Ihre konstitutiven Elemente in allen Bereichen zu pflegen, zu erhalten und — auch auf dem Wege ihrer intellektuellen und künstlerischen Infragestellung — weiterzuentwickeln, muss für die Politik Priorität haben. Daran zu erinnern ist nötig in Zeiten, in denen die buchstäblich staatstragende Bedeutung der Kultur vielfach aus dem Blick zu geraten droht.

Der Verfasser ist Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen und gehört der Föderalismuskommission an ■

Ich möchte politik und kultur (puk) abonnieren (€ 18,00/6 Ausgaben im Jahr) und erhalte als Geschenk die Doppel-CD Anton Bruckner Sinfonie Nr. 9.
Meine Adresse (= Rechnungsanschrift)

Ich abonniere puk

Name

Straße

PLZ Ort

Unterschrift/Datum

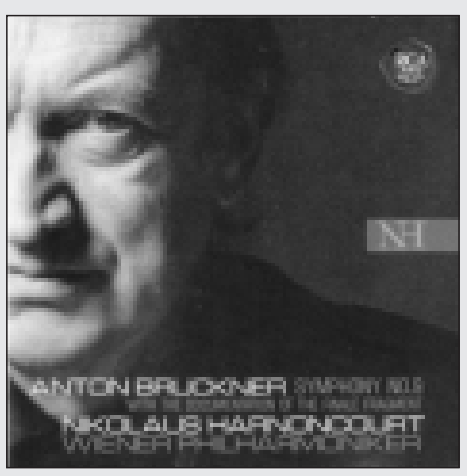
Coupon einsenden/faxen an: ConBrio Verlagsgesellschaft, Brunnstr. 23, 93053 Regensburg, Fax 0941/945 93-50

Abonnieren oder empfehlen Sie puk und Sie erhalten ein ganz besonderes Dankeschön!

Anton Bruckner: Sinfonie Nr. 9 (unvollendet)

Nikolaus Harnoncourt Wiener Philharmoniker

Anton Bruckner „Wie ein Stein vom Mond“ Gesprächskonzert mit Nikolaus Harnoncourt und den Wiener Philharmonikern (Salzburger Festspiele 2002)



Anton Bruckner: Sinfonie Nr. 9 d-moll WAB 109, Finale (unvollendet)

Dokumentation des Fragments (Hrsg. von John A. Philips) Ersteinspielung

BMG-Classics RCA Red Seal
2 CD 82876 54332-2
SACD & CD Players

Kunst und Kultur zwischen Bund und Ländern

Radio-Live-Sendung „taktlos“ aus der Archenhold-Sternwarte Berlin-Treptow

Ende September tagte der Deutsche Kulturrat in der Archenhold-Sternwarte Berlin-Treptow: „Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion – Konzeption Kulturelle Bildung“ hieß die Fragestellung mit der sich Fachleute aus der kulturellen Bildung, Multiplikatoren aus Bildungs- und Kulturpolitik sowie Verantwortliche aus der Kulturverwaltung beschäftigten. Zu Gast in der Archenhold-Sternwarte war auch „taktlos“, die Livesendung des Bayerischen Rundfunks und der neuen musikzeitung. Moderator Theo Geißler begrüßte zur 81. Sendung als Gäste: Dr. Thomas Goppel (Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst), Dr. Norbert Lammert (Vizepräsident des Deutschen Bundestages), Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates). *politik und kultur* druckt die Diskussionsbeiträge der Sendung im Wortlaut nach. Die gesamte Sendung kann im Internet unter www.nmz.de/taktlos angehört werden.

v.l.n.r. Theo Geißler, Minister Dr. Thomas Goppel, Olaf Zimmermann, Bundestagsvizepräsident Dr. Norbert Lammert

Foto: Martin Hufner

Theo Geißler: Bert Brechts „Kaukasischer Kreidekreis“ als ein Symbol für unser heutiges Thema: Zwei Mütter streiten sich brutal ums Kind. Angeblich aus Liebe. Angeblich lieben Bund und Länder die Kultur. Thomas Goppel, wie sieht es aus Sicht der bayerischen Staatsregierung mit der Kultusministerkonferenz der Länder aus? Wird es mit ihr weitergehen?

Thomas Goppel: Es muss mit ihr weitergehen, weil Abstimmungsbedarf in Fülle da ist. Die Kultusministerkonferenz der Länder hat in den letzten 40 Jahren viele Schichten angesammelt und braucht eine ordentliche Kur. Insoweit ist der Alarm von Ministerpräsident Wulff ganz sinnvoll gewesen. Manches läuft zu zäh und in viel zu langen Abläufen. Die Rechtschreibreform ist hier vorläufig das beste und schlechteste Beispiel.

Geißler: Aber keine Radikalkur, die so weit geht, dass die Kultusministerkonferenz ganz wegfällt?

Goppel: Das würde vielleicht manchem gefallen, der an anderer Stelle darauf wartet, das zu übernehmen. Aber einem anderen zu Gefallen zu sein, ist nicht meine Aufgabe.

Geißler: Herr Lammert, Kultur ist Ländersache. Sehen Sie als Bundespolitiker das Schwächeln der Kultusministerkonferenz vielleicht ein bisschen mit Freude?

Norbert Lammert: Nein. Und zugespitzt formuliert kann ich zwischen dem ersten und dem zweiten Teil Ihrer Frage fast keinen Zusammenhang erkennen. Die Kultusministerkonferenz, so wie sie sich jetzt über Jahrzehnte entwickelt hat, beschäftigt sich mit vielem, aber ganz selten mit Kultur. Sie beschäftigt sich ganz überwiegend mit Bildungsfragen. Gelegentlich mit Fragen kultureller Bildung. Ein Gremium zur besonderen Beförderung von Kunst und Kultur in Deutschland ist die Kultusministerkonferenz nie gewesen. Schon die Eingangsbemerkung, dass Kultur Ländersache sei, halte ich in dieser schlichten Form für unzutreffend.

Geißler: Man kann dennoch Bildung im großen Bogen mit Kultur sehen, ich würde das nicht so ohne weiteres trennen. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer der vermutlich stärksten Kultur-Lobby in der Bundesrepublik und wird auch wegen seines angeblichen Zentralismus' ein bisschen angefeindet. Thomas Goppel sagte eingangs, dass es möglicherweise Gruppierungen gibt, die sich freuen würden, wenn die Kultusministerkonferenz wegfiele. Wäre denn der Deutsche Kulturrat eine Organisation, die eventuell gerne und kompetent an ihre Stelle träte?

Olaf Zimmermann: Mit Sicherheit nicht. Der Deutsche Kulturrat ist eine Organisation des dritten Sektors, das heißt also, wir könnten nie an die Stelle der staatlichen Kultusministerkonferenz treten. Wir wollten das auch gar nicht, weil wir wollen, dass diese Kultusministerkonferenz weiter existiert. Aber anders als bisher. Ich finde, dass der Schuss, den Ministerpräsident Wulff der Kultusministerkonferenz vor den Bug gesetzt hat, längst überfällig war. Jetzt kann man reformieren und wenn wir Glück haben, wird es nachher eine bessere Struktur geben. Aber natürlich brauchen die Länder auch in der Zukunft ein Abstimmungsorgan in bildungspolitischen Fragen, in schulpolitischen Fragen, in hochschulpolitischen Fragen und ich würde mich sehr freuen, Herr Lammert, wenn sich die Kulturministerkonferenz ein bisschen mehr um die Kulturpolitik kümmern würde.

Geißler: Konkret: Wo sind die nötigen Reformmaßnahmen anzusiedeln?

Zimmermann: Ich glaube, wenn das Einstimmigkeitsprinzip in der Kultusministerkonferenz fällt, dann ist der größte Reformschritt gemacht. Es wird schließlich nicht nur bei wichtigen Punkten die Einstimmigkeit verlangt, sondern es ist egal, wie unwichtig ein Thema ist, man muss sich einstimmig äußern. Das ist die Schere im Kopf.

Goppel: Wir müssen die Kultusministerkonferenz nicht unbedingt schlechter reden, als sie ist. Die Kulturpolitiker und die Kulturschaffenden in Bayern sagen mir, dass die Kultusministerkonferenz in den letzten 50 Jahren viel geschafft hat, trotz der Einstimmigkeit. Einstimmigkeit ist ein Zeichen von Kultur und hat einen großen Vorzug: Es muss nämlich sehr viel mehr geredet werden, und man muss in den Verhandlungen manches erreichen. Schlagabtausch und das sich gegenseitige Vorhalten von unterschiedlichen Positionen hilft hier nicht weiter. Man muss in den Gesprächsrunden dazu kommen, eine gemeinschaftliche Lösung zu haben. Unser Problem in der Kultusministerkonferenz ist, dass wir nicht das Bundesratsprinzip haben und nicht das Mehrheitsprinzip. Wahrscheinlich liegt die Lösung dazwischen. Wir haben 16 Stimmen von Ländern, von denen die einen Landkreisgröße haben und die anderen größer sind als die Mehrzahl der Länder in der Europäischen Union. Zu diesem Umstand sollten wir uns noch etwas einfallen lassen. Ich bin aber auch gegen die Fortführung des reinen Einstimmigkeitsprinzips.

Geißler: Herr Goppel, Sie waren lange Zeit Präsident eines großen Laienmusikverbandes, und damit im ehrenamtlichen Bereich tätig. Bürgerschaftliches Engagement ist andererseits ein Feld, um das sich der Bund sehr gerne selber kümmert, in dem er auch gesetzgeberisch tätig wird. Haben Sie das seinerzeit als hinderlich empfunden?

Goppel: Nein. Wer in der Praxis steckt und die Arbeit macht, den ärgert allerhöchstens, dass eine bestimmte Zuschussquelle ausfällt. Alles andere ist letztlich uninteressant. Gelegentlich kann noch ein Preis reizen, wenn man irgendwo über den eigenen Landespreis hinaus einen bundesweit ausgeschriebenen Preis gewinnen kann. Ansonsten kümmern sich, glaube ich, die Verbände ganz wenig um Kompetenzfragen. Die Frage ist: Muss ich unbedingt von oben nach unten organisieren? Wenn in der Verfassung steht, Kultur ist Ländersache, dann sollen sich die anderen raushalten. Aber darüber, dass der Bund umgekehrt da oder dort hilft, können wir gerne miteinander diskutieren.

Geißler: War das ein Plädoyer für die Abschaffung des Staatsministeriums für Kunst und Kultur?

Goppel: Ich hielte es für besser, wenn es das Amt nicht gibt. Wenn es aber da ist, muss man damit leben, das ist keine Frage.

Zimmermann: So wie Herr Goppel das sagt, hört sich das so locker flockig an, als würde es überhaupt kein Problem geben. Aber das stimmt so natürlich nicht, denn wir haben im Moment eine ganz heftige Debatte. Die nennt sich lieblich „Entflechtung“, aber ist etwas ganz Ernstes. Die Kompetenzen zwischen Bund und Länder sollen gerade auch im Kulturbereich daraufhin untersucht werden, was denn eigentlich wer machen müsste. Wenn wir nicht aufpassen, kommen da sehr viele Institutionen unter die Räder. Ein Beispiel: Die Festspiele in Bayreuth bekommen unter anderem Bundesmittel. Es ist aber eine strittige Frage, ob sie überhaupt Bundesmittel bekommen dürfen. So haben wir Land auf, Land ab viele Kulturinstitutionen, die Gelder aus dem Etat des Bundes bekommen. So wie es jetzt aussieht, würde Entflechtung bedeuten, dass wieder mehr Verantwortung und Kosten zurück auf die Länder fallen. Aber die Länder sind weder bereit, noch höchstwahrscheinlich in der Lage, die Lücke, die dann gerissen würde, auszufüllen. Deswegen ist es eben keine „Petitesse“, sondern es handelt sich um etwas sehr Einschneidendes für uns. Ich finde, wir können gut damit leben, dass etwas verflochten ist.

Goppel: Bei den Bamberger Symphonikern hat sich der Bund aus der gemeinsamen Finanzierung verabschiedet und wir haben das voll ersetzt. Zur Entflechtungsdebatte: Der Bund muss im Zuge einer Entflechtung Mittel, die er heute für Bereiche aufwendet, aus denen er sich zurückzieht, den Ländern im Ausgleich zurückgeben und dann werden diese das Geld dort einsetzen, wo es notwendig ist. Was mich beim Bund stört, ist, dass er sich in etwas einmischt, was ihn eigentlich nichts angeht.

Geißler: Herr Lammert, hier der Bund als Leuchtturmwärter für Elite-Universitäten, dort als Petroleumlampen-Anzünder, wo es in der Kultur ein bisschen kühl ist: Ist das seine Rolle?

Lammert: Wenn man die Diskussion so verfolgt, könnte man fast den Eindruck haben, die deutsche Kulturszene wäre perfekt organisiert, wenn nicht ständig der Bund dabei störte. Die Wahrheit ist doch ein bisschen anders. Die Frage, die wir heute Abend hier diskutieren, hat natürlich sowohl einen praktischen Aspekt – zuletzt angesprochen von Herrn Goppel als auch von Herrn Zimmermann – aber auch einen sehr grundsätzlichen. Deswegen habe ich vorhin gleich Ihren Einleitungssatz moniert. Im Grundgesetz findet sich der Satz, dass es eine Kulturhoheit der Länder gäbe, nicht. Ich habe im Übrigen bis heute unüberwindliche Schwierigkeiten mit dem Begriff „Kulturhoheit“ – ob mit oder ohne Länder. Ein Staat, der der Kultur mit hoheitlicher Gebärde begegnet, ist sicher kein Kulturstaat. Nach meinem Verständnis von Kulturstaat ist die Förderung von Kunst und Kultur eine Gemeinschaftsaufgabe aller öffentlichen Hände, es ist eine Aufgabe der Kommunen, eine Aufgabe der Länder und eine Aufgabe des Bundes, was nicht bedeutet, jeder ist für alles und damit niemand für irgendwas verantwortlich, sondern alle müssen ihren Teil an dieser Aufgabe leisten. Dabei bin ich sehr damit einverstanden, wenn Herr Goppel anregt, Verantwortung lieber von unten nach oben aufzubauen, als von oben nach unten. Das scheint mir wiederum sowohl unter grundsätzlichen wie unter praktischen Gesichtspunkten vernünftig. Aber dass der Kulturstaat Deutschland die gewünschte Vitalität dann am Überzeugendsten entfalten könnte, wenn sich der Bund da heraushält, halte ich auch aus den genannten Gründen für eine ziemlich optimistische Vermutung.

Goppel: Man hat nach dem Zweiten Weltkrieg sehr genau unterschieden: Die zuvor aus Berlin gekommene Vereinheitlichung hat niemandem mehr Freiraum gelassen und hat ausdrücklich dazu geführt, dass wir große Schwierigkeiten bekommen haben. Es steht in der Verfassung ausdrücklich, dass das, was nicht erwähnt ist, Sache der Länder ist. Und Kultur und Bildung sind nicht erwähnt. Worin die Bundesaufgaben bestehen, wird dagegen genannt. Kultur hat mit Austausch, mit Diskussion zu tun. Hier kommt der Begriff der „Toleranz“ ins Spiel. Ich muss anerkennen, dass jemand anders denkt. Je weiter ich von daheim weggehe, desto weniger kennt und erkennt man. Ich möchte nicht in Kiel dreinreden und ich will auch nicht, dass die Kieler mir dreinreden – wobei Kiel hier natürlich stellvertretend steht.

Lammert: Sie ahnen gar nicht, wie gut mir die beiden Stichworte „Widerstand“ und „Toleranz“ gefallen. Was die Vielfalt der Aktivitäten der privat, der ehrenamtlich, der staatlich organisierten Aktivitäten im Kunst- und Kulturbereich angeht, sollten wir sie nicht nur tolerieren, sondern wir sollten sie nach Kräften fördern. Wir sollten gegen jeden Widerstand organisieren, der sich bemüht, diese Vielfalt einzuschränken. Das gilt auch, wenn sich solche Versuchungen in der Föderalismus-Kommission abspielen.

Geißler: Zurück zum Bildungsbereich. Ich nenne ein paar Schlagwörter: Juniorprofessur, Zentralabitur, das mögliche Bildungsgefälle zwischen den Bundesländern, PISA-Studie und so weiter. Drängt sich da nicht geradezu auf, dass Bund und Länder kooperieren, Olaf Zimmermann?

Zimmermann: Ich möchte das an einem ganz konkreten Beispiel zeigen. Da brennt vor wenigen Wochen die Herzogin Anna Amalia-Bibliothek in Weimar. Ein riesiger Schaden, ein Schaden, wie wir ihn nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht gehabt haben. Die Kulturstaatsministerin eilt am nächsten Tag nach Weimar mit vier Millionen Euro im Gepäck, zur ersten Scha-

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

densbegrenzung. Bis heute, Herr Goppel, hat sich noch kein Bundesland aufgemacht, um Thüringen in dieser fatalen Situation, die wir in Weimar haben, Unterstützung zu leisten. Da frage ich mich doch, wo ist denn diese Solidarität der Bundesländer? Wo sind die Bundesländer, wo ist die Kultusministerkonferenz – wen auch immer Sie wollen. Das heißt, Sie übernehmen gar keine gesamtstaatliche Verantwortung für die Kultur, sondern – und das ist ja auch vollkommen legitim – Sie übernehmen eine Verantwortung bis zu Ihrer Landesgrenze. Aber dann bedeutet das auch, wenn die Verantwortung dort aufhört und die eines anderen Landes beginnt, dass Sie auch etwas Gemeinsames brauchen. Dann ist es gut, dass es eine Kulturstaatsministerin gibt, die jetzt gesagt hat, sie unterstützt die Herzogin Anna Amalia-Bibliothek etwas. Ich würde mir natürlich trotzdem wünschen, dass auch die Länder untereinander gerade in Kulturfragen viel mehr Solidarität üben würden. Da könnten Sie jetzt wirklich auch beweisen, dass es Ihnen ernst ist mit der „Kulturhoheit".

Goppel: Dem Deutschen Kulturrat gefällt natürlich, dass er in einer solchen Situation sagen kann: Der hat schon und du hast noch nicht. Ich will Ihnen mal ganz nüchtern sagen, wir zahlen in den Länderfinanzausgleich eine solche Menge von Geld, dass es dann darauf ankommt, dass der Betroffene – in diesem Fall Thüringen – mir sagt, ich brauche unbedingt noch zusätzliche Hilfe. Wir sollten uns endlich angewöhnen, uns gegenseitig auch darum zu bitten, uns zu helfen und nicht immer selbstverständlich damit zu rechnen, dass jeder rennt. Wenn die Weimarer Bibliothek so ein Problem ist, dann wird man miteinander darüber reden.

Geißler: Wo es auf jeden Fall brennt, ist offensichtlich die Bildungspolitik.

Goppel: Ich bin auch sehr daran interessiert, dass wir das diskutieren. Wenn Sie gerne möchten, dass die Länder, die bei PISA im Mittel der deutschen Länder die besseren Ergebnisse bringen, warten bis die anderen nachkommen – dann warten wir zu lange. Es kann nicht die Aufgabe der Kulturpolitik und schon gar nicht der Politik sein, die Guten aufzuhalten, bis die Schlechteren nachkommen. Da wären wir nämlich alle miteinander nivelliert schlechter. Das ist genau das Prinzip, das Frau Bulmahn verfolgt, wenn sie sagt, sie will eine Einheitsschule.

Lammert: Trotz des angekündigten Streitgesprächs bin ich in dem Punkt völlig einer Meinung mit Herrn Goppel. Ich kann überhaupt keinen Sinn darin sehen, dass wir die Dezentralität, die wir in unserem Schulsystem, in unserem Bildungssystem und auch in unserem Hochschulsystem haben, zugunsten einer Zentralisierung aufgeben. Und diejenigen, die im Lichte in der Tat deprimierender PISA-Ergebnisse nun eine Zentralisierung als vermeintliche Lösung proklamieren, unterstellen naiv, dass die Bildungspolitik – die sie dann in der Regel übrigens nicht beschreiben –, die dann auf Bundesebene stattfände, diejenige wäre, die zu besseren Ergebnissen führt. Meine Fantasie reicht aus, um das genaue Gegenteil für möglich zu halten. Deswegen bin ich nachdrücklich in der Bildung, wie übrigens im Bereich der Kultur auch, ein Anhänger dezentraler Strukturen und vor allem von Wettbewerbsmechanismen. Wir haben im deutschen Bildungssystem zu wenig und nicht zu viel Wettbewerb. Das deutsche Hochschulsystem ist auch deswegen so verschlafen, weil wir es in seiner staatlichen Verfassung zu wenig solchen auch internationalen Wettbewerbsmechanismen aussetzen. Und deswegen wäre hier Zentralisierung mit Sicherheit die falsche Konsequenz. Man muss in einem Wettbewerbssystem dann wiederum gemeinsame Rahmenbedingungen schaffen. Dann ist man wieder bei dem Thema der Kultusministerkonferenz.

Zimmermann: Keiner will eine Struktur, die auf der Bundesebene auch noch die Schulpolitik regelt. Das sollen auch in Zukunft die Länder machen. Aber, Herr Goppel, dann finde ich, muss es eine wirkliche Vergleichbarkeit geben. Es ist eine Aufgabe eines solchen gemeinsamen Gremiums wie der Kultusministerkonferenz, so etwas zumindest in einem Mindestmaß zu organisieren. Da hilft es mir als Vater überhaupt nichts, zu sagen: „Wenn ich nach Bremen ziehen muss, weil ich dort Arbeit finden kann, haben meine Kinder eben Pech gehabt, denn besser wäre es, ich würde nach Bayern ziehen, da würden sie vielleicht in der Schule besser ausgebildet."

Goppel: Ein tolles Beispiel! Denn Bremen, die berühmte Reformuniversität, ist vor 20 Jahren eine der schwachen Universitäten in Deutschland gewesen. Heute steht sie unter den Universitäten in Deutschland vorne. Wenn sie feststellen, dass Ihnen Ihr eigenes System nicht ausreicht, dann müssen Sie Ihrem System Beine machen und nicht andere zum Bremsen anhalten. Die Kollegen in der Kultusministerkonferenz sind sämtlich bereit, mit uns in der Diskussion über vieles zu reden, aber es geht dann immer am Kern der Sache vorbei, sobald wir mal ganz konsequent sagen, wir wollen eine zentrale Überprüfung. PISA hat Europa und die Bundesregierung dazu gebracht, wogegen sich die SPD-geführten Länder 20 Jahre lang geweigert haben: eine bundesweit vergleichende Untersuchung über die Qualität der Schulergebnisse.

Geißler: Lassen Sie uns einen Blick auf die vorhin schon kurz zitierten Leuchttürme werfen. Nehmen wir mal die Berliner Opern- oder Orchesterkultur. Da soll, darf, will, muss der Bund angeblich glänzen und auch zahlen. Ein Beispiel dafür, dass Kulturpolitik zwischen Bund und Ländern eigentlich zur simplen Etat-Diskussion verkommen ist, Herr Goppel?

Goppel: Dass in Berlin der Bund finanziell mithilft, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir tun es im Übrigen in den Landeshauptstädten alle miteinander. Ich finde das den größten Vorzug des Föderalismus und der 16 Länder, dass wir 16-fach Wettbewerb haben. So viele Theater gibt es in keinem anderen Land. Je zentraler, desto weniger Theater. Je differenzierter, desto vielfältiger ist eine Theaterlandschaft. Und hätten wir die neuen Länder nicht, wäre Deutschland ein Stück ärmer an Fülle und Vielfalt der Theater. Im Moment sind wir leider dabei, dass diese Vielfalt eher reduziert wird. Ich will ausdrücklich sagen, ich habe in meinem Haushalt für 2004 mit dem Finanzminister ausgehandelt, dass wir in vielem Geld wegnehmen, weil es eben hinten und vorne nicht reichte, aber bei den nichtstaatlichen Theatern in der Fläche des Landes nichts, damit niemand Vorschub dafür bekommt, sein Theater zu schließen.

Lammert: Berlin ist als Hauptstadt unter mancherlei Gesichtspunkten ein Sonderfall. Und dass sie der Bund jenseits der Generalfrage, ob er sich überhaupt um Kultur kümmern darf, um die Kultur in der Hauptstadt offensichtlich kümmern muss, scheint ja nicht streitig zu sein. Ich erlaube mir nur den Hinweis, wenn der Bund überhaupt keine Zuständigkeit für Kultur hätte, könnte er offenkundig auch keine in der Hauptstadt haben. Der Maßstab für Kulturförderung durch den Bund kann nicht sein, ob eine Einrichtung ihren Sitz in der Hauptstadt hat, sondern ob es eine Einrichtung von nationaler beziehungsweise internationaler Bedeutung ist. Die ganze Wahrheit ist, dass der Bund in den vergangenen Jahren einige Einrichtungen in Berlin übernommen hat, die ich nicht missen will, bei denen ich mir aber ausgesprochen schwer tue, die nationale oder internationale Bedeutung zu erkennen. Unter diesem Gesichtspunkt wünsche ich mir eine ernsthaftere, eine seriösere Definition dessen, was Kulturförderung im Verantwortungsbereich des Bundes ist. Einschließlich eines intensiveren Nachdenkens der Länder auch darüber, ob denn die Kulturförderung in der Hauptstadt bei dem flächendeckenden Verantwortungsverständnis für die Kultur der Länder sich in derselben nicht auch bewähren müsste.

Goppel: Was hat der Bund sowieso auf seiner Aufgabenliste? Da steht die auswärtige Politik, auch in der Kulturpolitik. Da sind die Goethe-Institute, die der Bund gleichzeitig, während er sich in unsere Länderkompetenzen einmischt, dauernd im Haushalt zurückfährt. Wer seine eigenen Hausaufgaben nicht macht, soll sich bei anderen nicht einmischen.

Zimmermann: Bei einer Sache sind wir uns vollkommen einig, Herr Goppel. Es ist eigentlich unglaublich, das der Bund in der auswärtigen Kulturpolitik durch enormes Zurückfahren des Etats so deutlich seine Verantwortung schleifen lässt. Wer mehr Verantwortung haben will, muss auch erst einmal die vorhandene Verantwortung vernünftig wahrnehmen. Aber man muss natürlich auch sehen, das eine ist das Auswärtige Amt, das ist Joschka Fischer, das andere ist die Kulturstaatsministerin. Da gibt es Unterschiede. Das andere Problemfeld ist Berlin. Sehr vieles, was im Moment in Berlin gefördert wird, wird auch deshalb gefördert, weil die Kulturförderstrukturen auf der Bundesebene – denkt man zum Beispiel an die Kulturstiftung des Bundes – in vielen Bereichen nicht fördern dürfen. Da haben die Länder nämlich durchgesetzt, dass es keine allgemeine Bundeskulturförderung in Deutschland geben darf. Sondern da muss sich die Kulturstiftung des Bundes entweder auf internationale Projekte oder auf Berlin konzentrieren. Und dann konzentriert man sich darauf und dann muss man natürlich auch das Geld, das man hat, ausgeben. Vielleicht wenn Sie in der Frage liberaler wären, wo denn die Kulturstiftung des Bundes das Geld ausgeben dürfte, würde vielleicht gar nicht so viel auf Berlin konzentriert, sondern würde vielleicht auch viel mehr sinnvoll in Bayern ankommen.

Geißler: Wie geht's dem Kind Kultur zwischen diesen liebenden Müttern? – Wir haben viel über Politik gesprochen, wir haben Standpunkte kennen gelernt, wir führten ein Gespräch, das wir sicher mit großem Gewinn fortsetzen könnten. Das war „taktlos", live aus der Archenhold-Sternwarte in Berlin . Ich danke unseren Gästen. ■

Ausdruck humaner Lebensgestaltung

Schwerpunkte einer zukunftsorientierten Kulturpolitik • Von Lutz Stratmann

Kunst und Kultur sind kein Luxus, auf den wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verzichten könnten. Kunst und Kultur sind wichtig für die Identifikation und das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zu ihrer sozialen Umgebung, zu ihrem Land und zu ihrer Heimat. Sie sind Ausdruck humaner Lebensgestaltung und unverzichtbares Element unseres Zusammenlebens. Kultur gehört zur Bildung, und die Bildung der Menschen ist gerade im Zeitalter der Globalisierung zur wichtigsten Ressource geworden. Kultur sichert Tradition, ermöglicht Innovation und ist Voraussetzung für Interaktionen mit anderen Kulturen.

Der Kulturbereich ist darüber hinaus nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sondern auch Motor für die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft. Investitionen in den Kulturbetrieb sind Investitionen in wirtschaftliches Wachstum.

Um die Qualität und Breite des Kulturangebotes in Niedersachsen zu erhalten und weiterzuentwickeln, verfolgt die Landesregierung folgende Ziele:

- Neustrukturierung der niedersächsischen Kulturlandschaft unter Berücksichtigung der Sicherung der Qualität der Landeseinrichtungen, der überregional bedeutenden Kultureinrichtungen sowie der so genannten freien Kultur
- Inhaltliche Neuausrichtung und Profilierung der Kultureinrichtungen sowie verstärkte Zielgruppenorientierung
- Professionalisierung der Einrichtungen
- Abbau von Verwaltung bei der Kulturförderung, indem Abläufe vereinfacht und die Overhead-Kosten reduziert werden
- Stärkung des ländlichen Raumes
- Sicherstellung der kulturellen Versorgung der Fläche beziehungsweise des ländlichen Raumes.

Niedersachsen befindet sich in der größten Umstrukturierung seit der Gründung des Landes vor über 50 Jahren. Vor dem Hintergrund der Auflösung der Bezirksregierungen als Mittelinstanzen zum 31. Dezember 2004 und der äußerst angespannten Haushaltslage ist eine grundlegende Neuordnung und Schwerpunktsetzung der Kulturförderung des Landes zwingend erforderlich. Dabei stehen folgende Leitlinien im Vordergrund:

- Die öffentliche Förderung muss mehr als bisher auf Schwerpunkte konzentriert werden. Mehr denn je muss bei der Förderung von Institutionen und Projekten die Frage nach der künstlerischen Qualität, dem ästhetischen Mehrwert und der gesellschaftlichen Bedeutung im Vordergrund stehen.
- Die Einrichtungen müssen die Umsetzung ihrer künstlerischen Ideen noch deutlicher als bislang am finanziell Machbaren überprüfen und dürfen nicht über ihre Verhältnisse leben.
- Für den Erhalt der kulturellen Vielfalt sind stärkeres ehrenamtliches Engagement und eine stärkere Verantwortung von Institutionen, Unternehmern und Bürgern für die Kultur erforderlich. Sie haben mit den öffentlichen Händen eine gemeinsame Verpflichtung für den Erhalt und Ausbau unserer Kulturlandschaft. Diese gemeinsame Verantwortung ist Voraussetzung für eine insgesamt verbesserte Akzeptanz von Kultur. Gerade im Bereich des privaten Engagements hinkt Deutschland im internationalen Vergleich noch deutlich hinterher. Mit der geplanten Neuausrichtung der niedersächsischen Kulturpolitik werden auf diesem Feld neue Wege beschritten.

Die Hauptaufgabe niedersächsischer Kulturpolitik besteht darin, die Rahmenbedingungen für Kultur zu erhalten, in manchen Fällen sogar auszubauen. Dazu ist das in den letzten Jahren bereits erkennbar erhöhte Niveau staatlicher wie auch nichtstaatlicher Kulturinstitutionen im Bereich der Theater und Museen, aber auch in freien künstlerischen Einrichtungen (zum Beispiel Kunstvereine, Kunstschulen, Soziokultur etc.) zu erhalten und nach Möglichkeit weiter zu steigern. Die vordringlichste Aufgabe von Kultureinrichtungen muss künftig darin bestehen, möglichst viele Menschen für ihr Programm und ihre Arbeit zu begeistern. Der kulturellen Versorgung der Fläche, des ländlichen Raumes und der regionalen Kulturförderung kommt eine besondere Bedeutung zu.

Landeseinrichtungen

Niedersachsen hat drei Staatstheater, sechs Landesmuseen und drei Landesbibliotheken (jeweils in Hannover, Braunschweig und Oldenburg). Sie fungieren als Aushängeschilder des Landes und stehen für höchste Ansprüche. Effizienzsteige-

Weiter auf Seite 8

politik und kultur *Heißer Sommer in Niedersachsen*

Nachdem im Herbst 2003 in Nordrhein-Westfalen massive Einschnitte in den Kulturetat angekündigt wurden, widmete *politik und kultur* in der Ausgabe 5/2003 mehrere Seiten dem Thema. Kulturminister Dr. Vesper, der Vorsitzende des Landeskulturrates Dr. Bögner, Kulturdezernenten, Kulturverbände und Kultureinrichtungen kamen zu Wort.
In diesem Sommer kündigte nun auch Niedersachsen tiefgreifende Kürzungen im Kulturetat an. Und wieder zeigte sich ein ähnliches Bild. Insbesondere freie Träger sowie die Kulturverbände sollten schmerzhafte Einschnitte in ihrem Etat hinnehmen. Demgegenüber sollten die Kürzungen bei den Landeseinrichtungen vergleichsweise moderat ausfallen. Auf den folgenden Seiten kommen neben Kulturminister Stratmann Vertreter aus den Landeskulturverbänden in Niedersachsen zu Wort.

Fortsetzung von Seite 7

Ausdruck humaner Lebensgestaltung

rungen sind auch hier geplant, indem die einzelnen Einrichtungen grundlegend neu strukturiert werden. Ziel dieser Umstrukturierung ist es, das Programm der jeweiligen Häuser stärker an ihrem kulturpolitischen Auftrag auszurichten und die internen Abläufe nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu optimieren. Überprüfbare Kennziffern sollen in allen staatlichen Kultureinrichtungen eingeführt und die kaufmännischen Leitungen der Einrichtungen gestärkt werden.

Die Landesmuseen sollen eine stärkere rechtliche Verselbständigung erhalten. In diesem Zusammenhang soll die Zusammenarbeit der Häuser in Braunschweig und Oldenburg intensiviert werden. Das Landesmuseum Hannover soll ebenfalls in eine größere Selbständigkeit überführt und die Organisation des Hauses den heutigen Anforderungen angepasst werden. Diese Neuerungen sollen bereits im Jahr 2006 praktiziert werden.

Bei der Neustrukturierung der Staatstheater gilt es, auch die Ausstattung sowie das Angebot der fünf kommunalen Theater in Celle, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg und Osnabrück, der beiden Landesbühnen sowie des Göttinger Symphonieorchesters einzubeziehen. Das Land unterstützt diese Einrichtungen mit rund einem Drittel bei den Kommunaltheatern und knapp 50 Prozent bei den Landesbühnen.

Kulturförderung über Fachverbände

Landesinteresse ist es, nach regelmäßig zu überprüfenden Zielvorstellungen die unterschiedlichen Sparten zu fördern. Dazu sollen die bislang einzeln agierenden zahlreichen Fachverbände zukünftig in drei Schwerpunkten gemeinsam agieren: so genannte Freie Kultur, Heimatpflege sowie „Musikland Niedersachsen“. Ziel ist eine bessere Abstimmung und Zusammenarbeit sowie gemeinsame Nutzung von Ressourcen wie Büros, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit etc. Dies schafft Synergien, die die Kürzungen bei den Verbänden zumindest zu einem Teil kompensieren. Unter anderem soll auch die Fortbildung der Verbände stärker als bisher zusammengefasst werden. So soll zukünftig die in Wolfenbüttel angesiedelte Bundesakademie für kulturelle Bildung zu einem „Kompetenzzentrum für Fortbildung im Kulturbereich“ entwickelt werden, also das Fortbildungsangebot in Abstimmung mit den Fachverbänden bündeln.

Der Verfasser ist Minister für Wissenschaft und Kultur Niedersachsen ■

Kriegsgewinnler oder auch Leidtragende?

Die Landschaftsverbände in Niedersachsen: neue Entwicklungen und Tendenzen • Von Olaf Martin

Vordergründig stehen die niedersächsischen Landschaften und Landschaftsverbände erst einmal gut da: Diesen kommunalen Verbänden für Kulturförderung wird ab 2005 nichts gekürzt, sondern sogar noch die Förderung erhöht! Jeder der zwölf Landschaftsverbände – sie umfassen, regional unterschiedlich, Gebiete von einem bis zu sieben Landkreisen – erhält seit längerem eine institutionelle Förderung, die nicht angetastet werden soll. Darüber hinaus und erstmalig wird aber ein Betrag von 1 Million Euro nach einem Fläche-/Einwohnerschlüssel auf die Landschaften verteilt, damit diese hieraus eine Zuschussförderung auf regionaler Ebene etablieren oder erweitern können. Hintergrund ist die Verwaltungsreform in Niedersachsen, in deren Verlauf bis Ende 2004 die Bezirksregierungen aufgelöst werden. Ein vierjähriger Modellversuch mit dem Landschaftsverband Südniedersachsen hatte gezeigt, dass die Verlagerung der Bezirksregierungs-Aufgaben auf eine regionale Ebene Vorteile bietet: Engere Rückkoppelung mit der Basis, mehr spartenübergreifende Querschnittsorientierung, intensivere Beratung, aber auch bessere Kontrolle. Durch eine solche Umverteilung geht der Kulturszene materiell nichts verloren, nur die Verfahrenswege ändern beziehungsweise vereinfachen sich.

Bei Verfahren der institutionellen Förderung und Projektzuschüssen über 10.000 Euro möchte jedoch künftig das Ministerium allein sämtliche Aufgaben wahrnehmen; bisher hatten die Bezirksregierungen – und der Landschaftsverband in Südniedersachsen – hier zwar nicht die Entscheidungen getroffen, aber doch die Verfahren als solche abgewickelt. Das Ergebnis der Verwaltungsreform wird in diesem Punkt also ein Mehr an Zentralismus sein.

Werden nun die aktuellen Kürzungspläne umgesetzt, ist mit ungewollten Nebeneffekten zu rechnen: Künftig werden alle Antragsteller mit Zuschusswünschen unter 10.000 Euro vom Land zu den Landschaftsverbänden geschickt. Berücksichtigt man, dass sich ein großer Teil der Kürzungspläne von 4,2 Millionen Euro genau bei Kulturprojekten dieser Größenordnung abspielen, erahnt man die Klemme, in der sich die Landschaftsverbände ab 2005 womöglich befinden werden.

Für Vertreter eines dezentralen Politik-Ansatzes ist aber noch eine weitere Entwicklung bedenklich: Die relative Bevorzugung der staatlich finanzierten „Leuchttürme“ führt mittelbar zu einer immer stärkeren Konzentration der Kulturgelder auf die großen Zentren. Denn die jetzt für die Kürzungen vorgesehenen Fördermittel fließen zu hohen Anteilen in die Fläche des Landes. Solche Ungleichgewichte – die allerdings nicht erst von dieser Landesregierung geschaffen wurden – weiter zu verstärken, ist eine wenig beachtete Tendenz dieser Kürzungspläne.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Landschaftsverbands Südniedersachsen ■

Modell für die Museumsberatung auf Landesebene

Die Aufgaben des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen e.V. • Von Hans Lochmann

Auch im Museumsbereich kommt der landesweiten fachlichen Betreuung und Beratung aufgrund der Kulturhoheit der Länder eine besondere Bedeutung zu. In einem Flächenland wie Niedersachsen gibt es eine hohe Dichte von Museen und Sammlungen unterschiedlichster Struktur und Größe. Aktuell werden allein in Niedersachsen über 670 Einrichtungen gezählt.

Landesmuseum Hannover — Foto: Landesmuseum Hannover

Neben der Verpflichtung, seine sechs eigenen staatlichen Museen zu führen, gibt es eine über Jahre unbestrittene aus der Landesverfassung abzuleitende Pflicht des Landes zur Fürsorge für die nichtstaatlichen Museen. Neben den Trägern, den Kommunen, gewährte das Land Niedersachsen Fördermittel für Projekte nichtstaatlicher Museen. Einige Museen landesweiter Bedeutung erlangten eine dauerhafte Förderung.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern bestand in Niedersachsen bis zur Mitte der 1980er Jahre keine staatliche Museumsberatungsstelle wie seinerzeit zum Beispiel in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen (bei den beiden Landschaftsverbänden) oder Schleswig-Holstein. Mit dem Museumsverband einigte sich 1986 das zuständige Fachministerium auf das Modell der institutionellen Förderung. Der Museumsverband konnte hiermit eine hauptamtlich geführte Geschäftsstelle einrichten, die den achtköpfigen ehrenamtlichen Vorstand in seiner fachlichen Beratungstätigkeit unterstützt.

Erreicht wurde in dieser Konstellation die Etablierung eines kontinuierlichen Ansprechpartners für die Museen. Gleichzeitig erhielt die Sparte der Museen in Niedersachsen einen gewichtigen und zunehmend ernster genommenen Partner. Ministerien, Bezirksregierungen und landesweite Kulturstiftungen beziehen den Museumsverband in die Projektförderung als Gutachter ein. Mit den Stiftungen werden eigene Projekte initiiert. So wurde mit der Niedersächsischen Sparkassenstiftung 1992 der Niedersächsische Museumspreis ins Leben gerufen, mit dem herausragende und vorbildliche Museumsarbeit prämiert wird. Gemeinsam wird der Museumsführer Niedersachsen / Bremen herausgegeben, 2002 ein Museumsführer für Kinder. Diese gute Zusammenarbeit mit der Sparkassenstiftung setzt sich in der gemeinsamen Kampagne zum Internationalen Museumstag am 18. Mai fort, der zusammen mit den übrigen Museumorganisationen in den letzten fünf Jahren bundesweit etabliert werden konnte.

Kommunen beziehen den Verband zunehmend in konzeptionellen Fragen ein. In einigen Landkreisen konnten abgestimmte regionale Museumskonzeptionen unterstützt werden. Gleichzeitig fördert der Museumsverband in Form freiwilliger Regionaler Arbeitsgemeinschaften in 12 Regionen des Landes regionale Netzwerke. Auf diese Weise kann vor allem die Vielzahl der kleinen Museen in der Fläche vernetzt werden. Vorbild für diese Netzwerke sind die Museumsverbünde in Ostfriesland, Südniedersachsen, dem Oberharz und im Wendland.

Mit seiner seit 1966 herausgegebenen Zeitschrift „Mitteilungsblatt“ verfügt der Museumsverband über eine der ältesten regionalen Fachblätter zur Information über aktuelle Entwicklungen im Museumswesen der beiden Bundesländer. In der Geschäftsstelle führt der Museumsverband eine Fachbibliothek und ein Museumsarchiv. Zur Kommunikation und Weiterbildung seiner Mitglieder führt der Verband eine mehrtägige jährliche Verbandsversammlung sowie ein Fortbildungsprogramm durch. Als erstes übergreifendes Angebot dieser Art wurden 1992 die „Niedersächsischen Volontärweiterbildungen“ zur Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses aufgenommen.

Das kostengünstige „Modell Niedersachsen“ der institutionellen Förderung des Landesverbandes zur Schaffung entsprechender Beratungskompetenz auf Landesebene wurde nach 1990 in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und teilweise auch Thüringen nach niedersächsischem Vorbild übernommen. Der Museumsverband hat es erreicht, dass die Museumsarbeit in Niedersachsen und Bremen weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung findet und einen hohen Stellenwert in der bundesweiten Zusammenarbeit der Museumsorganisationen erlangt hat.

Die finanzielle Förderung von Museen war bisher nicht Aufgabe des Museumsverbandes. Dies zu übernehmen, stand erstmalig im Rahmen der Neuordnung der Kulturförderung in Niedersachsen zur Debatte. Im Rahmen dieser Debatte wurde der Museumsverband Mitglied im Arbeitskreis niedersächsischer Kulturverbände (akku).

Die gegenwärtig noch nicht abgeschlossene Neuordnung der Kulturförderung des Landes Niedersachsen wird auch im Museumsbereich zu einschneidenden Veränderungen führen. Statt die vorhandenen mit Landesmitteln geschaffenen landesweit vernetzten Strukturen und Kompetenzen des Museumsverbandes zu nutzen, soll die Museumsförderung regionalisiert werden. Hierzu müssen in den Regionen die Strukturen zum Teil erst geschaffen werden. Im Bereich der Projektmittel sind erhebliche Einsparungen für 2005 geplant, so dass keine gestalterische Möglichkeit bleibt. Gefährdet erscheint auch die regionale Zusammenarbeit in Museumsverbünden.

Die Landes-Kulturverbände werden sich enger zusammenschließen müssen. Der Museumsverband bemüht sich um eine dauerhafte Kooperation mit den Sparten, die sich in ähnlicher Art die kontinuierliche qualitative Weiterentwicklung, fachliche Beratung und Unterstützung ihrer Einrichtungen zum Ziel gesetzt haben.

Der Museumsverband hofft, dass auch in Zukunft das Land Niedersachsen Finanzmittel zur Weiterentwicklung einer lebendigen Museumslandschaft zur Verfügung stellt und die Gestaltung und kontinuierliche Verbesserung der Museumslandschaft in Zusammenarbeit mit dem Museumsverband fortsetzt.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e.V. ■

Kahlschlag bleibt aus – Kunstfehler bleibt

Vorläufige Bilanz nach einem heißen Sommer • Von Gerd Dallmann

Landesmuseums Hannover: Kuppelhalle Foto: Landesmuseum Hannover

Die Ankündigung, im Etat des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) für 2005 8 Millionen EURO zu kürzen und diese Kürzungen überwiegend im freien, also nicht-staatlichen Kulturbereich zu erbringen, hat den Künstlern, Einrichtungen, Vereinen und Verbänden in der freien Szene einen heißen Sommer beschert. Nach vielen Briefen, Aktionen, Veröffentlichungen und Gesprächen ist mit der Kabinettsklausur der Landesregierung ein (vorläufiges) Ergebnis der Debatten erreicht worden, das nun in einer Zwischenbilanz gewürdigt werden kann.

Die Kürzungsauflage bezüglich der originären Haushaltsmittel des MWK (der so genannten Fachkapitelmittel) ist etwa halbiert worden und wird zu ungefähr je einem Drittel von der Erwachsenenbildung, den staatlichen Kultureinrichtungen und dem freien Kulturbereich erbracht, mit dem Ergebnis, dass der freie Bereich in diesen Haushaltstiteln „nur“ um zirka 1,4 Millionen EURO gekürzt wird. Aber durch die zusätzliche Kürzung der ebenfalls im Einzelplan des MWK veranschlagten Ausgaben aus Erträgen des Landes durch die Spielbankenabgabe und durch Abgaben aus Toto-Lotto-Erträgen erhöht sich der Kürzungsbetrag für den freien Kulturbereich um etwa 2,8 Millionen EURO. Für nicht-staatliche Kultureinrichtungen stehen deshalb im kommenden Jahr mit zirka 18,2 statt vorher 22,4 Mio EURO 4,2 Mio (oder 19 Prozent) weniger zur Verfügung.

Dieses Ergebnis hinterlässt bei vielen Beteiligten ein zwiespältiges Gefühl. Die Minderung der Kürzung ist sicher als Erfolg einzustufen; wer hätte gedacht, dass es der in vielen kleinen Einrichtungen und Vereinen organisierten freien Kultur mit ihrer oft unspektakulären, von überregionalen Feuilletons wenig beachteten Arbeit gelingt, ein so großes Echo in der Bevölkerung und bei den Medien zu erzielen, dass Kulturminister Stratmann in Zeiten katastrophaler öffentlicher Finanzen mit einer Halbierung seiner Kürzungsbeträge aus der Kabinettsklausur hervorgeht?

Dennoch bleiben die nun eingeplanten Kürzungen in vielen Bereichen dramatisch.

Das Ergebnis für den Soziokulturetat: statt bisher 1,97 Millionen EURO (2004) werden laut Vorschlag der Landesregierung im kommenden Jahr nur noch 1.148.000 vom Land zur Förderung der Soziokultur zur Verfügung stehen. Das bedeutet etwa eine Halbierung der für Projekte und Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel. Ohne unserem Beirat vorgreifen zu wollen, der die Konsequenzen dieser Einschränkungen erst noch diskutieren muss, ist schon absehbar:

- eine wie auch immer modifizierte Neuauflage des Förderprogramms zum Aufbau ländlicher Kultureinrichtungen ist wegen der dafür erforderlichen Bündelung eines großen Etatpostens genauso unmöglich wie die Förderung größerer Baumaßnahmen zur Umnutzung von leerstehender Gebäudekomplexe zu kulturellen Zwecken.
- Zahlreiche Ausstattungsvorhaben im Bereich von Bühnentechnik, Bestuhlung etc. sind gefährdet, wobei die Landesmittel oft der entscheidende Baustein in einer Mischfinanzierung waren und zur Einwerbung von Drittmitteln bei Sponsoren, Stiftungen, Sparkassen beitragen konnten, die nun in einer Art Dominoeffekt auch ausbleiben würden; bezüglich ihrer technischen Ausstattung würden die niedersächsischen Kulturzentren und Vereine zukünftig „auf Verschleiß fahren.“
- Profilierte und finanziell riskante Projekte, die modellhaft zur Qualitätssteigerung in der freien Kulturarbeit beitragen, werden in erhebliche Finanznöte kommen, wenn ihnen weniger Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, da zum Einen der „Ausweg“ einer erhöhten Beteiligung von Stiftungen ausscheidet (deren Mittel sind ebenfalls reduziert) und Sponsoren häufig erst dann in größerem Umfang in Projektfinanzierungen einsteigen, wenn diese sich aus den Kinderschuhen herausentwickelt haben.
- Einrichtungen, die ohne dauerhafte institutionelle Förderung ihrer Stadt oder Gemeinde arbeiten und sich neben erheblichem Eigenengagement durch einen komplexen Finanzierungsmix von Projekt zu Projekt entwickeln, sind stark existenzgefährdet, zumal sie je nach Projekt oft aus unterschiedlichen freien Etats des Landes unterstützt werden und die Kürzungen (wenn auch überproportional im soziokulturellen Bereich) sich durch alle Etats ziehen.

Wenn die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur (LAGS) ihre Leistungen in anderen Bereichen einschränken würde, bliebe ein etwas größerer Etat zur Förderung von Projekten und Investitionen frei; hierzu ist allerdings zu bemerken, dass die von der LAGS angebotenen Fortbildungen und Beratungen eine unmittelbare – wenn auch nicht in Form von Geldvergabe stattfindende – Kulturförderung darstellen, und dass die Kultureinrichtungen und -vereine gerade in Zeiten knapper Kassen auf diese Leistungen mehr denn je angewiesen sind. Bleiben noch die Verwaltungsausgaben; die Forderung, hier zu kürzen, klingt populär. Seriöse Untersuchungen über Verwaltungsausgaben von non-profit-Organisationen am Beispiel von Förderstiftungen sprechen von einem angemessenen Verwaltungskostenanteil von 10-20 Prozent. Die LAGS bewegt sich hier mit korrekt ermittelten 9 Prozent am unteren Rand dessen, was noch vertretbar ist. Anders ausgedrückt: das Land hat zu wenig Geld für Kulturförderung zur Verfügung, um auf eine an Qualität orientierte, differenziert und transparent gestaltete und sorgfältig evaluierte Förderpraxis verzichten zu können.

Landesmuseums Hannover: Landesgalerie Foto: Landesmuseum Hannover

So weit die Herausforderungen, die sich uns für den zukünftigen Umgang mit den Landesmitteln stellen.

Ohne falsche Bescheidenheit kann man gleichzeitig feststellen, dass in der Soziokulturförderung des Landes Niedersachsen für eine anstehende Umstrukturierung der Kulturförderung modellhaft vorgearbeitet wurde. Die Transparenz der Förderkriterien, die ausgewogene Förderung sowohl großer professioneller wie auch kleiner ehrenamtlicher Einrichtungen, die Offenheit für neue Antragsteller und Entwicklungen, die Zuverlässigkeit bei der Begleitung mehrjähriger Vorhaben, die staatsferne Entscheidung und Verwaltung und die differenzierte Evaluation sind unbestritten vorbildlich.

Umso bedenklicher ist es, wenn in Zeiten anstehender Neustrukturierungen gerade in den Handlungsfeldern, in denen modellhaft Erfahrungen für zukunftsfähige Strukturen erarbeitet wurden, überproportional gekürzt wird. Es bleiben uns bis zur Verabschiedung des Haushaltsplans im Niedersächsischen Landtag noch gut zwei Monate, in denen wir weiterhin versuchen wollen, mit dem Minister und den Abgeordneten Gespräche über eine Reduzierung der Kürzung zu führen.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Niedersachsen ■

Musikland Niedersachsen – Landnahme durch Landschaften?

Zu den Kürzungsplänen im Musikbereich für den Haushalt 2005 • Von Manfred Sauga

Die positiven Impulse, die von den Plänen der Landesregierung zur Entwicklung eines „Musiklandes Niedersachsen“ ausgehen, werden derzeit durch die Ankündigung der Kürzungspläne im Musikbereich für den Haushalt 2005 konterkariert. Der Landesmusikrat weiß, dass die dramatische Haushaltslage des Landes die Landesregierung zu schmerzhaften, einschneidenden Kürzungen zwingt, um zukünftige Generationen durch eine fortgesetzte Verschuldungspolitik nicht zu hoch zu belasten. Diesem überzeugenden Argument hat sich auch der Landesmusikrat mit seinen Verbänden nicht verschlossen und deshalb der Landesregierung angeboten, vergleichbar dem Bereich der Sportförderung eine 10 prozentige Kürzung der Landeszuschüsse mitzutragen.

Die jedoch derzeit geplanten 25 prozentigen Kürzungen bei den Landeszuschüssen für Musikschulen – Förderhöhe derzeit etwa 1,3 Millionen Euro – und der Übungsleiter-Förderung – jährlich 155.000 Euro – werten nach Ansicht des Landesmusikrates die gesellschaftliche Bedeutung der zirka 40.000 ehrenamtlich Tätigen, die sich in Niedersachsen freiwillig für die Musikkultur engagieren und eine Wertschöpfung von jährlich etwa 86 Millionen Euro erbringen, gegenüber dem Breitensport ab.

Geringere Angebote

Darüber hinaus gefährdet die massive Kürzung bei den Musikschulen die bisher auf Basis des Lotteriegesetzes ausdrücklich durch Landesmittel geförderten Aufgaben wie Ensemble- und Ergänzungsfächer, studienvorbereitende Ausbildung sowie Elementar und Primarstufe. Die regionalen Musikschulen werden sicher zukünftig in diesen Aufgabenfeldern geringere Angebote realisieren, da die Landesmittel zu einem Viertel entfallen sollen. Damit werden auch die Perspektiven der intensiven Entwicklung von Konzepten in der Zusammenarbeit mit Ganztagsschulen in Frage gestellt. Hier sind eigentlich zusätzliche Landesmittel notwendig, denn die vorgenommene positive Erweiterung der Stundentafel Musik in den allgemein bildenden Schulen auf einen zweistündigen Musikunterricht bis zur siebten Klasse kann angesichts fehlender Schulmusiker nicht realisiert werden. Hier sind eigentlich Sonderprogramme notwendig, die die Musikschulen und die Laienmusik stärker mit den Schulen vernetzen. Dies geht aber nicht zum Nulltarif.

Regionale Vernetzung

Die Zusammenführung und Stärkung des Musikbereiches als selbständigem Segment bei der Neuordnung der Kulturförderung wird vom Landesmusikrat begrüßt. Die bereits vor 10 Jahren in Niedersachsen begonnene regionale Vernetzung des Musikbereichs in KONTAKTSTELLEN MUSIK kann dadurch intensiviert werden. Die bislang bestehenden 22 KONTAKTSTELLEN MUSIK sind regionale selbständige Gliederungen des Musiklebens, in denen sich Musikschulen, instrumentale und vokale Laienmusikvereinigungen, allgemein bildende Schulen, die Kirchenmusik und die freie Szene etwa auf der Ebene der vorhandenen Landkreise zusammen schließen und vor allem bei der Entwicklung gemeinsamer musikpädagogischer Projekte zusammen arbeiten. Für die Realisierung stellt das Land derzeit eine Anschubfinanzierung von 83.000 Euro zur Verfügung. In der Regel versetzt das die KONTAKTSTELLEN MUSIK in die Lage, weitere regionale Mittel – im Jahr 2003 waren das 180 Prozent der Landesmittel – einzuwerben.

Schlosstheater Celle (Kommunlaes Theater, das vom Land unterstützt wird) Foto: Schlosstheater Celle

Weiter auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Musikland Niedersachsen – Landnahme durch Landschaften?

Das Neuordnungs-Teilziel „Kultur im ländlichen Raum besonders schützen und fördern“ kann aber nur durch die konkrete Beteiligung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger realisiert werden, die sich in Niedersachsen haupt- und ehrenamtlich für die Musikkultur engagieren.

In diesem Zusammenhang bewertet der Landesmusikrat die Absicht der Landesregierung, ab 01.01.2005 die historischen Landschaften und Landschaftsverbände mit den Aufgaben der regionalen Kulturförderung nach dem Wegfall der Bezirksregierungen zu beauftragen, sehr kritisch.

Kompetenzen

Die Landschaften haben ihre Kompetenz in Fragen der Denkmal- und Heimatpflege, im Museumsbereich oder auch beim Erhalt von Regionalsprachen. Gerade in der Frage musikpädagogischer Arbeit existiert keine fachlich strukturierte Kompetenz. Vorhandene Beleihungsmodelle – wie in Südniedersachsen – zeigen eher eine ignorante Haltung der entscheidenden Vorstände zum Beispiel gegenüber Kooperationsprojekten von allgemein bildenden Schulen mit Musikschulen und der Laienmusik.

Der Landesmusikrat hat deshalb in einer Resolution seiner 27. ordentlichen Mitgliederversammlung vom 25. September 2004 an die Landesregierung appelliert

- das Musikland Niedersachsen als vernetztes System strukturell unter Beteiligung des Landesmusikrates weiter zu entwickeln.
- die KONTAKTSTELLEN MUSIK des Landesmusikrates als gewachsene regionale Strukturen weiterhin zu unterstützen und bei strukturellen Überlegungen zur Neuorganisation der Kulturförderung mitbestimmend – satzungsgemäß verankert als Mitglieder oder Beiräte der Landschaften – einzubeziehen.
- darauf hin zu wirken, dass die Landschaften bestimmte kulturpolitische Standards – unter Einbezug der KONTAKTSTELLEN MUSIK – niedersachsenweit entwickeln und einhalten.
- die Kernaufgabe des Staates „Musikalische Bildung“ in Kooperation mit den KONTAKTSTELLEN MUSIK zu entwickeln. „Musikalische Bildung“ fördert die Sensibilisierung der Wahrnehmung, das Entdecken der eigenen und fremden künstlerischen Gestaltungsfähigkeit, sie ist Impuls zur Entwicklung von Qualitätskriterien in der postmodernen Vielfalt. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen „Musikalische Bildung“.
- die bestehende Fachkommission KONTAKTSTELLE MUSIK als „Fachstelle Musikalische Bildung“ mit der Fortentwicklung eines vernetzten Konzeptes zur musikalischen Bildung zu beauftragen.

Mit-Gestaltung

Auf diese Weise wird auch das bei knappen öffentlichen Mitteln heute immer notwendigere und von der Landesregierung in seiner Bedeutung herausgestellte ehrenamtliche Engagement gefördert. Bürgerinnen und Bürger sind mehr motiviert ihre Zeit und Arbeitskraft freiwillig für die Musikkultur zur Verfügung zu stellen, wenn sie auch mit gestalten können.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Landesmusikrates Niedersachsen ■

Heißer Sommer in Niedersachsen

Mittel- und langfristig finanzierbare Strukturen in der Kulturlandschaft • Von Kirsten Haß

Das, was gegenwärtig Niedersachsens Kulturpolitik kennzeichnet, berührt drei Ebenen: zum einen die Kürzungspolitik, in der der ohnehin notorisch unterfinanzierte Freie Bereich doppelt gestraft ist, weil die vertraglich nicht gebundenen Mittel allererste Kürzungsmasse darstellen, zum zweiten die Frage nach Aufgaben, Status und Zukunft der Fachverbände als Dienstleister in diesem Bereich und zum dritten die Frage nach einer verlässlichen, abschätzbaren und zukunftsorientierten Kulturpolitik, die ihre staatlich und nicht-staatlich getragene Kulturlandschaft wertschätzt und ein vielfältiges Kulturangebot im Flächenland Niedersachsen ermöglicht.

Zur Kürzungspolitik

Wir Kulturverbände werden in diesen Tagen oft gefragt, ob wir uns nicht freuen über den Erfolg unserer Proteste gegen die Kürzungen. Diese kniffelige Frage kann nur komplex beantwortet werden, man läuft immer Gefahr, miesepetriger Spielverderber zu sein.

Noch einmal zur Erinnerung: Anfang Juli kündigte das Kulturministerium an, 8 Millionen Euro Kürzungen aus so genannten Fachkapiteln im Kulturbereich erbringen zu müssen. Zusätzlich äußerte Minister Stratmann die Absicht, staatliche Einrichtungen von den Kürzungen auszunehmen – blieb also nur noch der nicht-staatliche Bereich, rechnen mussten wir selbst. Durch die vertragliche Bindung etlicher Einrichtungen im Freien Bereich wie Museen oder Stadttheater blieb nur der originär freie Bereich übrig mit seinen 9 Millionen Euro Fachkapiteln. Die 8 Millionen Euro hätten den kompletten Kahlschlag für 1.200 Nichtstaatliche Museen, Kulturzentren, Theater, Musikschulen, Kunstschulen, Literatur und Kunstvereine bedeutet. In einem bisher nicht dagewesenen Zusammenschluss haben die Einrichtungen mit ihren Nutzern und Besucherinnen gegen die geplanten Kürzungen protestiert – wir hatten einen heißen Sommer.

Nun ist seit einer guten Woche bekannt, dass die Kürzungen „nur“ 1,4 Millionen Euro im Freien Bereich betragen, weitere 2,6 Millionen Euro werden von der Erwachsenenbildung und den staatlichen Museen und Theatern erbracht. Freuen wir uns darüber? Durch weitere Kürzungen bei den Konzessionsabgaben und den Spielbankmitteln, aus denen der Freie Kulturbereich ebenfalls gefördert wird, ergibt sich eine reale Kürzung von rund 4 Millionen Euro – rund 20 Prozent des Gesamtetats. Die einzelnen Sparten: Soziokultur, Freie Theater, Musik, Literatur unter anderem sind mit rund 30 Prozent Kürzungen betroffen.

Wir freuen uns, dass es dem Minister gelungen ist, den kompletten Kahlschlag im Freien Kulturbereich zu verhindern. Und wir sind bestürzt, dass die Kürzungen in vielen Sparten bedeuten, dass nur noch die Hälfte der noch in diesem Jahr geförderten Projekte zukünftig gefördert werden kann. Und wir fragen uns, ob wir im nächsten Jahr wieder lautstark davor warnen müssen, auf erneut gekürztem Niveau weitere Kürzungen erbringen zu müssen.

Zur Rolle der Fachverbände

Derzeit wird vielerorts das Wort gegen den angeblich viel zu hohen Verwaltungsaufwand bei den Kulturfachverbänden geführt. Auf Erhebungen kann diese Auffassung nicht basieren, denn die jährliche Evaluation der LAG Soziokultur ergibt zum Beispiel einen Verwaltungsaufwand gemessen am Gesamtvolumen der zu vergebenden Mittel von weniger als 10 Prozent. Die Verbände sind in erster Linie vom Land Niedersachsen beauftragte Dienstleister in den Bereichen Beratung, Fortbildung, Forschung und Konzeptentwicklung für die jeweilige Sparte sowie Mittler zwischen den verschiedenen Förderern wie Kommunen, Stiftungen und Land. Sie sind nicht ihrer Klientel verpflichtet, sondern dem Kulturbereich, den sie vertreten.

Das Land Niedersachsen hat jetzt ein so genanntes Säulenmodell vorgelegt mit der Aufforderung an die Verbände, sich unter den Überschriften Freie Kultur, Heimatpflege und Musik zusammenzuschließen. Grundsätzlich sind die Verbände bereit, über neue Möglichkeiten der Synergien nachzudenken. Jedoch zu glauben, dass nach den jetzigen Kürzungen, die auch die Verbände betreffen, weitere Kürzungen möglich sind bei gleichem Output, wäre fatal.

Zur Frage der verlässlichen Kulturpolitik

Die bisherigen jährlichen Kürzungsschläge für die Freie Kultur bedeuten eine tiefe Verunsicherung und Vertrauensverlust gegenüber der Kulturpolitik. So wird einerseits von allen Seiten betont, wie sehr man das bürgerschaftliche Engagement, aber auch die Professionalität der Freien Kultur schätzt. Auf der anderen Seite aber sind die vertraglich nicht gebundenen Mittel in jeder Kürzungsrunde zuerst im Visier. Die Freie Kultur hat ihren Solidarbeitrag beim Sparen/Kürzen in den letzten Jahren erbracht – mehr ist nicht möglich, ohne nachhaltig Strukturen zu zerschlagen. Bereits jetzt ist zu befürchten, dass etliche Kultureinrichtungen vor dem Aus stehen, wenn das Land als wichtiger Förderer wegfällt.

Es muss jetzt über neue Strukturen in der Kulturlandschaft nachgedacht werden, die nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig zu finanzieren sind. Das Land Niedersachsen muss die Frage klären, wohin es will mit seiner Freien Kultur, die beispielhaft in ihrer Struktur ist. Allein auf staatliche Kultur zu setzen, führt in eine Sackgasse, denn staatliche Kultureinrichtungen bestehen nicht in der Fläche, sondern in den Zentren.

Das Flächenland Niedersachsen braucht dezentrale Kultur in allen Sparten, die sowohl Professionalität als auch Beteiligung von Laien ermöglicht. Niedersachsen muss sich bekennen zu einer Kultur der vielfältigen Strukturen.

Aus einem Vortrag zur Niedersächsischen Kulturpolitik von Kirsten Haß, Sprecherin akku (Arbeitskreis Niedersächsischer Kulturverbände) am 4.10.04 im Pavillon, Hannover ■

Von jetzt ab unterm Spar-Radar?

Anspruch flächendeckend: Literaturförderung in Niedersachsen • Von Kathrin Dittmer

„Niedersachsen – Land mit Weitblick“ – dieser Werbeslogan der Landesregierung ist durchaus wörtlich zu verstehen. Niedersachsen ist das zweitgrößte Bundesland – allerdings muss es seiner agraischen Tradition und seinen geest- und sandreichen Landschaften nach, als eher strukturschwach gelten. Sprichwörtlich sieht man hier schon mittags, wer um vier zum Tee kommt: das Land ist flach und die Wege sind weit.

Es war und ist gar nicht einfach ohne große Ballungszentren, Kultur zu etablieren, die einer Qualitätsprüfung und zumindest nationaler Konkurrenz standhält. In den vergangenen Jahren hat sich eine eigene und im besten Sinne eigenartige Struktur bilden können, an der die freie Kultur großen Anteil hat. Regionalisierung kombiniert mit Qualifizierung war das Rezept, das anschlug. Wobei die Landeshauptstadt Hannover doch deutlich herausragte. Zeitgemäß und zunehmend selbstbewusst präsentiert sich Niedersachsens Kultur. Der anhängende Provinzvorwurf wird mit einem Achselzucken quittiert: Provinz ist im Kopf, sonst nirgends.

Die Literaturförderung des Landes Niedersachsen entsprach im besonderen Maße dem Anspruch, flächendeckend zu agieren. In Hannover und den Mittelpunktstädten Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg, Braunschweig und Göttingen wurden in den letzten 10 Jahren Literaturbüros eingerichtet, teils in kommunaler, teils in freier Trägerschaft. Vernetzung, Beratung, landesübergreifende Zusammenarbeit und natürlich ein anspruchsvolles Programm vor Ort zu bieten, ist und war das Ziel. Das Land hat diese Arbeit erheblich gefördert mit Projektmitteln und auch institutionell. Die gute Nachricht der anstehenden herben Kürzungen ist: Die Struktur und Förderung der Büros bleibt fast vollständig erhalten. Auch der Friedrich-Bödecker-Kreis, der in Hannover vor 50 Jahren seinen Anfang nahm und seitdem mit seinem bundesweiten Netzwerk nachhaltig das Lesen fördert, kommt voraussichtlich mit geringfügigen Kürzungen davon.

Den Kürzungen zum Opfer fallen werden die Geschäftsstelle des Literaturrates Niedersachsen und das landesweit ausgerichtete Projekt „Bücherfrühling“ Einschränkungen wird es auch bei den Stipendien geben, der Nicolas-Born-Preis mit den Autoren-Förderpreisen bleibt erhalten auch den Verlags- und Buchhandelspreis wird das Land weiter vergeben. Die ebenfalls vorgesehene finanzielle Beschränkung der landesabhängigen Stiftungen wird sich zusätzlich negativ auswirken.

In Zahlen heißt das, dass von ca. 700.000 Euro Literaturfördermitteln, knapp 30 % eingespart werden. Projektmittel, die nicht an Institutionen gebunden waren, hat es schon in 2004 nicht mehr gegeben.

Dass der Aufschrei der Szene bisher ausblieb, wird daran liegen, dass das Land sich entschlossen hat, die beiden umstrittensten Einrichtungen zugunsten der übrigen komplett zu streichen. Der Dachverband litt schon seit Jahren an lähmenden Diskussionen zum Sinn und Zweck seiner Arbeit, der „Bücherfrühling“ ist ein altmodisches, bürokratisiertes Projekt, dass bei den kleineren und größeren Literaturveranstaltern im Land hauptsächlich deswegen noch Interesse fand, weil es der einzige Weg war zumindest einmal im Jahr, mit Hilfe von Landesmitteln ein Projekt umzusetzen. Sein Wegfall bedeutet leider, dass es keine Alternative geben wird. Der zweite Partner im „Bücherfrühling“, die VGH-Stiftung, hat vielleicht Interesse ein neues Projekt zu entwickeln. Aller Erfahrung nach treten die Stiftungen jedoch zunehmend selber als Veranstalter auf und bieten eine von ihnen koordinierte Zusammenarbeit an. Der Literaturrat Niedersachsen, der noch knapp 30 Mitgliedsorganisationen verzeichnet, wird Ende des Jahres entscheiden müssen, ob und wie eine ehrenamtliche Arbeit vonstatten gehen könnte.

Umso mehr sind jetzt die Literaturbüros gefragt, als Arbeitsgemeinschaft die Belange der Literatur gegenüber dem Land zu vertreten. Auch die Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel wird als Verbindungsglied aller mit Literaturvermittlung befassten Einrichtungen noch weiter ins Zentrum rücken. Wenn Niedersachsen eine nennenswerte Literaturförderung will, darf es keine weiteren Kürzungen geben. Jetzt ist sie so reduziert, dass man nur hoffen kann, in Zukunft „unter dem Radar“ durchzuschwirren.

Der Anteil der Kulturförderung des Landes rutscht durch die Einsparungen unter ein Prozent am Gesamthaushalt und es ist kein Ende in Sicht. Dass Sparen die Phantasie und Flexibilität beflügelt, trifft so oft dies auch behauptet wird, nicht zu. Hierfür braucht es Konzepte und eine prägnante Kulturpolitik. Mangel verhindert zeitgemäße Entwicklungen. Die freien Kulturträger und die schon lange finanziell gebeutelte kommunale Kultur haben sich in der Vergangenheit schon viel einfallen lassen – Stroh zu Gold spinnen können wir aber auch nicht.

Die Verfasserin ist Geschäftsführerin des Literaturbüro Hannover ■

Dienstleister für ein anonymes Publikum

Von der Schwierigkeit Kultur und Wirtschaft zusammenzudenken • Von Susanne Binas-Preisendörfer

Die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ fällt in eine Zeit tiefgreifender sozialer, ökonomischer und kultureller Veränderungen. Fortschreitende Globalisierung und medientechnologische Entwicklungen tangieren Fragen des Selbstverständnisses der Künste und Kultur und insbesondere das vielfältige Beziehungsgeflecht ihrer Akteure.

Dr. Susanne Binas-Preisendörfer Foto: privat

Die Auswirkungen betreffen insbesondere die Arbeit der Künstler und Künstlerinnen, ihr Selbstbild und die Stellung als kreativ Schaffende, die Verwertungsmöglichkeiten künstlerischer Kreativität, Bedingungen künstlerischer Produktion, die Vertriebswege kultureller Güter, Fragen kultureller Wertschöpfung und das Verhältnis des Publikums zu den unterschiedlichsten Formen kultureller und künstlerischer Produktion und Angebote.

Insbesondere die rasante Medienentwicklung hat in den vergangenen 20 Jahren dazu geführt, dass wir – in den westlichen Regionen der Welt – in kürzester Zeit mehr und unterschiedlichste Texte, Musiken oder Bilder kennenlernen können, als wir es noch vor 50 Jahren in unserem ganzen Leben vermocht hätten. Nicht allein das kulturelle Verhalten Jugendlicher ist geprägt von Medienerfahrungen, die bei der Auswahl ihrer Vorlieben nicht unterscheiden zwischen öffentlichen oder privatwirtschaftlich finanzierten kulturellen Angeboten.

Umberto Eco – der bekannte italienische Zeichentheoretiker, Essayist und Romancier – betonte in einer Arbeit aus den beginnenden 1980er Jahren, „dass jede Veränderung der kulturellen Werkzeuge in der Menschheitsgeschichte eine tiefgreifende Krise des überkommenen und ‚geltenden’ Kulturmodells auslöst“. Diese Aussage zielte auf den gesellschaftlichen Umwälzungsprozess hin zur so genannten Informations- beziehungsweise Wissensgesellschaft. Praktisch bedeutet dies nicht nur den Bedeutungszuwachs medial erzeugter Kulturformen, sondern auch ein notwendig steigendes Bewusstsein für die Vielfalt kultureller Akteure.

In den Regionen Deutschlands, die massiv von Deindustrialisierungsprozessen gekennzeichnet waren und tiefgreifende politische Standortentscheidungen getroffen werden mussten, gehörten Themen rings um die Kulturwirtschaft seit Mitte der 1980er Jahre auf die kultur- und wirtschaftspolitische Agenda.

Der schwierige Umgang mit entsprechenden Entscheidungen wird jedoch noch heute bestimmt von immensen Berührungsängsten zwischen artifiziellen Traditionen und medienvermittelten Kulturformen: dem, was als kulturell wertvoll gilt oder nicht, was öffentlich förderfähig ist beziehungsweise sich auf Märkten behaupten muss, zwischen Staat und Markt, Kunst und Ökonomie, Kultur und Wirtschaft. Nicht zuletzt die gemeinhin übliche Etatisierung und strikte Zuständigkeit der Kunst/Kultur- und Wissenschaftsministerien der Länder/Bund für die Künstlerförderung zum Beispiel und das der Wirtschaftsministerien für Unternehmens- und Beschäftigungspolitik zeugt von einem Paradoxon, dessen Wurzeln weit ins 18. Jahrhundert reichen.

Damals wurde in Mitteleuropa ein Kulturverständnis und Kulturbegriff geformt, der Kultur beziehungsweise Kunst als einen Gegenpol zu einer von rationalen Normen geprägten Marktlogik erscheinen lässt. Angereichert mit dem Geist der Romantik galt der Künstler als das gottgleiche Genie. Im Reich der Freiheit schöpfe er seine Werke, wohingegen im Reich der Ökonomie das Prinzip der Notwendigkeiten herrsche. „Wenn der wirtschaftlich erfolgreiche Bürger sich den Genüssen der Kunst hingab, die er mit Kultur gleichsetzte, dann vergaß er die Logik des Kapitals – und wenn Kulturschaffende ihre Kreativität auslebten, dann schwebten sie hoch über den Niederungen des Monetären.“ (Jakob Tanner: Kultur am Point of Sale – Wirtschaft im Cultural Turn. In: Kulturstiftung des Bundes 2004/4, S. 6)

Die Realität aber sah schon damals anders aus.

Es ist der Ware/Geld-Mechanismus, der im Zuge des Wandels hin zur bürgerlichen Gesellschaft allgemein geworden war und die wachsende Bedeutung der Verwertung von Kunst, Musik, Literatur oder Bühnenwerken zur Folge hatte. Mit der allmählichen Ausdifferenzierung der Akteure und Institutionen des bürgerlichen Kunst- und Kulturbetriebes im 18. und 19. Jahrhundert (Konzertbetrieb, Konservatorien, Stadttheater, Verlagswesen, Kunstkritik, Museumswesen, Akademien und so weiter) und dem Entstehen einer schwer fassbaren Öffentlichkeit (Publikum) gelangten die verschiedenen Kunstformen immer auch in wirtschaftliche Zusammenhänge und ökonomische Abhängigkeiten.

Nicht mehr im Auftrag von Fürsten oder Kirche, sondern als Dienstleister für ein weitestgehend anonymes Publikum mussten sich Künstler zunehmend als selbstständige Unternehmer begreifen. Jenseits der die Öffentlichkeit stiftenden Institutionen wäre das für den Einzelnen ein unmögliches Unterfangen. Es entwickelten sich neue Berufsbilder, wie das des Agenten, des Interpreten, des Verlegers, Kritikers oder Intendanten. Und es entstanden Institutionen, die den Kultur- und Kunstbetrieb bis in unsere Tage so entscheidend prägen sollten. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, entfaltete sich ein arbeitsteilig spezialisiertes System von Akteuren und Institutionen, die den sich komplexer gestaltenden Prozess der Vermittlung und des Austausches von kulturellen Gütern organisieren. In diesen Institutionen selbst entsteht der Diskurs über kulturell Bedeutsames. Dort wird er reproduziert und in die Gegenwart getragen (insbesondere an Akademien und den Hochschulen der Künste). Der auf seine Individualität und Kreativität vertrauende Künstler benötigt die entsprechenden Vermittlungsleistungen, die praktischen als auch die diskursiven.

Wäre uns das grausamste Kapitel deutscher Geschichte der Neuzeit – die Nazidiktatur – erspart geblieben, vielleicht könnten wir heute unbekümmerter über den Zusammenhang von Kultur und Wirtschaft sprechen.

Die populären Propagandafilme aus Nazideutschland und die Erfahrungen zahlreicher Künstler und Geisteswissenschaftler im amerikanischen Exil nährten nachhaltig die Skepsis gegenüber den Resultaten einer Produktion kultureller Güter, die industriell organisiert war und deren Herstellung der Logik von Kapital und Märkten folgen. Adorno und Horkheimer („Dialektik der Aufklärung“, 1947) besetzten langfristig den Begriff der Kulturindustrie im deutschsprachigen Raum als das Feld kultureller Zusammenhänge, in dem Menschen mit den minderwertigen, immer gleichen Waren kultureller Massenproduktion manipuliert würden. Kultur habe nur dann einen Wert, wenn sie kommerziell nicht verwertbar sei und künstlerische Qualität offenbare sich nur dort, wo die Erwartungshaltungen des Publikums enttäuscht werden, Kunst solle sich verweigern!

Tatsächlich entzieht sich Kultur Effizienzkriterien und Meßbarem. Ihr Erfolg oder Mißerfolg lässt sich in Zahlen nicht darstellen, „Einnahmeerwartungen“ sind immerfort der kulturellen Dynamik, medialen Veränderungen und sozialen Unwägbarkeiten ausgesetzt. Deshalb gehören die Kulturmärkte zu den schwierigsten.

Im Rahmen ihrer Bestandsaufnahmen, Expertisen und Empfehlungen zu Fragen des gesellschaftlichen Strukturwandels und seinen Auswirkungen auf die öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur will die Enquete-Kommission dazu beitragen, dass die Kulturwirtschaft in der Kultur- und Wirtschaftspolitik die ihr angemessene Aufmerksamkeit erlangt. Sie muss herausarbeiten und schließlich auch definieren, welche immense wirtschaftliche, kulturelle, beschäftigungs- und standortpolitischen Bedeutung der erwerbwirtschaftlich orientierte Bereich der Kulturproduktion und seine Interdependenzen hin zum öffentlich geförderten Sektor und zum zivilgesellschaftlich motivierten Engagement birgt und welcher Maßnahmen es bedarf, die handelnden Akteure (insbesondere Klein- und mittelständische Unternehmen, freiberufliche Künstler) angemessen zu unterstützen. Andernfalls würde sie die Herausforderungen des Strukturwandels nicht ernst nehmen.

Die Verfasserin ist Sachverständiges Mitglied der Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ und Geschäftsführerin der Berliner Kulturveranstaltungs-GmbH ■

Probleme der Kultur- und Umlandfinanzierung

Woher wissen wir, dass es eine Stadt-/Umlandproblematik gibt? • Von Claus Hamacher

Mitte des letzten Jahres hat der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission „Kultur und Deutschland“ eingerichtet. In einer Bestandsaufnahme soll die Kommission die gegenwärtige Situation von Kunst und Kultur in Deutschland erfassen und unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte analysieren und bewerten. Zu diesen Aspekten gehört nach der Formulierung des Einsetzungsbeschlusses auch die Erörterung des „Problems der Umlandfinanzierung“.

Die Formulierung impliziert, dass ein gesellschaftlich gesicherter Konsens zu der Frage existiert, ob es tatsächlich im Verhältnis zwischen kulturtragenden Großstädten oder Mittelzentren zu ihren Umlandgemeinden ein Finanzverteilungsproblem gibt, welches ein aktives Handeln der Politik erfordern würde. Augenscheinlich wird auch in der Kommission selber die Prämisse nicht in Frage gestellt. In dem Beitrag der Kommissionsvorsitzenden Gitta Connemann, MdB, in der September/Oktober-Ausgabe von *politik und kultur* wird im Zusammenhang mit dem sächsischen Kulturraumgesetz die Frage thematisiert, wie die umliegenden Kommunen in die Kulturfinanzierung der Metropolen eingebunden werden können. Die Frage des „Ob“ scheint sich hingegen gar nicht zu stellen. Die personelle Zusammensetzung der Kommission ist jedenfalls geeignet, die widerspruchslose Akzeptanz der „Problemtheorie“ zu gewährleisten: Die sachverständigen Mitglieder der Kommission aus dem kommunalen Bereich gehören dem großstädtischen Bereich an und verspüren schon deshalb eine gewisse Affinität zu der Idee einer Finanzierungsbeteilung umliegender Gemeinden.

Dennoch oder gerade deswegen muss die Frage gestattet sein: Woher wissen wir, dass es eine Stadt-/Umlandproblematik gibt?

Der Versuch einer schlüssigen Beantwortung dieser Frage führt zu dem Ergebnis, dass man von dem Gedanken einer zwingenden Finanzierungsbeteiligung von Umlandgemeinden an den kulturellen Ausgaben von Metropolen rasch wieder Abstand nehmen sollte. Er verletzt Grundprinzipien der kommunalen Selbstverwaltung und widerspricht – jedenfalls für das Land Nordrhein-Westfalen – auch der Logik des etablierten kommunalen Finanzausgleichs. Dieses Ergebnis soll durch die folgenden vier Thesen untermauert werden:

1. Gedanklicher Ausgangspunkt für die Annahme, dass die Kulturfinanzierung im Verhältnis zwischen Metropole und Umland einen regelungsbedürftigen Sachverhalt darstellt, ist die Feststellung, dass Großstädte und in eingeschränktem Umfang auch Mittelzentren kulturelle Angebote vorhalten, die offensichtlich nicht allein der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der eigenen Einwohner dienen, sondern in mehr oder minder starkem Maß auch von Einwohnern umliegender Städte und Gemeinden mit genutzt werden. Hieraus wird die Überlegung abgeleitet, dass die kulturtragenden Städte Aufwendungen haben, denen entsprechende Einsparungen bei den Wohnsitzgemeinden gegenüberstehen, die kein entsprechendes Kulturangebot vorhalten. Diese ungleichmäßige Belastung müsse durch einen Finanztransfer zwischen Metropole und Umlandkommune kompensiert werden.

Weicher Standortfaktor Kultur erhöht Attraktivität für Gewerbe- und Dienstleistung

Vertreter der Forderung einer solchen Umlandfinanzierung finden sich insbesondere unter den Kulturdezernenten und Ratsvertretern großer Städte, aber auch bei den Interessenvertretungen der Kultureinrichtungen und der Künstler (zum Beispiel Deutscher Bühnenverein, Fachgruppe Musik der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di etc.).

Dabei ist es freilich kaum seriös, den Zuschussbedarf städtischer Kultureinrichtungen im Verhältnis des Anteils auswärtiger Besucher den Umlandgemeinden auferlegen zu wollen. Über die finanziellen Auswirkungen der Mitnutzung von Kulturangeboten/-einrichtungen durch Bürger von Umlandgemeinden gibt es kaum gesichertes Datenmaterial. Es darf nicht vergessen werden, dass Kulturinteressierte nicht nur über die von ihnen gezahlten Eintrittsgelder die wirtschaftliche Situation

Weiter auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Probleme der Kultur- und Umlandfinanzierung

der von ihnen genutzten Einrichtungen verbessern. Darüber hinaus bringen sie eine erhebliche Kaufkraft mit, die in der Regel anlässlich eines Kulturbesuchs der lokalen Wirtschaft zugute kommt. Zu nennen sind hier lediglich beispielhaft Gastronomiebesuche, die Benutzung des ÖPNV, Einkäufe etc. Von den Vertretern der Kultur wird im Übrigen immer wieder betont, dass Investitionen in den „weichen" Standortfaktor Kultur auch deswegen wirtschaftlich sinnvoll sind, weil mit dem kulturellen Angebot die Standortqualität wächst und die Attraktivität der Stadt auch für anzusiedelnde Gewerbetreibende oder Dienstleister zunimmt. Dies wirkt sich natürlich auch positiv auf die Steuereinnahmen der betreffenden Stadt aus, ohne dass sich solche Sekundäreffekte exakt beziffern ließen. Festzuhalten bleibt aber, dass ein statistisch gesicherter Nachweis darüber, dass eine Metropole durch ihr über den eigenen Bedarf hinaus dimensioniertes Kulturangebot einen finanziellen Nachteil erleidet, fehlt. Noch weniger lässt sich ein solcher Effekt quantifizieren. Von daher steht schon die Grundannahme einer finanziellen Lastenverschiebung auf wackeligen Füßen.

2. Beispiele kommunaler Kooperationen und gemeinsam vorgehaltener Angebote zur Befriedigung des Bedarfs der Einwohner sind zahlreich. Dieses kann in Form gemeinsamer Gesellschaften, öffentlich-rechtlicher Zweckverbände oder auch in anderen Formen geschehen. Solche freiwilligen Vereinbarungen über Finanzierungsbeteiligungen finden freilich regelmäßig vor dem Hintergrund statt, dass alle beteiligten Kommunen auch mit entscheiden können über Art, Umfang und Finanzierung bestimmter Einrichtungen und Angebote. Genau daran fehlt es aber bei der hier eingeforderten Umlagefinanzierung für großstädtische Kultureinrichtungen. Die politische Entscheidung darüber, ob eine neue Philharmonie errichtet, ob ein Intendant ersetzt oder ob eine Einrichtung in eine private Rechtsform überführt wird, trifft allein die Trägerkommune. Sie allein hat Steuerungsmöglichkeiten hinsichtlich der Effizienz der Aufgabenerledigung; sie allein entscheidet letztlich, welche Folgekosten als Konsequenz von Investitionsentscheidungen getragen werden müssen. Dabei hat sie Rücksicht zu nehmen nur auf ihre eigene wirtschaftliche Lage, nicht auf die der umliegenden Städte und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund eine zwingende Finanzierungsbeteiligung von Umlandgemeinden für Kulturangebote zu fordern, hieße, die Prinzipien politischer Verantwortlichkeit zu verwischen. Es würde eine Art Gesamthaftung installiert, die mit dem Gedanken verantwortlicher kommunaler Selbstverwaltung kaum zu vereinbaren ist.

3. Ein ganz wesentliches Argument gegen die geforderten Finanztransfers ist die Feststellung, dass eine Beteiligung des Umlandes an erhöhten Kosten von Metropolen bereits stattfindet, und zwar innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs.
Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs ist es, die kommunale Finanzmasse aufzustocken und die Aufteilung der Deckungsmittel zwischen den einzelnen Kommunen so zu steuern, dass aufgaben- und bedarfsgerecht Finanzmittel zur Verfügung stehen. Dies geschieht in erster Linie über Schlüsselzuweisungen, also allgemeine Zuweisungen, die nach einem im Gesetz festgelegten „Schlüssel" berechnet und den Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden zur freien Verfügung gestellt werden. Das Grundprinzip des Schlüsselzuweisungssystems ist einfach: Für jede Gemeinde oder jeden Gemeindeverband wird anhand bestimmter Indikatoren ein einheitlicher Finanzbedarf ermittelt. Dem wird eine normierte Einnahmekraft für jede einzelne Kommune gegenübergestellt. Ist der fiktiv ermittelte Finanzbedarf höher als die normierte Steuerkraft, so wird die Differenz zu 90 Prozent ausgeglichen.
Der Finanzbedarf einer Gemeinde wird ganz wesentlich bestimmt durch die Zahl der Einwohner eine Gemeinde (= Hauptansatz). Der Hauptansatz im nordrhein-westfälischen Finanzausgleich wird allerdings nicht linear, sondern mit einer eingebauten Progression zugrunde gelegt. Dahinter steht die Überlegung, dass der Einwohner einer einwohnerstarken Gemeinde einen höheren Finanzbedarf auslöst als der Einwohner einer einwohnerschwachen Gemeinde. Die unterschiedliche Gewichtung von Einwohnern, die so genannte Einwohnerveredelung, ist in einer Tabelle (Hauptansatzstaffel) festgelegt. Einwohner in Kommunen von bis zu 25.000 Einwohnern werden mit dem Faktor 1 gewichtet; am anderen Ende der 18-stufigen Skala steht die Stadt Köln mit einem Gewichtungsfaktor von 1,57 pro Einwohner. Dies bedeutet, die Stadt Köln erhält für jeden Einwohner anderthalb Mal so hohe Zuweisungen wie die benachbarte Gemeinde Odenthal. Diese Ungleichbehandlung beruht letztlich nicht auf quantifizierbaren Parametern oder Kennzahlen, sondern ist allein aus dem tatsächlichen Ausgabeverhalten der Kommune abgeleitet. Darin spiegelt selbstverständlich auch der Umstand wider, dass eine Großstadt einwohnerbezogen höhere Ausgaben für die Kultur tätigt als eine ländliche Kommune. Eine Mitfinanzierung von Kulturangeboten durch Umlandgemeinden ist deshalb bereits integraler Bestandteil des kommunalen Finanzausgleichs, was in der Diskussion über unterschiedliche Kultur-Finanzierungslasten gerne vergessen wird!

4. Der vierte und letzte Punkt führt den Gedanken einer Umlagefinanzierung noch einen Schritt weiter. Einmal unterstellt, die Verfechter einer zwingenden Finanzierungsbeteiligung würden sich mit ihrem Anliegen durchsetzen: Wo soll das Prinzip einer Umlandbeteiligung enden? Gilt es nur für Kulturangebote und -einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft oder auch für solche in privater Trägerschaft? Wie sieht es mit anderen Bereichen der Daseinsvorsorge aus? Könnte nicht auf anderen Feldern, beispielsweise für den Sport oder für Beratungsangebote gleichfalls ein Finanzbeitrag eingefordert werden? Umgekehrt ist es nicht ausgeschlossen, dass auch Umlandgemeinden auf den Gedanken verfallen, die Nutzung naturbelassener Räume durch Großstadtbewohner zu Naherholungszwecken oder etwa die Inanspruchnahme des Radwegenetzes monetär zu bewerten und eine Finanzierungsbeteiligung von den Kernstädten zu verlangen.

Die vorstehenden Überlegungen zeigen, dass die Protagonisten einer zwingenden Finanzierungsbeteiligung von Umlandgemeinden für großstädtische Kulturangebote die schlüssige Beantwortung der Frage schuldig bleiben, ob die so genannte Umlandproblematik überhaupt existiert. Meiner Meinung nach existiert sie nicht.

Der Verfasser ist Beigeordneter für Finanzen und Kultur beim Städte- und Gemeindebund NRW ■

Erstes greifbares Ergebnis der Enquete-Kommission Kultur

Zur öffentlichen Anhörung „Staatsziel Kultur" der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" • Von Gabriele Schulz

Die Diskussion um Kultur als Staatsziel ist wirklich nicht neu. In den Debatten zur Reform der Verfassung wird dieses Thema immer wieder auf das Tapet gebracht. Angeführt werden in der Diskussion zum einen die von der Bundesregierung eingesetzte „Sachverständigenkommission Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge" in den Jahren 1981 bis 1983 sowie die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat in den Jahren 1992 und 1993. Die Sachverständigenkommission Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge hat zwar u.a. die Aufnahme der Staatszielbestimmung Kulturstaat empfohlen, aber keinen Gesetzestext vorgeschlagen. In die Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat wurde zwei Anträge zur Aufnahme des Staatsziels Kultur eingebracht. Keiner fand schließlich eine Mehrheit. So behalf man sich weiter mit dem Verweis auf Art. 5 des Grundgesetzes sowie den Einigungsvertrag. Letzterer, so die oftmals vorgetragene Meinung, sichert zumindest in den neuen Ländern die Verantwortung des Staats für die Kultur in den neuen Ländern zu.

In jüngster Zeit wurden die Forderungen nach einem Staatsziel Kultur wieder lauter. Insbesondere Johannes Rau hatte sich in den letzten Monaten seiner Amtszeit als Bundespräsident, in denen er deutlich vernehmbar die Verantwortung des Staates für Kunst und Kultur sowie die kulturelle Bildung eingefordert hat, unmissverständlich für die Aufnahme des Staatsziels Kultur in das Grundgesetz ausgesprochen.

Insofern war es nur folgerichtig, dass sich auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland" mit dem Thema auseinandersetzt. Am 20. September führte sie eine öffentliche Anhörung zu der Frage durch, die sicherlich eine der Sternstunden der bisherigen Anhörungen der Enquete-Kommission war. Äußerst konzise und prägnant setzten sich die eingeladenen Verfassungsjuristen Prof. Dr. Peter Badura (Ludwig-Maximilians-Universität München), Prof. Dr. Max-Emmanuel Geis (Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen), Prof. Dr. Friedhelm Hufen (Johannes Gutenberg Universität Mainz) Prof. Dr. Ulrich Karpen (Universität Hamburg), Prof. Dr. Bodo Pieroth (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) mit dem Thema und den Fragen der Mitglieder der Enquete-Kommission auseinander.

3:2 für die Staatszielbestimmung Kultur

Bereits zu Beginn stand es 3:2 für die Staatszielbestimmung Kultur. Ausdrücklich dagegen haben sich die Professoren Badura und Karpen ausgesprochen. Prof. Badura verwies in seinen Bemerkungen auf Art. 5 GG und befürchtete bei einer Aufnahme von Kultur in das Grundgesetz Konflikte mit den Ländern. Prof. Karpen hob hervor, dass er grundsätzlich der Auffassung ist, Selbstverständlichkeiten müssen nicht in Gesetze gefasst werden. Da die Bundesrepublik Deutschland zweifelsohne ein Kulturstaat ist, ist die Aufnahme des Staatsziels Kultur überflüssig. Beide Professoren, die sich gegen eine Aufnahme des Staatsziels Kultur im Grundgesetz ausgesprochen haben, wiesen zugleich darauf hin, dass es eine Verpflichtung zur kulturellen Grundversorgung gibt. Diese ergibt sich zum einen aus Art. 5 Abs. 3 GG, der die Freiheit von Wissenschaft, Kunst, Forschung und Lehre garantiert. Dies sichert nach Auffassung von Prof. Badura ein hinreichendes Maß an Verantwortung des Staates für die Kultur. Insbesondere Prof. Karpen betonte, dass der Staat die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger garantieren müsse. Da der Mensch „nicht nur vom Brot allein lebt", ergibt sich seines Erachtens automatisch, dass der Staat für eine kulturelle Grundversorgung Sorge tragen muss.

Die Befürworter einer Aufnahme des Staatsziel Kultur in die Verfassung die Professoren Geis, Hufen und Pieroth sahen die Zusicherung der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit nach Art. 5 Abs. 3 GG als nicht hinreichend an, um eine Staatszielbestimmung Kultur im Grundgesetz zu ersetzen. Sie verwiesen u.a. darauf, dass die Verankerung des Staatsziels Kultur Auswirkungen auf die Gesetzgebung im Verwaltungsrecht haben würde. Das Staatsziel Kultur könnte insbesondere bei Ermessens- und Abwägungsentscheidungen eine wichtige Rolle spielen. Ebenso sahen sie das Erfordernis, die Sicherung der kulturellen Grundversorgung durch eine Staatszielbestimmung Kultur zu verstärken. In einem historischen Exkurs erinnerte Prof. Geis daran, dass der Begriff des Kulturstaats in der deutschen Gesichte eine besondere Konnotation habe. In der deutschen Geistesgeschichte wurde seit Fichte der Kulturstaat als Ersatz für den Nationalstaat gepriesen. Darüber hinaus gibt es eine unselige Tradition des Begriffs aus der Staatsrechtslehre des Dritten Reiches. Obwohl also der Begriff des Kulturstaats historisch problematisch ist, würde seines Erachtens die Aufnahme des Staatsziels Kultur v.a. einen positive Einfluss auf die Überprüfung von Gesetzesvorhaben in anderen Rechtsgebieten auf mögliche Auswirkungen auf die Verwirklichung des Staatsziels Kultur haben. Als Beispiele nannte er die Steuer- und Sozialgesetzgebung. Wäre Kultur als Staatsziel z.B. in Art. 20 b GG verankert, könnte bei einer Steuergesetzgebung, die sich nachhaltig auf den Kulturbereich auswirkt, das Staatsziel Kultur als Grund zur Änderung der Gesetzgebung angeführt werden. Das bislang recht schwache Schwert Kulturverträglichkeitsprüfung, das sich zur Zeit in der üblichen Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung erschöpft, könnte damit geschärft werden. Auch den Einwand, die Aufnahme des Staatsziels Kultur würde das Gleichgewicht zwischen Bund und Länder erneut in Richtung Bund verändern, wurde von den Professoren Geis, Hufen und Pieroth nicht geteilt. Sie verwiesen darauf, dass das Grundgesetz sowohl für den Bund als auch die Länder gilt und daher die Rechtsnorm Kulturstaat keine Aussagen darüber trifft, wer für die Förderung der Kultur zuständig ist.

Bemerkenswert war, dass in der Anhörung von Seiten der Verfassungsrechtler die klare Meinung vertreten wurde, Art. 35 des Einigungsvertrags, der zusichert, dass die Kultur in den neuen Ländern keinen Schaden nehmen darf, als befristet angesehen werden muss. Explizit wurde diese Auffassung von Prof. Karpen vertreten, der deutlich machte, dass seines Erachtens der Einigungsvertrag darauf abzielte, den Bestand an kultureller Infrastruktur im Übergang von der DDR zu den neuen Ländern zu sichern. Dieser Vorgang kann nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden, weshalb der Einigungsvertrag leer läuft und als Argument zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur nicht mehr angeführt werden kann. Keiner der anderen Experten trug eine andere Rechtsauffassung zu dieser Frage vor.

Hervorzuheben ist, dass egal, ob für ein Staatsziel Kultur Position bezogen wurde oder dagegen, von allen Experten unmissverständlich deutlich gemacht wurde, dass der Staat die kulturelle Grundversorgung sicherstellen muss. Bemerkenswert daran ist, dass dabei die Begrifflichkeit kulturelle Grundversorgung bzw. kulturelle Daseinsvorsorge gewählt wurde. Unmissverständlich wurde damit klar gemacht, dass Kultur nicht allein eine Sache des Marktes oder der Bürger, sondern auch eine Verantwortung des Staates ist, unabhängig davon, ob Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankert wird oder nicht. Ebenso wurde als wesentliches Argument gegen das Staatsziel Kultur in erster Linie vorgetragen, dass es überflüssig sei, da sich der Staat ohnehin als Kulturstaat versteht.

Welche Bedeutung diese Anhörung für die gesamte Arbeit der Enquete-Kommission hat, wird daran deutlich, dass zu diesem Thema bereits eine Entscheidung getroffen wurde. Die Enquete-Kommission hat sich einstimmig dafür entschieden, die Forderung nach der Verankerung von Kultur als Staatsziel in ihre Handlungsempfehlungen aufzunehmen und damit dem Bundesgesetzgeber einen klaren Auftrag zu erteilen. Das einstimmige Ergebnis weckt die Hoffnung, dass auch im Deutschen Bundestag dafür eine Mehrheit zu erreichen sein wird. ■

Wider wachsende Kulturfeindlichkeit

Von Gerhart Rudolf Baum

Notwendige Reformen, die vielen Menschen Erhebliches zumuten, können natürlich auch die Kultur nicht unberührt lassen. Es darf und muss über sinnvolle Sparmaßnahmen diskutiert werden: über die Entrümpelung von Tarifverträgen, über die Eigenverantwortlichkeit von Institutionen, über weitere Verbesserungen von Stiftungs- und Steuerrecht und anderes. Zu fordern ist allerdings Respekt vor der besonderen Verletzbarkeit der Kultur, die im Vergleich zu anderen Förderbereichen eine besondere Stellung in unserer Gesellschaft einnimmt. In der Regel handelt es sich bei Kürzungen um geringe Prozentsätze an den Gesamtausgaben, doch besteht immer die Gefahr, dass unwiederbringlich Strukturen zerstört werden. Es darf nicht der Verdacht entstehen, es handele sich um willkommene Maßnahmen, um unbequeme Erscheinungsformen der Kunst abzustrafen und unterschwellig vorhandene Ressentiments gegen „Minoritätenkultur" zu bedienen. Mehr Kulturfreundlichkeit ist gefragt und: Kultur ist mehr als ein wirtschaftlicher Standortfaktor! Wo bleibt der Stolz auf die Kultur unseres Landes – wie zum Beispiel in Frankreich?

Zugegeben: Noch gibt es im Vergleich zu anderen Ländern bei uns ein reiches Kulturleben. Einzelne Kürzungen mögen daher nicht wesentlich ins Gewicht fallen, doch es ist die Summe der Einschränkungen, die wichtige tragenden Strukturen zu unterhöhlen droht und uns andererseits neue konstruktive Denkansätze abverlangt. Im Zuge der Ökonomisierung unserer Gesellschaft wird die Forderung, dass Kunst sich zu rechnen habe, immer stärker. Doch eine Übertragung wirtschaftlicher Effizienzmaßstäbe auf die Kunst wäre Verrat an unserer Geschichte und Verzicht auf die gestaltende Kraft der Kunst. Ohne Kunst hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Das gilt gerade in Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit. In Zeiten finanzieller Enge und zunehmender Verteilungskämpfe gehen Entscheidungsträger auf allen Ebenen des Staates oft den einfachen Weg, indem sie dort ansetzen, wo Widerstand der Mehrheit nicht zu befürchten ist. Davor haben alle Bundespräsidenten seit Weizsäcker in Grundsatzreden eindringlich gewarnt: Rau wies in seiner letzten Rede auf die wachsende Kulturfeindlichkeit hin, Herzog sah Kulturförderung als „Pflichtaufgabe" und nicht als „freiwillige Leistung nach Lust und Laune". Horst Köhler hat mir soeben geschrieben: „Für mich sind Kunst und Kultur unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ich werde mich mit meinen Möglichkeiten für den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer reichen Kulturlandschaft einsetzen." Seine Grundsatzrede zur Kultur steht allerdings noch aus.

Die Kultur befindet sich heute in der Defensive – sie muss ihren Anspruch rechtfertigen und nicht diejenigen, die ihn einschränken. Das Effizienzdenken dominiert. Spektakuläre Ereignisse wiegen oft mehr als kontinuierliche und konsequente Förderung. Und hierauf sind besonders junge Künstler und die freien Kulturinitiativen angewiesen, die erfahrungsgemäß bei allen Sparmaßnahmen am ehesten betroffen sind.

Politiker schmücken sich gern mit Museumsneubauten, aber berücksichtigen in ihrer Planung keine oder kaum ausreichende Etats für die laufenden Folgekosten, geschweige denn für Ankäufe und Ausstellungen. Immer mehr sind Museen auf die nicht immer unproblematische Hilfe von Sammlern und Sponsoren angewiesen – wie zum Beispiel die Fixierung auf MoMA und Flick in Berlin zeigt. Ganz generell ist allerdings zu sagen, dass private Förderer – mit heute zirka 5 Prozent am Kulturhaushalt beteiligt – die öffentliche Hand nur in geringem Umfang entlasten können.

Kultur entfaltet Wirksamkeit nicht nur dann, wenn Besucherzahlen und Quoten stimmen. „Der alte Kulturbegriff – ich meine, wir sollten uns stolz zum alten Kulturbegriff bekennen – beruht auf einem Primat des Schöpferischen, das sich die äußeren Verhältnisse in souveräner Freiheit erst selbst schafft. Das so entstehende Kunstwerk ist im gleichen Sinne „zwecklos" wie ein Blume oder wie ein Baum und deswegen auch unabhängig von der Zustimmung der Gesellschaft" – so der Komponist Hans Zender. Kunst war immer eine Sache von Minderheiten. Sie hat aber Bedeutung und Ausstrahlung auf das Ganze. „Die Demokratie" – so der Komponist Helmut Lachenmann – „braucht eine Sensibilität gegenüber der Gefahr des Terrors der Mehrheit. Wenn sie die Gefahr nicht spürt, verachtet sie den Menschen". Kunst hat seiner Meinung nach immer „etwas mit dem Bedürfnis zu tun, an unsere Grenzen zu gehen. Sie mutet dem Menschen eine gewisse Anstrengung zu, nämlich die, über seinen Horizont hinaus zu blicken".

Diese Anstrengung muten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten den Hörern immer weniger zu. Sie haben in unserer Mediengesellschaft eine besondere Verantwortung, ohne die zum Beispiel die Spitzenstellung Deutschlands bei der Entwicklung der Musik in den letzten Jahrzehnten nicht denkbar gewesen wäre. Die Auflösung einiger Rundfunkorchester sind irritierende Signale – insbesondere, nachdem im Zusammenhang mit der Debatte um die Rundfunkgebühren einige Ministerpräsidenten den Kulturbereich zum ersten Ziel ihrer Einsparungsüberlegungen gemacht hatten. Das vom Fernsehen übernommene Quotendenken bei den so genannten Kulturradios bestimmt mehr und mehr die Struktur der Programme. „Wir bezahlen Gebühren für unsere Unterforderung, die wir dadurch legitimieren" – so der Komponist Wolfgang Rihm. Die mitunter unsäglichen Talkshows im Fernsehen werden von ökonomischen Themen dominiert – auch, wenn es um die aktuelle Bildungsmisere geht: man verbindet mit der Bildung allein wirtschaftliche Wachstumshoffnungen. Der geplante Kahlschlag der Geisteswissenschaften kürzlich in Hamburg paßt in dieses Bild und auch die Tatsache, dass an unseren Schulen immer weniger Musik- und Kunstunterricht stattfindet. Wir müssen wieder stärker auf kulturelle Bildung setzen!

Ein Hoffnungszeichen ist, dass zur Zeit wieder Vorschläge für eine stärkere rechtliche Verankerung der Kultur unter anderem im Grundgesetz erörtert werden, nachdem frühere Versuche gescheitert waren. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1979 zum Ausdruck gebracht, dass Artikel 5 nicht nur eine objektive Grundsatzentscheidung für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft ist, sondern „zugleich dem Staat, der sich – im Sinne einer Staatszielbestimmung – auch als Kulturstaat versteht, die Aufgabe stellt, ein freiheitliches Kunst- und Wissenschaftsleben zu erhalten und zu fördern". Damit ist nicht gesagt, in welchem Umfang und in welcher Form der Staat seinen Förderungspflichten nachzukommen hat, aber es ist eine Richtung vorgegeben. Es wäre zu untersuchen, ob nicht in besonders krassen Fällen der Einschränkung von Förderung schon heute das Bundesverfassungsgericht angerufen werden kann. Zur Ausgestaltung des Sozialstaates hat das Gericht in vielen Fällen prägend eingegriffen. Sicherlich sind rechtliche Schritte ein letztes Mittel.

Heute kommt es darauf an, dass alle, die sich für Kultur verantwortlich fühlen – und damit meine ich jeden Einzelnen im Rahmen seiner Möglichkeiten und an seiner Stelle – zur Stärkung des Kulturbewußtseins beitragen, um weitere zu erwartende Eingriffe abzuwehren. Hilfreich wäre hier eine bessere Vernetzung und ein intensiverer Informationsaustausch. Kunst und Kultur müssen sich in der Hierarchie der Staatsaufgaben behaupten. Sie sind Pflichtaufgabe der „Daseinsvorsorge" und nicht Empfänger beliebig manipulierbarer Subventionen.

Der Verfasser ist Bundesinnenminister a.D. Der Artikel wurde unter Mitwirkung von Renate Liesmann-Baum verfasst ■

politik und kultur stellt zur Diskussion

politik und kultur stellt in dieser Rubrik Beiträge zur Diskussion. Es werden bewusst Artikel publiziert, die zum Widerspruch reizen, die kulturpolitische Debatte anregen und Diskussionen hervorrufen sollen. Die Beiträge spiegeln als Namensartikel die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder.
Die Redaktion erhofft sich mit dieser Rubrik, die kulturpolitische Debatte zu beleben und jenseits abgestimmter Verbandsmeinungen, die immer einen Kompromiss darstellen müssen, Anstöße zur künftigen Kulturpolitik zu geben. Widerspruch zu den vorgetragenen Meinungen ist nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion ■

Scheinheilig, verlogen

Ein Diskussionsbeitrag zur Flick-Sammlung • Von Peter Raue

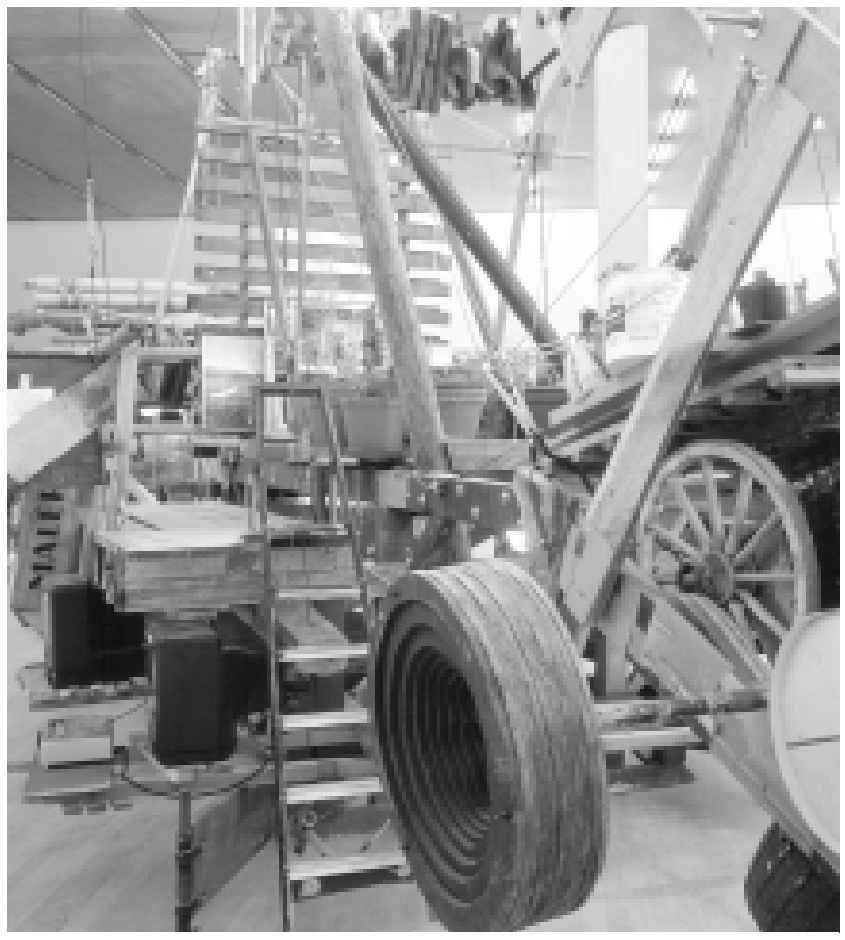
Die Diskussion um Friedrich Christian Flick – also die Diskussion, ob er moralisch, rechtlich berechtigt ist, seine Sammlung in Berlin öffentlich zur Schau zu stellen – wird sich, retrospektiv betrachtet, als eine der scheinheiligsten und verlogensten Diskussionen der letzten Jahre in dieser Republik erweisen.

Friedrich Christian Flick (FCF) hat sein Sammlungsvorhaben gemeinsam mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz vorgestellt, darüber ist national und international berichtet worden, ohne dass sich irgend ein Widerstand geregt hätte, Einwände formuliert worden wären. Bis durch die Süddeutsche Zeitung die „Jagdszenen aus Oberbayern" ausgerufen und damit ein „Halali" auf FCF in den (insbesondere deutschen) Feuilletons geblasen wurde. Es ist kaum auszumachen, was der eigentliche Grund für diese Verfolgungshatz ist.

Bei genauem Hinsehen erweisen sich die Vorwürfe als ein Gemengelage von Pseudomoral und irrationalen Gefühlsbekundungen. Peter Richter nennt in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (vom 19. September 2004) das Vorhaben „unmoralisch, langweilig, überflüssig" und spricht von der „moralischen Bodenlosigkeit der Sache". Da tauchen sie alle noch einmal auf, die „Argumente": der Steuerflüchtige, der Flick-Namensträger, der Mann, der sich weigert, in den Zwangsarbeiterfond einzuzahlen, – bis zu dem Vorwurf, seine Kunst „ausgerechnet in einem alten Industriegebäude zu zeigen, mit Gleisen und Rampe und allem drum und dran". Kunst in den Deichtorhallen in Hamburg? Naturgemäß. Kunst in der Rieck-Halle? Warum nicht? Aber FCF müsste sich, wenn er schon seine Kunst zeigen will, in einen Neubau begeben. Merkt denn niemand, mit welcher „Bodenlosigkeit" hier und anderenorts argumentiert wird?

Beleuchten wir die Vorwürfe kurz:

- FCF trägt den Namen eines Nazi-Verbrechers, mit diesem Namen dürfe keine Sammlung auftreten, so lesen wir, bis hin zum geradezu grotesken Argument: dann müssten wir uns ja auch eine „Goebbels-Sammlung" gefallen lassen. Der Sohn des Architekten Albert Speer – im Vergleich zu Friedrich Flick wurde Albert Speer zu einer fünffach längeren Haftstrafe verurteilt – darf diesen Namen tragen und mit diesem Namen bauen und Erfolg haben: kein Vernunftbegabter hat das bisher auch nur in Zweifel gezogen. Ist es denn den Kindern und Kindeskindern eines Nazi-Verbrechers verboten, zu sammeln, zu entwerfen, Filme zu inszenieren? Natürlich nicht – es sei denn, man heißt Friedrich Christian Flick!
- Außerdem wollen wir diesen Flick nicht, denn er ist ein Steuerflüchtling, so lesen wir in zahlreichen Veröffentlichungen. Hans Leyendecker widmet diesem Scheinargument zwei lange Spalten in der Süddeutschen Zeitung: „Etwas zu kurz kommen in der Diskussion die steuerlichen Probleme der geplanten Ausstellung". Diese „steuerlichen Probleme" fantasiert Leyendecker – jenseits jeder rechtlichen Haltbarkeit – damit herbei, dass Eigentümer der gesamten Sammlung eine „Contemporary Art Ltd." sei, was bei anderen Sammlungen – Marx, Berggruen – selbstverständlich ist und von niemandem beanstandet wird (denn es ist nicht zu beanstanden). Bei FCF wird das zum Sündenfall. Was tut es, dass FCF eine verbindliche Auskunft der Finanzbehörden in Händen hält, wonach eine Steuer bei der Leihe seiner Arbeiten nach Berlin nicht anfällt? Was tut es, dass FCF als Schweizer Staatsbürger seine Steuern in der Schweiz zahlt? FCF verdient sein Geld nicht in Deutschland und transferiert es nicht in die Schweiz, – er hat seinen Lebensmittelpunkt in der Schweiz und zahlt dort seine Steuern. Aber die Wahrheit verdirbt einem die hässlichste Geschichte!
- FCF wolle, so wird ihm vorgeworfen, „der dunklen Seite seiner Familiengeschichte eine helle hinzufügen": da sähe man ja, wie er die



Gartenskulptur von Dieter Roth / Björn Roth, 1968 ff. **Foto: A. Burger, Zürich**

Weiter auf Seite 14

Fortsetzung von Seite 13

Ausstellung „instrumentalisieren“ will! Frau Schramm – Tochter von Albert Speer – bringt sich seit Jahren höchstrespektabel in die Diskussion ein und leistet auf ihre Weise ihre Trauerarbeit: sie wird von all denen in den Himmel der Gerechtigkeit erhoben, die FCF in die Verdammnis stürzen: aber will vielleicht auch sie der „dunklen Seite“ ihrer Familiengeschichte eine helle hinzufügen? Ist es denn so schlimm, wenn ein Mann sich in der Mitte des Lebens entschließt, sein Lebenswerk der Öffentlichkeit zu zeigen, – zu zeigen, wo sein Interesse, seine Liebe, sein Engagement liegen, und damit zu belegen, dass er andere Wege geht als der unselige Großvater?

- Von der sonst so klugen Hildegard Hamm-Brücher lesen wir, dass es erforderlich sei, zunächst die „Familiengeschichte zu erforschen“, bevor eine solche Ausstellung gezeigt wird. Man fasst es nicht! Glaubt denn irgendein Mensch, dass die Erforschung der Flick-Familiengeschichte im Dritten Reich eine helle Seite aufweisen wird? Ist es nicht offensichtlich und selbstverständlich, dass es entsetzlich ist, was Friedrich Flick getan, wie er Menschen ausgebeutet, zu Tode geschunden hat? Wenn dies alles erforscht ist, dann darf FCF seine Sammlung zeigen, solange dies zwar bekannt aber noch nicht in Details erforscht ist, soll er warten: was für ein abstruses Denken!
- Bleibt der Vorwurf, FCF habe nicht in den Zwangsarbeiter-Fond eingezahlt. Zugegeben: hätte er – statt der Gründung seiner so segensreichen Potsdamer Stiftung gegen Fremdenhass – einen Betrag von Euro 5 Millionen in den Fond eingezahlt, wäre man wohl friedlicher mit ihm umgegangen. Aber: kann sich denn nicht jeder einzelne – so wird man dem entgegenhalten dürfen – entscheiden, wie er sich persönlich seiner Verantwortung für die Familiengeschichte stellt? Wollen wir nicht das Argument gelten lassen, dass FCF mit seiner Stiftung viel mehr erreicht, ins Heutige wirkt, der Wiederholung des Entsetzlichen entgegenarbeitet, wenn er eine solche Stiftung gründet und unterhält? Eine Einzahlung in den Fond hätte die Beitragspflicht der anderen minimal gekürzt, an der Summe, die an die Zwangsarbeiter ausgezahlt wird, hätte die Einzahlung FCFs nichts geändert. Da verweigert sich FCF und geht den bekannten, seinen, Weg. Wie bodenlos infam man diese Handlung diffamieren kann, zeigt Peter Richter in seinem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, in dem er ernstlich ausführt: „Und ob nicht doch die letzten Überlebenden von Großvater Flicks Arbeitssklaven das Geld eher verdient hätten als rechtsradikale Brandenburger Jugendliche?“
- Unter der Gürtellinie! FCF unterstützt mit seiner Stiftung keine rechtsradikalen Jugendlichen, sondern er investiert, um diese jungen Menschen von Rechtsradikalismus, Fremdenhass, Nazi-Verherrlichung abzubringen durch Einsicht in das Schreckliche, was sie denken und wie sie handeln.

Was bleibt übrig vom Angriff auf FCF? Das „Irgendwie-Gefühl“, FCF dürfe seinen durch den Großvater so verschandelten Namen nicht mit einer Kunstsammlung verbinden und wenn er schon sammelt, soll er es gefälligst für sich behalten, die Öffentlichkeit damit verschonen! Der Name „Flick“ erinnert – so lesen wir allenthalber – an Zwangsarbeiter, Sklavenarbeit, Mord. Hat eigentlich jemals jemand ein Argument gegen ein Konzert in der Jahrhunderthalle Hoechst vorgebracht, war jemals ein Einwand zu hören, dass in der Krupp-Villa Ausstellungen stattfinden, obwohl auch diese und viele andere Unternehmen Zwangsarbeiter beschäftigt haben? Ich habe distanzierten Respekt vor denen, die sich mit einer Flick-Sammlung nicht wohlfühlen, – mein Gerechtigkeitssinn wehrt sich aber dagegen, dass mit Scheinargumenten, Halbwahrheiten und intellektueller Unredlichkeit nach dem Verbot oder zumindest einem notwendigen Muratorium der Ausstellung gerufen wird.

Lasst uns in die Rieck-Halle gehen, die Kunst betrachten und dann darüber reden, was wir dort sehen und was diese Sammlung mit Friedrich Christian Flick, seiner Familiengeschichte, seinem Blick auf unsere Zeit zu tun hat.

Der Verfasser ist Rechtsanwalt in Berlin und Vorsitzender des Freundeskreises der Neuen Nationalgalerie ■

Kultur für kleine und mittlere Städte

INTHEGA: Öfentliche Finanzierung auf dem Prüfstand • Von Rupert Kubon

Von 1996 bis 2002 war ich in Dessau als Abteilungsleiter für Kultur mitverantwortlich für die höchsten Kulturausgaben pro Kopf, die in einer deutschen Kommune über 50.000 Einwohner ausgegeben werden. Dabei ist es weder das UNESCO-Weltkulturerbe der Bauhausbauten, noch das ebenfalls auf der Welterbeliste stehende Dessau-Wörlitzer Gartenreich, welches hier nachhaltig zu Buche schlägt, nein es ist das städtische Theater. Der Bau, in den dreißiger Jahren wie ein architektonischer Gegenpol zum verhassten Bauhaus errichtet, ist bis heute als voll bespieltes Viersparten-Theater eine Last, die mit mehr als zwei Dritteln (Daten von 2002) den städtischen Kulturetat einseitig dominiert. Selbst unter Berücksichtigung der Zuschüsse Dritter kostet das Anhaltische Theater die Stadt immer noch deutlich mehr als die Hälfte aller kulturellen Zuschüsse. Pro Kopf sind das rund 100,- Euro/a.

Es ist naheliegend, dass unter diesen Umständen das Theater die kulturpolitische Diskussion, die sich in Zeiten knappster Kassen zunehmend auf eine finanzpolitische Diskussion reduziert, absolut dominiert, wobei diese Dominanz kurioserweise dadurch zum Ausdruck kommt, dass man eben gerade das Theater aus ernsthaften Debatten immer wieder ausklammerte.

Das Phänomen Dessau ist sicherlich extrem. Aber jeder weiß, gerade in kleineren Städten die ein Theater mit einem eigenen Ensemble betreiben, ist der Anteil des Zuschusses für diesen kulturellen Bereich ausgesprochen hoch.

Städte, mit einem Gastspielbetrieb weisen demgegenüber einen sehr viel ausgewogeneren Mix ihrer Kulturetats auf. Und Kommunen, wie Fulda, Minden oder Villingen-Schwenningen gelten ja keinesfalls als kulturlos. Im Gegenteil, gerade dort, wo es nicht den einen alles beherrschenden Kulturtempel gibt, bietet sich in besonderer Weise Gelegenheit zur ernsthaften kulturpolitischen Debatte, einer Debatte, die notwendig ist, unabhängig von der Kassenlage.

Vermutlich war das der Grund, der die Mitglieder dazu veranlasste, mich im April diesen Jahres zum Präsidenten zu wählen.

Das war eine deutliche Neuorientierung gegenüber der bisherigen Arbeit. Denn die INTHEGA gilt zu recht seit Jahren ausschließlich als bewährte Serviceorganisation, die kleinen und mittleren Städten bei der Gestaltung ihrer Kulturprogramme mehr als behilflich ist. Diesen Service wird die Organisation auch in Zukunft in gewohnter Qualität leisten. Die Geschäftsstelle und die weiterhin bestehenden Angebote garantieren dies. Aber neben diesem Service möchte sich die INTHEGA künftig auch kulturpolitisch einmischen. Denn primär von der öffentlichen Finanznot diktierte die Diskussion über den Umgang mit Kulturetats, speziell mit dem öffentlich Zuschuss für „Theater, Konzerte und Musikpflege“, wie das im bekannten Unterabschnitt der Haushaltspläne gemeinhin heißt, lenkt vielleicht von einem weitaus schwerwiegenderen Thema ab.

Doch das muss nicht sein, könnten doch die knappen öffentlichen Finanzen mithelfen, eben dieses Thema in den Blick zu nehmen. Es stellt sich heute nicht mehr die Frage, ob es in der Stadt X oder Y noch ein traditionelles Theater mit eigenem Ensemble geben soll. Es geht um die Frage, ob öffentliches Theater, wie öffentlich finanzierte Kultur überhaupt, noch öffentlich (mit-) finanziert werden darf.

Seit Mitte der neunziger Jahre laufen die internationalen GATS-Verhandlungen, die nach dem im GATT-Abkommen festgelegten freien Zugang zu Gütern den Zugang zu Dienstleistungen sichern sollen. Trotz der geplanten UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt steht deshalb die Frage im Raum, wie lange noch kulturelles Tun als Dienstleistung auf einem freien Markt angeboten überhaupt noch öffentlich gefördert werden kann, ohne dass ein konkurrierendes privat finanziertes kulturelles Handeln rechtlich abgesichert dagegen einschreiten kann. Wir kennen diese Diskussion bereits als sehr reale Bedrohung öffentlich geförderter Medienvielfalt in Rundfunk und Fernsehen. Es ist nur ein kleiner Schritt, hin zu einer Diskussion über öffentlich subventioniertes Theater an sich.

Wenn die Diskussion in diese Richtung geht, reicht es nicht mehr aus, die historisch gewachsene Notwendigkeit des Theaters und die Besonderheit insbesondere der deutschen Theaterlandschaft immer wieder neu zu beschwören. Die Frage muss beantwortet werden, welchen Beitrag Kunst und Kultur allgemein und das Theater im besonderen für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft leisten.

Im besonderen gilt das natürlich für Kommunen, die sich bereits auf einem Markt mit Theaterangebot bedienen. Sie können die Diskussion entscheidend bereichern. Es wäre mehr als fatal sollte sich eines Tages herausstellen, dass öffentlich geförderte Landesbühnen nicht mehr zulässig sind, weil ein entsprechendes privates Angebot bereit gestellt werden kann.

Kommunen haben eine Pflicht die Entwicklungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sicherzustellen. Teil dessen ist die Sicherung kultureller Vielfalt. Die Sicherung eines Theaters mit festem Ensemble muss nicht zwingend dazu gehören und ist in jedem Einzelfall gesondert zu beantworten. Die Sicherung öffentlich geförderter kultureller Vielfalt ist jedoch die kulturpolitische Aufgabe, der sich die INTHEGA in den nächsten Jahren verstärkt annehmen muss.

Der Verfasser ist Präsident der INTHEGA (Interessengemeinschaft der Städte mit Theatergastsoielen) ■

DEUTSCHER KulturRAT

Europa Kultur Stadt

kulturstiftung des bundes

Nov. - Dez. 2004 | Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes in *politik und kultur* | Ausgabe I

Inhalt

Der Verwaltungsdirektor der Kulturstiftung des Bundes Alexander Farenholtz und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates Olaf Zimmermann stellen das Supplement „Europa Kultur Stadt" als gemeinsame Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes zur Zeitung *politik und kultur* vor. Beide Institutionen arbeiten in erster Linie auf der Bundes bzw. internationalen Ebene. Beide sehen sich aber eng mit der kommunalen Kulturpolitik verbunden und verpflichtet.
Das Thema Europa Kultur Stadt soll unter dem Fokus Kulturhauptstadt Europas in sechs Beilagen zu *politik und kultur* beleuchtet werden.
Der Kommissar für Bildung, Berufsbildung, Kultur und Sprachenvielfalt Ján Figel', der voraussichtlich am 1. November 2004 sein Amt antritt, fasst die Geschichte der Kulturhauptstadt Europas zusammen und skizziert die neuen Anforderungen, die sich aus dem Beitritt der zehn neuen Staaten aus europäischen Sicht ergeben.
Die Leiterin der EU-Vertretung in Bonn Barbara Gessler stellt die Evaluationsstudie zu den bisherigen Kulturhauptstädten Europas vor. Neben einer kritischen Würdigung der Aktivitäten und vor allem der Nachhaltigkeit der bisherigen Kulturhauptstädte Europas werden in der Evaluationsstudie Vorschläge zum künftigen Auswahlverfahren und zur Bewertung unterbreitet.
Der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Max Fuchs setzt sich mit der Kulturpolitik in der Stadt und der Kulturpolitik für die Stadt auseinander. Künstlerische Projekte können, wie er aufzeigt, einen wichtigen Beitrag zur Identitätsentwicklung einer Stadt leisten.
In einer Glosse portraitiert der Journalist Harald Martenstein die Bewerberstädte zur deutschen Kulturhauptstadt 2010 und fragt, wohin das alles führen soll. ■

Content

The administrative director of the German Federal Cultural Foundation, Alexander Farenholtz, and the German Cultural Council's Secretary General, Olaf Zimmermann, introduce the German Cultural Council's and the German Federal Cultural Foundation´s joint supplement "Europe Culture City" to the journal politik und kultur. Both institutions operate predominantly on a national and international level - they do, however, both regard themselves as closely connected and committed to municipal cultural policy.
The theme of Europe Culture City is going to be looked into in six supplements to politik und kultur with particular regard to the European Cultural Capital initiative.
The Commissioner for Education, Training, Culture and Multilingualism, Ján Figel, who is expected to take office on November 1st, 2004, illustrates the history and development of the European Cultural Capital initiative and outlines the new demands arising from the accession of the ten new Member states.
The head of the regional representation of the European Commission in Bonn, Barbara Gessler, presents the comprehensive study on previous European Cultural Capitals. In addition to a critical review of the previous European Cultural Capitals's activities and particularly their sustainability, this study comprises recommendations on future evaluation and selection procedures.
The German Cultural Council´s chairperson, Max Fuchs, looks into cultural policy in the city and cultural policy for the city. As he points out, artistic projects can indeed make a substantial contribution to the development of a city's identity.
In an ironical comment, journalist Harald Martenstein portrays the cities competing for the title of Germany´s Capital of Culture 2010 and wonders where all this is supposed to be leading. ■

Zu den Bildern:
Einen Eindruck von der Vielfalt der europäischen Kulturhauptstädte vermitteln Bilder von Berlin, Brügge, Genua, Graz, Stockholm und Weimar

About the photographs:
Photographs of Berlin, Bruges, Genoa, Graz, Stockholm and Weimar give an impression of the diversity of Europe's Capitals of Culture.

Photo: ENIT, Staatliches Italienisches Fremdenverkehrsamt, Frankfurt

Schmuckkästchen Innenstadt: Genuas Hafenmilieu ist Touristen-kompatibel geworden

Jewel-box city centre: Genoa's harbour area has been adapted for tourism

Nähe zum Thema Stadt

Editorial von Alexander Fahrenholtz

Die Kulturstiftung des Bundes veranstaltet diese Publikationsfolge – gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat – als Teil ihres weit gefächerten Interesses an der Rolle der Stadt als dem Ort, an dem Kultur ihre entscheidenden Impulse empfängt.

Die Kulturstiftung des Bundes hat in den knapp drei Jahren ihres Bestehens der Stadt besondere Aufmerksamkeit zugewandt. „Kunst und Stadt" gehörte zu den Themen, die der Stiftungsrat auf Vorschlag des Vorstands schon in seiner ersten konstituierenden Sitzung am 23. März 2002 als Schwerpunktprogramm definiert hat. Und das Projekt „Schrumpfende Städte" gehört zu den ersten Projekten innerhalb der eigenen, mehrjährig angelegten Programmarbeit der Stiftung, die Zwischenergebnisse bereits öffentlich präsentiert haben. (Ausstellung „Schrumpfende Städte" im KW Institute for Contemprary Art vom 4. September bis 7. November 2004.)
Der Sitz der Stiftung in Halle an der Saale übt zudem im Zusammenhang mit diesem Themenkreis keine geringe Suggestionswirkung aus. Als Ort, von dem (in den Francke´schen Stiftungen) schon vor über dreihundert Jahren kulturelle Impulse der Erneuerung in die ganze Welt ausgingen, an dem die gebaute Manifestation frühen und entwickelten bürgerlichen Wohlstands ebenso, wie die Vision einer sozialistischen Idealstadt bis heute das Stadtbild prägen; schließlich als Ort, der gebeutelt vom wirtschaftlichen Niedergang und dem Verlust großer und aktiver Bevölkerungsgruppen Kompetenz im Umgang mit Transformationen gewinnt, die zunehmend auch in z.Z. noch weniger spektakulär betroffenen Regionen nachgefragt wird.
Jenseits der Virulenz akuter gesellschaftlicher Problemlagen und der Fortführung von Standorttraditionen stellt sich für die Kulturstiftung des Bundes die Frage, ob sie so etwas wie eine strukturelle, gewissermaßen naturwüchsige Affinität zum Thema Stadt für sich in Anspruch nehmen kann und soll. Gerade weil wir dieser jungen Stiftung noch viele Jahrzehnte ertragreichen Wirkens zutrauen, wäre auf dem Holzweg, wer insoweit nach dreijähriger Tätigkeit endgültige Antworten erwartete. Aber es gibt Hinweise, denen es sich nachzugehen lohnt. Wir nennen beispielhaft drei davon:
1. Die Satzung gibt der Stiftung auf, innovative Projekte im internationalen Kontext zu fördern. Nach aller Lebenserfahrung ist das Terrain für kulturelle Innovation und internationale Verflechtung auch (oder gerade?) in einem polyzentrisch organisierten Föderalismus die Stadt, beziehungsweise in Deutschland sind es die Städte. So sehr es vor diesem Hintergrund auch von Interesse sein kann, Impulsen aus der Peripherie und bemerkenswerten Gegenbeispielen nachzugehen, so sehr verbietet sich im Respekt vor dem Gebot politischer Enthaltsamkeit der ohnehin aussichtslose Versuch, diese Ausgangslage aus welchen prinzipiellen Erwägungen auch immer aufzuheben.
2. Die Kulturstiftung als Stiftung bürgerlichen Rechts und die kommunale Selbstverwaltung haben etwas gemeinsam: Bei aller Nähe zu staatlicher Politik und Administration sind sie eben nicht einfach Teil des Staatsapparates. Man mag dies im Falle gerade der großen Städte als blasse Erinnerung an Zeiten korporatistischer Gesellschaftsorganisation, im Falle der vom Haushaltsgesetzgeber alimentierten Stiftung als fadenscheinige Behauptung abwerten; vor dem Hintergrund des Scheiterns etatistischer Steuerungsmodelle unterschiedlichster ideologischer Ausprägung kann der zivilgesellschaftliche Kern, der beiden Konstruktionen eigen ist, aber als eine Koalition zur Entwicklung zukunftsorientierter Handlungsoptionen interpretiert werden. Wohl gemerkt: gerade nicht im Sinne eines Zurückdrängens, sondern im Sinne zeitge-

At close quoarters to the „city"

By Alexander Fahrenholtz

The German Federal Cultural Foundation – in collaboration with the German Cultural Council – publishes this series as part of its multifunctional interest in the city as a place that inspires important cultural impulses.

From its start in 2002, the Federal Cultural Foundation has paid special attention to the city. The emphasis on "The Arts and The City" had already been pronounced by the foundation board and the board of directors on the occasion of its constituent session on March 23, 2002. "Shrinking Cities" is one of the first projects that has been realised and that is presenting intermediate results within the foundation's long-term programme (Shrinking Cities, KW Institute for Contemporary Art, September 4 until November 7, 2004).
Seen in this context, Halle an der Saale, the foundation's seat, gives an unmistakable suggestive example: It is a place that stands for three hundred years of modernisation (e.g. Franckesche Stiftungen), having sent out important cultural impulses; a place that has been shaped by architectural manifestations of the early and the developed bourgeoisie and the vision of a ideal socialist city alike, a place, that, even though suffering from economic demise and the loss of a large number of a highly motivated workforce, shows urban competences in dealing with transformations that might be required in yet less affected regions.
The Federal Cultural Foundation has been asking itself – abstracting away the virulence of pressing social discussions and the continuation of positional traditions - whether it can or must claim a structural and quasi genuine affinity to the subject of the city. It is because we have great confidence in this still young foundation's successful future that we consider anyone to be on the wrong track who expects final answers after only three years of activity. But there is evidence that is worth while keeping track of. We would like to give you three examples:
1. In its statues the foundation must support innovative projects within an international context. Experience of life shows, that cities are the terrain for cultural innovation and international integration in a polycentric federal state. As much as it could be of interest to pursue impulses from the periphery and other noteworthy counter examples, the imperative of political abstemiousness prohibits the anyway futile attempt to question this initial position regardless of general contemplations.
2. The Cultural Foundation as a foundation under public law and the communal self-government share a common interest: Despite their closeness to politics they are not a mere part of the political administration. Bearing in mind the faint recollection of, especially in the case of big cities, the times of corporate civil organisation one might be tempted to depreciate this assertion by a state sponsored foundation as a paltry statement. But seen in front of the background of the failure of governmental directive devices of different ideological specifications this self-determined civil society, which is embedded in both concepts, can be interpreted as a coalition for the development for future orientated courses of action. Please note well, this is not meant to throw disrespect at state controlled responsibilities – it is meant to encourage up to date responsibilities.
3. The protagonists in German cultural policy already had the cards on the table when the Federal Cultural Foundation was founded. It has long since not been a matter of the redistribution or the relocation of responsibilities but the setting of accents, signals, or, put in an ambitious way: a case of systemisation at the best. Many of those, who, for many decades, dreamt of such a foundation will be disappointed by this, others will have their minds at rest. That means for the foundation not to try to find its profile in the modification of a grown structure, but rather in invigorating the creative processes in art and culture in places where they originate: cities and local communities.
Not to be misunderstood – this alliance with towns and local communities is just one – albeit one of the most important – sustainable characteristics of the Federal

Continued on page II

Fortsetzung von Seite I

Editorial

3. Als die Kulturstiftung des Bundes gegründet wurde, waren die Karten unter den Akteuren der Kulturpolitik in Deutschland verteilt. Längst ging es nicht mehr um prinzipielle Umverteilung oder Neuordnung von Zuständigkeiten, allenfalls um Akzentsetzung, Signalwirkung oder, anspruchsvoll genug: Systematisierung. Diejenigen, die seit Jahrzehnten mit der Idee einer solchen Stiftung schwanger gingen, mögen das bedauern, andere mag es beruhigen. Für die Stiftung wird das heißen, ihr Profil nicht im Umbau einer gewachsenen Struktur beziehungsweise in der Irritation einer bewährten innerstaatlichen Balance zu suchen, sondern in der komplementären Stärkung der Produktion von Kunst und Kultur dort, wo sie entsteht: in den Städten und Gemeinden.

Um nicht missverstanden zu werden: eine solche Allianz mit den Städten und Gemeinden dürfte sicher nur eine -, wenngleich nicht die unwichtigste – Ausprägung eines nachhaltigen Profils der Kulturstiftung des Bundes sein. Für uns war dieser Ansatzpunkt Grund genug, uns die Diskussionen um die Bedeutung der Kulturhauptstadt Europas zu Nutze zu machen und ihr in dieser Publikationsfolge eine Plattform zu verschaffen.
Dieses Engagement der Kulturstiftung des Bundes hängt eng zusammen mit unserem Interesse an der kulturellen Dimension eines zusammenwachsenden Europa. Während Projekte der Stiftung wie die „Kulturkonferenz Europas" aus der Perspektive der „Macher" europäischer Politik die Rolle der Kultur in den Blick nehmen, verdeutlicht diese Publikationsfolge das gleiche Thema aus der entgegen gesetzten Richtung: Nach wie vor sind es vor allem die Städte, in denen die Kultur ihr Zuhause findet. Aus dem Blickwinkel ihrer konkreten kulturellen Erfahrungen und Ziele lässt sich die Frage, was eine Stadt zur „Europäischen Kulturhauptstadt" machen kann, auf eine Weise beantworten, die wertvolle Anregungen für die Standortbestimmung europäischer Kulturpolitik liefern wird.

Der Verfasser ist Vorstand / Verwaltungsdirektor der Kulturstiftung des Bundes ■

Continued from page I

Editorial

Cultural Foundation. For us, this was reason enough to utilise the significance of the discussion about the European Cultural Capital to create a platform in this serial publication.
We, the Federal Cultural Foundation, are very much dedicated to express our biggest interest in the cultural dimensions of a growing Europe. This serial attempts to show a different approach opposed to the "European Cultural Conference" that voices the perspective of Euro-Politicians: There are the cities and towns where culture is at home. Taking into account their concrete cultural achievements and aims, cities and towns bear the answer to what makes a "European Cultural Capital" that can give valuable input for the evaluation of European Cultural Policy.

The author is the chairman of the board of the Federal Cultural Council ■

Warum?

Von Olaf Zimmermann

Das Handlungsfeld und die Ansprechpartner des Deutschen Kulturrates sind in erster Linie auf der bundespolitischen Ebene zu finden. Die Stellungnahmen und Resolutionen des Deutschen Kulturrates richten sich zumeist an den Bundesgesetzgeber. In der Regel geht es darum, günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Kunst und Kultur zu schaffen oder zu erhalten. Die Stellungnahmen des Deutschen Kulturrat beziehen sich daher zum größten Teil auf Fragen des Steuerrechts, des Urheberrechts oder auch des Sozialrechts. Darüber hinaus setzt sich der Deutsche Kulturrat bereits seit über zwei Jahrzehnten für breite Zugangsmöglichkeiten zu kultureller Bildung sowie ein adäquates Angebot an kultureller Bildung ein.

Auch wenn die Aktivitäten des Deutschen Kulturrat in der Regel nur mittelbar etwas mit dem konkreten kulturellen Leben vor Ort zu tun haben, sind der Bezugspunkt aller Aktivitäten stets die Künstlerinnen und Künstler, die Kultureinrichtungen, die Kulturvereine und die kulturwirtschaftlichen Unternehmen vor Ort. Hier konkretisiert sich das kulturelle Leben, hier engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger in Kunstvereinen, Literarischen Gesellschaften, Autorenvereinigungen oder Musikvereinen, hier leben und arbeiten die Künstlerinnen und Künstler, hier suchen die Museen, die Bibliotheken, die Theater und Orchester ihr Publikum, hier präsentieren Galerien ihr Angebot, hier sind die Buchhandlungen zu finden. In den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates sind die Künstlerinnen und Künstler, die Kultureinrichtungen, die Kulturvereine und die Unternehmen der Kulturwirtschaft zusammengeschlossen. Auf diese Weise findet ein direkter Austausch zwischen den Anliegen vor Ort und der politischen Arbeit des Deutschen Kulturrates statt. Die Frage nach der Zukunft der Stadt sowie der Zukunft der kommunalen Kulturpolitik stehen daher mittelbar stets auf der Agenda des Deutschen Kulturrates. Sinkende Bevölkerungszahlen in den Städten ziehen unweigerlich eine Verringerung des potenziellen Publikums von Kultureinrichtungen nach sich. Eine alternde Gesellschaft braucht quantitativ weniger Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit und dafür mehr im Seniorenbereich. In einer Gesellschaft, in der ein erheblicher Prozentsatz der Bevölkerung nichtdeutscher Herkunft ist, müssen sich die Kultureinrichtungen und Kulturvereine der Frage stellen, ob sie alle Schichten der Bevölkerung oder nur noch ein Minderheitenpublikum erreichen. Diskussionen um die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und die kommunale Daseinsvorsorge betreffen elementar den Kulturbereich. Die Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Einrichtungen, d.h. die Öffnung von Schule in den Sozialraum Stadt, verlangt Veränderungen in der Kommunalpolitik. Die Institutionen vor Ort müssen hierauf ebenso reagieren wie die Verbände.
Kulturpolitik in der Stadt und Kulturpolitik für die Stadt ist daher nach Überzeugung des Deutschen Kulturrates mehr als die Finanzierung von Kultureinrichtungen. In den Städten und Gemeinden konkretisiert sich die Kulturpolitik. Hier werden die Weichen gestellt, ob Kulturpolitik heißt, sich in erster Linie der Bewahrung des Bestands zu widmen oder ob Kulturpolitik bedeutet, neue Strukturen und Ausdrucksformen wachsen zu lassen und etablierte immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Und vor allem muss sich Kulturpolitik in den Städten und Gemeinden daran messen lassen, ob tatsächlich das breite Spektrum des kulturellen Lebens von der Breitenkultur hin zu den professionellen Künstlerinnen und Künstlern, von den von bürgerschaftlichen Engagement getragenen Kulturvereinen hin zu den etablierten Kultureinrichtungen in den Blick nimmt.

Eine neue Herausforderung für die Städte und Gemeinden ist das zusammenwachsende Europa. Zwar werden in den verschiedenen Städtepartnerschaften bereits seit vielen Jahrzehnten freundschaftliche Beziehungen zu Städten in anderen Ländern gepflegt, doch stellt die europäische Einigung ganz neue Anforderungen. Städte konkurrieren europaweit als Standorte für global agierende Unternehmen, die in den seltensten Fällen noch Verantwortung für das direkte soziale Umfeld zeigen. Leistungen der Städte werden unter dem Diktat des Binnenmarktes und der Liberalisierung von Dienstleistungen unter ökonomischen Gesichtspunkten und nicht unter denen eines Gemeinwesens betrachtet. Zugleich bieten gerade die Städte und Gemeinden Gelegenheit zur Identifikation.
Auf Grund der Bedeutung des Themas Kultur und Stadt freut sich der Deutsche Kulturrat, dass die Bewerberstädte zur Kulturhauptstadt Europas 2010 ihn gebeten haben, ihre regelmäßigen Treffen zu moderieren und zu der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit der Bewerberstädte beizutragen.
Ebenso freuen wir uns sehr, gemeinsam mit der Kulturstiftung des Bundes zunächst für sechs Ausgaben diese Beilage „Europa Kultur Stadt" zu unserer Zeitung *politik und kultur* zu publizieren. Die Beilage „Europa Kultur Stadt" soll dazu dienen, sich intensiver mit dem Thema „Kultur und Stadt" auseinander zu setzen. Der besondere Fokus liegt dabei auf dem Ereignis Kulturhauptstadt Europas.

Photo: ENIT, Staatliches Italienisches Fremdenverkehrsamt, Frankfurt

Tor zur Welt: Genuas alter Hafen | Gate-way to the world: Genoa's old harbour

Seit dem Jahr 1985 wird von der Europäischen Union mindestens eine Stadt zur Kulturhauptstadt Europas ernannt. Deutschland stellte bereits zwei Mal die Kulturhauptstadt Europas. 1988 West-Berlin und 1999 Weimar. Im Jahr 2010 wird Deutschland erneut die Kulturhauptstadt Europas stellen. Parallel zu einer Stadt in Ungarn wird eine der deutschen Bewerberstädte Braunschweig, Bremen, Essen, Görlitz, Halle an der Saale, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam, Regensburg Kulturhauptstadt Europas sein und ein Publikum aus ganz Europa anzulocken versuchen.
In den nächsten fünf Ausgaben dieser Beilage „Europa Kultur Stadt" wollen wir den Fragen nachgehen:

- Stadt und Kultur - was ist die Stadt der Zukunft?
- Europa – Nationalstaat – Region - was zeichnet eine europäische Kulturhauptstadt vor anderen Städten aus?
- Nachhaltigkeit oder Event – worauf sollte sich eine Kulturhauptstadt Europas konzentrieren?
- Kulturhauptstadtbewerbung – gelingt die Verbindung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft oder geht es um Bewerbungsfolklore?
- Kulturhauptstadt Europas - Chance für lokale Kulturszene oder Zirkus der Stars?

In den Ausgaben, die durchgängig Deutsch/Englisch publiziert werden, sollen Fragen aufgeworfen und Diskussionen angeregt werden. Es geht nicht um fertige Konzepte sondern um den Diskurs zur Zukunft der Stadt, zur künftigen Stadtpolitik, zur zukünftigen kommunalen Kulturpolitik und nicht zuletzt zum zusammenwachsenden Europa.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Why?

By Olaf Zimmermann

The German Cultural Council's field of action and contact partners are primarily to be found on the national policy level and, generally speaking, the resolutions passed by this body, and its statements and declarations, are directed to the federal legislature. As a rule, the German Cultural Council's concerns revolve around creating or safeguarding viable conditions to promote the arts and culture. Consequently, the German Cultural Council's statements mainly address issues in tax law, copyright and propriety rights, or legislation on social matters. Moreover, for more than twenty years, the German Cultural Council has been working to establish broad access to cultural education and an adequate provision of services in this area.

Even if the German Cultural Council's activities in the main only indirectly impact concrete local level cultural life, they are all constantly referencing the artists, cultural facilities and organisations, and the businesses in the local cultural economy. It is here that cultural life is moulded into a concrete form, where local people are involved in art clubs, literary societies, writers' associations, or music groups; this is where the artists live and work, where the general public visit their museums, libraries, and theatres or go to hear concerts by their local orchestra, where galleries show works of art, and bookshops can be found – and these artists, cultural facilities and associations, and the businesses in the cultural economy are all part of the German Cultural Council's member organisations. This permits a direct exchange between local concerns and the German Cultural Council's work on the policy level.
For this reason, the German Cultural Council's agenda always indirectly raises the issue of the future of the city, and the future of local level cultural policy. The population decline in cities inevitably reduces the potential audience for cultural facilities. An aging society requires fewer services directed towards child and youth work, and more provision for the needs and interests of senior citizens. In a society with a substantial proportion of non-ethnic Germans, cultural facilities and associations need to ask themselves whether they are reaching all parts of the population, or only a minority audience. The debate on liberalising the trade in services, and the local-level provision of services of general interest, raises issues fundamentally impacting the cultural arena. The cooperation between schools and out-of-school facilities, i.e., opening schools in the city as social space, requires changes in local authority policies, and needs the local-level institutions to react to these concerns just as much as the organisations themselves.
Accordingly, the German Cultural Council is convinced that cultural policy in the city and for the city is more than just supplying the funds needed to promote cultural facilities. Cultural policy attains its concrete shape in the cities, towns and local areas – and it is here the points are set that determine whether cultural policy dedicates itself, first and foremost, to the task of safeguarding existing structures, or whether it really encourages new structures and forms of expression to evolve and constantly re-assesses existing ones. And, above all, cultural policy in cities and local areas has to allow itself to be judged on whether it really does adopt a perspective embracing the broad spectrum of cultural life, from popular culture to professional artists, from the involvement of art associations and clubs on the local-level to established cultural facilities.
As Europe grows together, both cities and local authorities are facing a new challenge. Although for many decades now, a variety of "twinned city" schemes have developed friendly relations between towns in different countries, European unification has created an entirely set of demands. Cities across Europe are competing as locations for globally-active companies only rarely inclined to accept responsibility for the direct social environment. The towns' services are not evaluated against benchmarks of communality, but by the dictates of the internal market and economic aspects of liberalising services. Yet at the same time, the cities, towns and local areas offer a chance for identification.
Given the crucial importance of the culture and city themes, the German Cultural Council is especially glad to have been asked by the candidate cities bidding for the European Capital of Culture 2010 award to chair their regular meetings and assist them in their joint public relations campaign.
Similarly, we are also extremely pleased to publish, jointly with the Federal Cultural Foundation, an initial six issues of this "Europe Culture City" supplement to appear together with our politik und kultur journal. The supplement is intended to allow the "Culture and City" topic to be dealt with more intensively, with a particular focus on the European Capital of Culture experience.
Since 1985, the European Union has awarded European Capital of Culture status to at least one city annually. Germany has already nominated two cities as a European Capital of Culture: West Berlin in 1988 and Weimar in 1999. In 2010, Germany is scheduled to name a third city as a European Capital of Culture, while a parallel award will be made to a city in Hungary. This time the German candidate cities are Braunschweig, Bremen, Essen, Görlitz, Halle an der Saale, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam, and Regensburg, all hoping to be the 2010 European Capital of Culture, and that their city will prove a magnet for visitors from all over Europe.
Over the next five issues of the "Europe Culture City" supplement, we intend to deal with the following issues:

- City and culture – what does the future of the city look like?
- Europe – national state – region – what does a European Capital of Culture have that other cities do not?
- Sustainability or events – what should a European Capital of Culture focus on?
- Cultural capital candidacy – does the link between the past, present and future really work or is it just a question of using local colour to the best effect?
- European Capital of Culture – an opportunity for the local-level cultural scene or a media circus around star performers?

The discussion of these issues – all published in English and German – is designed to raise questions and encourage debate. Rather than presenting ready-made solutions, the aim is to create a forum on the future of the city, future urban policy, future local level cultural policy and, last but not least, the continuing project of European integration.

The author is the General Secretary of the German Cultural Council ■

Die Europäischen Kulturhauptstädte in der Zukunft

Von Ján Figel'

Die Europäische Kulturhauptstadt ist eine Initiative der Europäischen Union, die große Beachtung findet. Die Aktion feiert den Reichtum und die Vielfalt europäischer Kulturen und betont gleichzeitig unser gemeinsames Erbe. Der Titel einer Kulturhauptstadt Europas ist eine große symbolische Errungenschaft für eine Stadt und hat außerdem beträchtlichen Einfluss auf ihr soziales und ökonomisches Leben. Der Titel weckt sowohl in nationalem als auch in europäischem Kontext Interesse. Vor allem aber leisten Ereignisse wie dieses einen essentiellen Beitrag zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses unserer Bürger. In unserem Streben nach größerer Verständigung unter den Völkern Europas halte ich dies – gerade nach der Erweiterung im Mai 2004 – für unerläßlich.

Die erste Europäische Kulturhauptstadt wurde 1985 ernannt. Seitdem wurde der Titel über 30 Städten verliehen. Was die nahe Zukunft betrifft, so wird er 2005 an Cork in Irland gehen, gefolgt 2006 von Patras in Griechenland. 2007 wird Luxemburg mit der Großregion und in Zusammenarbeit mit der Stadt eines Drittlandes, Sibiu in Rumänien, die Kulturhauptstadt sein. 2008 wird es Liverpool in Großbritannien sein, gemeinsam mit Stavanger in Norwegen als Stadt eines Drittlandes.

Dies ist der erste Nominierungsprozess, der nach dem neuen „gemeinschaftlichen" Verfahren durchgeführt wird. Bis 2004 wurden die Europäischen Kulturhauptstädte auf einer intergouvernementalen Grundlage ausgewählt. Lille und Genua, die Kulturhauptstädte für 2004, sind die letzten Städte, die nach diesem Verfahren nominiert worden sind. Diese Änderung ist das Ergebnis einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates aus dem Jahr 1999, die ein ab 2005 gültiges neues Auswahlverfahren einführte. Dieser Beschluss zeigt auch an, welches der 15 „Vor-Erweiterungs"- Mitgliedsländer bis 2019 Gastgeber der Europäischen Kulturhauptstadt sein wird. So wird etwa Österreich 2009 Gastgeberland sein und Deutschland 2010.

Gemäß dieses Beschlusses haben Mitgliedsländer die Möglichkeit, den Europäischen Institutionen mindestens vier Jahre vor dem Ereignis eine oder mehrere Städte vorzuschlagen. Für Deutschland bedeutet das, dass die Vorschläge bis zum Ende des Jahres 2005 bei den Institutionen eintreffen sollten – und ich weiß, dass Deutschland im Moment ein groß angelegtes nationales Auswahlverfahren unter den Städtekandidaten ausrichtet. Natürlich beschränken sich die Vorschläge nicht auf die Benennung von Städten; sie sollten auch ein Programm von europaweit angelegten kulturellen Projekten und Aktionen zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit beinhalten.

Am Auswahlprozess sind alle maßgeblichen EU Institutionen beteiligt und, was von entscheidender Bedeutung ist, es wird auch externe Expertise miteinbezogen. Die Kommission stellt ein Auswahlgremium zusammen, welches die Vorschläge begutachtet. Dieses Gremium setzt sich aus sieben unabhängigen Mitgliedern zusammen – jedes eine herausragende Persönlichkeit aus der Kultur – und wird jährlich neu zusammengestellt. Abgeordnete des Europäischen Parlaments werden ebenfalls miteinbezogen. Nachdem das Mitgliedsland den Europäischen Institutionen seine Kandidaten bekannt gegeben hat, präsentieren die Städte selbst dem Gremium ihr Programm. Das Gremium wertet die Vorschläge nach einer Reihe von Kriterien aus, die im Beschluss angegeben werden und bereitet ein Gutachten vor. Zu diesem Zeitpunkt kann auch das Europäische Parlament seine Ansichten beitragen. Auf der Grundlage der Beurteilung des Gremiums benennt der Rat die Europäische Kulturhauptstadt für das in Frage stehende Jahr. Die Kommission gewährt schließlich jeder erfolgreichen Stadt eine finanzielle Unterstützung von 500.000 Euro.

Das Auswahlgremium spielt in diesem Prozeß eine aktive Rolle. In seinen Gutachten wurde des öfteren betont, dass es den eingereichten Vorschlägen an einer ausgeprägt „europäischen Dimension" mangele. Auch wurde auf der Notwendigkeit eines Budgets und einer soliden organisatorischen Struktur zur Unterstützung der geplanten Programme bestanden. In bestimmten Fällen kann das Gremium auch beratend tätig werden und die Kandidaten-Städte bei der Verbesserung ihrer Vorschläge unterstützen – insbesondere, was die Reichweite ihrer Programme betrifft. Im Allgemeinen wird ein Vorschlag von mehr als einer Stadt vom Auswahlgremium bevorzugt. Wenn das Gremium befindet, dass der Vorschlag oder die Vorschläge nicht den Anforderungen genügen, kann der Rat seine Entscheidung verschieben, bis die Programme verbessert worden sind.

Die Kommission war sich bewusst, dass dieses Vorgehen den zehn neuen Mitgliedsländern der Union nicht erlauben würde, sich in der nahen Zukunft an der Aktion der Europäischen Kulturhauptstadt zu beteiligen, da sie in die oben erwähnte Auflistung noch nicht aufgenommen worden waren. Gleichzeitig war die Kommission der Überzeugung, dass diese Länder so schnell wie möglich gleichgestellt mit den alten 15 Mitgliedsländern an der Aktion teilnehmen sollten. Ein Ereignis wie dieses mag in den neuen Mitgliedsländern sogar noch von größerer Wichtigkeit sein. Es ist von wirklich essentieller Bedeutung, dass der formelle Beitritt zur Europäischen Union umgesetzt wird in eine tatsächliche Beteiligung des Volkes. Es wäre ungerecht und politisch untragbar, mit der Beteiligung der neuen Mitgliedsländer bis nach 2019 zu warten.

In diesem Zusammenhang präsentierte die Kommission im November 2003 den Vorschlag, die neuen Mitgliedsländer rasch in die Initiative der Europäischen Kulturhauptstädte einzubeziehen. Der Vorschlag sieht vor, dass es von 2009 an in jedem Jahr zwei Europäische Kulturhauptstädte geben wird: Eine aus den alten 15 Mitgliedsländern und eine aus den neuen Mitgliedsstaaten. Dieser Vorschlag der Kommission wird momentan vom Europäischen Parlament und vom Rat diskutiert. Ich hoffe, dass er rechtzeitig angenommen wird, so dass Litauen 2009 zusammen mit Österreich und Ungarn 2010 mit Deutschland ihre Kandidaten aufstellen können. Ich bin mir bewusst, dass das Europäische Parlament in dem neuen Beschluß gern noch größere Veränderungen sähe, um einem Wettbewerb auf europäischer Ebene Aufschwung zu geben. Eine umfassendere Revision des Verfahrens erfordert jedoch längere Zeit zur Beratung und Reflexion.

Die Kommission bereitet sich auch auf die Zukunft vor und gab vor kurzem eine Studie zu den Kulturhauptstädten für die Jahre 1995 - 2004 in Auftrag. Das daraus resultierende Gutachten beinhaltet einen vollständigen Hintergrundbericht zur Aktion der Europäischen Kulturhauptstadt, eine Analyse der Trends sowie Vorschläge zu ihrer Verbesserung. Diese Studie steht unter http://europa.eu.int/comm/culture/eac/sources_info/studies/capitals_fr.html zur Verfügung (siehe hierzu auch den Beitrag von Gessler im Supplement, d. Red.).

Die Initiative der Europäischen Kulturhauptstädte kann als voller Erfolg gewertet werden. Sie sollte sich jedoch in ihrer Form und ihrer Ausführung weiterentwickeln und sich Veränderungen anpassen. Deswegen prüft die Kommission im Moment Möglichkeiten zur Verbesserung der Aktion. Raum dazu ist etwa gegeben in einer stärkeren pan-europäischen Perspektive, dem Auswahlgremium, den nationalen Auswahlwettbewerben, usw. Dabei greift die Kommission auf alle erforderlichen Ressourcen zurück. Diese umfassende Untersuchung sollte unabhängig sein von dem Kommissionsvorschlag, der auf die Einbeziehung von Städten aus den neuen Mitgliedsländern abzielt. Die Aktion der Europäischen Kulturhauptstädte zu stärken, ist eine meiner Prioritäten zu Beginn meines Mandates als Mitglied der Barroso-Kommission.

Ich freue mich sehr zu sehen, dass der Initiative der Europäischen Kulturhauptstadt in Deutschland ein so großes Interesse entgegengebracht wird und dass so viele Städte am nationalen Auswahlverfahren teilnehmen. Möge die Beste gewinnen!

Der Verfasser ist Kommissar für Bildung, Berufsbildung, Kultur und Sprachenvielfalt ■

Photo: Susanne Glauert

Als Berlin (West) 1988 Kulturhauptstadt war, war dieser Blick aufs Brandenburger Tor undenkbar

When Berlin (West) was Capital of Culture in 1988, this view of the Brandenburg Gate was impossible even to think of

The European Capitals of Culture in the future

By Ján Figel'

The European Capital of Culture is a high-profile initiative of the European Union. The action celebrates the richness and diversity of European cultures and, at the same time, highlights our common heritage. The title of Europe's Capital of Culture is a great symbolic achievement for a city and has a considerable impact on its social and economic life as well. The title generates interest both in the country where the city is located and across Europe. Above all, events like these are essential to promote mutual knowledge among our citizens. I believe this is vital for our drive towards greater understanding among the peoples of Europe, especially after the enlargement of May 2004.

The first European Capital of Culture was designated in 1985. Since then, over 30 cities have been awarded the title. As for the near future, it will be Cork in Ireland in 2005; followed by Patras, Greece, in 2006. In 2007, Luxembourg will be the capital of culture in partnership with its wider region and with a third-country city, Sibiu, in Romania. In 2008, it will be Liverpool in the UK, in partnership with Stavanger, Norway, as a participating third-country city.

This is the first round of nominations made under the new "community" procedure. Until 2004, the European Capitals of Culture were selected on an intergovernmental basis. Lille and Genoa - capitals for 2004 - were the last cities to be selected in this way. The change is the result of a 1999 Decision of the European Parliament and the Council which established a new selection procedure from 2005 onwards. The Decision also indicates which of the 15 "pre-enlargement" Member States will host the European Capital of Culture until 2019. For instance, Austria will host the Cultural Capital in 2009 and Germany in 2010.

In accordance with this Decision, Member States may propose one or more cities to the European Institutions at least four years before the event. For Germany, this means that proposals should reach the Institutions by the end of 2005—and I know Germany is organising a major national competition among candidate cities. Naturally, proposals are not limited to naming cities; they should include a programme of European-scale cultural projects and actions for the promotion of cultural co-operation.

The process of selection involves all the major EU institutions and, crucially, includes outside expertise. The Commission sets up a selection Panel to assess the proposals. The Panel is composed of seven independent members - each a prominent personality in the field of culture - and is renewed every year. Members of the European Parliament are also included. After the Member State indicates its candidates to the European Institutions, the cities themselves present their programme to the Panel. The Panel evaluates the proposals according to a set of criteria specified in the Decision and prepare a report. The European Parliament can also contribute its views at this stage. On the basis of the Panel's assessment, the Council designates the European Capital of Culture for the year in question. Finally, the Commission awards each successful city a Euro 500,000 grant.

The selection Panel plays an active role in the process. Its reports have often stressed that the proposals submitted lacked a strong "European dimension". They have also insisted on the need for a budget and solid organisational structure to support the programmes planned. In certain cases, the Panel can also offer advice to the candidate cities so as to improve their proposals, especially regarding the reach of their programmes. In general, the selection Panel prefers the submission of more than one city. If the selection Panel considers that the proposal(s) received are not up to standard, the Council may postpone its decision until the programmes are improved.

The Commission was aware that this process would not allow the ten new members of the Union to participate any time soon, because the list mentioned above did not include them. At the same time, the Commission believed these countries should participate in the European Capital of Culture action on equal footing with the former 15 Member States as soon as possible. In fact, an action like this may be of more importance in the new Member States. It is essential indeed that the formal accession to the Union is translated into genuine popular participation. It would be unfair and politically unacceptable to wait until after 2019 for new Member States participation.

In this context, the Commission presented a proposal in November 2003 to swiftly include the new Member States into the European Capital of Culture initiative. The proposal provides that, as of 2009, there would be two European Capitals of Culture every year: one from the 15 former Member States and one from the new Member States. The Commission proposal is currently being debated by the European Parliament and Council. I hope it will be adopted in time for Lithuania to put forward its candidate city together with Austria in 2009, and Hungary with Germany in 2010. I am aware the European Parliament would like to see more changes in the new Decision to boost competition at European level. However, a more thorough revision of the procedure needs a longer time for consultation and reflection.

The Commission is also preparing for the future and recently commissioned a study on the Capitals for the years 1995-2004. The ensuing report contains a full background to the European Capital of Culture action, an analysis of trends and suggestions for improving it. The study is available at:

http://europa.eu.int/comm/culture/eac/sources_info/studies/capitals_fr.html.

The European Capital of Culture initiative can be said to be a real success. Its design and implementation should however evolve and keep up with changes. This is why the Commission is currently looking at ways of improving the action. Areas for progress include, for example, a stronger pan-European perspective, the selection Panel, national competitions for candidates, etc. The Commission is using all relevant resources in this work. This comprehensive review should be independent from the Commission proposal aiming at integrating cities from the new Member States. Strengthening the European Capitals of Culture action is one of my priorities at the start of my mandate as member of the Barroso Commission.

I am delighted to see the huge interest in the European Capital of Culture initiative in Germany and that so many cities have entered the national competition. May the best win!

The author is Commissioner for Education, Training, Culture and Multilingualism ■

Konsequenzen unterschiedlicher Kulturbegriffe

Von Max Fuchs

Kunst, Kultur und Stadtentwicklung: Ein Projekt

Forst ist eine Stadt in der Lausitz, direkt an der deutsch-polnischen Grenze. Bei der Angabe der Größe fängt das Problem bereits an: denn wie viele andere Städte - nicht nur in Ostdeutschland - leidet Forst daran, dass die Einwohnerzahlen schrumpfen. Zur Zeit sind es etwa 30.000 Einwohner. Allerdings war Forst in der Vergangenheit auch schon erheblich größer. Das Problem mit dem Schrumpfen von Städten und auch von Forst besteht darin, dass es kein „geordnetes" Schrumpfen ist, das stattfindet. Sondern mitten aus bislang noch lebendigen Straßen oder Stadtlandschaften heraus werden plötzlich ganze Häuser und Häuserzeilen unbewohnt, es entstehen Baulücken und Brachland. Die Städte verlieren ihre bisherige Kontur, was soweit gehen kann, dass bislang klar definierte Stadtzentren vollständig verschwinden. Damit ändert sich aber auch grundlegend der Charakter der Stadt, und als Besucher hat man erhebliche Orientierungsprobleme, weil sich die Stadt quasi als postmodernes und beliebiges Nebeneinander von relativ gleich aussehender lückenhafter Bebauungsqualität präsentiert.

Warum berichte ich von diesem Projekt in diesem Zusammenhang? Das Besondere an Forst ist, dass die Stadt mit Hilfe des Landes Brandenburg eine interdisziplinär zusammengesetzte Künstlergruppe engagiert hat, die aus Medienkünstlern, aus bildenden Künstlern, aus Architekten und auch aus Stadtplanern besteht. Diese Künstlergruppe hat in den vergangenen Monaten zwar vieles von dem getan, was jede andere Stadt in einer vergleichbaren Situation auch tun würde: mit der ortsansässigen Wirtschaft zu sprechen, verschiedene Konzeptionen von Stadtentwicklung zu diskutieren, die Bevölkerung in die Planungen der Zukunft mit einzubeziehen. Aber dieser Künstlergruppe ist es gelungen, mit ihren spezifischen künstlerisch inspirierten Methoden eine völlig andere Qualität in diesem Diskursprozess zu erreichen. Man konnte spüren, dass plötzlich Lebendigkeit dort entstand, wo sich lange Zeit nur Lethargie breit machte. So wurde die Idee des „Forster Tuches" entwickelt, bei dem viele Haushalte in Forst ein kleines quadratisches Tuch selbst gestalteten und diese vielen Tüchern in unterschiedlichen Arrangements zu einem großen Tuch zusammengefasst wurden. Die Idee mit dem Tuch knüpfte dabei daran an, dass in Forst früher Textilindustrie zuhause war. Das große Forster Tuch wurde so zu einem Symbol des Gemeinschaftlichen, das im Zusammenwirken von vielen Einzelnen entsteht. Über dieses Tuch entstand in der ganzen Stadt ein Diskurs über Gegenwart und Zukunft, und dieser Diskurs wurde ein Stück weit ideenreicher und phantasievoller geführt, als wenn er von der Stadtverwaltung geführt worden wäre.

Mit diesem Projekt sind die Probleme von Forst natürlich nicht gelöst, aber die Künste und die Künstlerinnen und Künstler wurden hier mit ihrer spezifischen Arbeitsweise bei einem sozialen Problem in einer Weise aktiv, die die Kommunikationsmöglichkeiten einer künstlerischen Praxis ausnutzten. Kulturpolitik wurde so zur Stadtentwicklungspolitik.

Dies ist auch die Grundidee für einen großen Förderschwerpunkt der Kulturstiftung des Bundes zu dem Thema „schrumpfende Städte". Die Bundeskulturstiftung ist dabei ein sehr gutes Beispiel für die Funktionsweise einer derartigen gemischten Kulturförderung: etwa 80 Prozent der Fördermittel gehen an reine ambitionierte Kunstprojekte, etwa 20 Prozent der Fördermittel werden für solche gesellschaftsbezogenen Kunst-Aktionen bereitgestellt.

Diese Förderstrategie ist insofern bemerkenswert, als wir zur Zeit gerade auf Bundesebene (erneut) eine Grundsatzdiskussion darüber haben, was es mit der „Autonomie" der Künste auf sich hat. Diese spielt insbesondere bei der Diskussion über geeignete und zukunftsfähige kulturpolitische Strategien eine Rolle, nämlich bei der Frage, ob es genügt, sich bei der Aufrechterhaltung der Kulturförderung auf die Autonomie der Künste zu beziehen oder ob es notwendig ist, dass sich Kulturpolitik und damit auch die Künste in dem Kontext aktueller gesellschaftlicher Diskurse verorten

Als Fazit dieser Überlegungen kann man festhalten, dass das Verständnis dessen, was unter „Kunst" verstanden wird, entscheidend dafür ist, welches Verständnis man von Kulturpolitik hat.

Die Idee der Kulturhauptstadt und die Kulturpolitik: Fünf Ziele

Es liegt – gerade vor dem Hintergrund der kulturpolitischen Diskussion in den 90er Jahren – nahe, den Gedanken einer „Kulturhauptstadt Europas" sehr stark unter dem Aspekt der Kulturökonomie zu betrachten (vgl. den Artikel von Hennig/Kusche in *politik und kultur* 3/04, S. 18, am Beispiel von Graz). In der Tat sind ökonomische Erfolge im Bereich des Kulturtourismus messbar, auch wenn eine völlige Rentabilität der investierten Summen letztendlich nicht nachgewiesen werden kann.

Die Idee einer europäischen Kulturhauptstadt ist jedoch nicht primär entwickelt worden, um ein weiteres kulturwirtschaftliches Feld zu erschließen, sondern aus europa- und kulturpolitischen Gründen, genauer: um mit den Mitteln der Kultur(politik) den Gedanken der europäischen Identität zu vertiefen. Nur auf diese fachliche Dimension beziehen sich die folgenden Thesen. Deren Grundlage ist der Beschluss (1419/1999) von EU-Parlament und Rat für die Kulturhauptstadt 2005 bis 2019, wo insbesondere in Art. 3 sieben Kriterien für die Bewerbung formuliert werden (sie schließen sowohl hochkarätige Kunstevents als auch soziokulturelle Aktivitäten mit hoher Partizipation der Bevölkerung ein). Vor diesem Hintergrund will ich fünf Ziele formulieren, die man im Rahmen der Konzeptdiskussion über die Kulturhauptstadt mitverfolgen könnte.

Wiedergewinnung des Kulturellen in der Kulturpolitik

Es ist eine Errungenschaft der sechziger und siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts, dass man auch in der Kulturpolitik nicht mehr bloß den Staat als einzigen Akteur sieht, sondern ein Zusammenwirken sehr unterschiedlicher Akteure. Bei diesen spielen die unterschiedlichen Ebenen der öffentlichen Hand zwar nach wie vor eine besondere Rolle, etwa bei der Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Doch beteiligen sich inzwischen viele nichtstaatliche Akteure, die so genannte „Zivilgesellschaft", an der Diskussion über Ziele und Wege in der Kulturpolitik. Dies entspricht der (internationalen) Erkenntnis, dass der Staat schon längst mit den politischen und gesellschaftlichen Steuerungsproblemen in der modernen Gesellschaft überfordert ist, so dass die praktische Politik und die Politikwissenschaft kooperative Modelle der politischen Steuerung diskutieren und praktizieren. Damit ist Kulturpolitik zwar komplizierter geworden, hat allerdings erheblicher an Qualität und Realitätsnähe gewonnen.

In der Praxis der Kulturpolitik hat allerdings in den letzten Jahren die ökonomische Seite von Kultur(politik) stark an Gewicht gewonnen. Damit wurde „Kultur" vor allem zu „Kulturwirtschaft" und „Kulturpolitik" zu „Kulturwirtschaftspolitik". Dies entspricht nicht der Grundidee der Kulturhauptstadt. Es ist daher ein Begriff von Kulturpolitik wiederzugewinnen, der sich stärker auf „Kultur" i.e.S. konzentriert. Allerdings wird durch die Vielzahl von Kultur- (und damit auch von Kulturpolitik-)Begriffen die Entscheidung nicht einfacher.

Wiedergewinnung des Gesellschaftlichen in der Kulturpolitik

Die Idee einer Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas sollte dazu führen, die Rolle und die Möglichkeiten von Kulturpolitik bei der Entwicklung des Gemeinwesens – ganz im Sinne der kulturpolitischen Positionierungen des Deutschen Städtetages aus den letzten Jahren und im Sinne des eingangs beschriebenen Projektes – in den Mittelpunkt zu stellen. Das heißt aber auch, dass sich Kulturpolitik auf die aktuellen Probleme der Städte einlassen muss. Kulturpolitik ist in diesem Sinne weitaus mehr als Kunstpolitik, und dies erst recht dann, wenn unter „Kunstpolitik" lediglich die Erhaltung bestehender Strukturen verstanden wird. Kulturpolitik ist – gerade in der Stadt – Gesellschaftspolitik. Eine europäische Perspektive ergibt sich hierbei daraus, dass dies vermutlich in anderen europäischen Ländern weniger ein Problem ist als in Deutschland, da hier das 19. Jahrhundert mit seiner Entwicklung einer ästhetischen Kultur im Sinne einer „Kunstreligion" und dem damit verbundenen Verständnis von Kunstautonomie besonders stark die kulturpolitische Diskussion prägt.

Wiedergewinnung des Experimentellen in der Kulturpolitik

Städte sind in besonderer Weise in den gesellschaftlichen Strukturwandel einbezogen. Alle soziologischen Gesellschaftsanalysen (Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft, die neue Rolle der Erlebnisgesellschaft, die multikulturelle/multiethnische Gesellschaft etc.) sind quasi wie im Brennglas in den Städten zu sehen. Dieser Strukturwandel betrifft insbesondere die Gesellschaft und Wirtschaft in Europa, so dass diese allgemeine Herausforderung und mögliche Lösungsansätze – auch mittels Kulturpolitik – exemplarisch an der jeweiligen Kulturhauptstadt studiert werden können. Kulturhauptstädte wären Lern- und Laborsituationen des gesellschaftlichen Wandels.

Wiedergewinnung des Politischen in der Kulturpolitik

In besonderer Weise betrifft das die Ausdifferenzierung der Stadtbevölkerung in unterschiedliche Lebensstile, sozial, ökonomisch oder kulturell definierte Gruppen und Geschmacksgemeinschaften. Entsprechend lässt sich eine Vielzahl von Kulturkonzepten je nach Generation, Ethnie, Lebensstil, Geschlecht, sozialökonomischem Status etc. unterscheiden, die zur Grundlage je spezifischer Kulturpolitiken werden könnten Insbesondere eignet sich Kulturarbeit die zunehmend wieder interessierter diskutierte Frage nach der Gestaltung von Zukunft, nach Visionen oder Utopien aufzugreifen und einen gesellschaftlichen Diskurs anzuzetteln. Die Frage nach der Zukunft der Kulturhauptstädte könnte so zu einem Gestaltungsthema in einer Kulturhauptstadt selbst werden.

Kulturpolitik hat zudem besondere Möglichkeiten, durch die (Nicht-)Berücksichtigung von Gruppen mit ihren kulturellen Präferenzen eine Politik der (Nicht-)Anerkennung zu betreiben und so einen Beitrag zur (Nicht-)Integration auf Stadtebene zu leisten. Die Schwierigkeit besteht darin, die richtige Mischung in der städtischen Kulturförderung zu finden, wobei zu berücksichtigen ist, dass – aufgrund der starken Segmentierungswirkung von Kunst/Kultur – es in der Tat nur ein plurales Angebot sein kann, wenn möglichst viele Bevölkerungsgruppen erreicht werden sollen.

Wiedergewinnung des Europäischen und Internationalen in der Kulturpolitik

Auf internationaler Ebene werden – durchaus auch im Kontext von ökonomisch orientierten Organisationen wie der OECD – Konzepte wie „social coherence" bzw. „creative cities" diskutiert. In Großbritannien hat man inzwischen erste umfassende Evaluationen über den „social impact of participation in the arts" durchgeführt. (F. Matarasso: Use or Ornament. 2000). Kulturhauptstädte sollten daher systematisch im Hinblick auf die Erprobung unterschiedlicher kulturpolitischer Konzepte (Kunst- und Künstlerförderung, Erhaltung des Kulturerbes, Integration, Bewältigung des Strukturwandels etc.) evaluiert werden.

Schlussbemerkung

Die vorgestellten fünf Anregungen und Hinweise, die bei der Konzeptionen einer Kulturhauptstadt Europas berücksichtigt werden können, haben zwar durchaus eine europapolitische Dimension. Allerdings gibt es auch ein starkes nationales Interesse. Zum einen könnte die Diskussion über die Kulturhauptstadt dazu genutzt werden, Kulturpolitik als eigenständiges Politikfeld wieder stärker an Profil gewinnen zu lassen. Zum anderen könnte man im Rahmen einer Konzeption für die Kulturhauptstadt Europas herausarbeiten, dass Kulturpolitik zwar kommunale Wirtschaftsförderung einschließt, aber durchaus auch mehr und anderes als diese ist.

Vor dem Hintergrund der kulturpolitischen Entwicklung in Deutschland ist dieses Anliegen antizyklisch. So kann man etwa beobachten, dass in vielen Städten und Gemeinden ein eigenständiges Kulturdezernat nicht mehr eingerichtet wird, was übrigens auch für kommunale Spitzenverbände gilt.

Eine abschließende These ist daher, dass Kulturpolitik erneut einen überzeugenden Relevanznachweis erbringen muss, wenn sie nicht als Politikfeld vollständig verschwinden will.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Photo: Susanne Glauert

Seit 1999 tagt der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude in Berlin

Since 1999, the German House of Parliament, the Bundestag, hold their meetings in the Reichstag

Diverse definitions of culture and their consequences

By Max Fuchs

Art, Culture and Urban Development: A Project

Forst is a town in the Lausitz, directly on the German-Polish border. But even trying to give the town's population figures is a problem, since like many other towns – not only in eastern Germany-Forst is a shrinking city. At present, Forst has around 30,000 inhabitants. But the population used to be significantly larger. The problem facing shrinking cities and Forst, too, of course – is that population decline does not follow any "orderly" pattern. Instead, with no warning, previously lively streets or urban landscapes suddenly become home to empty houses and block of flats, with spreading wasteland and gaps where houses once stood. In this process, the contours of the cities may change so much that even previously clearly defined city centres disappear completely. Such developments fundamentally alter a city's character, leaving visitors struggling to find their way around in a town comprised of, as it were, post-modern buildings, all looking rather the same, seemingly arbitrarily thrown-together, with gaps between them.

But why have I mentioned the Forst project in this context? The Forst story has one special aspect: supported by the Land of Brandenburg, the town employed an interdisciplinary group of artists comprising media and graphic artists, architects and urban planners. Over the past months, this group also did many of the things any other city would do in a similar situation: they held talks with local industry, discussed various ideas on urban development, and included the local population in future planning. Yet by employing ideas specifically drawn from their roots in art, this group has succeeded in introducing a totally new quality into the process of debate. One could almost literally feel how the lethargy, prevalent and spreading for a long time, was suddenly replaced with energy and vitality – an energy leading to the "Forst Quilt" initiative. The many households in Forst each designed a small, square piece of cloth, then all the pieces were combined in a variety of patterns to make one vast "Forst Quilt". It was an idea referencing Forst's past as a centre of textile production, while simultaneously producing a work symbolising communality, created by cooperation on the individual level. In making the "Forst Quilt", the entire city was drawn into a debate on the past and the future and it was held in a more imaginative and creative way than if it had been initiated and led by the local authority.

Naturally, this project alone cannot resolve the dilemmas Forst is facing. Nonetheless, the artists have actively applied specific methods of working in the arts to a pressing social problem, utilizing the communication potential inherent in one particular artistic practice and shown how cultural policy becomes urban development policy.

This is also the essential idea behind the Federal Cultural Foundation's main focus of support in dealing with the issue of "shrinking cities". The Foundation provides an excellent example of how that sort of mixed cultural support functions: around 80 per cent of the funds available go to pure arts' projects, while the remaining 20 per cent promotes art projects related to social aims.

This arts' support strategy is of interest because, on the national level, we are presently engaged in (again) debating the question of the essential nature of "autonomy" in the arts. This has a particular role to play in any discussion of suitable, future-viable, cultural policy strategies, specifically, in considering whether, in advocating continued support for the cultural area, it is enough just to point to the autonomy of the arts or if it is necessary to locate cultural policy, and with it, art itself, within the context of current social debates.

The quintessence of these deliberations can be expressed as follows: our view of what "art" really is decisively influences our notion of cultural policy.

The Cultural Capital Concept and Cultural Policy: Five Aims

Given the background of the cultural policy debate in the 1990s, it seems only too obvious that ideas about the "European Capital of Culture " should be strongly influenced by the notion of a cultural economy (cf. the article by Hennig/Kusche in Politik und Kultur 3/04, p. 18, using Graz as an example). Indeed, it is feasible to measure economic success in the cultural tourism area, even if, ultimately, the figures do not indicate a complete return on capital for the amounts invested.

However, the concept underlying the European Capital of Culture has not primarily been evolved as a means of opening up a further cultural economic field. It is rooted in ideas about European and cultural policy, more specifically, as a way of employing cultural (policy) tools to strengthen the idea of a European identity. The following points are purely related to this specialized, functional dimension. They are based on the EU Parliament and the Council Decision (1419/1999) on the European Capital of Culture event for the years 2005 – 2019, with Article 3 specifically listing seven criteria for candidate cities planning to make a bid for the title (the criteria include both high-quality cultural events and socio-cultural activities with significant local population participation). Against this background, I would like to formulate five aims that might also be pursued in the debate on the concept underlying the idea of cultural capitals.

1. Putting the cultural back into cultural policy

It is thanks to the developments in the 1960s and 70s that one no longer imagines the state as the sole actor in the cultural policy arena. Instead, we now see an interplay between a range of very different actors. Although the various levels of public funding still continue to be ascribed a particular role, for example, in creating the legally required pre-conditions, there are now many non-state actors, known as "civil society", taking part in the debate on cultural policy's methods and aims. Such an evolution is in accord with the (international) perception of the state having long been overwhelmed by the difficulties in guiding, politically and socially, a modern society, and where pragmatic politics, together with political science, debates and implements cooperative models of political control. In this sense, cultural policy may have become more complicated, yet it has also gained considerably in quality and a real-world approach.

Admittedly, in the last few years, the significance of the economic aspect of cultural (policy) affairs has increased dramatically in cultural policy implementation. As a result, "culture" has primarily become transformed into a "cultural economy" and "cultural policy" has become a "cultural economic policy". Yet this does not reflect the idea underlying the notion of a cultural capital – and for this reason we need to re-establish a concept of cultural policy concentrating more on "culture" in the real sense of the word. However, this task is not made any easier by the vast range of prevalent ideas about culture (and hence about cultural policy).

2. Putting the social back into cultural policy

The process of bidding to become a European Capital of Culture was intended to focus on the role and potential of cultural policy in evolving the community – in line with the positions taken on cultural policy by the Deutsche Städtetage (the convention of municipal authorities) in the last few years and in the spirit of the project described at the start. But this also entails cultural policy being ready to encounter and confront the current problems cities are facing. In this sense, cultural policy is substantially more than just a policy on the arts – and this is even truer where "a policy on the arts" is regarded as eponymous with merely maintaining existing structures. In the city especially, cultural policy is social policy. And here we move onto a European perspective, since Germany may have more of specific problem with this than other European countries due to the way an aesthetic culture evolved in Germany in the nineteenth-century with "art as religion", closely bound to a notion of autonomy that has markedly influenced the entire cultural policy debate.

3. Putting the experimental back into cultural policy

Cities are, in a special way, intensely involved in structural change in society. Every social analysis in sociology (the development of the service society, the new status of self-experience, or the multicultural/ multiethnic society, etc.) can be seen in the cities, rather as if focused through the lens of a magnifying glass. This structural shift impacts the society and economy in Europe especially, making it viable to study common challenges and possible solutions – including cultural policy methods – in ideal case scenarios in each particular cultural capital. In this way, cultural capitals would be comparable to a laboratory to study social changes, and learn from them.

4. Putting the political back into cultural policy

In a particular way, this relates to the differentiation of urban populations into diverse lifestyles, in socially, economically or culturally defined groups, or communities of taste. In line with this division, one can discern a range of ideas about culture depending on the generation, ethnic origin, life style, gender, social-economic status etc., which could then be taken to form the basis of individual, specific cultural polices. Cultural work is especially suited to raise the issue of our future, of visions or utopias an idea now being increasingly discussed again and provoke a debate across society. In this way, the issue of the future of cultural capitals could itself become a theme addressed in any given cultural capital.

In addition, cultural policy has particular opportunities to pursue a policy of (non) acknowledgement, by (non) recognition of groups with their cultural preferences, and hence contribute to (non) integration on the urban, city level. The challenge consists of finding the right mix in promoting culture in the cities, whereby one needs to bear in mind that, due to the massive segmentation in art /culture, the provision of culture on offer has to be pluralist if it is to reach as many groups in the population as possible.

5. Putting the European and international back into cultural policy

Concepts such as "social coherence" or "creative cities" are being discussed on the international level – even within the context of those organisations, like the OECD, that are essentially directed towards economic concerns. Britain has recently seen an initial comprehensive assessment carried out on the "social impact of participation in the arts" (F. Matarasso: Use or Ornament. 2000). This indicates that cultural capitals ought to be systematically assessed in trying out various concepts around cultural policy (promoting art and artists, safeguarding cultural heritage, integration, overcoming structural change, etc.).

Concluding Remarks

The five suggestions presented here, which could be taken into account in the concept of a European Capital of Culture, clearly reflect the European policy dimension yet one should not forget the strong national-level interest involved. On the one hand, the discussion on cultural capitals could be used to lend cultural policy a more distinct profile as an independent policy field; on the other, within the setting of the European Capital of Culture debate, one might conclude cultural policy does indeed incorporate promoting local economies yet, at the same time, recognise this falls far short of all it is, and realise it is also something else.

Given the background of cultural policy development in Germany, this undertaking is anti-cyclical. For example, it is becoming increasingly common for cities and local authorities to give up an independent cultural department, a tendency similarly to be found among municipal umbrella organisations.

This leads to my final hypothesis: cultural policy needs to provide a fresh, resounding argument to convince listeners of it relevance if it does not want to disappear entirely as a field of policy.

The author is Chairman of the German Cultural Council ■

Photos: Schwedisches Fremdenverkehrsamt

Stockholm: Vier Ansichten der europäischen Kulturhauptstadt 1998

Stockholm: Four views of the 1998 European Cultural Capital

Photo: ENIT, Staatliches Italienisches Fremdenverkehrsamt, Frankfurt

Genua, europäische Kulturhauptstadt 2004: Repräsentationsarchitektur des 19. Jahrhunderts

Genoa, European Cultural Capital in 2004: representative architecture from the 19th century

Braunschweig oder doch besser Sydney?

Von Harald Martenstein

Ich bin tatsächlich mal in Braunschweig gewesen, einen halben Tag lang. Aus dieser relativ kurzen Phase meiner Biographie ist mir in Erinnerung, dass Braunschweig keineswegs so langweilig ist, wie man spontan denkt, wenn man das Wort „Braunschweig" hört. In der Altstadt schenken sie leckeres Bier aus, die Häuser machen baulich einen abwechslungsreichen Eindruck, im Theater zeigen sie Stücke. Alles prima. Als ich hörte, dass Braunschweig sich um den Titel „Kulturhauptstadt Europas" bewirbt, fragte ich mich allerdings spontan, ob ich mich mit einem Kontinent, dessen kulturelle Hauptstadt Braunschweig ist, überhaupt noch identifizieren kann, oder ob man da nicht, kulturell gesehen, besser Australier wird. Braunschweig, okay. Aber Sydney ist von der Kultur her schon ein anderes Kaliber.

Deutschland kommt 2010 mit der Kulturhauptstadt turnusmäßig wieder an die Reihe, nach Berlin 1988 und Weimar 1999 zum dritten Mal. Zehn Bewerber kegeln in einem Verfahren, dessen Kompliziertheit im Detail darzustellen gottlob nicht meine Aufgabe ist, den Sieger unter sich aus: Bremen, Braunschweig, Essen, Görlitz, Halle, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam und Regensburg.

Es sind, in zumindest neun Fällen, gute, ehrliche, auf ihre jeweils eigene Art liebenswerte Städte mit reichlich Kultur darin. Ich darf das sagen, weil ich im Laufe meines Autorendaseins immerhin neun dieser zehn Städte persönlich inspizieren durfte, nur nach Görlitz verschlug mich das Schicksal nie. Städte, die, wenn sie vom Erdkreis verschwänden, ganz gewiss eine Lücke hinterließen, genau gesagt: eine mittelgroße. Aber Kulturhauptstadt Europas? Seit der Titel vergeben wird, seit 1985, haben sie halt nacheinander alle als Kulturhauptstadt nahe liegenden Metropolen abgearbeitet, und die kleinstädtischen Highlights wie Weimar sind auch meistens schon dran gewesen. Also kommen jetzt die Städte an die Reihe, die eher nicht nahe liegen. Ab 2009 gibt es sogar immer zwei Kulturhauptstädte gleichzeitig! Neben Deutschland stellt Ungarn eine Kulturhauptstadt, vielleicht Miskolc oder Székesfehérvár. Wenn der Kulturhauptstadtgedanke mit dieser Konsequenz weitergeführt wird, kommt 2030 Worpswede an die Reihe, 2050 Idar-Oberstein und 2070 Emmendingen. Kultur und Geschichte gibt es ja, wenn man mal darüber nachdenkt, im Grunde überall.

Von dem Gedanken, dass eine Kulturhauptstadt etwas Besonderes darstellt, wird man sich verabschieden müssen. Die Kulturhauptstadt neuen Typs steht eher für das extrem Normale. Im Internet wirbt Bremen mit Tierbildern, zum Beispiel einem Esel, eine launige Anspielung auf die Bremer Stadtmusikanten, sowie damit, dass es, vermutlich weil es so klein ist, für „enge Bindung der Bürger an die Stadt" stehe. Essen, das sich stellvertretend für das Ruhrgebiet bewirbt, preist an sich selber den „Reiz des Unvollendeten". Das kann ich, nach einem halben Tag in Essen, bestätigen. Wenn es in Deutschland überhaupt eine unvollendete Stadt gibt, dann wohl Essen. Görlitz betont, dass es an der alten Straße nach Santiago de Compostella liegt. Frankfurt am Main könnte sich folglich bewerben mit dem Hinweis, dass man von dort jederzeit bequem nach Rom fliegen kann. Aber Frankfurt (Buchmesse! Multikulti!) wollte ja nicht mitmachen im Hauptstadtrennen. Halle sagt, auffällig defensiv, die Bewerbung sei nur „ein Zwischenschritt im Stadtentwicklungsprozess". So reden keine Sieger.

Karlsruhe dagegen erklärt mit fast schon arrogantem Selbstbewusstsein: „Karlsruhe hat viel zu bieten." Kassel spricht, dunkel, fast schon im Botho-Strauss-Sound, vom „stadtgesellschaftlichen Aufbruch". Vielleicht wollen sie in einem großen Treck die Stadtgesellschaft Kassel an die Costa Brava verlegen. Das wäre uneingeschränkt zu begrüßen. Lübeck kommt mit der Hanse und Thomas Mann, klar. „Kultur in Lübeck wird täglich gelebt." In Klenkrade leben sie Kultur nämlich nur an jedem dritten Mittwoch im Monat. Potsdam betont, dass es so viele „Jugendbaustellen" hat, aber fragen Sie jetzt bloß nicht, was das ist.

Am lustigsten ist die Bewerbung von Regensburg. Regensburg ist sowieso recht schnuckelig, fahren Sie ruhig mal hin. Sie heben dort hervor, dass es, im Gegensatz zu den meisten anderen Städten, „in Regensburg keinen Geburtenrückgang" gibt. Zu diesem Thema, dem großen Gebär-Rausch von Regensburg, seien auch „verschiedene Projekte geplant", zum Beispiel „Europas größte Graffitiwand" in einem alten Steinbruch, die vielleicht von hunderten hoch schwangeren Regensburgerinnen mit Fruchtbarkeitssymbolen bemalt wird. Und Braunschweig? Braunschweig wirbt mit der im ganzen Braunschweiger Land berühmten, putzmunteren „Braunschweiger Szene" und dem nur allzu wahren Satz: „Europas Stärke liegt in der Provinz."

Der Verfasser ist Journalist und schreibt unter anderem für den Tagesspiegel und Die Zeit ■

Photo: puk Archiv

Brügge, europäische Kulturhauptstadt 2002

Bruges, European Cultural Capital in 2002

Braunschweig or rather Sydney?

By Harald Martenstein

I really was once in Braunschweig, for an entire twelve hours. What has remained in my memory from this relatively brief biographical phase is that Braunschweig, or Brunswick if you like, is not nearly as boring as you might spontaneously imagine on hearing the name. The beer in the old town is smooth and cool, the buildings convey an impression of architectural diversity, the theatre puts on plays. It's all über-good. Admittedly, when I heard Braunschweig is bidding to become the "European Capital of Culture", I did immediately wonder if I could still identify with a continent where Braunschweig is the cultural capital, or whether it might be better, merely in cultural terms, to be Australian. Braunschweig – OK, but in the cultural rankings, Sidney is playing in a completely different league.

After nominating Berlin in 1988 and Weimar in 1999, Germany is scheduled to name a third city as the European Capital of Culture in 2010. The selection process, which, thank God, it's not my task to detail in all its complexity, will produce one winner from a list this time including Bremen, Braunschweig, Essen, Görlitz, Halle, Karlsruhe, Kassel, Lübeck, Potsdam and Regensburg.

In at least nine instances, these are all good honest cities, all charming in their own way, with oodles of culture. And I can say that because in the course of my life as a writer I have actually had the privilege of inspecting nine of them personally – fate has only spared Görlitz from my trips. If these cities were to vanish from the face of the earth, they would undoubtedly leave a gap – although, strictly speaking, only a medium-sized one. But European Capitals of Culture? Since the title was first awarded in 1985, all of the blatantly obvious choices have been put through their cultural capital paces, along with numerous minor highlights like Weimar. So the towns now in the running are not exactly the ones that instantly spring to mind. And from 2009 on, there are going to be two European Capitals of Culture every year! Not only is Germany nominating a cultural capital, but Hungary too – presumably Miskolc or Székesfehérvár. If this cultural capital logic is pursued to the bitter end, then 2030 will see Worpswede nominated, Idar-Oberstein in 2050, and Emmendingen in 2070.

After all, when you think about it, culture and history can be found everywhere. It's just a shift in perspective, away from the idea of a cultural capital being something really special. Instead, the new kind of cultural capital will exemplify the truly normal. Bremen's Internet campaign uses animal images, for example, pictures of a donkey – a playful reference to the fairy story about the Musicians of Bremen, and announces, perhaps because the town is so small, Bremen stands for "a close link between the citizens and the city". Essen sees its candidacy as being on behalf of the entire industrial Ruhr area, and lauds its very own "Fascination of the Unfinished". After half a day spent in Essen, I can agree completely: as German unfinished cities go, Essen is definitely it. Görlitz highlights its geographical location on the old road to Santiago de Compostella. On those grounds, Frankfurt am Main could enter a bid arguing it's easy to fly from there to Rome. But Frankfurt (Book Fair! Multicultural!) didn't want to enter the cultural capital race. In a notably defensive statement, Halle has pointed out its bid merely represents "one step in the urban development process". That's not the way winners talk. In contrast, Karlsruhe's slogan of "Karlsruhe has lots to offer!" seems almost arrogantly self-confident. Kassel speaks in dark, almost surreal sound-bites, like playwright Botho Strauss, of a "radically new urban social departure". Perhaps a great trek south taking Kassel to the Costa Brava? A move to be welcomed wholeheartedly. Lübeck gets by just fine with its Hanseatic League history and famous son Thomas Mann "Culture in Lübeck is an experience - everyday!". After all, Klenkrade only offers a cultural experience every third Wednesday in the month. Potsdam emphasises its number of "youth construction sites" but please don't ask me what that means.

Regensburg has the funniest campaign. And besides, it's a really cute, adorable little city – if you don't believe me, just go there. They proudly point out how, in contrast to most other cities, the "Regensburg birth rate is not in decline" – and they've even planned a series of "diverse projects" around the great childbearing craze of Regensburg events including "Europe's longest graffiti wall" in an old quarry, presumably with hundreds of highly-pregnant Regensburg women daubing fertility symbols on it. And Braunschweig? Braunschweig's campaign centres around the incredibly active "Braunschweig Scene", notorious throughout the entire Braunschweig area, with a slogan that could hardly be more appropriate: "Europe's strength comes from its provincial regions".

Harald Martenstein is a journalist whose articles regularly appear in newspapers such as Die Zeit and Berlin's Tagesspiegel ■

Große Chance mit nachhaltiger Wirkung

Von Barbara Gessler

Schon einige Zeit angekündigt und von einigen sicher mit Spannung erwartet, da sie ja auch die Grundlage für einen Überarbeitungsvorschlag der Kommission für die Regelung über Kulturhauptstädte bilden soll, haben Palmer/Rae Associates eine umfassende Studie über die bisherigen Kulturhauptstädte vorgelegt. Ihren Umfang verdankt die Studie im wesentlichen einer eingehenden Untersuchung der Städte mit dem Titel seit 1995, insgesamt 21, die im zweiten Teil detailliert aufgezeichnet werden. Im Folgenden soll eine knappe Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse gegeben werden, die ausführliche Lektüre bleibt empfohlen.

Die Autoren hatten mithilfe eines strukturierten Fragebogens bei den Verantwortlichen um ihre Einschätzung gebeten, die Unterschiedlichkeit der Antworten spiegelt die der Konzepte wieder. Schon die Zielsetzungen für den Titel variierten stark, auch wenn unter den mehreren Zielen am häufigsten der Wunsch nach stärkerem internationalen Profil, die Durchführung von Kulturaktivitäten, die Attraktivität für Besucher und die Entwicklung von Stolz und Selbstbewusstsein genannt wurden. Der Prozess der Zielsetzung an sich wurde von den meisten Städten als wesentlich angesehen, da andererseits unterschiedliche Auffassungen darüber, wie diese zu erreichen seien, ausschlaggebend für Konflikt und Spannungen gewesen seien. Ebenso empfanden fast alle Städte Schwierigkeiten mit der Governance des Projekts mit einer Dominanz politischer Interessen, mit Problemen zwischen politisch und inhaltlich Verantwortlichen oder aufgrund der mangelnden Repräsentanz der Kulturschaffenden. Das politische Umfeld habe für manche eine sehr grosse Rolle gespielt. Ebenfalls häufig wiederkehrendes Problem seien Personalwechsel in den ausführenden Gesellschaften gewesen. Die mit der Durchführung beauftragten Strukturen hätten nur in seltenen Fällen nach dem Titeljahr weiter bestanden. Inhaltlich lag der Schwerpunkt der meisten Städte auf dem Kulturprogramm, für das im Schnitt 63 Prozent der Mittel aufgewandt wurden. Die Entwicklung dieses Programms war eine große Herausforderung für alle, die erschwert wurde, wenn der Zielsetzung keine eingehenden Konsultationen vorausgingen. Dilemmata entstanden bei der Suche nach einem Gleichgewicht zwischen häufig entgegen gesetzten Faktoren wie künstlerischer Vision und politischer Ambition, Leuchtturmkultur oder lokalen Initiativen oder der Einbindung der etablierten bestehenden Kulturinstitutionen und unabhängigen Gruppen und Künstlern. Der Titel band in den meisten Fällen auch die Vororte, das Umland aber häufig auch das gesamte Land mit ein. Das Jahr dauerte im Schnitt zwischen 11 und 13 Monaten, wobei es eine Herausforderung an die Planer gewesen sei, die Spannung über die Zeit aufrecht zu erhalten. Die Vorbereitungszeit lag im Schnitt bei drei Jahren, ein Jahr länger würde jedoch als ideal empfunden. Meist kreiste der Titel um „die Stadt", da viele Projekt hier subsumiert werden können und ein klares Thema eindeutig der Kommunikationszwecken dienlich sei. Es ist schwer, die genaue Anzahl der durchgeführten Projekte zu ermitteln, aber eine zu hohe Anzahl wurde fast durchgängig als ein Problem empfunden. Obwohl fast alle Kultursparten mit einer starken Tendenz zum Gegenwärtigen und Innovativen vertreten waren, wurde meist der Versuch unternommen, etwas „für alle", also auch bewusst für Minderheiten (und dementsprechend mit niedrigen Eintrittspreisen oder gratis) solle dabei sein. Besonders delikat sei fast überall der Balanceakt des Interessensausgleichs innerhalb der komplexen Kulturszene einer Stadt gewesen, ebenso zwischen Blockbuster-Events und kleineren lokalen Aktivitäten, erstere mit mehr Besucherpotenzial, die anderen nachhaltiger. In diesem Sinne (als sichtbares Erbe) sind auch die von fast allen unternommenen Investitionen in Infrastruktur zu sehen. Ingesamt wurden (bei vorsichtiger Betrachtung der Zahlen) 105 Millionen Euros in Kommunikation und Promotion gesteckt, was zwischen 7 bis 24 Prozent des Gesamtbudgets einer Stadt ausmachte. Trotz einer nur schwer vergleichbaren Datenlage dienten vielen Städten neben Touristenindikatoren auch Medienauswertung und Meinungsumfragen als Instrumente der Erfolgskontrolle. Der Anspruch an eine europäische Dimension des Titels wurde höchst unterschiedlich interpretiert und reichte vom Auftreten ausländischer Künstler über punktuelle Kooperation, jedoch nur wenigen gemeinsam entwickelten Projekten. Die Aufwendungen für den Titel variierten ebenfalls stark, eine Summe von 737 Millionen Euro für die Durchführung, die Kapitalausgaben jedoch werden insgesamt mit 1,4 Milliarden beziffert, einer Gesamtsumme also von mehr als 2 Milliarden Euro, exklusive zusätzlicher Mittel für benachbarte Zwecke. Die Studie geht davon aus, dass mindestens 3 Milliarden zwischen 1995 und 2004 aufgebracht wurden, drei Viertel davon aus dem öffentlichen Haushalt und nur etwa 13 Prozent durch Sponsoren, bei deren Engagement noch Spielraum läge. Die Untersuchung zeigt einen Mangel an relevantem Zahlenmaterial auf und weist auf die Notwendigkeit einer gründlichen Erhebung hin. Obwohl die Anziehung von Besuchern eine grosse Priorität darstellte, sieht die Studie nicht immer eine direkte Verbindung zwischen Besucherzahlen und Titel, auch wenn überall (und insbesondere in den kleineren Städten) die Ströme in die Stadt anschwollen. Die meisten Besucher waren klassische Kulturinteressierte, auch wenn in vielen Städten auch spezifisch sozial orientierte Projekte angelegt wurden. Wie nun alles in allem diese EU-Aktion anzusehen ist, ist man sich zwar einig, dass es eine erfolgreiche oder zumindest teilweise erfolgreiche Sache ist. Kritisiert wird jedoch häufig die politisch motivierte Benennung der Städte, die Unterausstattung in Ressourcen, das Gefühl, man habe die Chance nicht genug genutzt und dass zu hohe Aufmerksamkeit auf der örtlichen Gegebenheiten lag statt mit einem Augenmerk auf die europäische Dimension. Die niedrige Beteiligung der europäischen Ebene wurde ebenso kritisiert wie der bürokratische Aufwand, der damit verbunden war, auch wenn explizit der Hilfe einzelner Beamter Tribut gezollt wird. Die EU solle sich, so fast einhellig, in mehrerer Hinsicht stärker bei der Kulturhauptstadt engagieren.

In den Schlussfolgerungen betonen die Autoren, dass der Titel eine sehr grosse Chance für Städte birgt, deren nachhaltige Wirkung steigt, wenn Kulturinitiativen

Weiter auf Seite VIII

A big chance with a lasting effect

By Barbara Gessler

The eagerly awaited Palmer/Rae Associates comprehensive report on previous "European Capitals of Culture" has now been presented, with quite a number of readers anxious to view its contents – hardly surprising, since this study is to form the basis for the Commission's review of the cultural capital guidelines. The report's size can largely be attributed to the accompanying research into the total of 21 cities awarded cultural capital status since 1995, detailed in the second section. Here, we can only present a brief summary of the most important findings and would recommend referencing the report itself.

Using a structured questionnaire, the report's authors asked those responsible in the cultural capital processes to evaluate their experiences. The range of answers given reflects the diverse ideas of what a cultural capital really is. Even the reasons behind the title bid varied considerably, although the most common ones mentioned focused on the desire for an enhanced international profile, the wish to realise cultural events and activities, improve the city's attractiveness for visitors, and develop a feeling of civic pride and self-confidence. Most cities regarded setting the goals of the candidacy as a key process, while, in contrast, differing opinions on how these should be implemented played a major role in any tensions and conflicts that arose. Similarly, nearly all cities noted the project's governance as a challenge, with political interests dominating, and mentioned problems arising between those responsible for policy and content, or difficulties resulting from not sufficiently involving cultural providers' representatives. Some respondents pointed to the crucial role played by the political framework, with a further frequently cited issue that of staff changes in the implementing organisations.

In the vast majority of cases, the structures commissioned during implementation had vanished again once the title year was over. In terms of content, most cities placed the main emphasis squarely on the cultural programme, which absorbed an average of 63% of the available funds. All of the respondents reported that developing the cultural programme was a major challenge, made considerably more difficult if no in-depth consultation took place beforehand to set targets and goals. They similarly highlighted the major dilemmas caused by trying to balance commonly opposing elements, whether artistic vision and political ambition, landmark culture or local initiatives, or integrating established, existing cultural institutions or showcasing independent groups and artists. Generally speaking, the cultural capital candidacy had included, in most cases, not only the suburbs and the city's direct hinterland but also the entire region where the city was located. The cultural capital year lasted on average between 11 and 13 months, with planners finding it a challenge to maintain a high level of interest over the entire period.

The study reports a preparatory phase of three years on average, even though respondents felt one year longer would have been ideal. In general, the campaign for the title focused on "the city", since this provided an umbrella concept embracing numerous projects, and provided a well-defined theme that definitely served to help communication. It is hard to fix the exact number of projects carried out, but the questionnaire revealed that trying to realise too large a number nearly always led to problems. Although nearly all cultural areas were represented, with a marked leaning towards contemporary and innovative events, the vast majority of cities tried to ensure there was something "for everyone", i.e., deliberately including events for minority groups (and hence offering events for free or with reduced admission). Nearly all respondents mentioned one especially tricky issue – reconciling the different interests within a city's complex cultural scene, and finding a balance between blockbuster events and smaller local-level activities, where the former provided a magnet for larger audiences and the latter offered greater sustainability; it is in this sense (as a visible legacy) that the report suggests one should view the investments in the urban infrastructure undertaken by nearly all cities. In total, (as a conservative estimate) Euro 105 m were spent on communication and promotion, a sum amounting to between 7 to 24 % of a city's total budget. Despite the difficulty of compiling comparable data, many cities took figures from tourism, or media assessment and opinion polls as a means of measuring their success. Cities interpreted the European-level aspect of their title in very different ways, from placing foreign artists in their city programme, to initiating cooperation in specific areas, although these included only a few jointly developed projects. The funds invested in the cultural capital title also varied widely, with a sum of Euro 737 m for implementing the entire programme and a total capital outlay of Euro 1.4 bn, i.e., an overall total sum of more than Euro 2 bn, excluding any additional funds for related purposes. The research assumes that at least Euro 3 bn were spent between 1995 and 2004, with 75% of this sum coming from the public coffers and only around 13 % contributed by sponsors – the latter figure showing upward room for improvement. This research, though, reveals a lack of relevant statistics and points to the need for a thorough study in this area. Although attracting visitors was ranked as a top priority, this research does not always show a direct link between the number of visitors and the cultural capital title, even if all cities (and especially the smaller ones) reported increased numbers of tourists. Even though many cities had initiated specifically socially-oriented projects, the majority of visitors were those typical interested in the cultural events. While, taken as a whole, respondents unanimously viewed the EU cultural capital scheme as a total, or at least partial, success, there were areas of criticism. These most commonly related to selecting cities as cultural capitals for purely political reasons, the lack of funding, or the feeling that the chances inherent in the title had not been fully exploited, or that local-level concerns had been given too much attention and the European dimension too little. Similarly, limited European-level participation also came in for criticism, as did the red-tape involved with the title, even if the some individual civil servants were explicitly praised for their readiness to help. But, almost across the board, the general sentiment expressed was that the EU ought to become more involved, in a variety of ways, in the cultural capitals.

In the conclusion, the authors emphasise how the cultural capital title does indeed represent a major opportunity for a city, and point out how the sustainable effect is

Continued on page VIII

Photo: Stiftung Weimarer Klassik und Kunstsammlungen

Weimar: Kulturhauptstadt 1999. Unser Bild zeigt das Goethe-Schiller-Archiv Weimar

Weimar: Cultual Capital in 1999. Our photograph shows the Goethe-Schiller archive in Weimar

Fortsetzung von Seite VII

Große Chance mit nachhaltiger Wirkung

mit anderen Aspekten der Stadtentwicklung verbunden werden. Die kulturelle Dimension werde zu häufig von der politischen überschattet, während die europäische nur unzulänglich beachtet würde. Trotz grosser Medienresonanz bliebe das Programm häufig falsch verstanden und die Europäische Union solle der Visibilität der Benennung der Städte ebenso wie einem verbesserten Auswahlverfahren mehr Aufmerksamkeit schenken.

Abschließend spricht die Studie verschiedene Empfehlungen aus. Die Aktion Kulturhauptstadt solle beibehalten, aber die Auswahlkritierien überprüft und vereinfacht werden. Konkret empfiehlt sie eine Fokussierung der Bewertung auf vier Komponenten:

- Wert der Kultur als zentralem einigendem Konzept,
- stärkere Einbeziehung der Themen der europäischen Integration,
- kulturelle Entwicklung als Motor für lokale und regionale Entwicklung
- und Nachhaltigkeit.

Die Mitgliedstaaten sollten nationale Wettbewerbe für die Nominierung ausrichten, wobei eine unabängige nationale Jury, von denen die Hälfte von den EU-Institutionen benannt wird, auf der Basis der EU-Kriterien evaluieren solle. Die Experten sollten Erfahrung haben mit den Kulturhaupstädten, mit kultureller Stadtentwicklung und europäischen kulturellen Themen. Ihre Unabhängigkeit und Sachverstand sei von enormer Bedeutung. Stadtmarketing solle bei dem Wettbewerb nicht im Vordergrund stehen. Der Bericht des Panels solle den EU-Institutionen vorgelegt werden, die die Empfehlungen annehmen oder ablehnen können sollten wenn sie dem Rat einen Vorschlag machen. Diese Prozedur würde die europäische Jury ablösen. Sollte die EU weiterhin nur eine europäische Jury einsetzen wollen, müsse deren Rolle und Mitgliedschaft überprüft werden. Mitgliedstaaten würden dann mindestens 2 Städte nennen müssen, um eine Auswahl zu erlauben, die Jury würde eine Empfehlung abgeben. Jurymitglieder sollten ihr mehrere Jahre angehören und über drei Jahre einen von der EU benannten Vorsitzenden haben. Sie würden alle nominierten Städte besuchen und sich mit nationalen Experten austauschen. In diesem Fall sollten die Mitgliedstaaten weiterhin ermuntert werden, natiohale Wettbewerbe auszuführen. Nominierungen durch sollten 5 bis 6 Jahre vor dem Titeljahr erfolgen. Maximal 2 Städte sollten pro Jahr den Titel führen, dabei sollten sie nicht zur Zusammenarbeit gezwungen, lediglich ermuntert werden. Sie sollten jedoch darlegen, wie sie die Kriterien erfüllen inklusive der europäischen Dimension. Jährlich sollten Fortschrittsberichte sowie ein Evaluierungsbericht nicht später als ein Jahr nach dem Titeljahr erstellt werden, der dann dem Europäischen Parlament vorgelegt und von der Kommission verteilt würde. Neue Modelle könnten Kombinationen von Stadtregionen oder mehrere benachbarte Städte sein, damit auch kleinere Städte eine Chance hätten. Auch für die Kommission hätte die Studie einige Verbesserungsvorschläge, die von prakischen Leitfäden über unabhängige Bewertungen nach dme erfolgten Jahr gehen. Sollten die Kommission dazu auch personell nicht in die Lage versetzt werden, könne man auch eine von der EU unterstützte unabhängige Agentur dafür vorsehen. Definitiv solle mehr Geld für den Titel Kulturhauptstadt Europas zur Verfügung gestellt werden. Maximal zwei Städte pro Jahr sollten den Titel tragen, dabei sollten Städte aus Kandidaten- oder Drittländern mindestens drei Jahre vorher als Zentren kultureller Exzellenz designiert werden. Für diese Aktion sollte ebenfalls ein Budget aufgebracht werden.

Die Verfasserin ist Leiterin der EU-Vertretung in Bonn ■

Photos: Marketing und Medien, Österreich Werbung Deutschland GmbH

Graz: europäische Kulturhauptstadt 2003

Graz: European Capital of Culture in 2003

Continued from page VII

A big chance with a lasting effect

greater if cultural initiatives are linked to other aspects of urban development. They also mention how the political dimension too often overshadows the cultural, while indicating that insufficient attention is given to the European perspective. Since despite a substantial media echo, the programme on offer is frequently misunderstood, the authors suggest the European Union improves the selection process and ensures that awarding the title is accompanied by measures to facilitate a greater public awareness of it.

The final section of the report contains recommendations, and comes down firmly on the side of retaining the cultural capital scheme but suggests re-working and simplifying the selection criteria. In practice, the authors suggest, this could involve focusing selection on four components: the value of culture as a key unifying concept, greater inclusion of the themes around European integration, cultural development as a motor for local and regional development, and, finally, sustainability. Furthermore, they suggest Member States ought to initiate national competitions for the candidacy, which should then be judged against EU criteria by a independent national panel, with half its members appointed by EU institutions. The experts appointed to such a panel are to have had experience with cultural cities, and be conversant with cultural urban development and European cultural issues; their independence and expertise would be crucial. The authors added that, in the bid to become a cultural capital, the marketing of the city ought not to play a major role. The panel is to produce a report to be presented to EU Institutions, which can either accept or reject the recommendations when putting forward a candidate to the Council. The authors are clearly in favour of this procedure over the present European jury, although if the EU wishes to continue using the European jury system, they then advocate clarifying membership and the roles assigned to members. Under the revamped system, Member States would name at least two cities to allow a choice, and the jury would present a recommendation. The composition of the jury foresees members taking part for a number of years under a Chair appointed by the EU for a period of three years. The jury is to visit all of the candidate cities and exchange experience with national experts. In this case, Member States ought to continue to be encouraged to instigate national competitions, with nominations made five to six years before the title is awarded, with a maximum of two cities being awarded the title each year. Moreover, rather than these two cultural capitals being automatically forced to cooperate with each other, the policy should be one of gentle encouragement, although, in showing how they intend to fulfil the requirement criteria, cities will also need to demonstrate how they plan to reflect the European dimension. The authors advocate annual progress reports and an evaluation report to be compiled not later than twelve months after the year when the title is awarded. This evaluation report is then to be presented to the European Parliament and distributed by the Commission. On the issue of possible new models, the authors suggest allowing combinations of towns and regions, or several neighbouring conurbations, to permit smaller cities the chance to be awarded the cultural capital title. The report also contains some recommendations for improvements directed to the Commission itself, ranging from establishing realistic concrete guidelines for the award to producing an independent assessment after the year the title is awarded. Furthermore, the authors suggest that if the Commission is not provided with the staff basis to make this feasible, the task could be passed on to an independent agency supported by the EU. In any case, they conclude, the amount of funds available for the "European Capital of Culture" title definitely needs to be increased. In their view, at least two cities a year should be awarded this title, with cities from candidate or third countries designated as centres of cultural excellence at least three years beforehand, with, similarly, a budget being provided for this scheme.

The Author is head of the regional representation of the European Commission in Bonn ■

Bisherige und bereits festgelegte Kulturhauptstädte Europas

Chronology of past and future European Capitals of Culture

1985: Athen/Griechenland
1986: Florenz/Italien
1987: Amsterdam/Niederlande
1988: Berlin (West)/Deutschland
1989: Paris/Frankreich
1990: Glasgow/Großbritannien
1991: Dublin/Irland
1992: Madrid/Spanien
1993: Antwerpen/Belgien
1994: Lissabon/Portugal
1995: Luxemburg/Luxemburg
1996: Kopenhagen/Dänemark
1997: Thessaloniki/Griechenland
1998: Stockholm/Schweden
1999: Weimar/Deutschland
2000: Avignon/Frankreich, Bergen/Norwegen, Bologna/Italien, Brüssel/Belgien, Helsinki/Finnland, Krakau/Polen, Prag/Tschechien, Reykjavik/Island und Santiago de Compostela/Spanien
2001: Rotterdam/Niederlande, Porto/Portugal
2002: Brügge/Belgien, Salamanca/Spanien
2003: Graz/Österreich
2004: Lille/Frankreich, Genua/Italien
2005: Cork/Irland
2006: Patras/Griechenland
2007: Luxemburg/Luxemburg, Sibiu(Hermannstadt)/Rumänien
2008: Liverpool/Großbritannien, Stavanger/Norwegen

Ab dem Jahr 2009 stehen bislang erst die Länder fest, in denen die Kulturhauptstadt Europas liegt:
As of 2009, only the countries hosting the Capitals of Culture have been appointed so far:

2009: Österreich und Litauen
2010: Deutschland und Ungarn
2011: Finnland und Estland
2012: Portugal und Slowenien
2013: Frankreich und Slowakei
2014: Schweden und Lettland
2015: Belgien und Tschechien
2016: Spanien und Polen
2017: Dänemark und Zypern
2018: Niederlande und Malta
2019: Italien

Impressum

Europa Kultur Stadt
Eine Beilage des Deutschen Kulturrates und der Kulturstiftung des Bundes in *politik und kultur*

Herausgeber
Deutscher Kulturrat e. V.
Kulturstiftung des Bundes

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de E-Mail: post@kulturrat.de

Kulturstiftung des Bundes
Franckeplatz 1
06110 Halle an der Saale
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturstifung-bund.de
E-Mail: info@kulturstiftung-bund.de

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Friederike Tappe-Hornbostel, Theo Geißler, Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Produktion und Layout
ConBrio Verlagsgesellschaft
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
Tel: 0941/945 93 0, Fax 0941/945 93 50
E-Mail: info@conbrio.de

Übersetzungen durch:
Andrew Boreham, Horst-Dieter Christopeit, Judith Wellen

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Kultur als Daseinsvorsorge!

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert den Bund, die Länder und die Gemeinden auf, die kulturelle Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

Präambel

Gesellschaftliche Veränderungen wie die Globalisierung, der demographische Wandel, die interkulturelle Gesellschaft, die ökonomische Krise sowie die Ausbreitung der elektronischen Medien stellen den Kulturbereich vor neue Herausforderungen.

Neben diesen Prozessen des gesellschaftlichen und kulturellen Wandels ist festzustellen, dass Kunst und Kultur vermehrte Aufmerksamkeit im Kontext internationaler Handelsverträge auf sich ziehen. Denn die Globalisierung betrifft nicht allein den weltweiten Handel mit Waren und Dienstleistungen, der in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung zugenommen hat. Globalisierung bedeutet auch, dass Kunst und Kultur weltweit ausgetauscht werden und in einigen Bereichen der Warencharakter von Kunst und Kultur zunimmt. Ein Symbol für den zunehmenden Handel mit Dienstleistungen sind die GATS-Verhandlungen (Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen), die darauf abzielen, den weltweiten Dienstleistungsverkehr zu liberalisieren.

Es gibt allerdings einige Strategien, um die Ökonomisierung von Kunst und Kultur aufzuhalten. So geht man im Rahmen der Diskussion um eine UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt davon aus, dass man es bei „kulturellen Gütern und Dienstleistungen“ mit einem Doppelcharakter zu tun hat. Zum einen werden sie als Waren gehandelt, andererseits sind sie Träger von Bedeutung, von Identität und als Ergebnis kreativen Schaffens ein kultureller Ausdruck von Menschen und Gruppen.

Ein anderer Versuch, die Marktgesetze zu begrenzen, ist die Einbeziehung von Kunst und Kultur unter Kategorien wie „Daseinsvorsorge“, in „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ oder „Grundversorgung“. Es handelt sich hierbei zwar nicht um genuin kulturelle Begrifflichkeit. Bezieht man jedoch kulturelle Leistungen und gegebenenfalls auch künstlerische Leistungen in den Begriff der kulturellen Daseinsvorsorge ein, dann meint Daseinsvorsorge ein flächendeckendes Kulturangebot in den verschiedenen künstlerischen Sparten, das zu erschwinglichen Preisen, mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht.

Der Kulturbereich wird sich zunehmend mit den veränderten Rahmenbedingungen in einer globalisierten Welt auseinander zu setzen haben. Denn die Zukunft der Kultureinrichtungen wird nicht allein von nationalen Entscheidungen abhängen.

Der demographische Wandel und die Abwanderung junger Menschen in einigen Regionen führen zu einer Veränderung in der Zusammensetzung des Publikums und zu einem veränderten Nutzungsverhalten von Kultureinrichtungen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zudem eine interkulturelle Gesellschaft. In den urbanen Zentren gibt es Stadtteile mit einer vorwiegend nicht deutschstämmigen Bevölkerung, die eine eigene Kultur mitgebracht und hier in Deutschland weiterentwickelt hat. Die Kultureinrichtungen werden sich also noch mehr als bisher damit zu befassen haben.

Die Finanznot der öffentlichen Haushalte sowie steigende Sozialausgaben führen dazu, dass gerade Kulturausgaben unter Druck geraten und z.T. erheblich gekürzt werden. Der Zugang zu Kultur darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Soziale Verantwortung des Staates zeigt sich auch darin, Chancen zur Teilhabe an Kunst und Kultur für alle Menschen offen zu halten. Dies muss durch eine ausreichende öffentliche Finanzierung sicher gestellt werden.

Die Durchdringung der Gesellschaft durch die Medien hat tiefgreifende Spuren hinterlassen. Die Wahrnehmung und die Produktion von Kunst und Kultur hat sich durch die Medien deutlich verändert. Auch das wird Einfluss auf das Rezeptionsverhalten der Menschen haben.

Sowohl der Kulturbereich selbst als auch die Kulturpolitikerinnen und -politiker in den Parlamenten, in der Verwaltung und in den Verbänden müssen sich diesen Veränderungen stellen. Es ist ein solches Angebot an kulturellen Leistungen und kultureller Bildung sicherzustellen, das sowohl kulturellen Qualitätsansprüchen genügt als auch eine breite Teilhabe ermöglicht. Damit kulturelle Leistungen auch morgen noch in Anspruch genommen werden können und damit die Gesellschaft sich ihrer Herkunft und ihres kulturellen Erbes versichern kann, sind Investitionen in die kulturelle Bildung unerlässlich.

Basis des kulturellen Lebens in Deutschland

Das kulturelle Leben in Deutschland basiert auf einem dichten Netz an Kultureinrichtungen, -vereinen und -stiftungen der verschiedenen künstlerischen Sparten. Diesem Angebot entspricht eine hohe Nachfrage durch die interessierte Bevölkerung. Beide haben sich in Jahrhunderten entwickelt – sie sind Teil unseres Erbes und Voraussetzung für die Gestaltung der Zukunft. Kultureinrichtungen, -vereine und -stiftungen bewahren Kunstwerke, Literatur und Denkmale, stellen sie der breiten Öffentlichkeit sowie der Fachwelt bereit bzw. vor, sie führen Musik-, Tanz- oder Theaterstücke auf, sie fördern Künstlerinnen und Künstler bzw. künstlerische Projekte. Sie liefern vielfältige Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe der Menschen in Deutschland.

Ein lebendiges kulturelles Leben braucht Künstlerinnen und Künstler, erst ihr kreatives Schaffen legt den Grundstein für die weitere Beschäftigung mit und für die Aufführung und Bewahrung von Kunst und Kultur. Neben dem Erhalt bzw. dem Ausbau einer kulturellen Infrastruktur ist die Sicherung der Arbeits- und Verwertungsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler notwendig.

Kulturelle Bildung ist unverzichtbar für die Beschäftigung mit Kunst und Kultur. Bereits bei kleinen Kindern und Jugendlichen kann und muss die Begeisterung für Kunst und Kultur geweckt werden. Kulturelle Bildung ist die Voraussetzung für Teilhabe am kulturellen Leben. In den künstlerischen Fächern in der allgemeinbildenden Schule kommen alle Kinder mit Literatur, Bildender Kunst, Musik und z.T. mit Darstellendem Spiel in Berührung. In Jugendkunstschulen, in Musikschulen sowie in den verschiedenen Vereinen werden künstlerische Begabungen entdeckt und gefördert. Museums-, theater-, musik-, medienpädagogische oder baukulturelle Angebote wecken Interesse an Bildender Kunst, Musik, Medien, Literatur, den Zeugnissen früherer Kulturen, Theater oder der gebauten Umwelt und ermöglichen eine vertiefende Auseinandersetzung. In der allgemeinen Weiterbildung werden künstlerische und kulturelle Qualifikationen vermittelt.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Bestandteil des kulturellen Lebens. In der Erfüllung seines Informations-, Unterhaltungs- und Bildungsauftrags nimmt er einen unverzichtbaren Kulturauftrag wahr. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für die Aufrechterhaltung und Vielfalt des Kulturbetriebs wichtig. Dies gilt auch für seinen Stellenwert im Filmbereich. Die Filmförderungen auf nationaler und regionaler Ebene tragen entscheidend zur Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland bei. Nur so können unabhängige und innovative Projekte entstehen.

Ein wichtiger Teil des kulturellen Lebens beruht auf Bürgerschaftlichem Engagement. Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern engagieren sich in kulturellen Vereinen. Neben der eigenen kreativen Tätigkeit z.B. im Amateurtheater, in Chören oder in Laienorchestern stellen sie auch ein kulturelles Angebot für andere zur Verfügung. Gerade im ländlichen Raum wäre manches Kulturangebot ohne bürgerschaftliches Engagement nicht realisierbar. Darüber hinaus engagieren sich Bürgerinnen und Bürger mit Zeit und mit Geld in Fördervereinen sowie in Stiftungen.

Die Kulturwirtschaft ist in vielfältiger Weise mit den bereits aufgeführten Teilbereichen des kulturellen Lebens verbunden. Sie macht aus Kunstwerken Kulturprodukte, die vom Endverbraucher gekauft werden. Ohne einen Verlag findet das Manuskript des Romans, des Kinderbuches oder des Lyrikbandes nicht zu den Leserinnen und Leser. Ohne Galerien würden bildende Künstlerinnen und Künstler kaum Käufer ihrer Arbeiten finden. Ohne Filmproduzenten, Verleiher und Kinobetreiber bliebe es lediglich bei der Idee eines Filmes.

Das kulturelle Leben in Deutschland ruht auf den Säulen: Künstlerinnen und Künstler, Kultureinrichtungen, -vereine, -stiftungen, kulturelle Bildung, bürgerschaftliches Engagement, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Kulturwirtschaft. Sie alle stehen in enger Wechselwirkung und bilden gemeinsam das kulturelle Leben aus.

Rechtliche Grundlagen der Kulturpolitik und Kulturförderung

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Pakt zu den ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten sowie der Kinderrechtskonvention wird jeweils das Recht auf Kunst und Kultur garantiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese internationalen Vereinbarungen ratifiziert und ist damit eine Verpflichtung zur Sicherung des kulturellen Lebens eingegangen.

Darüber hinaus wird der Kunstfreiheitsartikel des Grundgesetzes (Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG) laut Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht ausschließlich als passives Abwehrrecht gegen unzulässige Einmischungen des Staates in die Kunstfreiheit angesehen, sondern auch als aktive Gestaltungsaufgabe des Staates interpretiert. Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG ist eine das Verhältnis des Bereiches Kunst zum Staat regelnde wertentscheidende Grundsatznorm. Sie gewährt zugleich ein individuelles Freiheitsrecht. Die Wirkungsdimension der Kunst steht im Zentrum der Kunstfreiheit. Wegen der wirkenden Dimension der Kunst gehören zu ihren Strukturmerkmalen nicht nur die Herstellung (der Werkbereich), sondern auch die Darbietung und Verbreitung des Kunstwerks (der Wirkbereich). Für beide Bereiche garantiert daher dieses Grundrecht ihre Freiheit. Da es vor allem im Wirkbereich zu Kollisionen mit anderen öffentlichen Interessen kommen kann, ist sein Schutz das vorrangige Ziel der Kunstfreiheit.

In ihren Verfassungen bekennen sich die Länder zu ihrer Verantwortung in der Pflege und Förderung von Kunst und Kultur.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (Sozialgesetzbuch VIII) anerkennt die kulturelle Bildung und ordnet sie in den Bildungsauftrag des Staates für Kinder und Jugendliche ein.

In den Rundfunkstaatsverträgen ist die Grundversorgung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als unerlässliche Aufgabe definiert. Nach der einschlägigen Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist es seine Aufgabe, die gesamte Bevölkerung mit einem inhaltlich umfassenden Programmangebot von Information, Bildung und Unterhaltung aus allen Kulturbereichen zu versorgen.

Auf der europäischen Ebene bekennen sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Präambel der künftigen EU-Verfassung zur kulturellen Vielfalt. Die Ausgestaltung der Kulturpolitik wird gemäß dem Subsidiaritätsprinzip den Mitgliedstaaten zugewiesen. Bereits im Vertrag von Maastricht und später im Vertrag von Amsterdam hat die Europäische Union mit der Kulturverträglichkeitsprüfung ein Instrument geschaffen, mit dem die Gemeinschaftspolitiken dahingehend geprüft werden sollen, ob die Kultur unter Umständen Schaden nehmen könnte. Gerade mit Blick auf die GATS-Verhandlungen, bei denen das Verhandlungsmandat der Europäischen Union obliegt, ist die Kulturverträglichkeitsprüfung ein wichtiges Instrument, um im Vorfeld zu überprüfen, inwiefern die Kultur durch die Liberalisierung von Dienstleistungen Schaden nehmen könnte. Die Europäische Union hat von den Mitgliedsstaaten kein Mandat, Kultur in die Liberalisierungsverhandlungen im Rahmen des GATS einzubringen. Bedenklich stimmt in diesem Zusammenhang der Vorstoß der Generaldirektion Wettbewerb eine Richtlinie zu Dienstleistungen im Binnenmarkt vorzuschlagen, die gegenwärtig keine Ausnahmeregelungen für den Kultur- oder Medienbereich vorsieht.

Definition von „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“

Der nationale Gesetzgeber wird vom Europäischen Parlament aufgefordert, eine Unterscheidung zwischen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zu treffen. Zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zählen laut Europäischem Parlament die Grundbildung, die soziale Sicherheit sowie Dienstleistungen, die die Informationsvielfalt und die kulturelle Vielfalt betreffen.

Kultur und Bildung werden also vom Europäischen Parlament eindeutig zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gezählt. Sie gehören nach dieser Auffassung zur Daseinsvorsorge. Das bedeutet einen Schutz vor dem Wettbewerbsrecht.

Das Europäische Parlament betont, dass die Bürger die freie Wahl in Bezug auf Dienstleistungen von allgemeinem Interesse haben und hochwertige Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung gestellt werden müssen. Daraus folgt eine Verpflichtung für den Staat, ein hochwertiges kulturelles Angebot zu gewährleisten, welches durch die öffentliche Hand selbst oder durch private Träger und Anbieter erbracht werden kann.

Wie dieses Angebot konkret aussieht, muss - von der europäischen Ebene aus gesehen - nach dem Subsidiaritätsprinzip in den Mitgliedsstaaten nach den geltenden Zuständigkeitsregeln selbst entschieden werden.

„Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ und „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“

Beginnend mit den achtziger Jahren wurden in verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Sektoren, die zunächst dem öffentlichen Bereich zugeordnet waren, wie die Bahn, die Post, die Wasserversorgung oder auch die Telekommunikation privatisiert. Man spricht inzwischen bei diesen Sektoren von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse. Das Europäische Parlament hat in seiner jüngsten Stellungnahme zum „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ deutlich gemacht, dass es die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse unter Wettbewerbsgesichtspunkten betrachtet, die eingetretene Liberalisierung begrüßt und besonders die Telekommunikationsdienstleistungen als Wachstumsmarkt ansieht.

Davon werden von Seiten des Europäischen Parlaments Dienstleistungen von allgemeinem Interesse abgegrenzt. Diese Dienstleistungen sind laut Europäischem Parlament komplexer Natur. Die Organisation dieser Dienstleistungen ist in den verschiedenen Mitgliedstaaten auf Grund der verschiedenen kulturellen Traditionen voneinander differierend geregelt. Das Europäische Parlament hat in seiner Stellungnahme zum „Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ bekräftigt, dass die Bürger „hochwertige Leistungen der Daseinsvorsorge flächendeckend und zu erschwinglichen Preisen oder, wenn es die soziale Situation erforderlich macht, kostenlos erhalten sollen“ (Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments zu dem Grünbuch der Kommission zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (KOM(2003)270 – 2003/2152(INI)) (EuB-EP 1066)). Vom Europäischen Parlament wird mit Blick auf die GATS-Verhandlungen darauf verwiesen, dass das GATS keine Privatisierung oder Deregulierung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse vorschreibt.

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse können die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durch Gebühren oder öffentliche Mittel finanzieren.

Die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse leisten also die Daseinsvorsorge mit öffentlichen Gütern. Sie sind jener Bereich, der nicht dem Markt zugeordnet werden soll. Es wird also zu Recht davon ausgegangen, dass Marktprinzipien wie die Gewinnerzielungsabsicht zu keiner Verbesserung der Dienstleistung führen.

Weiter auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

Konkretisierung der kulturellen Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge im Bereich der Kultur meint ein flächendeckendes Kulturangebot in den verschiedenen künstlerischen Sparten, das zu erschwinglichen Preisen, mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht. Neben der quantitativen Sicherung von kulturellen Angeboten ist deren Qualität ein wesentliches Charakteristikum. Daraus folgt, dass öffentlich finanzierte Kultureinrichtungen nicht nur den Mainstream bedienen dürfen, sondern ihnen auf Grund ihres Status die Aufgabe zukommt, auch die nicht eingängigen Kunstformen zu präsentieren. Dazu gehören ganz besonders innovative, noch nicht etablierte künstlerische Ausdrucksformen. Diese Verpflichtung schließt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit ein, der auf Grund seiner Finanzierung durch Gebühren neben den Kriterien der Reichweite und allgemeiner Zugänglichkeit auch dem Qualitätskriterium genügen muss.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr kulturelles Leben in den nahezu sechs Jahrzehnten ihres Bestehens insbesondere sichergestellt durch das Bereithalten von öffentlichen Kultureinrichtungen, wie Museen, Stadt-, Staats- oder Landestheatern sowie Bibliotheken. Hinzu kam aber immer die eine große kulturelle Vielfalt sichernde Förderung von privaten Kultureinrichtungen unterschiedlichster Art. Will die Bundesrepublik Deutschland den an sie gestellten Anforderungen auch in Zukunft gerecht werden, ist an dieser Art der Sicherstellung der kulturellen Daseinsvorsorge festzuhalten. Dies gilt für die Neuen Länder auch angesichts einer diesbezüglichen eindeutigen Formulierung in Artikel 35 des Einigungsvertrags.

Kulturelle Daseinsvorsorge darf sich daher nicht darin erschöpfen, ein Angebot bloß bereitzuhalten. Es kommt auch darauf an, die Bevölkerung mit diesem Angebot zu erreichen. Nur so lässt sich die Definition als Daseinsvorsorge und die weitgehende Finanzierung durch die Allgemeinheit begründen. Die Politik ist gefordert, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen über den Umfang des kulturellen Angebotes zu treffen und nach diesen Entscheidungen für eine adäquate Mittelausstattung Sorge zu tragen.

Zur Daseinsvorsorge im Kulturbereich gehört die kulturelle Bildung als wichtige Voraussetzung für eine breite Beteiligung aller Menschen am kulturellen Leben. Kulturelle Bildung darf sich daher nicht ausschließlich auf Kinder und Jugendliche konzentrieren, sondern muss auch Erwachsene einbeziehen.

Darüber hinaus dürfen sich Kulturangebote in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht auf die späten Nachtstunden oder Spartensender konzentrieren. Der Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten impliziert, dass zu den Hauptsendezeiten sowohl im Hörfunk als auch Fernsehen die kulturelle Vielfalt gewährleistet wird. D.h. konkret, dass auch weniger eingängige Programmformate zu den Hauptsendezeiten im Vollprogramm gesendet werden.

Die kulturelle Daseinsvorsorge geht über den Erhalt des bestehenden Kulturangebotes hinaus. Neben der Pflege des Kulturerbes muss die Kulturpolitik auch der Innovation verpflichtet sein. Eine Gesellschaft ohne Geschichtsbewusstsein verleugnet ihre Wurzeln, eine Gesellschaft ohne Innovationen ist rückwärtsgewandt. Gerade der Kulturbereich ist gefordert, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Tradition und Innovation herzustellen.

Der Gedanke der kulturellen Vielfalt ist Grundlage der kulturellen Daseinsvorsorge. Es ist daher erforderlich, dass alle künstlerischen Sparten berücksichtigt werden müssen.

Kulturelle Daseinsvorsorge darf sich nicht allein auf Kultureinrichtungen beziehen, sie muss die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern ebenso in den Blick nehmen. Sowohl die individuelle Künstlerförderung als auch die Förderung von künstlerischen Projekten gehören zur kulturellen Daseinsvorsorge. Dazu zählt auch die kostengünstige Bereitstellung von Arbeitsräumen wie z.B. Ateliers oder Proberäumen.

Forderungen des Deutschen Kulturrates

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert die Entscheidungsträger in den Verwaltungen und den Parlamenten aller politischen Ebenen Europa, Bund, Länder und Gemeinden auf, sich für die Verwirklichung der kulturellen Daseinsvorsorge einzusetzen. Aus den genannten internationalen Übereinkommen, die von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurden, dem Grundgesetz sowie den Landesverfassungen lässt sich eine Verpflichtung zur Kulturförderung ableiten bzw. wird sogar direkt formuliert. Die jüngsten Diskussionen zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse bekräftigen, dass Kultur zu angebotenen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gehören und auch zu sozialverträglichen Preisen und für jedermann erreichbar angeboten werden müssen. Hier ist noch einmal auf den Zusammenhang zwischen sozialverträglichen Preisen und öffentlicher Finanzierung hinzuweisen; je höher die öffentliche Finanzierung ist, desto größer sind die Zugangsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu den Kultureinrichtungen.

Der Deutsche Kulturrat fordert die **Aufnahme des Staatsziels Kultur** in das **Grundgesetz**. Die Staatszielbestimmung Kultur im Grundgesetz würde über das Bekenntnis zur Kunstfreiheit hinaus die Bundesrepublik Deutschland als Kulturstaat definieren. Nach Auffassung des Deutschen Kulturrates sollte in einem neuen Artikel 20 b des Grundgesetzes formuliert werden, dass der Staat die Kultur schützt und fördert.

Ebenso fordert der Deutsche Kulturrat die Aufnahme des **Staatsziels Kultur** in alle **Landesverfassungen**. Die Länder nehmen für sich die Kulturhoheit in Anspruch. Die Staatszielbestimmung Kultur in den Landesverfassungen bekräftigt diesen eigenen Anspruch. Der Deutsche Kulturrat fordert eine kontinuierliche Evaluierung, wie diese Verantwortlichkeit eingelöst wird.

Die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur wie sie in den Steuergesetzen, dem Urheberrechtsgesetz oder auch dem Arbeits- und Sozialrecht gestaltet werden, müssen kulturfreundlich sein. Die auf der europäischen Ebene vertraglich zugesicherte **Kulturverträglichkeitsprüfung** muss bei allen Gemeinschaftspolitiken der Europäischen Union konsequent angewandt werden. Auf der Bundesebene gilt es die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kulturverträglichkeitsprüfung über die Ressortabstimmung hinaus zu einem wirksamen Instrument weiter zu entwickeln.

Kultur in Deutschland ist im Wesentlichen kommunale Kultur. Die kommunalen Kultureinrichtungen sowie die durch die Kommune geförderten Institutionen bieten den Menschen ein breites kulturelles Angebot, das die Pflege des kulturellen Erbes ebenso umfasst wie die Innovation. **Kommunale Kulturpolitik** darf sich nicht auf eine Verwaltung des finanziellen Mangels beschränken. Sie muss Visionen entwickeln für die Zukunft der Stadt und ihre kulturellen Institutionen. Nicht zuletzt die schwierige Lage der kommunalen Finanzen führt jedoch dazu, dass die kommunale Kulturförderung neue Projekte kaum mehr fördern kann, da viele Gemeinden der Haushaltssicherung unterstehen und ausschließlich ihre Pflichtaufgaben erfüllen dürfen. Der Deutsche Kulturrat fordert die Länder auf, den Kulturbereich ebenfalls den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen zu zuordnen, um so die kommunale Kulturfinanzierung haushaltsrechtlich sicherzustellen.

Die **kulturelle Kinder- und Jugendbildung** ist teilweise als gesetzliche Förderungsaufgabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB XIII) verankert. Zur Stärkung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung fordert der Deutsche Kulturrat auf der Ebene der Länder, die verpflichtende Förderung in Ausführungsgesetzen umzusetzen. Die bestehenden Musikschulgesetze in einigen Ländern können so sinnvoll ergänzt werden. Sie müssen auf andere künstlerische Sparten übertragen werden, um auch hier die Vielfalt kultureller Bildungsmöglichkeiten langfristig zu sichern.

Der **ästhetischen Frühbildung und kulturellen Bildung** in Kinderkrippen und Kindergärten muss stärkere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diese Einrichtungen sind in einer sehr frühen prägenden Phase der kleinen Kinder Orte des kulturellen und interkulturellen Lernens. Der Deutsche Kulturrat fordert, dass Kunst und Kultur in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher einen größeren Stellenwert erhält, um möglichst allen Kindern den Zugang zu Kultur zu ermöglichen.

Die **allgemeinbildende Schule** erreicht alle Kinder und Jugendlichen. Der Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen in den Schulen muss im Kunst- und Kulturbereich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Ganztagsschule bietet die Möglichkeit, zu Chancengleichheit und Teilhabe einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Qualifizierte Angebote in Kunst und Kultur sind daher für eine qualitätsvolle Ganztagsschule unverzichtbar. Neben ergänzenden Angeboten außerschulischer Anbieter kultureller Bildung im Rahmen der Ganztagsbetreuung gehören die künstlerischen Schulfächer zum unverzichtbaren Kanon der allgemeinbildenden Schule.

Die Weiterbildung gewinnt sowohl in den fachwissenschaftlichen und politischen Diskussionen an Bedeutung. Die Weiterbildungsgesetze beschreiben den Stellenwert der unterschiedlichen Weiterbildungsfelder und bilden die Grundlage für förderpolitische Entscheidungen. Der Deutsche Kulturrat fordert, dass die kulturelle Bildung in den **Weiterbildungsgesetzen** der Länder flächendeckend verankert wird und daraus abgeleitet, Angebote kultureller Weiterbildung entsprechend gefördert werden.

Die Grundlage für Kulturpolitik ist eine abgestimmte Kulturstatistik. Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass sich die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ besonders der Frage nach einer zwischen Bund, Ländern und Kommunen **abgestimmten Kulturstatistik** angenommen hat. Eine valide Kulturstatistik ist eine Grundlage für eine fundierte Kulturpolitik. Der Deutsche Kulturrat fordert die Forcierung der Arbeit an einer von Bund und Ländern erarbeiteten gemeinsamen Kulturstatistik.

Die Mehrzahl der größeren Kommunen übernehmen faktisch die kulturelle Daseinsvorsorge der umliegenden Gemeinden. Der Deutsche Kulturrat fordert, die **interkommunale Zusammenarbeit** und vor allem die **interkommunale Kulturfinanzierung** zu verstärken. Nur so wird es gelingen, eine kulturelle Daseinsvorsorge in der Fläche zu gewährleisten, da die Oberzentren und die Metropolen mit der alleinigen Finanzierung eines kulturellen Angebotes überfordert wären.

Im Rahmen seiner Programmautonomie ist der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** gefordert, die Wahrnehmung seines Kultur- und Bildungsauftrags zu verstärken. In den letzten Jahren haben ARD und ZDF neue Foren für Kultur in ihren Programmangeboten geschaffen. Dies sind wichtige Zukunftsinvestitionen in die Weiterentwicklung des Rundfunks und der durch ihn vermittelten kulturellen Vielfalt. Der Deutsche Kulturrat fordert die Politik – insbesondere die Länderparlamente und -regierungen – auf, dafür Sorge zu tragen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesen Auftrag auch in Zukunft wirksam und in seiner ganzen Breite erfüllen kann. Die Länderparlamente sind gefordert, ausreichend Mittel für die Filmförderinstitutionen bereit zu stellen, um die Realisierung von unabhängigen Filmproduktionen und innovativen Projekten sicherzustellen. Diese Filmprojekte können nur mit Hilfe von Fördermitteln entstehen und sie garantieren Innovationen in der Filmindustrie.

Das **Bürgerschaftliche Engagement** bildet ein wichtiges Rückgrat für das kulturelle Leben. Der Deutsche Kulturrat fordert durch konsequente Entbürokratisierung die Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement zu verbessern und mehr Bürgerinnen und Bürger Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dies darf jedoch nicht eingehen mit einer Entprofessionalisierung von Kunst und Kultur.

Schlussbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der größten europäischen Kulturstaaten. Die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur hat uns einen kulturellen Reichtum beschert, der dieses Land auszeichnet. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, das künstlerische, musikalische und literarische Schaffen aus allen Ländern der Welt in den Kultureinrichtungen kennen zu lernen und sich mit diesem Schaffen auseinander zu setzen. Dieses Angebot gilt es in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten.

Der Deutsche Kulturrat sieht den Kulturbereich selbst in der Pflicht, seinen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu leisten. Das bedeutet etwa, sich für ein regional und lokal ausgewogenes Kulturangebot einzusetzen. Kunst und Kultur, insbesondere avantgardistische, ist teilweise nicht leicht zugänglich. Gerade deshalb ist der Kulturbereich ganz besonders aufgefordert, die kulturelle Bildung als integralen Bestandteil der Arbeit zu begreifen und so Teilhabe zu ermöglichen.

Berlin, den 29.09.2004. ■

Avantgarde für Köln

Die ART COLOGNE und das Programm: „New Contemporaries“ der SK Stiftung Kultur • Von Hans-Georg Bögner

Wenn die ART COLOGNE alljährlich ihre Pforten öffnet, verwandelt sich Köln in die internationale Kunstmetropole schlechthin. Neben den mehr als hundert ortsansässigen Galerien und zahlreichen Museen und Kulturinstitutionen wetteifern mehr als zweihundert Aussteller aus 21 Ländern um die Gunst des Publikums.

Der Wunsch, ja die Forderung der Messe an die Aussteller, ist es, bevorzugt „marktfrische Ware“ in allen Segmenten zu offerieren. Jahr für Jahr findet die ART COLOGNE die Kraft zur notwendigen Regeneration. Sie frischt ihr Programm mit junger Kunst und jungen Galerien auf. Dabei helfen zwei Anreiz- und Förderinstrumente: Die Messe finanziert ihr bewährtes Förderprogramm für rund 30 internationale Nachwuchskünstler, den „New Talents“, und die SK Stiftung Kultur der Stadtsparkasse Köln ermöglicht die Beteiligung von über 20 Avantgardegalerien aus dem In- und Ausland, den „New Contemporaries“.

Das Auswahlverfahren für eine Teilnahme an der ART COLOGNE ist hart und gerade für junge Galeristinnen und Galeristen ist die Standmiete und der Aufenthalt während der Messezeit in der Stadt zu teuer. Zur Profilierung einer Kunstmesse gehört aber zwangsläufig, dass nicht nur die Etablierten alljährlich ihre Chance der Teilnahme erhalten, sondern auch die Newcomer, die ausgefallenen Galerienprogramme.

Qualität wird sich auf Dauer nur halten lassen, wenn man den Nachwuchs konsequent fördert.

Hier setzt unser Engagement ein, eine finanzielle Hilfestellung zu leisten, damit auch ein neues, junges Galerienprofil auf dieser Messe präsentiert werden kann. Die Auswahl findet durch eine Fachjury statt, aber unter anderen Gesichtspunkten und Kriterien als bei der sonstigen Messeteilnahme. Deutlich steht die „Handschrift“, der Ansatz zur Präsentation der jungen Galeristinnen und Galeristen, im Vordergrund.

Dies ist nicht nur Wirtschaftsförderung im kulturwirtschaftlichen Sinne, sondern setzt natürlich auch kulturpolitische Akzente im Hinblick auf eine Vermittlungsarbeit zwischen Kultur und Wirtschaft – oder im Falle der jungen Galerien auch zwischen jung und neu und etabliert.

Es stellt sich die Frage, warum eine Kulturstiftung sich hier engagiert? Geht eine solche „Marktförderung“ nicht zu Lasten einer direkten Künstlerförderung?

Wenn man ausschließlich das eine oder das andere betreiben würde, könnte man diese Gegenüberstellung ernsthaft diskutieren. Da unsere Stiftung sowohl direkte Künstlerförderung betreibt, sei es in eigenen Veranstaltungs- und Ausstellungsprogrammen, Gastateliers oder in dem Förderprogramm für Projekte der freien Szene, stellt sich diese Frage für uns nicht. Es kommt noch ein ganz anderer Aspekt hinzu, der

Weiter auf Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

bei einer Kulturstiftung eines Kreditinstitutes, welches sich einer Stadt und Region verpflichtet fühlt, von großer Bedeutung ist: die Stärkung der kulturellen Infrastruktur und des Standortes.

Köln hat alles, was zu einem funktionierenden Kultur- und Kunstbetrieb gehört.

In Köln existiert ein – über Jahre gewachsenes – lebendiges Kommunikations- und Kooperationsnetzwerk von Künstlern, Museen, Auktionshäusern, Galerien, Kulturinstitutionen, Sammlern und Kunstförderern. Großstadt-Flair, die Qualität der kulturellen Infrastruktur und die multikulturell geprägte rheinische Mentalität der Kölner bilden die ideale Kombination und den richtigen Nährboden für Kreative und Kunstschaffende aus allen Bereichen. Unsere Stifterin, die Stadtsparkasse Köln und die SK Stiftung Kultur haben schon seit vielen Jahren im Bereich der Kunst und Kultur innerhalb der Stadt Köln Verantwortung übernommen und dabei auch einen langen Atem bewiesen.

Die ART COLOGNE ist ein wichtiger Faktor im Jahresprogramm dieser Stadt und des Landes NRW. Alles was diese Kunstmesse stärkt, profiliert und dauerhaft sichert, kann nur ein Gewinn für Köln sein. Und genau da setzt unsere Förderung mit dem Programm „New Comtemporaries“ an.

Tom Wesselmann, Times Square Nude, 1960/70s, painted formed vinyl, 12.5 x 36 inches, 32 x 91 cm, Galerie Benden & Klimczak, Viersen Foto: Koelnmesse

Internationale Avantgardegalerien machen den Kunstmarkt interessanter und stärken den Standort Köln gegenüber einer „Frieze Art Fair“ in London, der „Art Basel“ oder dem „Art Forum Berlin“.

In die Reihe unseres Engagements für den „Kunstmarkt“ oder Kunststandort Köln gehört aber auch die nicht unbeträchtliche, jährliche Förderung des ZADIK – des Zentralarchivs des internationalen Kunsthandels – welche mit unserer Hilfe von Bonn in die Galerienstadt Köln verlagert wurde, als die Förderung des Bundes in Bonn wegbrach. Ein wichtiger Baustein für die Dokumentation und Erforschung des Kunsthandels in der Galerienstadt Köln. Auch dieses Archiv ist seitdem prominent auf der ART COLOGNE mit einem Stand vertreten.

Unsere eigenen Sammlungen, die Photographische Sammlung und das Deutsche Tanzarchiv Köln haben internationale Maßstäbe gesetzt und sind mit vielen nationalen und internationalen Ausstellungsprojekten präsent. Auch mit Sonderschauen auf der KölnMesse, sei es die Photokina oder die ART COLOGNE. Hinzu kommt die seit zwei Jahren ins Leben gerufene „Kunstfilmbiennale Köln“, ein Festival, welches sich dem Film über und von bildenden Künstlern widmet und im unmittelbaren zeitlichen Umfeld zur ART COLOGNE stattfindet.

Erlebt das Engagement unserer Stiftung zur Messezeit eine starke Bündelung und Fokussierung, so verteilt sich das vielfältige Stiftungsprogramm über das gesamte Jahr und übernimmt damit einen aktiven und gestaltenden Part innerhalb des Kunst– und Kulturlebens, nicht nur in Köln.

Der Verfasser ist Geschäftsführer der SK Stiftung Kultur und Vorsitzender des Kulturrates NRW ■

Die Kulturpolitik Finnlands

Kulturelle Rechte der finnischen Bürger im Grundgesetz verankert • Von Anneli Halonen

politik und kultur beim Nachbarn

Wie ist der Kulturbereich in anderen europäischen Ländern organisiert? Wie wird Kultur finanziert? Welche Fragen beschäftigen die Kulturverbände dort? Solche und andere Fragen stellten wir Vertretern aus anderen Ländern. Eine kleine Serie. Vorgestellt wurde bisher die Kulturpolitik in den Niederlanden, in der Schweiz, in Großbritannien, in Ungarn, in Lettland, in Dänemark und in Malta.

Die nationale Kultur

Die Vielfalt der nationalen Kultur und das reiche, kulturelle Erbe bilden auch die Ausgangspunkte für die internationale Zusammenarbeit. Das Grundgesetz unseres Landes garantiert allen Bürgern kulturelle Rechte. Die Freiheit der Wissenschaften, der Kunst und der höheren Bildung ist gesichert. Au?erdem wird im Grundgesetz festgehalten, dass der Staat jedem – unabhängig vom Einkommen – Chancengleichheit bezüglich seiner Entwicklung gewähren muss. Das Recht auf ein gutes kulturelles Leben kann als Teil der kulturellen Grundrechte angesehen werden. Im Artikel 27 der UNO-Menschenrechtserklärung und in kulturpolitischen Dokumenten der UNESCO wird auch von einem ähnlichen Gedanken ausgegangen.

Die Grundlage für die Verwirklichung von Möglichkeiten wird durch eine vielseitige künstlerische Erziehung und eine anregende Kinderkultur geschaffen. Neben der Abschaffung von schulischen und kulturellen Schwellen müssen auch andere künstlerische und auf die Teilnahme an Kultur bezogene Hindernisse abgebaut werden. Solche Hindernisse sind beispielsweise regionale Entfernungen, wirtschaftliche Faktoren, die Stellung von Minderheiten und Bewegungs- oder Aktionshindernisse sowie weitere Hindernisse, die sich auf persönliche Eigenschaften oder Lebenssituationen beziehen.

Letzten Endes geht es um den Willen – oder wie es im kunstpolitischen Programm der Regierung heißt – darum, in welcher kulturellen Umgebung wir selbst leben wollen und zu welchen Bürgern unseres Landes wir unsere Kinder heranwachsen sehen wollen.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst zeigt sich in unterschiedlicher Art und Weise in verschiedenen Epochen. Von zirka 1800 bis in die 1960er Jahre war die Kunst bei der Schaffung des Finnlandbildes von besonderer Bedeutung. In den darauf folgenden Jahrzehnten gehörte die Kunst zu den wichtigen Dienstleistungen der Wohlstandsgesellschaft.

Der kunstpolitische Grundsatzbeschluss der Regierung enthielt im Jahre 2003 folgenden Leitsatz: Eine Nation, die sich neben dem Informations- Superhighway auch einen Superhighway der Kreativität schaffen kann, besitzt im wissensbasierten Wettbewerb einen strategischen

Anneli Halonen
Foto: Finnische Botschaft

Vorteil. Unsere Regierung schuf ein Programm zur Förderung der Kreativität, bei dem die Innovation eine Schlüsselstellung einnimmt. Unser Land verfügt über kaum andere Rohstoffe als Holz. Wir müssen somit in Können, in die Stärkung des Wissens und in die Voraussetzungen für kreative Arbeit investieren.

Die künstlerische Kreativität gehört zu den wertvollsten und stärksten Fähigkeiten der Menschen. Sie schafft neue Blickwinkel und neues Verständnis. Kunst und Kultur sind wichtige Ressourcen für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung und erweitern die Grundlage für Innovation.

Kunst fördert auch die Gesundheit sowie die Lebensqualität und Lebensfreude. Die Bedeutung von Kunst zeigt sich in unserem alltäglichen Umfeld, denn die Qualität unseres Umfeldes hat direkte Auswirkungen auf unser Wohlbefinden. Das Individuum schafft seine Identität nicht nur als Mitglied der Gemeinschaft sondern ebenso im Verhältnis zu seiner physischen Umgebung. Wenn ich mich recht erinnere, erschien dieser Gedanke bereits in den 1970er Jahren in den Lehrbüchern für Wirtschaftswissenschaftler. Der Gedanke war in etwa: If you want the right results, give me the right environment.

Im Programm der Regierung zur Architektur wird jedem das Recht eingeräumt, in den Genuss eines guten Umfeldes und einer hochklassigen Architektur zu kommen. Ausgangspunkt ist, dass einfach keine ästhetisch untaugliche Umgebung geschaffen werden darf.

Grundlage der finnischen Kunst- und Kulturpolitik ist der Grundsatz der Nichteinmischung in künstlerische Inhalte. Die inhaltliche Entwicklung von Kunst ist Sache der Künstler. In der Kunst sind auch Emotionen wichtig. Diese Gesichtspunkte betreffen nicht nur Künstler, sondern auch Rezipienten von Kunst.

Für den Einzelnen bietet die Kunst die Möglichkeit, seine eigene Identität, seinen Platz in der Welt und Gesellschaft zu finden. Die Identität entwickelt und verändert sich natürlich im Laufe der Zeit, aber ihre Grundlage befindet sich in unserer eigenen reichen Tradition. Die Kultur stellt heute noch den Spiegel dar, in dem wir uns am deutlichsten sehen können.

Kunst und Künstler drücken am sensibelsten aus, was in unserer Umwelt geschieht. Kunst und Kultur sind Teil unseres Alltags und nicht Dekoration oder Luxus. Kunst kann mit der jedem Menschen innewohnenden Triebkraft verglichen werden.

Kunst wirkt sich auf die Entwicklung und die Werte in unserer Gesellschaft aus. Im Mittelpunkt der finnischen Kunst- und Kulturpolitik steht das Ziel, Voraussetzungen für ein reges kulturelles Leben zu schaffen. Es müssen Raum und Gelegenheiten für die Entfaltung von Kreativität und Innovation geschaffen werden. In einer Gemeinschaft, die Kreativität wertschätzt, entsteht eine Atmosphäre, die zu einer positiven Entwicklung führt. Neue Ideen führen unter anderem zu unternehmerischer Tätigkeit. Arbeitgeber fangen an, sich für den Raum als Investitionsobjekt zu interessieren, das Interesse an dem Raum als Wohngegend nimmt zu, das Umfeld wird entwickelt, Serviceleistungen werden verbessert und es werden neue Voraussetzungen für kulturelle Dienstleistungen geschaffen etc.

Vor diesem Hintergrund wurde in Finnland ein Rahmen für künstlerische Ausbildung, Künstlerstipendien und Urheberrechte sowie ein umfassendes Netzwerk von Einrichtungen der Kunst und Teilnahmemöglichkeiten geschaffen. Mit der Kunstpolitik werden auch bleibende Werte geschützt. Ebenso spielt der öffentliche Kulturdialog bei der Erkennung neuer und alter Werte eine zentrale Rolle.

Die Stärke der Kunst in ihrer Vorbildfunktion zeigt sich in der Kreativität und in ihrem wichtigen Beitrag zur Innovation. In der finnischen Kulturpolitik liegt der Schwerpunkt gegenwärtig insbesondere auf der Zusammenarbeit zwischen Kultur und Wirtschaft. Hier werden zwei Bereiche zusammengeführt, die traditionell als einander fremd angesehen wurden: die künstlerische Kreativität und die wirtschaftliche Produktion. Die Kultur gehört zu den Rahmenbedingungen von Unternehmen. Je kreativer das Umfeld und je besser das kulturelle Klima, in dem ein Unternehmen tätig ist, umso besser sind auch die Voraussetzungen für die unternehmerische Tätigkeit. Den Unternehmen stehen kreativere Arbeitskräfte mit einer höheren Ausbildung zur Verfügung, was die internationale Kompetenz der Unternehmen stärkt.

Das Ziel Finnlands ist es, unser Land in eine Vorreiterstellung beim Einsatz von Design zu erheben. Finnische Designer haben einen guten Ruf und finnisches Design ist heute noch ein starkes Markenzeichen. Für das Programm Design 2005 wurden Innovationszentren in Helsinki, Lahti und im lappländischen Rovaniemi gegründet. All dies setzt eine Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Sektor, Unternehmen und Designern voraus. Die so genannten Gründerzentren haben sich als erfolgreiche Instrumente für die Umsetzung von kreativen Ideen in Produktion und Vermarktung erwiesen.

Im kulturellen Bereich ist Finnland nicht nur wegen seines Designs berühmt. Auch das musikalische Können in Finnland genießt weltweiten Ruhm. So berichtet beispielsweise die deutsche Presse fast täglich über finnische Komponisten, Sänger und Musiker. Musik ist noch heute die Sprache unserer Herzen. Sie dient wie zu Sibelius' Zeiten der nationalen Identität.

Den Aussagen von Rundfunkredakteurin Hildburg Heider zur Bedeutung von Musik in Finnland kann ich nur zustimmen. Sie hat Folgendes gesagt: Musik gilt in Finnland selbstverständlich als Grundqualifikation für soziales und kulturelles Zusammenleben. Musik wird

Weiter auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

Die Kulturpolitik Finnlands

ohne Schwellenangst mit Hingabe praktiziert. Auf einer außerordentlich breiten Basis, ohne den Wettbewerb und die Professionalität herauszustreichen. Finnlands Erfolg in der PISA-Studie und als musikalische Powernation liegt also nicht so sehr im System des Schulwesens begründet, sondern im Geist, der beim Lernen und zwischen Lehrenden und Lernenden herrscht.

Kultur und internationale Zusammenarbeit

In den Bereichen Kunst und Kultur hat die Internationalisierung in den letzten Jahrzehnten zugenommen und ist inzwischen Teil unseres Alltags. Einrichtungen und Organisationen der Kunst und Kultur sowie einzelne Künstler arbeiten auf bi- und multilateraler Ebene zusammen. Finnland hat mit 38 Ländern Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit geschlossen und ist Mitglied zahlreicher internationaler Kulturorganisationen. Finnland ist durch Kulturinstitute in siebzehn Ländern vertreten, unter anderem auch in Berlin.

Bei der nordischen Zusammenarbeit steht die Zusammenarbeit der nordischen Länder untereinander, das Sichtbarwerden der nordischen Länder in der EU und die Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen im Mittelpunkt. Grundlage für die nordische Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Schul- und Ausbildung sowie Kunst ist das im Jahre 1971 von den fünf nordischen Ländern unterzeichnete Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit. Finnland beteiligt sich an den betreffenden Arbeits- und Lenkungsgruppen des Nordischen Ministerrates. Ein wichtiges Instrument der kulturellen Zusammenarbeit der nordischen Länder ist der Nordische Kulturfonds, der vom Nordischen Ministerrat verwaltet wird. Zwischen Finnland und allen nordischen Ländern existieren auch bilaterale Kulturfonds. Der gemeinsame Botschaftskomplex der fünf nordischen Länder in Berlin ist einzigartig weltweit und wir führen viele Kulturveranstaltungen und -projekte in Deutschland gemeinsam durch. Dies ist ein konkretes Beispiel für eine optimale Zusammenarbeit.

Im kulturellen Bereich arbeitet Finnland im Rahmen der Zusammenarbeit mit an uns angrenzenden Gebieten unter anderem mit der Region Murmansk, der Karelischen Republik, dem Leningrader Raum und der Stadt St. Petersburg, die der Russischen Föderation angehören, unter anderem bei der Entwicklung der Kulturverwaltungen und der Informationsinfrastruktur zusammen. Finnland verfügt über Erfahrungen aus der kulturellen Zusammenarbeit mit Russland und kann somit vielleicht als Brückenbauer in diesem Bereich zwischen Russland und der EU dienen. So hatte Finnland beispielsweise eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der Russland-Strategie der EU inne.

Kulturelle Beziehungen zu Deutschland

Seit dem Mittelalter bestehen zwischen Finnland und Deutschland enge kulturelle Beziehungen – insbesondere im Bereich der Wissenschaft und Lehre. Im Mittelalter studierten finnische Gelehrte hauptsächlich an deutschen Universitäten. Dies hatte weit reichende Auswirkungen auf die Entwicklung verschiedener Wissenschaftsgebiete in Finnland. Für die Universitäten und den akademischen Unterricht diente zum großen Teil Deutschland als Vorbild.

In Deutschland brachte die Reformation die Möglichkeit zu Unterricht und Bildung in der Muttersprache. Mit Michael Agricola, der in Deutschland studiert hatte, kam die Reformation auch nach Finnland.

Viele finnische Maler, Musiker, Komponisten, Schauspieler und Regisseure suchten Wissen und Anregungen aus Deutschland. Fast jeder, der zur Wissenschafts- und Kunstelite Finnlands gehörte, kam nach Berlin. Finnland holte sich somit Jahrhunderte lang Impulse für sein geistiges Leben aus Deutschland.

Heute kann unsere Kultur mit ihrer Vielfalt und ihrer Eigenart ihrerseits die Kultur in Mitteleuropa mit neuen und eigenen Impulsen bereichern. Zwischen unseren Ländern besteht ein reger kultureller Austausch durch direkte Kontakte zwischen Studenten, Forschern, Künstlern, Universitäten und verschiedenen kulturellen Einrichtungen. Ich denke, dass der rege Kulturaustausch zwischen unseren Ländern unser gemeinsames kulturelles Erbe noch weiter beleuchten wird.

In keinem anderen Land außerhalb Finnlands ist das Interesse an der finnischen Sprache so groß wie in Deutschland: Finnisch wird an 17 deutschen Universitäten gelehrt. Über 70 finnische Musiker und Sänger sind an deutschen Opern- und Konzerthäusern engagiert.

Deutschland ist schon lange der wichtigste Handelspartner Finnlands. Ebenso ist Deutschland wieder ein beliebtes Studienland für Finnen. Viele Studienprogramme der EU haben zahlreiche finnische Studierende zu weiterführenden Studien nach Mitteleuropa gebracht.

Obwohl ich mein Thema nicht unter wirtschaftlichen Aspekten behandelt habe, sind wirtschaftliche Aspekte auch ein wichtiger Bestandteil der Kultur und vor allem der Planung der Kulturpolitik. Auch in Bezug auf die technologische Entwicklung und die Vermarktung von Kultur formt die internationale Unterhaltungsindustrie unser Kulturbild. Mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologie verändert sich unsere Welt und schrumpft zu einem globalen Dorf. In einer globalen Gesellschaft büßt der Nationalstaat seine dominierende Rolle als Raum für kulturelle Tätigkeit ein. Die Gesellschaften spalten sich in zahlreiche kleinere Teilkulturen auf. Dies erhöht die kulturelle Vielfalt und den Pluralismus, die wiederum die gesellschaftliche Innovation stärken.

Es ist wichtig, dass die Europäische Union bestrebt ist, die kulturelle Eigenart der Mitgliedsstaaten und die regionale Vielfalt zu fördern. Der Maastrichter Vertrag ermutigt vertiefte Kenntnisse der Kultur, den Schutz des kulturellen Erbes und vor allem kreative künstlerische Tätigkeit.

Die Stärke Europas war und ist seine kulturelle Vielfalt und die Bedeutung der Kultur in der Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern. Dies macht den Dialog zwischen unseren Ländern so interessant. Die Internationalisierung und die Zugehörigkeit zu grenzüberschreitenden Netzwerken sind wichtige Faktoren bei der Stärkung des kulturellen und künstlerischen Lebens.

Vor dem EU-Beitritt unseres Landes befürchtete man in Finnland das Verschwinden der kulturellen Identität kleiner Völker. Heute sehen wir, dass die Stärke unserer Identität oder Kultur nicht geschwächt worden ist.

Ein Kunstwerk entsteht immer zunächst individuell, aus den Händen eines Künstlers. Erst in der Interaktion mit anderen Kulturen, Anschauungen und im kreativen Kontakt mit der Außenwelt entsteht Kunst. Künstler waren immer international und Reisen ins Ausland waren für sie selbstverständlich. Diese Internationalität hat heute zugenommen und das Reisen ist leichter geworden.

Eine erfolgreiche und tolerante Gesellschaft basiert auf einer umfassenden Bildung und Ausbildung, einer eigenständigen Kultur sowie auf einer gesunden Wirtschaft und einer guten öffentlichen Verwaltung. Dies ist der Wertegrundsatz und die Vision für die Entwicklung unserer Kunstpolitik. In Finnland sind wir bestrebt, an diesen Werten festzuhalten und sie durch die praktische Umsetzung unserer Kunstpolitik zu vertiefen.

Die finnische Kultur hat starke Wurzeln. Zugleich ist sie offen für neue Impulse. Es ist wichtig, dass wir nicht stehen bleiben oder stagnieren. Ganz gleich wohin wir reisen, begleiten uns unsere kulturellen Wurzeln. Je besser wir uns kennen, umso besser können wir am internationalen Dialog teilnehmen und andere Kulturen und Völker verstehen.

Die Verfasserin ist Botschaftsrätin für Kultur in der Botschaft von Finnland, Berlin ■

politik und kultur

Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas

2010 stellt Deutschland turnusgemäß die Kulturhauptstadt Europas. Für ein Jahr wird die deutsche Kulturhauptstadt Europas parallel mit einer Stadt aus Ungarn Europa und Europäische Kultur repräsentieren. In Deutschland bewerben sich gegenwärtig noch zehn Städte um den Titel.

Bis zum 31. März 2004 mussten 15 der 16 Bewerberstädte für die Kulturhauptstadt Europas ihre Bewerbung bei den jeweiligen Kulturministerien der Länder abgeben. Die erste Runde hatten die Bewerberstädte Augsburg, Bamberg, Braunschweig, Dessau/Wittenberg, Essen, Görlitz, Halle, Karlsruhe, Kassel, Köln, Lübeck, Münster, Osnabrück, Potsdam, Regensburg damit genommen. Bis Juni 2004 fanden in den Ländern Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt die Ausscheidungsrunden auf der Landesebene statt.

Am 2.Juli 2004 haben die Länder dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, welche Stadt sich bewerben wird. Bremen als Stadtstaat hat ebenfalls seine Bewerbung dem Auswärtigen Amt übergeben. Das Auswärtige Amt hat den Ball an den Bundesrat weitergereicht, der seinerseits die Kultusministerkonferenz aufgefordert hat, die Bundesratsentscheidung vorzubereiten. Bis Juni 2005 muss der Bundesrat seine Entscheidung dem Auswärtigen Amt mitteilen.

Wie viele Städte Deutschland nach Brüssel melden muss, steht bislang noch offen. Noch vor der Wahl des neuen Europäischen Parlaments im Juni 2004 hatte das „alte" beschlossen, dass Staaten, in denen sich mehr als eine Stadt als Kulturhauptstadt Europas bewirbt, mindestens zwei nach Brüssel melden muss. Dieser Beschluss wurde von der EU-Kommission zurückgewiesen, so dass gegenwärtig noch unklar ist, ob von deutscher Seite eine oder mehrere Städte nach Brüssel gemeldet werden müssen. Das Auswärtige Amt übermittelt diese Entscheidung dann der Europäischen Kommission. Die siebenköpfige Jury der Experten aus den Mitgliedstaaten wird dann eine Empfehlung aussprechen, die dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament mitgeteilt wird. Im Jahr 2006 wird die Entscheidung fallen, welche Stadt zusammen mit einer ungarischen Stadt Kulturhauptstadt Europas 2010 werden wird.

***politik und kultur* stellt in jeder Ausgabe jeweils zwei Bewerberstädte kurz vor. Die Vorstellung der Bewerberstädte soll neugierig machen auf die Konzepte der Städte und zugleich zeigen, welche kulturelle Vielfalt in Deutschland besteht. Als Bewerberstädte für 2010 stellen sich in dieser Ausgabe vor: Potsdam und Kassel.**

Bereits vorgestellt haben sich die Städte Bremen „Für Brutstätten, Besessene und transnationales Lernen" und Görlitz „From the middle of nowhere to the heart of Europe" (*politik und kultur* 3/ 2004), Lübeck „Lübeck liegt einfach richtig" und Karlsruhe „Europäisches Haus für Gerechtigkeit" (*politik und kultur* 4/ 2004), Essen „Mythos und Moderne" und Regensburg „Die Donau als verbindendes Band und der Weg als Ziel" (*politik und kultur* 5/2004).

In den nächsten Ausgaben schließen Braunschweig und Halle/ Saale den Reigen. ■

Kulturhauptstadtbewerbung 2010: Potsdam

Potsdam weckt Visionen! • Von Moritz van Dülmen und Miriam Weber

Potsdam, über die Grenzen bekannt als märchenhaft schöne Stadt, reich an Schlössern und Repräsentanzbauten, verwöhnt mit Parks, Gärten, Seenflächen, eng verbunden mit europäischer Geschichte und preußischer Prägung – diese Stadt muss bereits einmal Kulturhauptstadt Europas gewesen sein, möchte man meinen. Eine Faszination besonderer Art geht von dieser Stadt aus. Wer hierher kommt, dem bleibt sie im Gedächtnis.

Stehts im Halbschatten der Vergangenheit: Friedrich ist heute ein begehrtes Souvenir Foto: Andreas Süß

Die fast schon übermächtige Wirkung der Vergangenheit verstellt jedoch auch den Blick auf das Gegenwärtige und die Errungenschaften und Wandlungen der letzten 15 Jahre. Wie gestaltet sich heute die Identität der brandenburgischen Landeshauptstadt und ihrer 140.000 Besucher, was kommt nach dem höfischen Leben, dem preußischen Militarismus, dem Ende des Sozialismus?

Überzeugung und Mehrwert für Europa

Mit der Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas entstand die Chance einer Neudefinition: nicht nur eine Standortanalyse oder Rückbesinnung, sondern eine neue große Vision zu formulieren, am europäischen Diskurs aktiv teilzunehmen. Eine ureigenste Eigenschaft dieses Ortes, sein eigentlicher Kern, wird ins Bewusstsein gerückt. Potsdam ist Ort der Inspiration, ein Ort der einlädt, Visionen zu entwickeln – ein Ort, dessen Visionen Realität wurden. Dies zeigt sich nicht nur in der Tatsache, dass Potsdam eine Art europäisches Architekturmodell im Maßstab 1:1 ist. Daneben lieferte die Stadt in der Vergangenheit immer wieder einen Beitrag für Europa – sei es als Gastgeberin der Tafelrunden in Sanssouci zur Zeit Friedrichs des Großen im 18. Jahrhundert oder der Potsdamer Konferenz 1945. Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas 2010 werden die „Potsdamer Gespräche", die im Mai 2005 erstmals stattfinden, ein jährliches Forum zur Förderung des kulturellen Diskurses in der Medienlandschaft bieten.

Die Gestaltung und Planung der Idee „Potsdam als deutsche Ausrichterstadt der Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2010" basiert auf der Überzeugung der Stadt, den Kriterien der seitens der Europäischen Union aufgestellten Evaluationskriterien besonders gerecht zu werden. „Kulturhauptstadt Europas" soll in Zukunft, wo auch immer sie stattfindet, ein Anstoß sein für Stadt, Region und Einwohner, sich mit ihrer europäischen Identität und der Rolle, die sie in dieser einmaligen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konstruktion spielen, auseinander zu setzen. Eine „Kulturhauptstadt Europas" muss bereits zum Zeitpunkt der Bewerbung eine europäische Kulturstadt sein, einen Beitrag in und für Europa leisten – und glaubhaft vermitteln können, im Jahr 2010 in besonderem Maße einer europäischen Öffentlichkeit gerecht zu werden, diese zu fördern, die nationalen Öffentlichkeiten einander zu öffnen.

Konzeption und Anforderungen

Vergangenheit und Gegenwart bilden das Fundament für die Konzeption der Kulturhauptstadtbewerbung Potsdams. Die überragenden Ergebnisse in Architektur und Stadtgestaltung, die einmalige Garten- und Landschaftsgestaltung, die Leistungen in den Filmstudios von Babelsberg sind der Boden, auf dem sich eine europäische Kulturhauptstadt entfalten kann. Potsdam inspirierte in der Vergangenheit und inspiriert noch heute Besucher wie Bewohner gleichermaßen. Nicht nur ein Feuerwerk an Veranstaltungen soll das Kulturhauptstadtjahr bieten, nicht nur eine Verbesserung der Lebensqualität der Stadt, sondern die Chance und die Herausforderung, über europäische Kultur zu reflektieren und gemeinsam die europäischen Ideen weiter zu entwickeln. Warum Potsdam? Weil die Schönheit der Stadt inspiriert, die Ruhe der Provinz Raum zum Nachdenken schafft, zum Nachdenken über Europa, über die Aufgabe und über die Bedeutung der Kultur. Im Windschatten der Metropole Berlin entstehen unbeeinflusst von Modetrends neue Gedanken, reife Ideen, die umgesetzt werden.

Wertebilder und europäische Identität

Durch den Fall der Mauer fand ein grundlegender Neuanfang statt. Aus dem sozialistischen Korsett entfesselt, brach die gesellschaftliche Ordnung zusammen, setzte sich ungeahnte Energie frei. Häuser wurden besetzt, Kultur und Kunst bildeten den Rahmen für neue Gesellschaftskonzepte, bisheriges wurde in Frage gestellt. Erstaunliches hat sich aus der „Anarchie" der ersten Jahre entwickelt: eine faszinierende Vielfalt entfaltete sich auf einem gesunden Kulturboden, mit ungewöhnlich viel Engagement und Fantasie wurde der Lebensraum gestaltet. Nicht allein die Dichte an Vereinen und Initiativen ist es, die für ein wiedergekehrtes und starkes Identitätsbewusstsein für Stadt, Geschichte und Region steht. Neue Konzepte wurden erfolgreich etabliert, und im Gerüst von während der Zeit der DDR gewachsenen Strukturen wurden Einrichtungen aufrecht erhalten. Ein Großteil der wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen wurde nach 1989 (wieder) ins Leben gerufen. Doch Anfang der 90er Jahre gründete sich nicht nur die Universität Potsdam neu, sondern ein gesamter Hochschulstandort – liebevoll als Campus Potsdam bezeichnet – entstand mit mittlerweile mehr als 20.000 Studierenden, rund 4.000 Wissenschaftlern aller Fachrichtungen und zahlreichen hochschulnahen Einrichtungen. Insbesondere letztgenannte tragen in großem Maße zur überregionalen Wahrnehmung Potsdams bei – sei es durch die Klimafolgenforschung, die Jüdischen Studien oder die Erforschung Mittel- und Osteuropäischer Geschichte.

Was der Osten Deutschlands mit einem Großteil der neuen EU-Mitgliedsstaaten teilt, ist keine Schicksalsgemeinschaft durch den Zusammenbruch des Sozialismus. Die sozialistische Vergangenheit beinhaltet kollektive Identitäts- und Wertebilder. In den vergangenen 50 Jahren sind Netzwerke gewachsen, die in alle Lebensbereiche greifen – Wissenschaft, Kultur und Bürgerengagement. Diese sind ein großer Bestandteil der gemeinsamen europäischen Kultur, welchen sich der Westen – nicht nur Deutschland – öffnen und mit denen er sich auseinandersetzen muss, wenn denn eine neue gesamt-europäische Identität entstehen soll. Kultur ist eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU. Der Frage nach dem grundsätzlichen Nutzen einer Kulturhauptstadt Europas muss sich eine Stadt stellen und ehrlich beantworten. Für Potsdam heißt es nicht in erster Linie, längst fällige Stadtumbaumaßnahmen voranzutreiben. Es heißt auch nicht, die Anzahl an Touristen zu steigern. Potsdam 2010 heißt, Europa zusammenzubringen – kulturell, intellektuell, künstlerisch. Eine kulturelle europäische Identität zu gestalten.

Die Verfasser sind die Projektverantwortlichen der Kulturhauptstadt Potsdam 2010 GmbH ■

Kulturhauptstadtbewerbung 2010: Kassel

Mythen, Märchen, Moderne – Kassel auf dem Weg zur Kulturhauptstadt • Von Thomas-Erik Junge

Ein Journalist fragte: „Was soll einen Menschen aus Südeuropa zum Beispiel an einer Kulturhauptstadt Kassel interessieren?" Antwort (auch zum Beispiel): „Die Stadt kennen zu lernen, aus der Rotkäppchen in die Welt marschierte, sicher auch in südeuropäische Kinderzimmer. Kassel ist die Stadt der Brüder Grimm und ihrer „Märchenquelle" Dorothea Viehmann."

Menschen in aller Welt kennen Kassel als die Stadt der documenta, der bedeutendsten Ausstellung zeitgenössischer Kunst. Die erste documenta fand vor fast genau fünfzig Jahren statt; die documenta-Geschichte, ihre Wirkungen, Impulse und Perspektiven sind in Kassel präsent, auch in den Jahren zwischen den Ausstellungen.

Wer mit dem Auto auf Kassel zufährt, begegnet schon von weitem dem Wahrzeichen dieser Stadt: dem Herkules; diese monumentale Skulptur über einem „märchenhaften" Bergpark zeugt von der einst fürstlichen Idee, die Residenzstadt durch ein Beschwören der antiken Mythologie auch geistig in der europäischen Geschichte zu verwurzeln. Eine Gemäldesammlung von Weltrang, eine bedeutende Sammlung antiker Skulpturen, landgräfliche und fürstliche Sammlungen überhaupt wurden „Keimzellen" eines Museumsstandortes Kassel, der zu den wichtigsten Deutschlands zählt.

Im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung hat das Land Hessen mit der Stadt Kassel ein heute in Europa einmaliges Programm begonnen: Die Weiterentwicklung und Neuordnung der Kasseler Museumslandschaft zu den „Museumsparks" Wilhelmshöhe und Innenstadt: Von der Antike bis zu den Märchen, von

Weiter auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Rembrandt bis Beuys, von Technik bis Tapeten, von Stadt- und Regionalgeschichte bis zur Galerie für komische Kunst, von Naturkunde bis Sepulkralkultur... Es geht um neue inhaltliche und räumliche Bezüge und ihre Einbindung in ein zu veränderndes gesellschaftliches und städtebauliches Stadtbild der Kulturstadt Kassel und ihre Kandidatur zur europäischen Kulturhauptstadt 2010. Für diesen Prozess, der ab 2005 haushaltswirksam wird, stellt das Land Hessen in einem ersten Block 100 Millionen Euro zur Verfügung, die gesamte Investition wird annähernd 200 Millionen Euro betragen.

Wie der Herkules für das Stichwort „Mythen“ steht, die Brüder Grimm für „Märchen“ und die documenta für „Moderne“ -, gruppieren sich um diese drei Schlüsselbegriffe in Kassel gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen in Vielfalt und in interessanten Verknüpfungen, die manchmal einzigartig sind, gleichermaßen aber oft auch Beispiele – im Positiven wie im Negativen – von nationaler und internationaler Bedeutung: Der Name „Henschel“ ist in Kassel ebenso Mythos wie er den Weg in die moderne Industriegesellschaft bis hin zum Transrapid symbolisiert: Stadtgeschichte, Industriegeschichte, Industriekultur! Die Linie von deutscher Industrie von Rüstungsindustrie im Zweiten Weltkrieg, vom NS-Staat bis zum Untergang zieht sich auch durch Kassel, das zu den schwerst zerstörten Städten Deutschlands gehörte. Der fast „radikale“ Neuaufbau Kassels im Stil der Moderne der 50er Jahre bewegt noch heute die Gemüter der Menschen in der Stadt und ihrer Gäste. Auf einstigem Industriegelände entstand eine der neusten deutschen Universitäten. Dass eine Stadt sich über Kunst, nämlich mit der Ausstellung der von den Nationalsozialisten für entartet erklärten Kunst in der ersten documenta 1955, im Wechsel von Aufarbeitung der Vergangenheit und von Wegweisung in die Zukunft neu positioniert ist, ist einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Kassel, die mehr als tausend Jahre alte nordhessische Metropole mitten in Deutschland, lebt aus ihren kulturellen Wurzeln, lebt mit ihnen und führt sie weiter. Kassel lädt zu einer Begegnung mit europäischen, nationalen und regionalen Kulturentwicklungen von der Vergangenheit bis in die Gegenwart und mit Schritten in die Zukunft ein, die sich beispielhaft mit der Geschichte der Stadt an der Fulda verwoben haben.

Um die „Weltmarken“ Herkules, Brüder Grimm und documenta hat sich in Kassel ein Kulturleben entwickelt, das durch Experimentelles ebenso bestimmt ist wie durch Traditionspflege. Mythen, Märchen und Moderne treffen in Kassel teils weich, teils hart zusammen; im Miteinander der Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Kulturbereiche ist mit der Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010 eine Bürgerbewegung entstanden, die weit über die Festlegung auf einen engen Kulturbegriff hinausreicht. Durch den Einsatz öffentlicher Mittel von Stadt und Land, durch Sponsoren und Bürgerengagement wird die „Herkulesaufgabe“ bewältigt, über alle schon begonnenen Maßnahmen hinaus die rund 55 Millionen Euro aufzubringen, die für das eigentliche Kulturhauptstadtjahr veranschlagt sind. Kassel geht in seinen Planungen für die Bewerbung von einer Nachhaltigkeit aus, die gerade auch den jungen Menschen von heute eine lebenswerte und „spannende“ Zukunft eröffnet.

Der Verfasser ist Bürgermeister und Kulturdezernent der Stadt Kassel ■

Wilhelmshöhe Kassel: Blick auf den Herkules **Foto: Stadt Kassel**

Kassel gewinnt schon auf dem Weg

Die Bewerbung als kultureller Stadtentwicklungsprozess • Von Reinhart Richter

Kassel gestaltet seine Bewerbung als antizyklischen stadtgesellschaftlichen Aufbruch in Form eines kulturellen Stadtentwicklungsprozesses. Dies ist für Kulturentwicklung und Stadtentwicklung deutscher Städte einzigartig. In einer Zeit, die von negativen Nachrichten, negativen Zukunftsprognosen, sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten geprägt ist, haben sich alle politischen Parteien, viele Unternehmen, Verbände, gesellschaftliche Organisationen und viele tausend Kulturschaffende und Kulturinteressierte zu dem Zukunftsvorhaben verbunden, bis zum Jahr 2010 und darüber hinaus die Stadt Kassel als einen kulturgeprägten Lebensraum zu entwickeln. Diese Vorgehensweise und die damit gewonnenen Erfahrungen können auch für andere Städte in Europa interessante Impulse geben und Erfahrungen vermitteln.

Politische Entscheidungsgrundlage für den kulturellen Stadtentwicklungsprozess ist ein strategisches Zielsystem mit 20 Leitlinien, das in Zusammenarbeit von Stadtverordneten und Menschen aus Kultur, Stadtplanung, Architektur und Wirtschaft entwickelt und von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig verabschiedet worden ist.

Der kulturelle Stadtentwicklungsprozess bezieht Kultur, Stadtplanung und Stadtarchitektur, Schulen und Hochschulen, Kinder und Jugendliche, Tourismus, Wirtschaft und Arbeitsmarkt ein und strebt einen vernetzten Entwicklungszusammenhang an. Besonders wichtig aber ist der Projektbereich: Universität und Stadt verflechten. Die Universität Kassel verfügt über besondere Potentiale, die hilfreich für die Stadt- und Regionalentwicklung eingesetzt werden können. Die optimale Nutzung dieser Ressourcen für Verwaltungen und Politik in Stadt und Region soll systematisch entwickelt werden. Es sollen Lösungen für Probleme erarbeitet werden, die als Folge von Globalisierung, Zuwanderung, Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung in vielen Städten in Europas neue Vorgehensweisen erfordern.

Mehr als 1.000 Menschen haben sich an der Entwicklung der Projekte des Bewerbungskonzeptes beteiligt, nicht nur als Ideengeber, sondern auch als diejenigen, die sich für die Realisierung der Projekte verantwortlich fühlen.

Viele der Projekte beginnen schon auf dem Wege zum Jahr 2010. Damit wird der Bewerbungsslogan „Kassel gewinnt auf dem Wege zur Kulturhauptstadt Europas 2010“ Wirklichkeit. Besonders durch das Projekt „7000 Zeichen – Bürgerfantasie gestaltet die Stadt“ werden in vielen tausend Zukunftswerkstätten weitere neue Projekte entstehen.

Europäische Kulturnetze spinnen

Eine wichtige Vorgehensweise und Aufgabe des kulturellen Stadtentwicklungsprozesses ist die Entwicklung thematischer Kooperationen zwischen Kulturschaffenden aus Kassel und ganz Europa. Heute und in Zukunft geht es nicht mehr darum, dass die verschiedenen Kulturen in Europa einander kennen lernen, sondern es geht darum, das Kulturschaffende aus ganz Europa gemeinsam an Kulturprojekten arbeiten und damit auch europäische Kulturentwicklung prägen. In 50 Projekten entwickeln Kulturschaffende aus Kassel und der Region Kooperationen mit europäischen Partnern, die viele interessante Beiträge für die europäische Kulturentwicklung leisten werden.

Der Verfasser ist Kulturberater und berät die Stadt Kassel im Bewerbungsverfahren ■

Europa und die Kultur

Neue Kommission nimmt am 1. November die Arbeit auf • Von Barbara Gessler

Nicht nur in Brüssel, aber dort besonders, waren die vergangenen Monate geprägt von Betriebsamkeit und Vorbereitungen für die neue Kommission, die am 1. November ihr Amt aufnimmt. Mit Spannung erwartet und begleitet wurden insbesondere die Hearings, denen sich die designierten Kommissionsmitglieder im Europäischen Parlament stellten und die gleichzeitig allen Beobachtern eine Möglichkeit gaben, zumindest eine grobe Orientierung über die persönlichen Vorstellungen und die politische Agenda der kommenden Legislatur zu erhalten. Interessant in diesem Zusammenhang waren auch die schriftlichen Antworten, die die Kommissare in spe auf die Fragen der Abgeordneten im Vorfeld gegeben hatten, da hier auch eher technische Einzelheiten zum Tragen kamen.

Kommissar Peter Mandelson hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Kommission keine Veränderung ihrer Marschrichtung bei der Liberalisierung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Rahmen der GATS-Verhandlungen vornehmen wird. Sie hat daher auch nicht vor, nun Angebote im Bereich Gesundheit, Kultur und Bildung zu machen. Gleichwohl äußert Peter Mandelson durchaus dezidiert die Meinung, dass in der Ausweitung des Handels mit Dienstleistungen eine wichtige Chance für Europa liegt.

Organisatorische Veränderungen wird es bei der Kommission im Bereich der audiovisuellen Politik geben, da das neue Portfolio der ehemaligen Kulturkommissarin Viviane Reding nun die Informationsgesellschaft und die Medien umfasst. Sie wird gleichzeitig als einzige Anlaufstelle für Medienindustrie und Presse fungieren können, die gezielt zu deren Stärkung beitragen kann. Obwohl die vorgesehene Verlagerungen der entsprechenden Abteilungen bei manchen Beobachtern die Befürchtung auslöst, die technischen Aspekte der Informationsgesellschaft würden eine Dominanz über den Inhalt bekommen, lässt die Kommissarin keinen Zweifel daran, dass ihr die Wahrung der kulturellen Aspekte der audiovisuellen Industrie am Herzen liegt und sie sich (weiterhin) intensiv darum bemühen wird und es daher Kontinuität in der Sache geben wird. Frau Reding gibt an, dass sie, unbeschadet der Weiterarbeit an der Richtlinie Fernsehen ohne Grenzen, die Schaffung einer „Inhalte-Richtlinie“, die Spielregeln für Medieninhalte definiert, unabhängig davon, auf welchem Wege diese übermittelt werden, in Betracht ziehen wird. Sie will in der kommenden Legislatur ihr neues Portfolio dazu nutzen, das Zusammenspiel zwischen der eEurope-Initiative mit dem neuen MEDIA 2007 Programm zu stärken. Insgesamt bleibt die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der audiovisuellen Industrie und der sie in Europa bestimmenden KMU ein wichtiges Ziel.

Der neue Kommissar für Angelegenheiten der Kultur Ján Figel' hat vor dem Europäischen Parlament deutlich gemacht, dass eine gemeinsame Interessensvertretung durch die Europäische Kommission bei der Verhandlung um eine Konvention zum Schutz der Kulturellen Vielfalt bei der UNESCO aus Gründen der Kohärenz wünschenswert sei. Eine Einbindung der Abgeordneten in der Meinungsfindung zu einem solchen Mandat, das nicht die einzelnen Mitgliedstaaten ersetzen solle, sei selbstverständlich und abdingbar. Figel' möchte 2007 zum Jahr des interkulturellen Dialogs erklären, dem er sowohl innerhalb der Union als auch außerhalb eine immer größere Bedeutung zumisst. So könnte er sich vorstellen, auch ein größeres Publikum in diesen Prozess einzubeziehen, indem attraktive kulturelle Veranstaltungen angeboten werden. Kommissar Figel' will aktiv auf die Einhaltung des Artikel 151 (4) in den anderen Politikbereichen achten.

Dass der interkulturelle Dialog in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle spielen wird, wird auch mit Blick auf die Empfehlung der Kommission zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei offensichtlich: ohne wird es auf keinen Fall gehen. Damit fängt aber am besten jetzt schon an, unabhängig davon, wie die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs im Dezember letztendlich ausfallen wird. Hier ist besonders die Zivilgesellschaft gefragt; die Kommission wird Vorschläge darüber vorlegen, wie dies konkret geschehen soll.

Die Verfasserin ist Leiterin der EU-Vertretung in Bonn ■

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

zum Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm „Kultur 2007“

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände begrüßt, dass die Europäische Kommission mit dem Vorschlag über das künftige EU-Kulturförderprogramm „Kultur 2007“ eine Diskussionsgrundlage zur künftigen europäischen Kulturförderung vorgelegt hat.

Kultur 2007

Das Programm „Kultur 2007“ knüpft an die Vorgängerprogramme Kaleidoskop, Ariane und Raphael (1993 bis 1999) und Kultur 2000 (seit Februar 2000) an und entwickelt diese weiter. Es soll ab dem Jahr 2007, in dem eine generelle Neuauflage der europäischen Förderprogramme erfolgen soll, gelten. Noch im Jahr 2005 soll das Programm in den europäischen Gremien entschieden und damit frühzeitig auf den Weg gebracht werden.

In dem Programm „Kultur 2007“ werden die drei Säulen der europäischen Kulturförderung, nämlich das Rahmenprogramm Kultur 2000, die Unterstützung von Organisationen von europäischem Interesse und die Veranstaltung „Kulturhauptstadt Europas“ zusammengefasst. Das Programm „Kultur 2007“ soll sich im Unterschied zu Kultur 2000 auf wenige Ziele konzentrieren. Die EU-Kommission merkt in der Vorstellung des Programms „Kultur 2007“ selbstkritisch an, dass mit Kultur 2000 eine Vielzahl von Zielen mit begrenzten finanziellen Mitteln erreicht werden sollte und dadurch der Eindruck der Zersplitterung entstand. Das neue Programm konzentriert sich demgegenüber auf drei Zielsetzungen:

- Unterstützung der grenzüberschreitenden Mobilität von Menschen, die im Kultursektor arbeiten,
- Unterstützung der internationalen Verbreitung von Kunstwerken sowie künstlerischen und kulturellen Erzeugnissen,
- Förderung des interkulturellen Dialogs.

Durch „Kultur 2007“ geförderte Projekte oder Aktionen müssen mindestens zwei der genannten Zielsetzungen verfolgen.

Mit Hilfe von drei Aktionsbereichen sollen die genannten Zielsetzungen verfolgt werden:

- Unterstützung kultureller Projekte, d.h. der direkte Unterstützung von europäischen Kooperationsvorhaben und so genannten „besonderen Projekten“ wie z.B. den Kulturhauptstädten Europas,
- Unterstützung von auf europäischer Ebene tätigen kulturellen Einrichtungen, d.h. der direkten Unterstützung von Netzwerken,
- Unterstützung von Analysen sowie der Informationssammlung und -verbreitung im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit.

Bewertung des Programms „Kultur 2007“

Der Deutsche Kulturrat begrüßt, dass mit dem neuen Programm die verschiedenen Aktivitäten der Europäischen Union in der Kulturförderung zusammengefasst werden und damit ein Gesamtbild der Europäischen Kulturförderung entsteht. Europäische Kulturförderung muss mehr sein als ein Ausfallbürge für sinkende Zuschüsse auf der nationalen Ebene. Sie verfolgt eine eigene, eine europäische Idee und muss diese in den Mittelpunkt ihrer Fördertätigkeit stellen. Europäische Kulturförderung nimmt damit quasi „überwölbende“ Aufgaben in der Kulturförderung wahr, die über die lokale, regionale, landes- oder bundesweite Kulturförderung hinausgehen.

Europäische Kulturförderung muss sich auf die Künste, das kulturelle Erbe und die Kulturakteure beziehen. Sie ist kein Ersatz für die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union zum Einigungsprozess. Die Künste, das kulturelle Erbe und die Kulturakteure müssen daher in den Mittelpunkt des neuen Förderprogramms gerückt werden. Diese Intention wird nach Auffassung des Deutschen Kulturrates noch nicht eindeutig in dem Vorschlag zu „Kultur 2007“ zum Ausdruck gebracht. Nach wie vor drängt sich der Eindruck auf, Europa den Bürgerinnen und Bürgern mit Hilfe der Kultur näher bringen zu wollen.

Im Vorschlag zum Programm „Kultur 2007“ ist eine deutlichere Fokussierung auf größere Projekte zu erkennen als es bei Kultur 2000 der Fall ist. Dieses ist bereits in der geforderten Mittelausstattung erkennbar. So sinnvoll eine Förderung größerer Vorhaben ist, darf dieses nicht zu Lasten kleinerer Projekte gehen. „Kultur 2007“ würde Projekte mit mindestens 60.000 Euro und höchsten 200.000 Euro aus europäischen Fördermitteln unterstützen. Diese Unterstützung darf höchstens 50% des Projektvolumens ausmachen. D.h. das Projekt muss mindestens einen Etat von 120.000 Euro haben. Durch diese Finanzierungsvorgaben werden kleinere Projekte, die durchaus eine europäische Relevanz aufweisen können und die geforderten Zielsetzungen erfüllen, von der Förderung von vorneherein ausgeschlossen.

Begrüßenswert ist, dass Kultur 2007 spartenübergreifend angelegt ist und damit den Austausch unter den Künsten und Akteuren befördern kann.

Unbefriedigend ist jedoch die vage Absichtserklärung, dass die Europäische Kommission in Zukunft für die Abstimmung des Programms mit den anderen Maßnahmen der Gemeinschaft sorgen wird. Dies lässt befürchten, dass auch weiterhin keine gezielte Strategie zur Zusammenarbeit z.B. mit den neuen Bildungsprogrammen verfolgt werden wird.

Unzureichend ist das vorgesehene Budget für Kultur 2007. Für einen Zeitraum von sechs Jahren ist ein Budget von 408 Mio. Euro vorgesehen. Mit diesem Budget soll die Zusammenarbeit von Kulturakteuren aus insgesamt 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Drittländern gefördert werden. Darüber hinaus soll die administrative Abwicklung des Programms sowie die Bekanntmachung des Programms aus den direkten Fördermitteln finanziert werden.

Forderungen des Deutschen Kulturrates

Der Deutsche Kulturrat fordert,

- eine **adäquate Mittelausstattung** des Programms „Kultur 2007“. Das Europäische Parlament bekennt sich bereits seit mehreren Jahren zu einem anzustrebenden Anteil von einem Prozent am Gesamtetat der Europäischen Union. Von dieser parlamentarischen Zielvorgabe ist der Entwurf des Programms Kultur 2007 weit entfernt.
- die Vorgabe, dass **sechs Partner** sich an einem Projekt beteiligen müssen, noch einmal zu überdenken. Die Beteiligung so vieler Partner führt zu einem vermehrten bürokratischen Aufwand. Der europäische Mehrwert lässt sich nicht unbedingt durch die Anzahl an Partnern, sondern vielmehr die Tiefe der Zusammenarbeit erreichen.
- eine **transparente Vergabe** der Mittel. Die Vergabe der Mittel sollte durch eine Jury erfolgen. Sowohl die Namen der Jurymitglieder und deren Entscheidungen sollten öffentlich zugänglich sein.
- die Möglichkeit einer **100%igen Förderung** durch die Europäische Union. Die europäische Kulturpolitik hat eine eigene Qualität. Ihre Kulturförderung zielt über die bestehenden Förderprogramme auf der nationale bzw. Landes- oder kommunalen Ebene hinaus. Mit der Möglichkeit kultureller Projekte zu 100% zu fördern, bekennt sich die Europäische Union zu ihrem Auftrag, Kulturförderung mit eigenen Zielsetzungen zu entwickeln.
- eine **Änderung der finanziellen Abwicklung.** Die bisherige Praxis der Europäischen Union einen Rest der Fördersumme (bislang 20%) bis zur abschließenden Prüfung der Verwendungsnachweise einzubehalten, stellt gerade kleinere Institutionen mit geringeren finanziellen Ressourcen vor große finanzielle Schwierigkeiten und ist nicht mit dem deutschen Haushaltsrecht kompatibel.
- die **geplante Exekutivagentur** zur Abwicklung von Kultur 2007 sowie die nationalen Informationsstellen (Cultural Contact Point) dürfen nicht aus dem Programm „Kultur 2007“, sondern müssen aus dem Verwaltungsetat der EU-Kommission finanziert werden. Das ohnehin schmale Budget zur europäischen Kulturförderung darf nicht durch zusätzliche Verwaltungskosten in beträchtlicher Höhe geschmälert werden.
- eine **Entbürokratisierung des Verfahrens.** Das bisherige Verfahren führt zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand, der im Widerspruch zu dem gewünschten Effekt einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa steht.

Berlin, den 29.09.2004. ■

Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion

Ergebnisse der bundesweiten Fachtagung des Deutschen Kulturrates am 29. und 30. September 2004 in Berlin • Von Max Fuchs

Zum Abschluss des vom Bundesbildungsministeriums finanzierten Projektes der Aktualisierung und Überarbeitung der „Konzeption kulturelle Bildung“ veranstaltete der Deutsche Kulturrat in Kooperation mit der Archenhold-Sternwarte in Berlin-Treptow eine bundesweite Fachtagung zu aktuellen Problemen der kulturellen Bildung. Auf der Grundlage von Eingangsstatements der Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Doris Ahnen, wurde das gesamte Feld kultureller Bildungsarbeit durchmessen: von der ästhetischen Früh- Förderung bis zur Seniorenkulturarbeit, von der Kulturarbeit in Einrichtungen der Jugendhilfe bis zu Theatern und Opernhäusern. Eine besondere Rolle spielte dabei die aktuelle Problematik, wie es um die Zukunft kultureller Bildungsarbeit und speziell der außerschulischen Kinder- und Jugendkultureinrichtungen bestellt ist, wenn flächendeckend Ganztagsschulen eingeführt werden. Im Folgenden werden vor dem Hintergrund der bei der Tagung vorgenommenen Situationsbeschreibungen aus den unterschiedlichen Feldern der kulturellen Bildungsarbeit und der Tagungsdiskussionen einige Aspekte und Schlussfolgerungen vorgestellt.

1. Aspekte der Bildungsreformdiskussion der letzten Jahre

Am 04.12.2002 stellte die Bundesbildungsministerin Bulmahn die deutschen Ergebnisse der internationalen Vergleichsuntersuchung PISA vor. Bekanntlich waren die Ergebnisse für Deutschland nicht sonderlich erfreulich. Dabei waren es nicht bloß die Leistungen in den drei untersuchten Fächern (Mathematik, Naturwissenschaften, Landessprache), sondern es war vor allen Dingen der Befund, dass unser Bildungssystem einen viel zu großen Wert auf Selektion legt und zu wenig die Schüler und Schülerinnen fördert. Ein Ergebnis war daher, dass ein großer Teil Jugendlicher, vor allem solche mit Migrationshintergrund, die Schule nicht bloß ohne Abschluss, sondern mit ungenügenden Kenntnissen der Landessprache verlässt. Vielleicht ist der skandalöses der Befund der PISA-Studie die Feststellung einer „strukturellen Demütigung“, der die Schülerinnen und Schüler in unserem Schulsystem ausgesetzt sind.

Immerhin hatte PISA zur Folge, dass seither über Bildung so intensiv öffentlich diskutiert wird, wie es vorher nicht der Fall war. Ein Nachteil dieser Diskussion besteht allerdings darin, dass PISA derart im Vordergrund der Bildungs-Diskussionen steht, dass viele vorangegangene Diskussionen verdrängt werden. Zu erinnern ist etwa an die gemeinsame Initiative des Bundes und der Länder „Forum Bildung“, in dessen Kontext sehr viel breiter als in der PISA-Diskussion über Bildungsfragen diskutiert wurde: über frühe Förderung, über individuelle Förderung, über neue Medien, über Migranten und natürlich auch über Schulreform. Insbesondere ist daran zu erinnern, dass das Bildungs-Konzept, an dem sich das Forum Bildung orientiert hat, ein sehr weites war, so weit, dass wir es auch im Rahmen unserer Konzeptdiskussion in der kulturellen Bildungsarbeit verwenden können. Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat es dem Forum Bildung mit auf den Weg gegeben: dass Bildung zwar auch die Vorbereitung für eine zukünftige Berufstätigkeit sein muss, dass zur Bildung allerdings auch gehört, dass sich die Menschen an der politischen Gestaltung der Gesellschaft beteiligen. Ein dritter Aspekt dieses Bildungskonzeptes war, dass Bildung jenseits aller gesellschaftlichen Anforderungen an das Bildungssystem immer und vielleicht sogar in erster Linie Persönlichkeitsentwicklung sein muss.

Auch für den Deutschen Kulturrat ist die Thematisierung von Bildung überhaupt nicht neu. Vielmehr kann man behaupten, dass kulturelle Bildung sogar eines der ersten inhaltlichen Themen war, mit dem sich der vor etwa zwanzig Jahren neugegründete Deutsche Kulturrat befasst hat. Aufgrund der Zusammensetzung seiner Mitgliedsorganisationen muss dabei der Deutsche Kulturrat ein breites Verständnis von Bildung zugrundelegen: natürlich geht es um die künstlerischen Fächer in der Schule, aber es geht auch im kulturelle Bildung in der Weiterbildung, in der Jugendarbeit, es geht um Bildungsangebote in Kultur- und Kunsteinrichtungen, und schließlich befasst sich der Deutsche Kulturrat immer wieder auch mit der Frage der Aus- und Fortbildung von Künstlerinnen und Künstlern und der anderen Akteure im Kulturbereich.

Die zur Zeit anstehende Aktualisierung unserer Konzeption kulturelle Bildung findet unter schwierigen politischen Rahmenbedingungen statt:

- Der Reformbedarf der Schule ist zwar unbestritten. Auch wird die Ganztagsschule als Herausforderung für die Kinder- und Jugendkulturarbeit und für die Kultureinrichtungen angenommen. Es besteht allerdings eine große Unsicherheit darüber, ob in der neuen Schule die künstlerischen Schulfächer beziehungsweise die Kulturprojekte in der Schule eine so große Rolle spielen, wie dies aus der Sicht des Deutschen Kulturrates wünschenswert wäre.
- Viele Kultureinrichtungen bemühen sich gerade in den letzten Jahren nicht bloß um eine besondere Betonung ihres Bildungsauftrages, sie versuchen auch, ihre Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung insbesondere in Zusammenarbeit mit Schulen zu verstärken. Allerdings wird es zunehmend zu einem Problem, dass die Finanzierungsgrundlagen der Kultureinrichtungen unsicher werden, so dass sich die Frage stellt, wie viele Ressourcen überhaupt noch für kulturelle Bildungsarbeit eingesetzt werden können.
- Auf internationaler Ebene besteht nach wie vor die große Gefahr der Ökonomisierung von Bildung und Kultur, so wie sie hier lediglich mit den Stichworten „GATS“ beziehungsweise „Dienstleistungen von allgemeinen Interesse“ angedeutet werden soll. Das Grundproblem, um das es bei dieser Diskussion geht, besteht darin, dass auch zukünftig die öffentliche Hand

Weiter auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion

Kultur und kulturelle Bildung fördern darf.

- Nicht zuletzt ist die Haushaltslage aller öffentlichen Hände ein großes Problem, so dass sich die Frage stellt, wie viel die öffentlichen Hände in Zukunft überhaupt noch fördern können und wollen.

Bislang hat die Diskussion, wie sie im Anschluss an PISA geführt worden ist, die Träger kultureller Bildung eher frustriert. Es gab nämlich ursprünglich die große Hoffnung, dass sich – etwa im Anschluss an die Ergebnisse des Forums Bildung – ein breiter Diskurs über Bildung in der Gesellschaft entwickeln könnte. Dieser hätte von der Frage ausgehen sollen, welche Bildung überhaupt die Menschen brauchen, um ihr Leben produktiv zu bewältigen. Im Kontext der kulturellen Bildung und der Jugendarbeit sprechen wir hierbei von Lebenskompetenzen oder sogar von Lebenskunst, um zu präzisieren, was mit „Bildung“ nur gemeint sein kann: die individuelle Befähigung nämlich, sein „Leben im aufrechten Gang“ (Ernst Bloch) führen zu können.

Die Frage nach den Bildungsorten stellen

In einem zweiten Schritt hätte man dann fragen können, welche unterschiedlichen Bildungsorte benötigt werden, um dieses weite Konzept von Bildung zu realisieren. Unter diesen Bildungsorten spielt selbstverständlich die Schule eine entscheidende Rolle. Doch kann kein Bildungsort die Aufgabe übernehmen, für dieses weite Konzept von Bildung alleine verantwortlich zu sein. Dies gilt insbesondere für die kulturelle Bildung, bei der es in Zukunft darum gehen muss, präziser zu beschreiben, wie die Vielfalt kultureller Bildungsorte aussehen muss und welche spezifischen Aufgaben jeder einzelne Bildungsort übernehmen sollte.

2. Ambivalenzen, Spannungen und Widersprüche in der Diskussion über kulturelle Bildung

Wer die Diskussion über kulturelle Bildungsarbeit verfolgt, wird feststellen, dass – oft in denselben Argumentationen – eigenartig widersprüchliche Feststellungen getroffen werden. Dieses war auch bei der Fachtagung zu beobachten, so dass einige dieser widersprüchlichen Aussagen hier benannt werden sollen.

Auf politischer Ebene hat kulturelle Bildung offenbar ein leichtes Spiel. Die Statements der beiden Ministerinnen ließen keine Wünsche offen im Hinblick auf die Unterstützung von Kulturarbeit innerhalb und außerhalb der Schule. Selbst dort, wo im Zusammenhang mit der Schule von einem „Primat des Kognitiven“ (so wie in der ersten PISA-Studie) gesprochen wird, ist gleichzeitig von einem „ästhetisch gymastischen Weltzugang“ (im Anschluss an W.v.Humboldt) die Rede. Trotz dieses Rückenwindes verspüren jedoch viele Akteure innerhalb und außerhalb der Schule einen starken Gegenwind, so wie ihn Dieter Wunder als Vertreter der Schule auch eindringlich beschrieben hat: Das Musische ist offensichtlich in der aktuellen Bildungsreform in stärkster Bedrängnis.

Dieses Nebeneinander von Gegen- und Rückenwind ist auch spürbar in Positionen der Fachkräfte und Fachorganisationen: Stärkste Relevanzbehauptungen einer ästhetisch-kulturellen Bildung, dass nämlich weder Schule noch Einrichtungen der Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung eigentlich auf sie verzichten können, stehen ebenso eindrucksvollen Beschreibungen von Marginalisierungsprozessen unverbundenen gegenüber.

Eine schwierige Gemengelage ist auch in der Positionierung gegenüber der Ganztagsschule festzustellen: Fast alle Verbände haben inzwischen Resolutionen und Papiere veröffentlicht, die die Ganztagsschule begrüßen. Gleichzeitig – so behaupte ich – ist weder bei den Lehrerinnen und Lehrern, noch in der Jugend- und Kulturarbeit die Befürwortung so groß, wie es den Anschein hat. Möglicherweise muss man hier von einem resignativen Opportunismus sprechen, bei dem die Fachkräfte versuchen, das Beste aus einer Situation zu machen, die ohnehin nicht mehr abzuwenden ist.

Einiges an Verwirrung in der Diskussion über kulturelle Bildung entsteht dabei dadurch, dass Diskussionsebenen miteinander verwechselt werden. So ist immer wieder davon die Rede, dass bestimmte Dinge oder Prozesse „eigentlich“ zusammengehören: Kognition und Emotion, Kultur und Natur, Schule und Jugendarbeit. Trotzdem ist das Denken in den Schubladen der Fachdisziplinen verbreitet, eben weil die Realität nach wie vor in solchen Schubladen organisiert ist. Empirische Beschreibungen einer segmentierten Realität kollidieren daher immer wieder mit integrativen Vorstellungen auf der Ebene von Theorie oder Vision.

Ein wichtiger Teil dieser Fachtagung über kulturelle Bildung war der Vortrag des Leiters der Sternwarte, Professor Hermann, über die kulturelle Bedeutung von Astronomie, also einer Naturwissenschaft. Hochinteressant war es zu hören, dass es auch innerhalb des von uns oft beneideten PISA-Faches Naturwissenschaft größte Legitimationsprobleme gibt. Dies ist insofern wichtig für uns, weil es eben nicht bloß die weltweite Ökonomisierungstendenz ist, die uns dazu zwingt, ständig neue Begründungen für kulturelle Bildung ausdenken zu müssen, sondern es ist auch der Konkurrenzkampf im Rahmen eines Lehrplanes, der eben auch nur von einer begrenzten Stunden Anzahl ausgehen kann, die Kinder und Jugendliche in der Schule verbringen. Und dieser Konkurrenzkampf besteht durchaus auch zwischen den künstlerischen Fächern.

Eine letzte Beobachtung betrifft die Feststellung, dass gerade von Vertretern der Schule ein großes Maß an theoretischer und empirischer Anstrengung von der kulturellen Bildungsarbeit eingefordert wurde, etwa im Hinblick auf eine Persönlichkeitstheorie, in der unwiderlegbar die Relevanz kultureller Bildung nachgewiesen wird. Unabhängig von der Tatsache, dass man eine solche Forderung eigentlich nur dann aufstellen kann, wenn man die enormen Anstrengungen etwa in der Musikpädagogik oder in der Kunsterziehung in dieser Hinsicht nicht zur Kenntnis nimmt, wurde in dem selben Vortrag zugleich signalisiert, dass selbst eine größte Anstrengung möglicherweise erfolglos sein wird: Es gelingt offenbar anderen Schulfächern besser, den Nützlichkeitskriterien zu genügen, denen Schule beziehungsweise die Schulpolitik offenbar in der heutigen Gesellschaft genügen muss. Schule hat eine gesellschaftliche Aufgabe, und jede Gesellschaft hat die Schule, die sie verdient. Eine Schlussfolgerung daraus besteht für mich darin, dass wir keine Kultur- und Bildungspolitik betreiben können, wenn wir uns nicht gleichzeitig in die Gesellschaftspolitik einmischen.

3. Einige Perspektiven und Konsequenzen

Der Deutsche Kulturrat muss aufgrund der Zusammensetzung seiner Mitglieder ein weites Konzept von kultureller Bildung vertreten. Dies bedeutet im Hinblick auf die Zielgruppen, dass sich das Spektrum von der Frühförderung – wobei mit guten Gründen auf einen Bildungsbeginn neun Monate vor der Geburt hingewiesen wurde – bis zur Seniorenkulturarbeit erstreckt. Kulturelle Bildung im Sinne des Deutschen Kulturrates muss die Vielzahl unterschiedlicher Bildungsorte respektieren: Es geht um Bildungs-, Kultur- und Jugendeinrichtungen, es geht um Volkshochschulen und Altentagesstätten, es geht um institutionalisierte und offene Formen von Kulturarbeit, es geht um die klassischen Künste, aber auch um neue Medien und neue kulturelle Praxisformen. Im Hinblick auf die Akteure geht es um Künstlerinnen und Künstler, um Kulturpädagoginnen und –pädagogen und um all die anderen Berufe in der Kulturvermittlung. Kulturelle Bildung ist weder als Begriff noch als Handlungsfeld statisch. Ein zeitgemäßes Konzept kultureller Bildung muss die sich verändernden Bedingungen des Aufwachsens und des Älterwerdens, muss die Veränderungen in Arbeit, Beruf und Freizeit respektieren, muss den sozialen, kulturellen und ökonomischen Wandel als Rahmenbedingungen für die individuelle Beschäftigung mit Kunst und Kultur berücksichtigen. Das Recht auf Kunst und Spiel, das die Kinderrechts-Konvention der Vereinten Nationen den Kindern und Jugendlichen zuspricht, gilt für alle Menschen. Daraus leitet sich allerdings für die Bildungs- und Kulturpolitik die Verpflichtung ab, angemessene Teilhabemöglichkeiten zu schaffen

Vom Konkurrenzkampf der Fächer in den Lehrplänen

Ziel des Projektes zur Überarbeitung der Konzeption kultureller Bildung war es, Aktualisierungsnotwendigkeiten im Hinblick auf kulturelle Bildung aufzuzeigen. Neben dieser Zielstellung hat sich jedoch gerade im Verlaufe der Fachtagung gezeigt, dass eine weitere Fragestellung sinnvoll behandelt werden kann und muss: den Beitrag aufzuzeigen, den kulturelle Bildungsarbeit nicht bloß bei einer Reform der Schule (Stichwort Ganztagsschule), sondern durchaus auch bei einer Konzeptüberprüfung anderer Bildungs- und Kultureinrichtungen spielen kann. Die Aktualisierung kultureller Bildungsarbeit wurde im Hinblick auf die folgenden Aspekt angesprochen:

Zur Arbeit am Konzept kultureller Bildung

Lange Zeit und in einigen Fällen bis heute hält sich die These, dass „Kunst nicht messbar“ sei, dass kulturelle Bildungsarbeit daher im Gegensatz zu Mathematik und Naturwissenschaften keiner Evaluation unterzogen werden könne. Diese Meinung ist aufgrund vorliegender Erfahrungen zu revidieren, wobei gleichzeitig dafür zu kämpfen ist, dass es möglicherweise nicht dieselben Evaluierungsmethoden sein können, die in der Mathematik und den Naturwissenschaften funktionieren.

Kulturelle Bildungsarbeit muss zudem ihre spezifische Leistungsfähigkeit in den unterschiedlichen Etappen des Lebens präzisieren. Insbesondere gilt dies für die Entwicklungsaufgaben, die in den späteren Phasen des Lebens zu bewältigen sind. Für die einzelnen künstlerischen Fächer ist es ein wichtiger Entwicklungsschritt, sich selber im Kontext einer pluralen ästhetischen und kulturellen Bildung zu sehen. Allgemeinvertretungsansprüche der einzelnen Kunstsparten sind weder sachlich zu begründen noch politisch hilfreich.

Eine ständige Aufgabe jeder Bildungs- und Kultureinrichtung und jedes kulturellen Bildungsangebotes ist die Frage der Erreichbarkeit: Eben weil insbesondere die Künste leicht zum Ausschluss von Bevölkerungsgruppen führen können (Bourdieu), ist die Berücksichtigung dieses Aspektes integraler Bestandteil jedes professionellen Angebotes.

Kulturelle Bildung in der Schule – Schule im sozialen Kontext

Die Umsetzung des weiten Bildungsbegriffs braucht viele Bildungsorte. Die Schule ist und bleibt für Kinder und Jugendliche der zentrale Bildungsort, weil sie Aufgaben erfüllt, die keine andere Bildungsinstanz erfüllen kann. Allerdings kann auch die Schule nicht der Weite und der Komplexität des Bildungsbegriffs gerecht werden. Notwendig ist daher, dass sich die Schule offensiv mit anderen Bildungsorten in ihrem Stadtteil vernetzt. In anderen Kontexten spricht man von einer „Sozialraumorientierung“, von einem lokalen Bildungsbündnis, das die Spezifik jedes Bildungsorts respektiert, dieses aber in einen umfassenderen Kontext einbringt.

Schule wird mehr als bisher lernen müssen, dass auch Kinder und Jugendliche nur als Subjekte ihres eigenen Lernens mit Freude den legitimen gesellschaftlichen Bildungsaufgaben gerecht werden. Die Vermittlung objektiver und subjektiver Interessen ist daher ein entscheidendes Qualitätsmerkmal gelingender Bildungsarbeit. Die Schule muss und kann sich dabei an ihren eigenen Erfolgsmodellen orientieren: Zum einen gibt es auch im PISA-Test überaus erfolgreiche Schulen, von denen man lernen kann, dass ein reichhaltiges kulturelles Milieu, eine lebendige Schul-Kultur nicht nur vom Lernen in den so genannten harten Fächern nicht abhält, sondern geradezu eine Erfolgsbedingung ist. Schule kann insbesondere von solchen Fächern wie dem Darstellenden Spiel lernen, bei dem es offenbar gelingt, das hohe Freizeitinteresse Jugendlicher an kulturellen Ausdrucksformen auch im Rahmen des Schulunterrichts aufrechtzuerhalten. Die Schule kann von den Erfahrungen der außerschulischen Kinder- und Jugendkulturarbeit auch insofern profitieren, als die dort praktizierte Kultur der Anerkennung, die der absolute Gegensatz zu der oben erwähnten „strukturellen Demütigung“ ist, auch ein Leitziel für die Schule sein muss.

Kulturelle Bildung in öffentlicher Verantwortung

Das Zusammenspiel von öffentlichen und freien Trägern gerade in der kulturellen Bildungsarbeit kann als zivilisatorische Leistung Deutschlands gewürdigt werden. Freie Träger garantieren eine Pluralität methodischer Ansätze, weltanschaulicher Orientierungen und flexibler Angebotsstrukturen. Sie tun dies oft in einer gelingenden Kooperation mit öffentlichen Trägern. Beide Strukturen sind notwendig und wichtig, wobei man sicherlich im Einzelfall diskutieren kann, welches die günstigste Organisationsform ist. Unabhängig von der Trägerschaft bleibt jedoch die Verantwortung für die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung einer entsprechenden Angebotsstruktur auf Seiten der öffentlichen Hand. Dabei ist gerade auf kommunaler Ebene zu berücksichtigen, wie die finanziellen Verantwortlichkeiten zwischen Kommune, Land und gegebenenfalls Bund aufgeteilt werden. Die Kommune spielt eine entscheidende Rolle im Bereich der Jugend- und Kulturpolitik und muss daher in die Lage versetzt werden, diese Rolle auch ausüben zu können. Auch in der Schulpolitik ist die Kommune ein wichtiger Akteur. Allerdings ist – auch im Zuge der Entwicklung von Ganztagsschulen – auf die Bildungshoheit des Landes und damit auf seine Finanzierungsverantwortung hinzuweisen.

4. Schlussbemerkung

Die Träger kultureller Bildung und insbesondere die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Kulturrates und seiner Sektionen sind seit vielen Jahren in der kulturellen Bildungsarbeit stark engagiert. Dieses Engagements betrifft nicht bloß eine lebendige Praxis, so wie sie in einer Vielzahl von Projekten, Angeboten und Einrichtungen deutlich wird, sie betrifft auch die Frage der konzeptionellen Durchdringung und der theoretischen Reflexion. Es scheint allerdings so zu sein, dass auch in benachbarten Bildungsfeldern die Reichhaltigkeit dieser Praxis und das Niveau der theoretischen Reflexionen nicht wahrgenommen wird. Es wird daher darauf ankommen, nicht bloß unermüdlich und ideenreich Praxis zu produzieren und Theorien zu entwickeln, sondern dies auch überzeugend nach draußen sichtbar zu machen. Zugleich müssen wir die zahlreichen positiven Bekenntnisse von Politikerinnen und Politikern, die zustimmenden Voten aus den Ministerien und Parlamenten beim Wort nehmen, damit im Interesse aller Menschen die Möglichkeiten eines aktiven Umgangs mit Kunst und Kultur erhalten und ausgebaut werden. Es ist insbesondere der Deutsche Kulturrat in der Verantwortung, kulturelle Bildung als Thema von öffentlichem Interesse und als Handlungsfeld, für das die öffentliche Hand Verantwortung hat, wachzuhalten.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Nur wer kommuniziert wird gehört

Strategische Überlegungen zur Entwicklungeines identitätsstiftenden Kommunikations-Konzepts für die „Initiative Hören e.V.“ • Von Anne Güthoff

Ein gemeinnütziger Verband im gesamtgesellschaftlichen Umfeld
Die Initiative Hören e.V. wurde am 31. Oktober 2003 von 16 Bundesverbänden und Institutionen auf der ART COLOGNE gegründet. Hervorgegangen war der Verband aus der in der Expertenrunde des Bundesgesundheitsministeriums angeregten „Initiative Stiftung Hören“, die sich im März 2001 in Köln mit zirka 30 Fachvertretern konstituierte. Ziel des Verbandes Initiative Hören e.V. ist es, das breite Portfolio des Themas „Hören“ unter Einbeziehung der Aspekte Kultur, Politik und Gesundheit im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu etablieren und in der Öffentlichkeit zu vertreten. Nach der Gründung lag es nahe, ein Konzept zu entwickeln, welches die Interessen und Ziele der Initiative Hören effektiv kommunizieren kann. Häufig lösen Begriffe aus der Welt der Kommunikationswirtschaft in Zusammenhang mit Vereinsstrukturen und -aktivitäten Irritationen aus. Eine professionelle Gestaltung sämtlicher interner Kommunikationsbeziehungen und denen zur Öffentlichkeit ist jedoch unumgänglich, wenn eine als relevant anzusehende Rolle in der umkämpften öffentlichen Aufmerksamkeit angestrebt wird. Im Zuge dessen wurde eine studentische Beratergruppe des Studiengangs Medienplanung, -Entwicklung und -Beratung der Universität Siegen eingeladen, auf vorhandenen Grundlagen Vorschläge für ein integrierendes Kommunikationskonzept zu entwickeln.

Die Identifikation der Vereinsidentität als Basis der Strategie
Die Analyse des Ist-Zustands der Initiative Hören e.V. in Bezug auf Chancen, Risiken, Stärken und Schwächen bildete die Basis für die Definition eines umfassenden Ziels: Sämtliche Aktivitäten in der Innen- und Außen-Kommunikation des Vereins sollen strukturiert und koordiniert werden. Im Inneren des Vereins bedeutet das die Herausbildung eines unterstützenden Rahmens, der die Entwicklung von innovativen und vielfältigen Vereins-Aktivitäten ermöglicht und das Selbstverständnis fördert. In der praktischen Umsetzung kann dies zum Beispiel den Aufbau eines internen Kommunikations- und Informationssystems, die medial unterstützte Erarbeitung von Vereinsinhalten, oder auch das Abhalten von moderierten Workshops zu ausgewählten Themen bedeuten. Neben den eigenen Mitgliedern bilden mediale, staatliche, politische und wirtschaftliche Institutionen weitere Zielgruppen. Nach außen hin soll die Initiative Hören e.V. mit ihren Inhalten und Zielen sowohl in relevanten und interessierten als auch in bisher noch nicht interessierten, aber betroffenen Teil-Öffentlichkeiten bekannt gemacht werden und notwendige Relevanz erlangen. Die Basis aller strategischen Überlegungen bildet die Identifizierung und Entwicklung der eigenen Identität. Die Identität ist die eigene Vorstellung dessen, was die Organisation im Inneren ausmacht. Sie setzt sich aus elementaren Kernwerten und den eigens definierten Leitbildern zusammen. Aussagen über die Identität müssen spezifische Fragen wie „Wer sind wir?“, „Was können wir und andere nicht?“ und „Wie möchten wir gesehen werden?“ beantworten können. Das Bewusstsein über die eigene Identität schafft ein Gefühl für die eigene Individualität und für die Notwendigkeit eines konsistenten und kontinuierlichen Umgangs mit dem, was das „Ich“ ausmacht. Die Identität des Vereins ist nur dann glaubwürdig, wenn sie aus sich selbst heraus resultiert, das heißt, wenn sie kommunikativ gemeinsam erarbeitet wird. Externe Berater können bei diesem Prozess der Identitätsfindung nur unterstützend wirken. Nach eingehender Analyse präsentierten die studentischen Berater den Vorschlag, die „Initiative Hören“ als universellen Ansprechpartner für „1001 Facetten des Hörens“, mit den besonderen Kerneigenschaften Kompetenz, Vielfalt, Vernetzungs- und Dialogfähigkeit sowie Partnerschaftlichkeit zu positionieren. Daraus lässt sich der Claim „Initiative Hören – Die Welt des Hörens.“ ableiten.

Die Identität durch kommunikative Elemente als Persönlichkeit wahrnehmbar machen
Die Persönlichkeit ist das Fremdbild, das sich eine Gruppe oder ein Individuum aufgrund des kommunikativen Verhaltens und Auftretens von dem Verein macht. Kommunikation evoziert im besten Fall ein klares Vorstellungsbild von der Initiative, von ihren Kernwerten, Zielen, Tätigkeiten, Inhalten sowie der Vereinsstruktur. Nur wenn sich aus dem Kommunikations-verhalten einer Organisation eine eindeutige Identität ablesen lässt, spricht die Zielgruppe der Organisation die Relevanz einer echten Persönlichkeit zu, gönnt ihr das angestrebte Maß an Aufmerksamkeit und erkennt sie im Wettbewerb wieder. Zu Zwecken der öffentlichen Kenntlichmachung der Identität der Initiative wurden visuelle, akustische und inhaltliche Kommunikationselemente entwickelt. Im visuellen Bereich wurde das Logo weiterentwickelt und Richtlinien zur einheitlichen Verwendung sämtlicher visueller Elemente, die die Initiative Hören beschreiben, erarbeitet. Dies umfasst unter anderem die Verwendung von Formen, Farben, Schriften und Bildern. Des weiteren wurden ein Sound-Logo kreiert und Vorschläge zu Beziehungsformen zur Öffentlichkeit gesammelt und abgewogen. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil in der Kenntlichmachung der Identität ist die Konzentration auf ausgewählte Inhalte und der Nachweis der Kompetenz in diesen Bereichen.

Die Implementierung in konkrete Kommunikationsmittel
Erfahrbar, erlebbar und beurteilbar wird die Initiative Hören durch ihren Auftritt in realen Kommunikationsprodukten und -maßnahmen, die die Identitätsmerkmale stets aufgreifen müssen. Ein Kernstück der dezentralen Kommunikation des Vereins bildet der Webauftritt „www.initiative-hoeren.de“, der Anfang des Jahres einen Relaunch erfuhr. Zu Zwecken der offline-Kommunikation wurden im Bereich der Print-Produkte Konzepte für Flyer und Broschüren entwickelt und umgesetzt. Auf einer CD-ROM werden zusätzliche Inhalte interaktiv präsentiert, die den Mitgliedern die Möglichkeit gibt, sich ausführlicher zu präsentieren, als es im Web möglich ist. Direkte Kommunikation findet durch Jahrestagungen und Mitgliederversammlungen, aber auch durch Präsentationen auf Events wie der ART COLOGNE, der DASA und der Leipziger Buchmesse statt. Sämtliche Kommunikationsmittel und -maßnahmen sollen integriert werden, das heißt, sie sollten in ähnlicher inhaltlicher und formaler Tonalität umgesetzt werden und sich gegenseitig ergänzen. Um einen langfristigen und nachhaltigen Erfolg zu sichern, sollte in regelmäßigen Abständen kontrolliert werden, welche Effekte Einzelmaßnahmen nach sich ziehen und inwiefern sie die Gesamtstrategie unterstützen. Erfolgreiche Strategien leben von der Balance zwischen Kontinuität und Dynamik.

Die Verfasserin hat an der Kommunikationsstrategie der Initiative Hören mitgewirkt und studiert an der Universität Siegen, Medienplanung, -Entwicklung und -Beratung ■

Im September 2000 regte Prof. Karl Karst in einer Expertenrunde des heutigen Bundessozialministeriums die Gründung einer „Stiftung Hören“ an. Die Stiftung sollte als Pendant der „Stiftung Lesen“ das gesamte Feld des Hörens (Sprechens, Singens, Musizierens) und damit die kulturelle Grundkompetenz der akustischen Produktion und Rezeption fördern.

Auf Einladung des WDR bildete sich am 2.3.2001 die „Initiative Stiftung Hören“ (später „Initiative Hören“) als Zusammenschluss aus Vertretern des Bundessozialministeriums, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), der Deutschen Gesellschaft für Akustik, des Deutschen Kulturrats, der Deutschen Tinnitus-Liga, der Schule des Hörens, des Verbands Deutscher Tonmeister, des WDR und weiterer Einrichtungen aus Kultur, Medien und Medizin. (Protokoll zum Download unter: www.initiative-hoeren.de)
Am 31.10.2003 gründete sich die Initiative Hören. Dem Vorstand gehören an: Prof. Karl Karst, Olaf Zimmermann, Dr. Harald Seidler, Gisela Bruns, Helga Kleinen. Ordentliche Mitglieder sind ausschließlich juristische Personen.

Zu den Verbandsgründern gehören:
- Bundesverband der HNO-Ärzte
- Bundesinnung der Hörgeräteakustiker
- Deutsche Gesellschaft für Sprecherziehung und Sprechwissenschaft
- Deutsche Hörbehindertenselbsthilfe
- Deutscher Kulturrat
- Deutsche Orchestervereinigung
- Deutscher Schwerhörigenbund
- Deutsche Tinnitus-Liga
- Fördergemeinschaft Gutes Hören
- Forum Besser Hören
- Nordkolleg Rendsburg
- Schule des Hörens
- Verband deutscher Musikschulen
- Verband Deutscher Schulmusiker
- Verband Deutscher Tonmeister
- Westdeutscher Rundfunk

Botschafter der Initiative Hören sind:
- Bundesozialministerin Ulla Schmidt
- WDR-Intendant Fritz Pleitgen
- Prof. Dr. Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrats

Die Initiative Hören e.V. macht es sich zur Aufgabe, für das Hören in seiner gesamten Komplexität zu sensibilisieren und breite Öffentlichkeit für das Thema herzustellen. Die Initiative ist ein interessensübergreifender Verband aus Institutionen des Gesundheits-, Kultur- und Medienbereichs. Sie verknüpft die Bereiche Kultur, Medizin und Medien und versteht sich als Plattform für eine inhaltliche und strukturelle Vernetzung der Kompetenzen zur Förderung des gesellschaftlich sträflich vernachlässigten Bereichs des (Zu)Hörens.

(Satzung und Mitgliedsantrag zum Download unter: www.initiative-hoeren.de) ■

Kulturelle Bildung – Handlungsfelder der Städte

Über das Kulturverständnis des Deutschen Städtetages • Von Raimund Bartella

Kulturelle Bildung ist ein schillernder Begriff. Der Deutsche Städtetag versteht kulturelle Bildung als einen unverzichtbaren Teil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Sie zielt auf künstlerische und kulturelle Kompetenz möglichst Aller und befähigt den Einzelnen, Kunst und Kultur von Grund auf kennen zu lernen, zu verstehen und zu gestalten und am kulturellen Leben teilzuhaben. Mit der Förderung von Kreativität gewährleistet kulturelle Bildung den Erwerb von kultureller Kompetenz als Ressource für gesellschaftliche Innovation.

Die derzeitige Diskussion in Deutschland ist geprägt durch eine Vielzahl von Vorschlägen, Maßnahmen und Zusammenstellungen von Best-Practice-Modellen auf Basis derer es jetzt gilt, Handlungsfelder der Akteure zu bestimmen. Diese sind in begrenztem Maße der Bund, sicher die Länder, die im Bereich des Schulwesens ihre Hausaufgaben machen müssen, die Kommunen, die in der Schule helfen können, kulturelle Bildung praxisnah zu gestalten und darüber hinaus in ihren Einrichtungen bedeutsame Beiträge leisten.

Kulturelle Bildung findet aber auch in Vereinen sowie dem sonstigen intermediären Sektor statt und bedarf auch hier der öffentlichen Förderung. Nicht zu vernachlässigen ist allerdings auch, dass kulturelle Bildung im häuslichen Bereich, in den sozialen Milieus und im Stadtteil gemeinhin unterschätzt wird. Kommerzielles und öffentlich rechtliches Fernsehen, die Internetkommunikation, Peer-Groups und Ausprägungen des modernen Lifestyles haben teilweise größeren Einfluss, als dies in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck kommt. Bei allen anzustellenden Überlegungen ist deshalb ein ganzheitlicher Bildungsbegriff zugrunde zu legen.

Wenn die Städte Handlungsfelder beschreiben, die die Thematik der kulturellen Bildung umfasst, so kann nur eine konsequent bürgerorientierte Sichtweise helfen, das Problem ganzheitlich anzugehen. Die Konzepte sind also auf Lebenssituationen der Bevölkerung auszurichten. Damit ergeben sich zunächst einmal folgende, sich zum Teil überschneidende Handlungsfelder:
- Kindergärten,
- Ganztagsschulen,
- Halbtagsschulen,
- Jugendkultur,
- Erwachsenenbildung,
- Soziokultur,
- Interkultur,
- Stadtteilkultur.

Diese Felder beschreiben Örtlichkeiten und Lebensumstände, in denen kulturelle Bildung stattfindet. Aus dieser Gliederung wird deutlich, wer wofür die eigentliche Verantwortung übernehmen muss.

In Deutschland gibt es etwa 17.000 Grundschulen. So berechtigt und sinnvoll die Forderung nach Kooperation von kommunalen Kultureinrichtungen und Vereinen mit Ganztagsschulen und Halbtagsschulen auch sein mag, so sicher ist auch, dass stabile Netzwerke mit den etwa 1.000 Musikschulen, etwa 400 Jugend-Kunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen, 150 öffentlichen Theaterunternehmen und darüber hinaus einer Vielzahl von freien Theatern, 400 Kunstmuseen und etwa 1.000 Bibliotheken in keiner Weise ausreichen, Kooperationsprojekte flächendeckend zu realisieren. Es wird aber vorgeschlagen, verstärkt in die etwa 14.000 weiterführenden Schulen zu gehen, in denen ebenfalls eine Mitwirkung kommunaler Einrichtungen angestrebt wird. Das würde eine Herkulesaufgabe für die städtischen Musik-Kunstschulen, Bibliotheken usw. und zwingend erhebliche Abstriche bei deren Kernaufgaben bedeuten. Kulturelle Bildung in Schulen ist somit vorrangig eine Aufgabe der Länder und deshalb auch von diesen zu finanzieren. Das schließt in keiner Weise aus, dass kommunale Einrichtungen bei der Bewältigung dieser Bildungsaufgaben in den Schulen mitwirken. Es ist aber klar, dass sich die Frage der kulturellen Bildung an Schulen zum einen an der Frage der Menge des tatsächlich ihnen erteilten musisch-kulturellen Unterrichts und zum anderen

Weiter auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Kulturellen Bildung – Handlungsfelder der Städte

an der Qualifikation der Lehrer/innen entscheidet.

Anders sieht dies im Bereich der etwa 48.000 Kindergärten aus. Hier sind die Städte im Hinblick auf die Qualifikation der Betreuerinnen und Betreuer aber auch der fachübergreifenden Kooperation mit Kultureinrichtungen betroffen. Auch der Bereich der Erwachsenenbildung, der derzeit vornehmlich über die Volkshochschulen erfolgt, ist eine kommunale Angelegenheit. Theater- und museumspädagogische Dienste werden zwar in vielen Einrichtungen bereits angeboten, es muss aber stärker in das Bewusstsein der Leitungen gerückt werden, dass kulturelle Bildung nicht mit dem Abschluss der Schule bzw. der beruflichen Ausbildung endet, sondern auch im Erwachsenenleben notwendig ist. Es wird bereits von einem kulturellen Bildungsloch gesprochen, in das junge Erwachsene spätestens mit 25 Jahren fallen. Kulturelle Bildung für Erwachsene durch klassische Kultureinrichtungen ist zum konstitutiven Aufgabenkanon zu entwickeln.

Schwieriger wird es, die Handlungsfelder Jugendkultur, Sozikultur, Interkultur und Stadtteilkultur hinsichtlich der Trägerschaften zuzuordnen. Wie immer, ist auch hier vernetztes Denken angesagt. Vereine, Stiftungen und sonstige Organisationen des intermediären Sektors tragen hier eine große Verantwortung. Aber auch die Städte müssen helfen, das bürgerschaftliche Engagement aufzugreifen, zu fördern, Partizipation an kommunalen Angeboten, einschließlich des Einräumens von Mitentscheidungskompetenz, zuzulassen. Die Städte haben hier Moderatorenfunktionen, indem sie Projekte der Bereiche Soziales, Jugend und Kultur untereinander und mit Projekten des intermediären Sektors verbinden.

Im Deutschen Kulturrat laufen die Fäden aus dessen Sektionen zusammen. Spartendenken hilft derzeit nicht weiter. Angesichts der Finanzlage der Öffentlichen Haushalte, die eine Ausweitung des Personalbestandes in den Kultureinrichtungen ausschließen, müssen Prioritäten auch bei Kooperationen gesetzt werden. Aufgabe der Kommunen ist es, vornehmlich die außerschulische kulturelle Bildung im Bereich der Kindertagesstätten und der Erwachsenenbildung, aber auch der Beförderung von Jugendkultur und Interkultur zu stärken. Bei Kooperationen mit Schulen sollte dagegen auf Kostendeckung durch das jeweilige Land Wert gelegt werden.

Der Verfasser ist Kulturreferent beim Deutschen Städtetag ■

Das Moma ist der Star

Kulturelle Partizipation durch Event-PR • Von Birgit Mandel

In den vorangegangen Ausgaben erschienen Artikel von Schulz, Fesel und Nannen, die auf Defizite und Potentiale der Besucherfreundlichkeit in deutschen Museen aufmerksam machten. Das führt zu der grundsätzlicheren Frage nach der Zugänglichkeit unserer Kultureinrichtungen 40 Jahre nach Beginn der Neuen Kulturpolitik und den Forderungen einer „Kultur für alle“?

Welchen Stellenwert und welche Akzeptanz hat Kultur in Deutschland bei der breiten Bevölkerung? Neuere Erhebungen zeigen, dass sich gerade jüngere Menschen zunehmend weniger für die klassischen Hochkultur-Einrichtungen interessieren (vergleiche Zentrum für Kulturforschung), und vielerorts werden Befürchtungen geäußert, dass das Museums-, Konzert- und Theaterpublikum mit dem zunehmenden Wegbrechen eines traditionellen Bildungsbürgertums „ausstirbt“.

Um so mehr erstaunte der Massenansturm auf die Ausstellung des Museum of Modern Art in der Berliner Neuen Nationalgalerie, deren Besucher offensichtlich über das angestammte Kulturpublikum weit hinausgingen.

Warum stehen Hunderte von Menschen bis zu 11 Stunden Schlange, um eine Ausstellung mit Werken der klassischen Moderne zu sehen? Und das, obwohl sie Arbeiten der ausgestellten Künstler seit Jahren in fast jedem der zahlreichen Museen moderner Kunst in Deutschland ungestört hätten besichtigen können? Was lässt sich aus dem Beispiel Moma lernen für die Positionierung von Kultur?

„Das Moma ist der Star“ – unter diesem Slogan starteten die privaten Initiatoren, die Freunde der Berliner Nationalgalerie, eine Marketing-Strategie mit weltweitem Werbeeinsatz und einer intensiven Begleitung durch die Medien. Damit stilisierten sie diese zweifellos hochkarätige, doch inhaltlich keineswegs einzigartige Ausstellung zum Pop- Event. Events sind zeitlich begrenzte, außergewöhnliche Ereignisse, die sich durch einen gewissen Exklusivitätscharakter und einen aktivierenden, kommunikations- und gemeinschaftsstiftenden Rahmen auszeichnen. Die Strategie zielte darauf ab, eine „Hochkultur“-Ausstellung mit einem Pop-Star-Image zu verbinden und damit von Anfang an ein Klientel über die „Kernkulturnutzer“ hinaus anzusprechen. Durch eine intensive Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Medien, weit über die traditionellen Feuilletons hinaus, erreichte die Kunde vom Ereignis Moma bereits vor Eröffnung der Ausstellung eine breite Öffentlichkeit. Auch bei denjenigen, die sich eigentlich nicht für Kunst interessieren, entstand nun offensichtlich das Gefühl, das vermeintlich einmalige Ereignis nicht verpassen zu dürfen. Das Bedürfnis, live dabei sein zu wollen, an etwas Außergewöhnlichem teilzuhaben und mitreden zu können, wird zum Motor für den Ausstellungsbesuch. Weniger die Berichte über die Kunstwerke als viel mehr die andauernden Medien-Berichte über den Ansturm auf ein zunehmend knappes Gut lösten die alle Erwartungen übertreffenden Massen-Begehrlichkeiten aus und schürten den Eventcharakter weiter. Durchschnittlich sind in allen Berliner Tageszeitungen bis hin zu auflagenstarken Boulevardblättern wie der BZ jeweils um die 120 Artikel erschienen. Die Moma-Ausstellung mit ihren Besucherschlangen war in aller Munde, täglich wurden neue Rekordzahlen über die Länge der Wartezeit mitgeteilt. Das Schlangestehen selbst wurde zu einem wichtiger Teil des Gesamterlebnisses Moma in Berlin.

Ist die Moma damit ein beliebiges Event, wird die Kunst durch das Spektakel entweiht oder gar verdeckt? Oder hat das Event Moma dazu beigetragen, Menschen an Kunst heranzuführen?

Vermutlich wurden die Besucher vor den ausgestellten Kunstwerken nicht enttäuscht, sondern sorgten dafür, dass das Erlebnis glückt. Wer so viel Anstrengungen auf sich nimmt, muss und wird belohnt werden durch außergewöhnliche Empfindungen in der Aura des (massenhaft reproduzierten) Originals. Die (stunden-)lange Vorbereitung auf die Begegnung mit den Kunstwerken und die großen Hürden, die es zu überwinden galt, haben den Akt der Rezeption positiv vorbereitet. Kunstrezeption ist hier weniger mit der klassischen bildungsbürgerlichen Aneignungsweise der weihewollen Kontemplation, des Sich-Versenkens in ein Werk verbunden, als viel mehr mit Kommunikation und sozialer Interaktion.

Inwieweit aus dem besonderen Erlebnis auch eine neue Erfahrung werden kann, hängt gerade bei den kunstungeübten Besuchern von Verarbeitungsmechanismen ab, von Gesprächen mit anderen und Vermittlungshilfen wie Führungen oder Katalogen. In der Moma-Ausstellung gab es dafür unter anderem die „Momanizer“, Kunstvermittler, die informell und individuell auf Besucherfragen eingingen und sowohl vor der Ausstellung wie in der Ausstellung zur Verfügung standen. Inwieweit es gelingt, aus Erstbesuchern langfristig Kunstinteressierte zu machen, ist eine Frage der nachhaltigen Bemühung um die Besucher von Seiten der Kunstinstitutionen durch Vermittlungsangebote, durch einen guten Service mit persönlicher Ansprache durch Museumsmitarbeiter, durch ein Databasemanagement, das die Adressen der Besucher sichert und diese gezielt zu anderen Programmen einlädt.

Kunsterleben wird also maßgeblich durch Vorerwartungen beeinflusst. Eine Befragung des Instituts für Museumskunde zeigt, dass das Image des Museums nach wie vor mit „staubig, unzugänglich, langweilig“ verbunden ist und damit wenig Aufforderungscharakter hat.

Images von Kultur lassen sich jedoch bewusst steuern durch ein professionelles Kulturmanagement, das zeigt das massenhafte Interesse an der Moma-Ausstellung in eindrucksvoller Weise. Doch: Ein Versprechen allein genügt nicht – damit der Dialog zwischen Kunst und Kulturnutzern glückt, sind besucherorientierte Rahmenbedingungen und auf unterschiedliche Weise angebotene Hilfen zur Vermittlung von Hintergrundwissen notwendig, denn Kunst versteht sich für viele keineswegs von selbst.

Lernen lässt sich aus dem Beispiel „Moma“, dass eine event-orientierte Kultur-PR dazu beitragen kann, Schwellenängste abzubauen, indem sie ein anderes Image von Kultur in der breiten Öffentlichkeit vermitteln. Werden Events bewusst als strategisches PR-Instrument eingesetzt, können sie Inhalte, Ziele und Mission einer Kulturinstitution wirkungsvoll unterstützen.

Natürlich lässt sich das Beispiel Moma nicht eins zu eins übertragen, denn mit einer exzeptionellen weltbekannten Sammlung lassen sich sehr viel leichter öffentlichkeitswirksame Partnerschaften eingehen und überregionale Aufmerksamkeit erzielen. Dennoch bleibt die Grunderkenntnis, dass man Menschen für Kultur gewinnen kann, indem man sie als „aufregend“ positioniert und in aller Munde bringt. Notwendig dafür ist es, dass sich Kulturinstitutionen als lebendige Kommunikationsorte begreifen und nicht nur als Räumlichkeiten, in denen Kunst präsentiert wird.

In Deutschland war das Kulturpublikum lange Zeit von eher untergeordneter Bedeutung. Die kulturpolitischen Förderstrategien sind traditionell angebots- statt nachfragorientiert. Das ist anders in Ländern wie etwa Großbritannien, wo die öffentliche Förderung von Kulturinstitutionen immer auch an „audience development“ Programme geknüpft ist, als Maßnahmen, die offensiv gerade solche neuen Besuchergruppen an Kultureinrichtungen binden sollen, die sonst wenig Zugänge zu Kultur haben. Gefördert wird hierzulande die kulturelle Produktion, – ob sich ein Publikum dafür interessiert, beziehungsweise wie man es interessieren könnte, war und ist zweitrangig. Die Autonomie der künstlerischen Produktion soll nicht durch Publikumsbedürfnisse beeinträchtigt werden.

Nur langsam setzt sich auch hierzulande die Erkenntnis durch, dass Publikumsorientierung keineswegs die Autonomie der Künste beeinträchtigt beziehungsweise eine Verflachung des künstlerischen Angebotes bedeuten muss, sondern viel mehr heißt, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um mehr Menschen Zugänge zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. In Deutschland sind es zur Zeit vor allem private Kultur-Initiativen, die ein professionelles Kulturmarketing betreiben, das sich intensiv um die Kulturbesucher bemüht. Dabei sollten gerade öffentlich geförderte Einrichtungen ein Interesse daran haben, dass ein möglichst breites Publikum an ihren Angeboten partizipiert. Hier könnte die Kulturpolitik steuernd eingreifen, indem sie Einrichtungen gezielt dafür fördert, dass die den Dialog mit unterschiedlichen Öffentlichkeiten offensiv betreiben.

Dass man Menschen in großem Umfang für Kunst interessieren und begeistern kann, hat die Moma-Aussstellung deutlich gemacht.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studienbereich Kultur und Management, Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim ■

Fast schon eine kleine Revolution

Justizministerium legt Referentenentwurf zur Reform des Vereinsrechts vor • Von Carola Ensslen

Nachdem das Vereinsrecht seit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) im Jahr 1900 nur wenig verändert worden ist, gleicht der vorgelegte Entwurf schon fast einer kleinen Revolution. Man will nun tatsächlich das Vereinsrecht an die heutigen Bedürfnisse anpassen. Da auch kulturelle Einrichtungen häufig in der Rechtsform des Vereins tätig werden, wären die sich anbahnenden Änderungen für sie von elementarer Bedeutung.

Im Wesentlichen sieht der Referentenentwurf folgende Änderungen vor:

- gesetzliche Regelung des so genannten Nebenzweckprivilegs,
- Wegfall des Rechtsinstituts des wirtschaftlichen Vereins,
- Effektivere Ausgestaltung der Rechtsformkontrolle,
- Anpassung der Vorschriften für nichtrechtsfähige Vereine.

Im Mittelpunkt des Entwurfs steht die Neuregelung des § 21 BGB zum nichtwirtschaftlichen Verein, also dem Idealverein. Normiert wird der Grundsatz, dass ein Verein zu jedem nichtwirtschaftlichen Zweck gegründet werden kann. Eigene wirtschaftliche Geschäftsbetriebe des Vereins sollen danach zulässig sein, soweit sie als Hilfsmittel zur Erreichung des nichtwirtschaftlichen Zwecks dienen und gegenüber der nichtwirtschaftlichen Vereinsbetätigung verhältnismäßig geringfügig sind. Damit übernimmt der Entwurf die derzeitige, keinesfalls unumstrittene Rechtsprechung zum Nebenzweckprivileg.

Ein Ziel des Entwurfs ist es, Rechtsklarheit zu schaffen. Dies gelingt jedoch nicht. Denn die vorgeschlagene Formulierung beseitigt nicht die Frage der Abgrenzung der nichtwirtschaftlichen von der wirtschaftlichen Betätigung. Das ist gerade für kulturelle Einrichtungen elementar. Nach der heute vorherrschenden typologischen Abgrenzung sind am Markt unternehmerisch tätige Vereine, die Leistungen gegen Entgelt anbieten, wirtschaftliche Vereine, selbst wenn sie keine Gewinnerzielungsabsicht haben. So gesehen – und das entspricht auch der Sichtweise des Europäischen Gerichtshofes zum Wettbewerbsrecht – ist der Eintritt im Theater, im Museum, für ein Konzert nichts anderes als Entgelt für eine erbrachte Leistung. Kulturelle Dienstleistungen wären damit wirtschaftliche Tätigkeit. Sollte der Entwurf Gesetzeskraft erlangen, so würde sich die bereits bestehende Gefahr für kulturelle Einrichtungen weiter erhöhen, dass sie aus der Rechtsform des Idealvereins gedrängt werden.

Um dieser Gefahr zu entgehen, müssten kulturelle Einrichtungen verstärkt das Nebenzweckprivileg in Anspruch nehmen. Allerdings würden vom Verein unmittelbar erbrachte kulturelle Dienstleistungen ja weder eine Hilfsfunktion erfüllen noch untergeordnet sein, sondern wären Hauptzweck. Hier wird die Divergenz zwischen Vereins- und Gemeinnützigkeitsrecht deutlich: Gemeinnützigkeitsrechtlich sind wirtschaftliche Betätigungen in Form der Zweckbetriebe steuerbegünstigt, während sie vereinsrecht-

Weiter auf Seite 25

Fortsetzung von Seite 24

lich zu einer Zweckverfehlung führen können.

Den Ausweg liefert die Gesetzesbegründung gleich mit. Sie stellt ausdrücklich klar, dass der Entwurf nur die durch den Verein selbst ausgeübte wirtschaftliche Betätigung erfasst. Unter Berufung auf das so genannten ADAC-Urteil des Bundesgerichtshofes soll die ausgegliederte wirtschaftliche Betätigung dem Verein nicht zuzurechnen sein. Allerdings darf das Halten von Beteiligungen nicht zum Hauptzweck des Vereins werden. Für den kulturellen Bereich könnte dies eine Zunahme an Ausgliederungen bedeuten. Es würde verstärkt eine im sozialen Bereich schon länger zu beobachtende Entwicklung einsetzen, die dort nicht nur positiv gesehen wird. Denn durch den dann vorherrschenden Blick auf die Wirtschaftlichkeit kann auch Kreativität und bürgerschaftliches Engagement zunichte gemacht werden.

Hier wird deutlich, worum es eigentlich gehen muss, nämlich um den sorgsamen Umgang mit Mitteln in einem Klima, das kreative und engagierte Arbeit zulässt. Dies kann man nur dadurch schaffen, dass Führungskräfte in kulturellen Einrichtungen sich ihrer Verantwortung im Umgang mit gemeinwohlgebundenen Geldern bewusst sind. Genau das wird mit dem Referentenentwurf nicht erreicht. Der Entwurf fördert die Intransparenz, indem er zu Ausgliederungen zwingt, die Beteiligungen des Vereins einer Kontrolle aber entzogen sind, weil es an hinreichenden Vorschriften über Rechnungslegung und Transparenz für Vereine fehlt. Noch nicht einmal die Mitgliederversammlung hat die Kontrolle über die Beteiligungen, was zu einem Machtzuwachs auf Seiten des Vereinsvorstandes führt. Genau an diesen Punkten müsste eine gesetzliche Neuregelung ansetzen.

Erwähnenswert neben diesem grundlegenden Änderungsvorhaben ist die Neuregelung des § 43 BGB. Danach soll zukünftig allein das Amtsgericht zuständig sein. Die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden wird abgeschafft. Bislang konnte bei Zweckverfehlung oder Gemeinwohlgefährdung nur die Rechtsfähigkeit entzogen werden. Das hatte zur Folge, dass der Verein als nichtrechtsfähiger Verein weiter tätig sein konnte. Nunmehr kann der Verein aufgelöst werden. Beides ist zu begrüßen.

Zu begrüßen ist schließlich auch die vorgesehene weitgehende Anwendung des Vereinsrechts auf nichtrechtsfähige Vereine. Damit wird die schon lange bestehende Praxis gesetzlich nachvollzogen. Mit dem Entwurf des § 50 Abs. 2 ZPO wird dem nichtrechtsfähigen Verein außerdem die Möglichkeit eingeräumt, auch selbst zu klagen. Dem steht derzeit der Wortlaut des § 50 Abs. 2 ZPO entgegen. Dies entspricht nicht mehr der Realität dauerhaft existierender nichtrechtsfähiger Vereine.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Stiftungsrecht und das Recht der Non-Profit-Organisationen an der Bucerius Law School ■

Weitere Informationen:
Der Referentenentwurf kann per E-Mail angefordert werden unter nass-mo@bmj.bund.de
BGHZ (Entscheidungssammlung des BGH), Bd. 85, S. 84 ff. (so genannten ADAC-Urteil)

Verlierer Tageszeitung

Peter Glotz und Robin Meyer-Lucht vergleichen Online gegen Print • Von Ulrich Brömmling

Das anspruchsvolle politische Feuilleton in Tageszeitungen dürfte bald der Vergangenheit angehören. Ausführliche Berichterstattung gibt es dann nur noch in Wochenzeitungen. Und um weitere 10 Prozent werden die Auflagen der Tageszeitungen in acht Jahren zurückgehen. Das sind jedenfalls die Schlüsse, die man aus einer neuen beachtenswerten Studie von Peter Glotz und Robin Meyer-Lucht ziehen muss. Es ist noch schärfer formuliert: „Die Mediengattung Tageszeitung ist hart angeschlagen." Bislang musste vor allem der Rückgang im Anzeigengeschäft als Begründung der Krise auf dem Zeitungsmarkt herhalten. Die vorgelegte Studie untersucht nun auch das Leser- und Nutzerverhalten.

Ein Team an der Universität St. Gallen hat die Nutzungsintensität von Printmedien und Online-Nachrichtendiensten miteinander verglichen. 200 Experten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gaben ihre Antworten im Rahmen einer Delphi-Studie, einer systematischen, mehrstufigen Befragung eines Expertenteams. Die Zahl 200 erscheint niedrig, und man hätte sich eigentlich Zahlen gewünscht wie bei der „Media-in-Cyberspace"-Studie aus dem Jahre 1999, als Steven S. Ross von der Columbia University 3.400 amerikanische Journalisten zu Printmedien im Netz und den eigenen Nutzergewohnheiten befragte.

Das Team aus St. Gallen wertete zusätzlich zur Befragung nach der Delphi-Methode journalistische Online-Angebote von zehn Zeitungen aus, unter anderem von F.A.Z., NZZ, Bild und Spiegel. Spiegel-Online liegt dabei seit Januar 2001 unerreichbar vorn: Über 30 Millionen Besuche im September 2003 gegenüber rund 17 Millionen bei Bild T-Online (2. Platz). Immer mehr Aufgaben der Mutterblätter haben die Dienste übernommen. Die neue Studie macht auf die inhaltlichen Entwicklungen der Online-Auftritte aufmerksam, die seit Mitte der 1990er Jahre ins Netz gestellt werden. Minutenaktualität wird dabei so groß geschrieben, dass beinahe das Ziel aller Nachrichtendienste in Reichweite gekommen ist: Die erste Ausgabe der Zürcher Zeitung hatte bereits 1780 bedauert, dass es nicht möglich sei, „die Weltgegebenheiten früher anzuzeigen als sie geschehen."

Was der Zeitung nicht gelang, soll also dem Internet glücken. Vertraut man der neuen Studie, haben auch die Experten einen gewissen Bedeutungsrückgang der Printmedien durch das wachsende Online-Angebot erkannt. Noch im Jahre 2000 glaubten in der Studie „media 2000 – Journalisten online" 80 Prozent der Befragten „weniger stark" oder „gar nicht" an einen Bedeutungsverlust. Die dpa-Tochter news aktuell hatte vor vier Jahren 640 Journalisten befragt.

Das Verdienst der Studie aus St. Gallen ist es vor allem, die Nutzungsintensität von Tageszeitungen endlich in einen Gesamtzusammenhang gestellt zu haben. Dabei greifen die Autoren auf zahlreiche Quellen zurück. Im Jahre 1980 lag die tägliche Lesezeit von Tageszeitungen bei 38 Minuten, 20 Jahre später nur noch bei 30. Noch deutlicher wird der sinkende Einfluss des Mediums Tageszeitung, wenn man den täglichen Konsum aller Medien betrachtet: Der stieg von 1980 bis 2000 von 309 auf 502 Minuten an.

Das hört sich nach vielen Zahlen an, ist aber keineswegs uninteressant. Weniger interessant sind die Ergebnisse zur Entwicklung des Werbemarktes. Stellenmarkt, Automarkt und Immobilienmarkt sind langfristig für die Printmedien verloren. Das ist nicht schön für die Zeitungen und Zeitschriften, aber auch nichts wirklich Neues. Interessant bleibt die Feststellung, dass sich die Anzeigenaktivitäten in den Printmedien in Zukunft weitgehend auf Imagepflege beschränken werden. Das erklärt vielleicht im Umkehrschluss die unfassbare Weigerung der F.A.Z., in die Todesanzeige für Marion Gräfin Dönhoff das Logo der ZEIT aufzunehmen.

Mit der steten Verbesserung ihres Online-Angebotes schaufeln sich die Tageszeitungen ihr eigenes Grab – und doch sind sie dazu gezwungen, da sonst andere Anbieter den Markt übernehmen würden. Dabei lässt sich der Online-Journalismus auf zwei Arten finanzieren, durch Werbung einerseits, durch kostenpflichtige Angebote andererseits: Hier befinden sich die Printmedien in einer weiteren Schwierigkeit: Wollen sie Texte gegen Bezahlung anbieten, stellt dies höhere Anforderungen an die Qualität; soll nur schnell Information geliefert werden, bei der es auf exzellenten Stil und wasserdichte Recherche nicht in letzter Instanz ankommen, ist die Finanzierung über Anzeigen erforderlich.

Die Verfasser der Studie werfen den journalistischen Online-Diensten die häufige Vermischung von Nachricht und Werbung vor, die dem Ruf der ansonsten hochwertigen journalistischen Arbeit im Netz schadet. Doch gibt es gerade hinsichtlich der Wortkunst einen Lichtblick: Die Verlagerung des Nutzerinteresses ist keine Niederlage für das geschriebene Wort. Im Gegenteil: Es gehört vielmehr zu den Verdiensten des Internet, die schriftlich vermittelte Information beschleunigt zu haben. Wie die Studie unterstreicht, hat das Internet also den Boden wettgemacht, den der Rundfunk dem geschriebenen Wort genommen hatte. Dies deckt sich mit den Beobachtungen, dass Kinder und Jugendliche, die ansonsten nirgendwo eine Zeile freiwillig geschrieben haben, im SMS-Fieber und beim Chatten eine eigene Sprache finden und damit die deutsche Sprache weiterentwickeln.

Das alles hilft den Tageszeitungen wenig. Was also hilft? Die Autoren formulieren eine politische Botschaft. Angesichts der anhaltenden Krise nütze es gar nichts, immer weiter Redakteure zu entlassen und ständig neue Einschnitte vorzunehmen. Es bedürfe vielmehr größerer struktureller Umbrüche. Für die Autoren gehören hierzu auch die Lockerung des Wettbewerbsrechtes und die Verhinderung weiterer Werbeverbote. Allerdings klingt die Lösung enttäuschend unkonkret: Man brauche jetzt eine enge Kooperation des journalistischen Elementes, des verlegerischen Elementes und der Politik. Die Antwort, wie eine solche Zusammenarbeit aussehen soll, bleibt die ansonsten lohnenswerte Studie dem Leser schuldig.

Peter Glotz, Robin Meyer-Lucht (Hg.): Online gegen Print. Zeitung und Zeitschrift im Wandel. 240 Seiten, broschiert, ISBN 3-89669-443-X, UVK Konstanz 2004, 29 Euro.

Der Verfasser ist Journalist und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin ■

Kein Platz für ästhetische Debatten

Deutscher Komponistenverband: Lobbyistisches Forum aller Musikautoren • Von Manfred Trojahn

Der Deutsche Komponistenverband (DKV) hat im Juni 2004 einen neuen Vorstand gewählt und ich habe die Aufgabe übernommen, diesem als Präsident vorzustehen.

Vor allem die auch an die Öffentlichkeit gelangten Auseinandersetzungen zwischen den Komponisten der U-Musik und denen der E-Musik in den letzten Jahren haben mich bewogen, diesen Platz einzunehmen. Die deutschen Komponisten werden als Allgemeinheit vom DKV vertreten, hier ist daher nicht der Platz für ästhetische Debatten, sondern der Ort, an dem die gemeinsamen Probleme aller Musik-Autoren zur Sprache kommen können.

Keinesfalls bedeutet das aber, die Unterschiede zu verkennen. Der DKV wird sich in Zukunft wesentlich mehr zu politisieren haben und er wird versuchen müssen, seine Auffassungen der Öffentlichkeit vorzustellen. Hierbei wird es um die Frage einer angemessenen Präsenz deutscher Autoren in den Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ebenso gehen müssen wie zum Beispiel um die Beobachtung, dass in den meisten Rundfunkräten keine Komponisten mehr vertreten sind, also die Interessengruppe, die für den gewichtigsten Sendeinhalt verantwortlich ist, ohne Stimme bleibt.

Manfred Trojahn Foto: puk Archiv

Selbstverständlich wird der DKV weiterhin die Interessen der Komponisten in der Gema vertreten, er wird dafür werben, die Konstruktion dieser Gesellschaft, die auf die Solidarität aller Mitglieder baut, zu erhalten und zu stärken. Der Verband wird eine Vorstellungen über die Veränderungen innerhalb dieser Gesellschaft sehr deutlich vortragen und daran erinnern, dass die Gema ein Instrument ist, das genuin den Interessen der Autoren dienen sollte.

Mehr als in der Vergangenheit wird der DKV den Kontakt zu den europäischen Nachbarn suchen, um mit ihnen ein Konzept für das Miteinander der Musik-Autoren in einem vereinten Europa vorzubereiten.

Nicht zuletzt sollte die Stimme der Komponisten mehr Gewicht bekommen in der Diskussion um die Rolle der Musik bei der Veränderung des allgemeinen gesellschaftlichen Feldes.

Die Begriffe von Kunst und Kultur werden in unserer Gesellschaft wesentlich durch Komponisten mitbestimmt. Eine Fülle kultureller Organisationen verdanken ihre Existenz der Arbeit musikalischer Autoren der Vergangenheit und der Gegenwart. Der DKV muss es sich zur Aufgabe machen, auf die Rolle der Autoren hinzuweisen und deren Anspruch auf Mitsprache und Beteiligung unterstützen.

Selbstverständlich ist die Arbeit des DKV nur zu leisten, wenn die sehr unterschiedlichen Interessen der Mitglieder harmonisiert werden können. Längst unterscheidet sich ein musikalischer Autor nicht mehr vom anderen nur durch unterschiedlichen Gebrauch des musikalischen Materiales. Auch die ethische und ästhetische Auffassung eines Autors spielt zur Unterscheidung eine geringere Rolle als die Vermarktungsstrategien. Hier scheint mir der sensibelste Bereich des Miteinander der Komponisten zu liegen – und das bezieht sich auf den DKV als Interessenvertretung genauso wie auf die GEMA als gemeinsame Inkasso-Gesellschaft aller Komponisten.

Der DKV wird versuchen müssen, diese unterschiedlichen Interessen auszubalancieren und so seiner Aufgabe gerecht zu werden, ein starkes lobbyistisches Forum aller Musik-Autoren, die in Deutschland arbeiten, zu sein. Der neue Vorstand, ideal in seiner Zusammensetzung profilierter Kollegen aus allen kompositorischen Richtungen, scheint mir die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit mitzubringen.

Der Verfasser ist Vorsitzender des Deutschen Komponistenverbandes ■

Künstlerdasein im Kollektiv

Über Opernchorsängerinnen und Opernchorsänger • Von Andreas Kolb

Und was machen Sie tagsüber? Eine Frage, die jeder Opernchorsänger und jede Opernchorsängerin kennt. Sie ist symptomatisch für die Wahrnehmung dieses künstlerischen Berufes in der Öffentlichkeit. Er wird nämlich nicht wahrgenommen. Der Chor fällt dem Publikum nur auf, wenn er nicht auftritt. Das hat mehrere Gründe. Erstens: ein Kollektiv kann nicht Star sein, das widerspricht dem Grundgedanken des Virtuosentums wie es sich im 19. Jahrhunderts herauskristallisiert hat. Zweitens: Es gibt nur wenige Regisseure, die einen Chor so in Szene setzen können, dass er als Spannungsmoment die Handlung vorantreibt. Drittens: In der zeitgenössischen Musik herrscht ein Trend zur Kammeroper, die sowohl aus ästhetischen als auch aus finanziellen Gründen gerne auf die Chormassen verzichtet.

Vergessen wird dabei: ein Opernchor, egal ob es sich um den 90-köpfigen Opernchor der Staatsoper Berlin handelt, oder um den 16-köpfigen des Mittelsächsischen Theaters in Freiberg/Döbeln, setzt sich aus Sängern zusammen, die mehrere Jahre an einer Hochschule solistisch ausgebildet wurden, ihre künstlerische Reifeprüfung absolviert haben und in Regel neben ihrem Job an der Oper diversen kammermusikalischen und solistischen Neigungen nachgehen. Bezahlt werden Operchorsänger nach Tarif, ausgehandelt von Gewerkschaften wie der Vereinigung deutscher Opernchorsänger und Bühnentänzer (VdO), GDBA oder verdi. Das garantiert ihnen im Gegensatz zu den Solisten, die meist nur mit Zeitverträgen engagiert werden, eine festes Gehalt, das je nach Größe ihres Hauses, zwischen existenzieller Absicherung und gehobenem Einkommen schwankt. Jedes Solo das ein Chorsänger innerhalb einer Aufführung singt, wird mit Zusatzhonoraren zwischen 300 und 1.300 Euro vergütet. Der Chorsänger ist ein Künstler mit Pensionsberechtigung. Das unterscheidet ihn – ähnlich wie den Orchestermusiker - von anderen künstlerischen Berufen.

Dennoch ist der Chorsänger oder die Chorsängerin oft unzufrieden und unglücklich. Warum? Man leidet am schlechten Image des Chorberufs in der Öffentlichkeit, dem geringen Status am eigenen Haus und der fehlenden Wahrnehmung durch die Presse. Weiter leidet man – darin unterscheidet sich der Chorsänger nicht vom Tutti-Geiger – an der Unterordnung unter den Dirigent und an den mangelnden Möglichkeiten, solistisch tätig zu werden. Damals, zu Beginn der Karriere, zu Beginn des Studiums, träumte man nicht vom Chor. Jeder sah sich als Solist auf Podium und Bühne. Die Ausbildungspraxis in Deutschland, und vermutlich auch in ganz Europa, bildet nicht zum Chorsänger aus. Oft besteht der Unterricht darin, dass die junge Sängerin oder der junge Sänger vom ersten Semester an die Solopartien der Abschlussprüfung einstudiert. Die Dozenten entwickeln die Stimmen ihrer Studenten nicht in Richtung von Flexibilität und Vielseitigkeit, sondern bilden sie aus für ein Fach: lyrischer Sopran, Koloratur, Heldentenor, Belcanto oder Soubrette. Mit dem Gedanken, Opernchorsänger zu werden, freundet man sich erst an, wenn sich abzeichnet, für die Solistenkarriere „langt's nicht".

Das Hallenser Vokalensemble „Sixophon" Foto: Ursula Gaisa

Doch es gibt auch Beispiele guter Chorarbeit: Noch heute loben die Mitglieder des Opernchores der Berliner Staatsoper die Zeit unter dem Regisseur Walter Felsenstein. Für diesen waren seine Chorsänger keine austauschbaren Massenwesen, sondern „Chorsolisten". Und wenn er einen Chorauftritt inszenierte, dann bekam jede Sängerin und jeder Sänger eine individuelle Rolle, mit der er sich identifizieren konnte. Ein Verfahren, das heute vielfach als luxuriös empfunden wird.

Das größte Manko für einen Chor ist die fehlende Opernerfahrung eines Regisseurs, besonders signifikant tritt diese bei den derzeit beliebten Laien aus der Film- oder Schauspielbranche zu Tage.

Noch ein Beispiel: Matthias Brauer, Chordirektor der Sächsischen Staatsoper Dresden, bezeichnet sein Chormitglieder nicht als Opernchorsänger, sondern sieht sie einfach als Sänger, die in einem Chor mitwirken. Der kleine Unterschied bewirkt hörbar Großes. Brauer setzt die Prioritäten für seinen Opernchor klar: zuerst kommt das Chorkonzert. Es ist unverzichtbarer Bestandteil des Programmes seines Opernhauses und kommt in der Außenwirkung dem Theater zugute, in der Innenwirkung motiviert es den Chor ungemein. Erst an zweiter Stelle setzt er die eigentliche Opernproduktion.

Wenn Chorsänger „muggen", das heißt musikalischen Gelegenheitstätigkeiten nachgehen, in Madrigalensembles etwa, als Liedsängerinnen, oder auch im Entertainmentbereich, dann ist das nicht Ausdruck ungehemmten Profitstrebens von finanziell zwar abgesicherten, aber nur durchschnittlich entlohnten Chorsängern. Es ist auch ein künstlerisches Wollen von hochqualifizierten Musikern. Jedes Theater sollte dieses hauseigene Potential für sich und sein Publikum nutzen.

Doch um solche Vielfalt zu ermöglichen braucht es nicht nur einen flexiblen Tarifvertrag, von dem die VdO behauptet, er sei bereits realisiert, und von dem Intendant und Oberspielleiter, meist mit einem leichten Schmerz in der Stimme, sagen, er sei eine Fessel, um solche Vielfalt in der Arbeit eines Opernchores zu fördern, müssen die künstlerischen Kompetenzen der Sänger erweitert werden. Man sollte im Laufe des Studiums nicht nur den Schlachtrossen von Mozart, Verdi und Donizetti begegnen, sondern auch der Operette, alter Musik, eventuell sogar dem Musical. Vor allem aber muss die neue Musik gelehrt werden. Den gegenüber den Gesangstechniken, die Komponisten wie Schnebel, Kagel oder Lachenmann verlangen, sind Operchorsänger, nein, pardon, die Sänger im Chor noch immer reserviert. Ähnlich den Orchestermusikern gelten sie als konservativ. Es ist ein Paradox, wenn ein Opernchor wie der des Stuttgarter Hauses, drei Jahre lang als bester Opernchor Deutschlands ausgezeichnet wird, unter anderem auch wegen seiner herausragenden Realisation von Helmut Lachenmanns „Mädchen mit den Schwefelhölzchen", und gleichzeitig bemerkt man im Gespräch mit Mitgliedern des Opernchors, dass die Musik der Moderne auf eine innere Ablehnung der Chormitglieder stößt. Man begegnet Befürchtungen, die Stimme könnte leiden, wenn derartige Produktionen häufiger stattfänden.

Abgesehen von all diesen Themen braut sich derzeit über den Opernchören ein Szenario zusammen, das existenzgefährdende Ausmaße angenommen hat:

Nachdem 1990 in Folge der Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands die Zahl der Theater zunächst stark angestiegen war, ist inzwischen über Deutschlands Theaterlandschaft eine Kürzungs- und Schließungs- und Fusionierungswelle herein gebrochen. Die verbleibenden Theater sparen. Ausgewählte Beispiel verdeutlichen die Tendenz: So reduzierte das Theater in Wuppertal seinen Chor von 40 auf 25 Mitglieder, Essen von 60 auf 48. Die Chorstärken in Magdeburg (36), Chemnitz (44) Halle (41) und Dessau (42) haben bereits die untere Grenze dessen erreicht, was als künstlerisch vertretbar gilt.

Bei den Opernchören der Musiktheater Deutschlands ist die Zahl der zu besetzenden Stellen seit 1993 um mehr als 10 Prozent auf 2.963 zurückgegangen. Dennoch herrscht in diesem Bereich ein gravierender Nachwuchsmangel. Inklusive der Solisten besteht an den deutschen Musiktheatern ein jährlicher Nachwuchsbedarf von zirka 160 Sängern. Etwa 300 ausgebildete Sängerinnen und Sänger verlassen jährlich die deutschen Musikhochschulen und Konservatorien; hiervon finden jedoch nur etwa 10 Prozent, also 30 dauerhaft einen Arbeitsplatz als Berufssänger (Solo-, Konzertgesang, Opern- oder Rundfunkchöre). In den Opernchören können jährlich fortlaufend etwa 80 bis 100 Stellen nicht besetzt werden.

Dass in einer Zeit, in der das deutsche Musiktheater durch massive Finanzprobleme der Kommunen und Länder bedroht ist, gerade auch der Opernchor Wesentliches zum Erhalt des jeweiligen Hauses, aber auch zum Erhalt der künstlerischen Qualität im Allgemeinen beitragen kann, war eines der Resultate des ersten VdO-Kongresses, der jetzt in Halle a.d. Saale stattgefunden hat. Zirka 100 VdO Mitglieder, die stellvertretend für die etwa 2.900 deutschen Operchorsängerinnen und –sänger standen, versuchten gemeinsam die Wende: Sie suchten nach Wegen aus der Misere, sammelten Ideen, sprachen nicht nur über Tarifverträge, sondern über neue Konzepte und diskutierten mit Intendanten und Pressevertretern über die Zukunft des Musiktheaters.

Zusammen mit den Orchestern bilden die Operchöre noch immer ein wichtiges Rückgrat der deutschen Stadttheater, die nicht nur Ort eines – durchaus unterhaltsamen - öffentlichen, demokratischen Diskurses sind und bleiben müssen, sondern sich auch zu den Kommunikationszentren der Regionen weiterentwickeln könnten. ■

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:

- Auswärtige Kulturpolitik,
- Bildung,
- Bürgerschaftliches Engagement,
- Daseinsvorsorge,
- Erinnern und Gedenken,
- Europa,
- Informationsgesellschaft,
- Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
- Kulturelle Bildung,
- Kulturfinanzierung,
- Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
- Kulturpolitik allgemein,
- Kulturwirtschaft,
- Künstlersozialversicherungsgesetz,
- Medien,
- Soziale Sicherung,
- Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
- Stiftungsrecht,
- Urheberrecht.

Bildung

Drucksache 15/3512 (01.07.2004)
Antrag der Abgeordneten der Fraktion der FDP
Solides Finanzierungskonzept für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für unter Dreijährige

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude Fotonachweis: Deutscher Bundestag

Drucksache 15/3606 (16.07.2004)
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP
-Drucksache 15/3523-
Finanzielle Auswirkungen auf kommunale Haushalte durch Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)

Drucksache 15/3607 (16.06.2004)
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU
-Drucksache 15/3516-
Verbesserung der Zukunftsperspektiven für Jungen

Drucksache 15/3633 (30.07.2004)
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der FDP
-Drucksache 15/3601-
Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung

Drucksache 15/3636 (03.08.2004)
Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der unabhängigen Expertenkommission „Finanzierung Lebenslangen Lernens“ – Der Weg in die Zukunft

Drucksache 15/3676 (06.09.2004)
Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG)

Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz

Drucksache 15/3584 (13.07.2004)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (21. Ausschuss)
zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
-Drucksache 15/3054-
Schaffung eines internationalen Instruments zum Schutz der kulturellen Vielfalt unterstützen

Bundestagsdebatten

Thema Bildung

Plenarprotokoll15/123 (9. September 2004)
11191 B – 11212 A
Tagesordnungspunkt 7:
a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG)**
(Drucksache 15/3676)
b) Antrag der Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU: **Elternhaus, Bildung und Betreuung verzahnen**
(Drucksache 15/3676)
in Verbindung mit
Zusatztagesordnungspunkt 3: **Antrag der Abgeordneten der Fraktion der FDP: Solides Finanzierungskonzept für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten für unter Dreijährige**
(Drucksache 15/3512)
RednerInnen: Renate Schmidt, Bundesministerin BMFSFJ, Dr. Maria Böhmer (CDU/CSU), Irmingard Schewe-Gerigk (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Otto Fricke (FDP), Christel Humme (SPD), Maria Eichhorn (CDU/CSU), Bettina Hagedorn (SPD, Ekin Deligöz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Ina Lenke (FDP), Caren Marks (SPD), Walter Link (Diepholz) (CDU/CSU), Dirk Niebel (FDP), Christel Riemann-Hanewinckel (SPD), Jutta Dümpe-Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Antje Tillmann (CDU/CSU)

Plenarprotokoll 15/128 (29. September 2004)
11661 A – 11670 C
Tagesordnungspunkt 1:
Befragung der Bundesregierung: Zwischenbilanz zum Ganztagsschulprogramm der Bundesregierung
RednerInnen: Edelgard Bulmahn, Bundesministerin BMBF, Petra Pau (fraktionslos), Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD), Cornelia Pieper (FDP), Werner Lensing (CDU/CSU), Willi Brase (SPD), Katherina Reiche (CDU/CSU), Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Michael Kretschmer (CDU/CSU), Marion Seib (CDU/CSU), Jörg Tauss (SPD), Dr. Gesine Lötzsch (fraktionslos), Vera Dominke (CDU/CSU), Gesine Multhaupt (SPD), Bernward Müller (Gera) (CDU/CSU), Ute Berg (SPD), Uwe Schummer (CDU/CSU) ■

Aus den Gremien

Die **Jury** zur Vergabe des **Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates** tagte am 11.06.2004 unter Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates **Christian Höppner.** Die Jury erkannte Altbundespräsident Johannes Rau den Kulturgroschen zu. Der Deutsche Kulturrat würdigt damit das jahrzehntelange Eintreten von Johannes Rau für Kunst, Kultur und Bildung. Als bekennender Föderalist ist Johannes Rau in seiner Amtszeit als Bundespräsident ein bundesweiter Streiter für Kunst und Kultur. Der Preis wird in einer Feierstunde am 01.12.2004 in Berlin verliehen. Die Laudatio hält Kulturstaatsministerin Dr. Weiss.

Der **Sprecherrat des Deutschen Kulturrates** traf sich am **26.06.2004** zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates **Prof. Dr. Max Fuchs** wurden Stellungnahmen zur Zukunft der Deutschen Welle, zur Föderalismusreform und zur sozialen Sicherung von Künstlern diskutiert und verabschiedet (siehe hierzu *politik und kultur* 5/2004). Breiten Stellenwert nahm das Gespräch des Sprecherrates mit Kulturstaatsministerin Dr. Weiss ein, in dem die bisherigen Gesetzgebungsvorhaben reflektiert und künftige Vorhaben diskutiert wurden.

Letzte Sitzung des Sprecherrates vor der Sommerpause (v.l.n.r.): Prof. Dr. Max Fuchs, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, Heinrich Bleicher-Nagelsmann
Foto: Susanne Glauert

Am **30.08.2004** tagte die **Jury zur Vergabe des puk-Preises.** Die Jury wählte einen Beitrag von Birgit Walter als Beispiel für ihre Arbeit als kulturpolitische Journalistin aus (siehe hierzu Kultur-Mensch, Seite 1). Der Preis wird im Rahmen eines Konzerts Debüt im DeutschlandRadio in der Philharmonie Berlin verliehen. Die Laudatio hält der Intendant von DeutschlandRadio Ernst Elitz.

Der **Vorstand des Deutschen Kulturrates** führte am **01.09.2004** eine Klausursitzung durch. Im Mittelpunkt stand die Arbeitsplanung für die zweite Jahreshälfte 2004.

Parlamentarischer Abend von WDR und Deutscher Kulturrat (v.l.n.r.): Olaf Zimmermann. Prof. Dr. Max Fuchs, Monika Griefahn, Fritz Pleitgen, Dr. Verena Wiedemann, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Christian Höppner Foto: Susanne Glauert

Der **Fachausschuss Europa/Internationales** des Deutschen Kulturrates beriet am **07.09.2004** unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden **Rolf Zitzlsperger** den Vorschlag der EU-Kommission für das Kulturförderprogramm Kultur 2007. Die Grundzüge der Stellungnahme wurden vereinbart (siehe hierzu verabschiedete Stellungnahme auf Seite 21).

Zusammen mit dem **Intendanten des WDR Fritz Pleitgen** führte der **Vorstand des Deutschen Kulturrates** ein Gespräch mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags zum Stand der GATS-Verhandlungen sowie der Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Der Parlamentarische Abend diente zum gegenseitigen Informationsaustausch zwischen WDR, Deutschem Kulturrat und den Parlamentariern.

Am **29.09.2004** fand die dritte **Sprecherratssitzung des Deutschen Kulturrates** in diesem Jahr statt. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Fuchs wurde intensiv die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Kultur als Daseinsvorsorge“ beraten und verabschiedet (siehe hierzu Seite 15). Ebenfalls wurde die vom Fachausschuss Europa/Internationales vorbereitete Stellungnahme zum EU-Kulturförderprogramm Kultur 2007 beraten und verabschiedet (siehe hierzu Seite 21).

Der Vorstand des Deutschen Kulturrates legte in der **Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates** am **30.09.2004** Rechenschaft über seine Aktivitäten im Jahr 2003 ab. Der Vorstand wurde für den Haushalt des Jahres 2003 entlastet und der Haushalt des Jahres 2005 verabschiedet.

Der **Fachausschuss Urheberrecht des Deutschen Kulturrates** beriet am **12.10.2004** unter dem Vorsitz von **Prof. Dr. Ferdinand Melichar** den Referentenentwurf für ein Zweites Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft. Die Grundzüge einer Stellungnahme wurden verabschiedet.

Gabriele Schulz ■

Spenden für die Herzogin Anna Amalia Bibliothek

Spendenkonto: Gesellschaft Herzogin Anna Amalia e.V. (Freundeskreis der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar)

Kontonummer 30 10 40 400
Sparkasse Mittelthüringen
BLZ: 820 510 00

Zeichnung: Dieko Müller

Kurz-Schluss

Im tiefen Tal der Super-Medien

Mitte der Sechziger des vergangenen Jahrhunderts, bei der Schul-Lektüre von George Orwells „1984“ oder Ray Bradburys „Fahrenheit 451“ lief es einem wohlig-schaurig den Rücken runter: Was dort so grausig genau als brutale Sience-Fiction-Diktatur beschrieben ist, war vielleicht mal annähernd Wirklichkeit. Kann keinesfalls mehr eintreten. Davor schützen doch allein solche Bücher – sollte man meinen.

Jetzt wird – leicht transponiert – auch noch die gute alte „Farm der Tiere“ elende Wirklichkeit. Die Macher der Container-Show „Big Brother“ sind guten Mutes, ihre Mischung aus Reality-Knast und plumpgeiler Voyeur-Show in die profitable Langzeit zu schicken. Ein Dorf samt Wäldchen, Zwergschule und Kirchturm soll Hartz-IV-Produkten aus dem mittleren und ganz tiefen Show-Business neue Heimat auf Lebenszeit abgeben. Kameras sind allzeit dabei. Finanziert wird dieser schiefe Leuchtturm planvoller Konsumenten-Verblödung durch Bausparer-Werbung, Reklame für Versicherungspolicen, das Grüne Band der Sympathie, e-bay, Eiernudeln, Goldbärchen und Light-Bier-Spots. Zum Kotzen?

Einst war es mal Auftrag der Landesmedienzentralen, den Privatfunkern wenigstens die übelsten Geschmacklosigkeiten abzuschminken. Passiert auch noch, gelegentlich: Rassistische Witze kosten ungefähr vierhunderttausend Euro im Dreierpack, die Verführung Minderjähriger zur Selbstverstümmelung durch angeblich kosmetische Operationen zirka die Hälfte. Solch penible gesellschaftliche Wertezuordnung erreicht fast schon die Gerechtigkeitsqualität amerikanischer Schadensersatz-Justiz, und ihr kulturelles Niveau.

Kleine, privatwirtschaftliche Exzesse, möchten manche abwiegeln. Leider geraten eben diese Exzesse offensichtlich zum Schnittmusterbogen, nach dem quotenträchtige Programme nun auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zusammengeflickt werden. Eine Riege schlicht zahlengesteuerter Macher hat sich da quer durch die Eingeweide einer ähnlich beschränkten Politiker-Kaste in Entscheider-Positionen gedient. Und gibt nun den Ton an.

Zwingend, dass Sperriges, auf den ersten Blick Unrentables oder gar Widerborstiges dem Fallbeil der Rechner vordringlich zum Opfer fällt. Im mentalen Windkanal sogenannter Programm-Reformen wurden zum Beispiel die meisten Kulturwellen des öffentlich-rechtlichen Hörfunks zu häppchen-verkrüppelten Tagesbegleitprogrammen umgemodelt. Weil allein der Begriff „Kultur“ angeblich prohibitiv auf „jüngere Hörerschichten“ wirkt (Barbara Molsen, MDR), wurde er aus den Wellen-Namen weitgehend verbannt. „Der Hörer will nicht Kultur hören, sondern Radio, sein Radio“ (Heinz Sommer, HR). Mit tiefgreifenden inhaltlichen Folgen: Computergesteuerte Musik-Farb-Kleckse haben eine bewusste Programmgestaltung ersetzt. Das gesprochene Wort gilt wenig, ungefähr einsdreißig. Es wird optimal von einem Stimm-Material vorgetragen, das die Politurscheiben pseudojugendlicher Sei-Optimist-Schulungen mit erkennbarer Wirkung passiert hat. Bloß nix individuelles. Das könnte den Hörer ja aus dem Dämmer schrecken, der ihn beim Sender hält. Ein mutiges Konzept.

Da kann es eigentlich niemanden mehr wundern, wenn angesichts unverhofft niedriger Gebührenerhöhungen bei unseren öffentlich-rechtlichen Sendern bevorzugt gewachsene Kultur-Strukturen über die Klinge springen. Das Münchner Rundfunkorchester wird aufgelöst, die Klangkörper des SWR sollen zusammengelegt werden. Der MDR will bei Mitschnitten in Leipzig und Dresden sparen, der WDR aus dem ARD-Musikwettbewerb aussteigen. Der NDR sendet fast schon erklärtermaßen auf Klassik-Radio-Niveau.

Von Verwaltungs-Verschlankung oder einem bescheidenen Gehaltsverzicht der vorher zitierten hochdotierten „Programm-Entscheider“ ist nirgends die Rede. Die absurd kostspieligen Bundesliga-Rechte stehen nicht zur Disposition, ebenso wenig die teuren billigen Soap-Produktionen oder die Privatfernseh-Abklatsch-Shows im TV. (Nebenbei: Warum spart man eigentlich nicht das gesamte ZDF ein? Wozu öffentlich-rechtliche Konkurrenz, wenn nicht mal der Kulturauftrag noch halbwegs gesetzeskonform erfüllt werden kann?).

Theo Geißler, Herausgeber der „neuen musikzeitung“ und „Jazzzeitung“ sowie Mitherausgeber der puk, Moderator der Radiomagazine „taktlos“ (BR/nmz) und „contrapunkt“ (BR)
Foto: Barbara Haack

Allerdings bricht grobes Gewinsel aus, sobald über eine Musik-Quote nachgedacht wird. Dann geht es der Pressefreiheit an den Kragen und die Stimme „besonnener“ Kulturschaffender und Publizisten erhält plötzlich Gewicht. Absurdes Theater ganz miserabler Darsteller – der Chefredakteur als rein Rendite gesteuerter Dienstleister, um das Berufsbild manch zeitgenössischen Rundfunk-Abteilungsleiters kurz zu umreißen. Wer rettet den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor sich selbst?

Vielleicht ja die private Konkurrenz: durch fundamentalistische Diversifikation auf der Basis von Brain- und Media-Control: Wie Dieter Gorny, einer der ehemals cleversten deutschen Programm-Stylisten soeben verlautete, soll bei den vereinigten deutschen Privatmusiksendern künftig eine stramme Geschlechtertrennung stattfinden: VIVA kümmert sich um die Mädels, MTV um die Jungs. Wenn jetzt die ARD rasch reagiert, an erstere Kopftücher austeilt, und an die Jungs Taschenrechner, dann hätte sie endlich mal wieder die Nase vorn – bei der wirklich wichtigsten Zielgruppe.

Theo Geißler ■

Impressum

politik|kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103
10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (verantwortlich), Gabriele Schulz, Andreas Kolb

Anzeigenredaktion
Martina Wagner Tel: 0941/945 93 35, Fax 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Layout
Suppmann & Richter, Regensburg

Druck
Der Neue Tag Druck- und Verlagshaus GmbH, Weiden

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, incl. Porto im Jahr

puk ist in Bahnhofsbuchhandlungen sowie an Flughäfen erhältlich.

Diese und die vorherigen Ausgaben von *politik und kultur* können als pdf-Datei aus dem Internet geladen werden unter: http://www.puk-online.net

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.